



N12<504689927 021

UB Tübingen

FREIKIRCHEN FORSCHUNG

Nr. 4

1994



Herausgegeben im Auftrag des
Vereins zur Förderung der Erforschung
freikirchlicher Geschichte und Theologie
an der Universität Münster e.V.

FREIKIRCHEN
FORSCHUNG

Mit 4
1994



Selbstverlag 1994

ZA 8655-4

Druck: Schnelldruck Coerdestraße GmbH, Münster

Forschung im Bereich
des Protestantismus
an der Universität
Münster

Inhalt

Peter Maser	
<i>Die Freikirchen und kleineren Religionsgemeinschaften in der Politik des SED-Staates</i>	1
Reinhard Assmann	
<i>»Schicket euch in die Zeit! -« Zum Stand der Aufarbeitung der Geschichte des Bundes Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden in der DDR</i>	15
Karl Heinz Voigt	
<i>Die methodistische Kirche vor der Ost-West-Frage. Kirchenleitendes Handeln - Beobachtungen aus den sechziger Jahren</i>	36
Dieter Leutert	
<i>SED-Regime und Adventgemeinde</i>	52
Heinz-Adolf Ritter	
<i>Wie der Bund Freier evangelischer Gemeinden in Deutschland die Kirchenpolitik der SED-Diktatur erlebt hat</i>	62
Lothar Beaupain	
<i>Der Bund Freier evangelischer Gemeinden in der DDR und der SED-Staat - Forschungsbericht über eine erste Phase der Beziehung bis ca. 1965</i>	84
Johannes Schmidt, Herbert Uhlmann, Wolfgang Hartlapp, Rolf Dammann	
<i>Erfahrungsberichte</i>	95
Anschriften der Verfasser	110
Bibliographie 1993 zur Geschichte der Freikirchen (mit Nachträgen)	111
Autoren	132

Die Freikirchen und kleineren Religionsgemeinschaften in der Politik des SED-Staates

Das Thema 'Die Freikirchen und Religionsgemeinschaften in der Politik des SED-Staates' läßt sich vorerst allenfalls in ersten Umrissen skizzieren. Fast täglich erfahren wir neue Einzelheiten über das, was man so gemeinhin SED-Kirchenpolitik nennt. Viele dieser neuen Erkenntnisse stiften zunächst auch noch mehr Verwirrung als Klarheit, werden wir doch selbst in Grundfragen noch immer zu einer ständigen Revision dessen gezwungen, was als schon längst abgeklärt gegolten hatte. Um nur ein Beispiel von allerdings grundlegender Wichtigkeit - gerade auch für den Bereich der Kirchen und Religionsgemeinschaften - zu nennen: Ganz allgemein gilt, daß das Ministerium für Staatssicherheit der DDR (MfS) als 'Schild und Schwert der Partei', als Werkzeug der SED zu betrachten sei, das keinerlei Eigeninitiative entwickeln konnte. Neuere Untersuchungen lassen es heute jedoch denkbar erscheinen, daß - wie alle Geheimdienste - auch das MfS in bestimmten Teilbereichen eine eigene 'Politik' abseits der Richtlinien des ZK der SED geführt haben könnte. Sollte sich dieser Eindruck bestätigen, müßten möglicherweise entscheidende Partien vor allem der jüngsten DDR-Geschichte neu geschrieben werden.

Rahmenbedingungen der SED-Kirchenpolitik

Aber hier sollen uns solche Irritationen nicht weiter beschäftigen, sondern weiterhin die These gelten, daß die Rahmenbedingungen für die Existenz aller Kirchen und Religionsgemeinschaften in der DDR alleine von der SED gesetzt wurden. Die theoretischen Richtlinien dafür lieferte die marxistisch-leninistische Ideologie mit ihrer 'wissenschaftlich' begründeten Überzeugung vom gesetzmäßigen Absterben der Religionen im Zuge des Aufbaus von Sozialismus und Kommunismus. Insofern konnte die SED den Kirchen und Religionsgemeinschaften der Theorie nach nur noch eine temporäre Bedeutung zumessen. Fraglich blieb nur, welche Zeitstrecke hierfür ins Auge zu fassen sei. Wie das Theorien nun aber oft so an sich haben, taugte auch dieses marxistische Dogma von Anfang an für den Vollzug praktischer Politik nichts und mußte deshalb ständig den realen gesellschaftlichen Gegebenheiten angepaßt werden.

Nach Kriegsende setzte die Sowjetische Militäradministration Deutschlands (SMAD) in ihrem Machtbereich zunächst ganz bewußt auf die integrierenden und stabilisierenden Potenzen der Religionsgemeinschaften. Diese waren in ihrem Kernbestand zwar allesamt eindeutig dem bürgerlichen Lager zuzurechnen, hatten sich aber im 'antifaschistischen Kampf' in unterschiedlichem Ausmaß doch so bewährt, daß sie als Bündnispartner beim

‘antifaschistisch-demokratischen Wiederaufbau’ in Anspruch genommen werden konnten. Die theoretisch-taktischen Grundlagen für dieses integrative Verfahren waren im Rahmen der sogenannten ‘Volksfrontpolitik’ der Komintern schon seit 1935 entwickelt worden und standen auch bei der Gründung des ‘Nationalkomitees Freies Deutschland’ 1941 in der Sowjetunion Pate. Daß in das antifaschistische Bündnis auch die Kirchen und Religionsgemeinschaften sowie ihre Funktionsträger einbezogen werden sollten, verdeutlichte am sichtbarsten der im Juni 1944 in den sowjetischen Kriegsgefangenenlagern ins Leben gerufene ‘Arbeitskreis für kirchliche Fragen’ des Nationalkomitees.

Bei der Ausformung ihrer aktiven Kirchenpolitik unmittelbar nach Kriegsende gingen die SMAD und in deren Gefolge die SED dann von folgenden Prinzipien aus:

- a) strikte Trennung von Staat und Kirche, insbesondere im Bereich der Jugenderziehung,
- b) Gleichbehandlung aller Kirchen und Religionsgemeinschaften,
- c) Selbständigkeit der Kirchen und Religionsgemeinschaften bei der Regelung ihrer eigenen Angelegenheit,
- d) Anerkennung des materiellen Besitztums der Religionsgemeinschaften, das deshalb auch von der Bodenreform und den späteren Enteignungsaktionen ausgenommen wurde.

Diese Prinzipien gewährten den Kirchen und Religionsgemeinschaften zunächst die Möglichkeit, den inneren und äußeren Aufbau nach den Verwüstungen der Nazi-Diktatur und des Krieges einzuleiten und ihren Platz als unabhängige Institutionen in der Gesellschaft der SBZ/DDR zumindest vorläufig zu behaupten. Die SED ihrerseits setzte von Anfang an auf die Chance, die Kirchen und Religionsgemeinschaften in den ‘antifaschistisch-demokratischen Wiederaufbau’ zu integrieren und deren spezifische Einwirkungsmöglichkeiten auf die desorientierte Bevölkerung im Sinne der ‘führenden Partei der Arbeiterklasse’ zu instrumentalisieren.

Im Rahmen der SED-Kirchenpolitik spielten die Freikirchen und kleineren Religionsgemeinschaften allerdings immer nur eine Randrolle. Das zeigen bereits die frühen Strategiepapiere der SED aus der unmittelbaren Nachkriegszeit, in deren Analyse und Zielstellungen die Freikirchen und Religionsgemeinschaften überhaupt nicht vorkommen. Hauptzielpunkt der SED-Kirchenpolitik waren immer die evangelischen Landeskirchen, die sich 1947 über die Zonengrenzen hinweg zur EKD zusammengeschlossen hatten, und - in erheblich geringerem Maße - die katholische Kirche, die als Teil der römischen Weltkirche auf der fortwirkenden Geltung des Reichskonkordates von 1933 bestand.

Welche geringe Rolle die Freikirchen und kleineren Religionsgemeinschaften für die SED bis in die späten achtziger Jahre hinein spielte,

zeigt auch der SED-übliche unspezifische Sprachgebrauch. Der Begriff 'Freikirche' begegnet in den SED-Akten abgesehen von Ausnahmefällen nicht. Wenn dort von den 'Religionsgemeinschaften' die Rede ist, handelt es sich zumeist um den verfassungs- bzw. gesetzestextnahen Sammelbegriff für alle religiösen Gruppierungen von den Kirchen bis zu den Sondergemeinschaften.

Zuständig für die offiziellen Kontakte zwischen Staat und Kirche war nach der Gründung der DDR 1949 zunächst die Hauptabteilung Verbindung zu den Kirchen, die unter der Leitung von Kurt Grünbaum (bis 1952) dem Stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrates der DDR und Vorsitzenden der Ost-CDU, Otto Nuschke, unterstellt war. Diese Hauptabteilung erwies sich jedoch als wenig wirksam. Die SED-Spitze bemerkte rasch, daß die Hauptabteilung »in keinerlei Hinsicht die Interessen des Staates gegenüber den Kirchenleitungen wahrgenommen« hätte¹. Als Grund hierfür wurde immer wieder das »kompromißlerische« Verhalten Nuschkes genannt, der seine alten bürgerlich-kirchlichen Bindungen - etwa zu Bischof Dibelius - nicht aufgab und sich fortlaufend um Vermittlung zwischen den Kirchen und Religionsgemeinschaften auf der einen Seite und der Staats- und SED-Führung auf der anderen Seite bemühte. Die Abteilung für Kultusfragen beim Ministerium des Innern der DDR erwies sich jedoch als ebenso wenig schlagkräftig, weil es auch ihr an einer effektiven Einbindung in den Parteiapparat der SED fehlte.

1957 wurden dann nach längeren Überlegungen seitens der SED über die Bildung eines staatlichen Amtes für Kirchenfragen mit neuen Strukturen nach dem Vorbild der anderen sozialistischen Länder die Voraussetzungen für eine von der SED direkt angeleitete Kirchenpolitik geschaffen. Allein federführend wurde nun die 'Abteilung Kirchenfragen' beim ZK der SED (seit 1954, zuvor 'Sektor Kirchenfragen', später 'Arbeitsgruppe Kirchenfragen'). Mit der »Bearbeitung aller, die Beziehungen zwischen Staat und Kirche betreffenden Angelegenheiten«² wurde der neu berufene Staatssekretär für Kirchenfragen, der nicht ministeriell eingebunden war, beauftragt. Er hatte die offiziellen Kontakte zu den Kirchen und Religionsgemeinschaften wahrzunehmen, so daß die zuständige und allein weisungsberechtigte ZK-Abteilung weitgehend verdeckt operieren konnte. Auf der Ebene der Bezirke und Kreise waren in vergleichbarer Weise die Beauftragten für Kirchenfragen tätig, die in die Abteilungen für Innere Angelegenheiten integriert waren.

1 Willi Barth, Leiter der Abt. Kirchenfragen beim ZK der SED, in einer Vorlage für das Politbüro, o.D. [1956].

2 Protokoll der Sitzung des Politbüros des ZK der SED vom 27.11.1956, TOP 7/2 (Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, Zentrales Parteiarchiv der SED J IV 2/2-516).

Die SED im Gegenüber zu den Freikirchen und kleineren Religionsgemeinschaften

In der immer nur kampagneartigen Beschäftigung der SED mit den Freikirchen und kleineren Religionsgemeinschaften fällt von Anfang an auf, wie wenig die SED-Machthaber über diese verwinkelte Landschaft überhaupt wußten. Auch das Studium der Akten zeigt, daß die SED und die staatlichen Dienststellen im Umgang mit den Freikirchen und kleineren Religionsgemeinschaften niemals sicher waren, mit wem sie es eigentlich sachlich und personell zu tun hatten. Bereits beim Übergang der Verwaltung von der SMAD auf die SED-kontrollierten Behörden erwiesen sich diese Unsicherheiten als ein beträchtlicher Störfaktor. Die beteiligten Funktionäre - vor allem auf der mittleren und unteren Ebene - sahen sich deshalb oft so eindeutig überfordert, daß die Zahl der Fehlinformationen, Mißdeutungen und Irritationen beträchtlich war. Das führte dazu, daß man sich auch bei einfachen Verwaltungsvorgängen häufig von einer übergroßen Vorsicht bestimmen ließ und z.B. Tarnorganisationen für Verbotenes (Zeugen Jehovas!) auch da witterte, wo es dazu keinen Anlaß gab.

Hubert Kirchner verweist dazu in seiner grundlegenden Expertise für die Enquete-Kommission des Bundestages 'Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland', die in absehbarer Zeit auch im Druck veröffentlicht werden soll, auf folgenden Fall:

»Der 'Ostdeutsche Verband der Siebenten-Tags-Adventisten' - eine seit Bestehen der Gemeinschaft in Deutschland bestehende Untergliederung - geriet zunächst in Verdacht, ein Heimatverband von Umsiedlern zu sein (Staatssekretär Warnke, MdI, an Nuschke, 7.3.50, DO-4/742)! Die Folge davon war, daß alle Vorgänge unverhältnismäßig lange Bearbeitungsfristen benötigten, weil zuvor viele Rückfragen und Recherchen bearbeitet werden mußten, um sich nach allen Seiten abzusichern«³.

Es war zunächst vorgesehen, für die Registrierung von Vereinigungen aller Art - darunter eben auch die Religionsgemeinschaften - eine gesetzliche Regelung zu schaffen. Seit Mitte 1951 zeichnete sich jedoch ab, daß dieser Weg nicht weiter verfolgt werden sollte. Die Registrierung bzw. Aufnahme in die Liste der zugelassenen Religionsgemeinschaften erfolgte nunmehr lediglich auf dem Verwaltungswege, was für diese eine erhebliche Rechtsunsicherheit nach sich zog. Die Entscheidungskompetenz dafür lag wahrscheinlich schon damals nicht mehr bei dem üblicher Weise dafür zuständigen Innenministerium, sondern beim Ministerium für Staatssicherheit. Mitte 1953 vermerkte eine Hausmitteilung des Innenministeriums, es lägen noch viele

»Anträge mit der Stellungnahme des ehemaligen Staatssekretärs Warnke beim Ministerium für Staatssicherheit, ohne daß bisher eine Stellungnahme oder Rück-

3 Hubert Kirchner, Die Freikirchen und Religionsgemeinschaften in der DDR in ihrer Zusammenarbeit in der AGCK und in ihrem Verhältnis zum SED-Staat (zur Veröffentlichung durch den Deutschen Bundestag vorgesehen).

gabe der Unterlagen erfolgte. Dadurch kommt es vor, daß z.B. ein Vertreter einer derartigen Gemeinschaft bereits über hundertmal allein im Staatssekretariat für Innere Angelegenheiten vorgesprochen hat, ohne bisher eine Entscheidung zu erhalten. Bei anderen Gemeinschaften ist die Lage ähnlich⁴.

Aus den frühen fünfziger Jahren ist eine dreizehn Schreibmaschinenseiten lange Auflistung »Freikirchen und Weltanschauungsgemeinschaften in der DDR« überliefert, in der insgesamt 33 »Freikirchen und Weltanschauungsgemeinschaften in der DDR« festgestellt werden, von denen vier als verboten bezeichnet werden⁵. Verboten bzw. aufgelöst waren danach seit dem 3. April 1951 durch das Ministerium des Innern der DDR der Christliche Gemeinschaftsverband der 'Deutschen Pfingstbewegung' mit etwa 7.500 Mitgliedern in der DDR, die Christliche Wissenschaft - Christian Science mit sechs- bis siebentausend Mitgliedern, die »wegen gewerbsmäßiger unerlaubter Gesundheitsbetriebe«⁶ untersagt und schon von der SMAD verboten worden war, die Heilsarmee⁷ und die Zeugen Jehovas (Ernste Bibelforscher), die am 30. August 1950, nachdem sie bereits von 1933-1945 kriminalisiert worden waren, erneut in die Illegalität abgedrängt wurden. Die Zeugen Jehovas wurden von den SED-Machthabern der »systematischen Hetze gegen die bestehende demokratische Ordnung« und der Einfuhr »friedensgefährdenden« Schrifttums beschuldigt⁸. Sie wurden deshalb zunächst konsequent verfolgt und erst später weithin stillschweigend geduldet.

Unabhängig von der Legalisierung durch die Registrierung wurden alle Freikirchen und kleineren Religionsgemeinschaften - so weit das möglich war - behördlich aufmerksam beobachtet und geheimdienstlich aufgeklärt. Dabei wurden teilweise auch sog. 'Vertrauensmänner' eingesetzt, die sich zum Schein als Mitglieder 'anwerben' ließen, um detaillierte Mitteilungen liefern zu können. Für die Routinekontrollen der kleineren Religionsgemeinschaften waren im übrigen auch die Abteilungen K 1 der Kriminalpolizei zuständig.

Paul Wandel über die »27 kleinen Religionsgemeinschaften« (1955)

Im Februar 1955 hielt Paul Wandel auf einer seminaristischen Beratung mit Bezirks- und Kreissekretären der SED einen erstaunlich detailreichen Vortrag 'Über die Politik der SED gegenüber der Kirche', in dem er sich auf eine recht typische Weise auch zu den »kleinen Religionsgemeinschaften« äußerte:

»Ich will hier nicht auf die 27 kleinen Religionsgemeinschaften eingehen. Vielleicht genügt es zur Illustration, wenn ich hier ganz kurz einmal vorlese, daß es

4 13.7.53, Bundesarchiv Potsdam, Akten der Dienststelle des Staatssekretärs für Kirchenfragen, DO-4/733.

5 Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung Sankt Augustin, VII-013, Nr. 1808.

6 Ebd. S. 7.

7 »Wurde durch die SMA ihrer militärischen Rangbenennung und ihrer uniformähnlichen Kleidung wegen verboten«. Ebd. S. 10.

8 Ebd. S. 13.

allein im Bezirk Cottbus folgende Religionsgemeinschaften gibt: Baptisten, Methodisten, Evangelische Gemeinschaft, Altlutheraner, Herrnhuter, Evangelisch-Lutherische Freie Kirche in Sachsen, Mormonen (mit 620 Mitgliedern), Offenbarung des Heiligen Johannes, Apostolische Gemeinde, Neuapostolische Gemeinde, Bund freier Kirchengemeinden, die Christengemeinde, Evangelische Bibelgemeinschaft, Reformierte Apostolische Gemeinschaft, Gemeinschaftswerk usw.

Ich will auf dieses Problem hier nicht eingehen, obwohl wir die kleinen Religionsgemeinschaften nicht übersehen dürfen. Auch hier wäre es grundsätzlich falsch, die Dinge über einen Leisten zu schlagen. Es gibt unter den kleinen Religionsgemeinschaften Menschen, die verhältnismäßig aufgeschlossen uns gegenüber sind, manchmal viel aufgeschlossener als die Mitglieder der anderen Kirchen, wobei man berücksichtigen muß, daß sie in der Vergangenheit oft verfolgt worden sind. Selbstverständlich ist - und das ist ein kompliziertes Problem -, daß die meisten und stärksten dieser Sekten und kleinen Religionsgemeinschaften traditionell ihre Zentren in England und Amerika haben. Gefährlich sind die Zeugen Jehovas in Verbindung mit der Propaganda des Atomkrieges durch die amerikanischen und Adenauerschen Kriegsaggressoren. Denn diese Leute verbreiten gerade jetzt sehr intensiv die Lehre, daß die Atombombe die endlich gefundene göttliche Waffe ist, die den von ihnen lang ersehnten Weltuntergang herbeiführt, bei dem nur sie übrigbleiben.

Das sind einige Fragen, die wir in jedem Gebiet und in jedem Kreis gründlich studieren müssen. Es gibt dabei kein Schema. Wir müssen überall Stützpunkte, Vertrauensleute in den verschiedenen Religionsgemeinschaften schaffen, mit deren Hilfe wir sie für die Unterstützung unserer Politik gewinnen können«⁹.

Schwierige Kontakte in den sechziger Jahren

Alle diese Maßnahmen erfüllten ihren Zweck jedoch nur unzureichend. In den internen Berichten häuften sich Beschwerden der Art, die Vertreter des Staatsapparates seien den Anforderungen der komplizierten Materie nicht gewachsen. Es fehle an ausreichenden Informationen, an kirchenpolitischen Konzeptionen und dem notwendigen Taktgefühl im Umgang mit den Vertretern der Freikirchen und kleineren Religionsgemeinschaften. Ein leitender Mitarbeiter des Staatssekretärs für Kirchenfragen sah sich noch 1960 nach einer Dienstreise in den Bezirk Karl-Marx-Stadt, wo sich die größte Konzentration kleinerer religiöser Gemeinschaften in der DDR fand, zu folgendem Resümee geötigt:

»Die Leiter der kleinen Religionsgemeinschaften [...] vermeiden die Verbindung mit dem Staatsapparat und treten nur in den unumgänglichen Fällen, die selten sind, auf. Der Verkehr des Referenten für Kirchenfragen mit ihnen besteht hauptsächlich in der notwendigen Administration und wird nur im akuten Fall operativ. So wird den Methodisten, Baptisten und Neuapostolischen als den zahlenmäßig in der DDR und analog im Bezirk Karl-Marx-Stadt stärksten der

⁹ Paul Wandel, Über die Politik der SED gegenüber der Kirche, als parteiinternes Material gedruckt, Institut für die Geschichte der Arbeiterbewegung, Zentrales Parteiarchiv der SED, IV 2/14/45.

kleinen Religionsgemeinschaften wenig Beachtung geschenkt, so daß auch die Auswirkung ihrer Tätigkeit auf die Durchführung der staatlichen Aufgaben nicht genügend sichtbar ist. Auch darüber, wieweit Glieder der verbotenen in den zugelassenen Religionsgemeinschaften tätig werden, ist nur geringe Kenntnis vorhanden bzw. ist diese auf Vermutungen beschränkt. Über die Beziehung der kleinen Religionsgemeinschaften bzw. ihrer Mitglieder nach WD und WB ist den Referenten für Kirchenfragen nichts bekannt. [...] Eine konkret nachweisbare und strafwürdige Schädlings- und Diversionstätigkeit von Mitgliedern der kleinen Religionsgemeinschaften wurde in letzter Zeit nicht festgestellt. Aus der gewonnenen Übersicht ist zu schließen, daß die Tätigkeit der kleinen Religionsgemeinschaften in ihrer Tiefe noch unsichtbar ist, weil die staatliche Arbeit politisch nicht offensiv und systematisch durchgeführt wurde«¹⁰.

Aus dem Jahr 1965 blieb der Aktenvermerk über eine »Methodistische Studentagung in Zwickau« erhalten, den Carl Ordnung für den Ost-CDU-Chef Gerald Götting anfertigte¹¹. Der CDU-Funktionär hielt vor etwa 25 Pastoren und zehn Laien der Methodisten-Kirche in Zwickau ein Referat zum Thema 'Das Soziale Bekenntnis der Methodistischen Kirche und die politische Verantwortung des Christen im Sozialismus'. Darin machte er anhand historischer Beispiele deutlich, »daß in der methodistischen Kirche in Amerika die Kirchenleitungen immer progressiver gewesen sind, als die Gemeinden«. Das Ziel seines Referates beschrieb Ordnung folgendermaßen: »Ich versuchte herauszuarbeiten, daß die meisten Grundforderungen des Sozialen Bekenntnisses erst in der sozialistischen Gesellschaftsordnung realisiert werden können«.

Im Verlauf der Tagung diagnostizierte Ordnung »zwei Gruppen« bei seinen methodistischen Gesprächspartnern:

»Eine kleinere von solchen Pastoren, die politisch am Ideal einer liberalen Demokratie orientiert sind und sich deswegen in unserer Gesellschaft schwer zurechtfinden. Die größere Gruppe, die bei allen Fragen doch gewillt ist, in unserem Staat konstruktiv mitzuarbeiten«.

Außerdem ließ Ordnung seinen Parteichef noch wissen:

»Die Konferenz war auf Grund meiner Initiative und der Vorbereitungsarbeiten von Pastor Dr. Funk, Plauen, zustande gekommen. Es war interessant, daß die gesamte methodistische Kirchenleitung in der DDR (die Superintendenten Vogel, Schäuble und Krause) von Anfang bis Ende der Tagung teilnahmen. Sie fürchteten offensichtlich die Formierung einer innerkirchlichen Oppositionsgruppe. Um dies zu verhindern, kamen sie selbst zur Tagung und machten am Schluß den Vorschlag, daß die hier geäußerten Gedanken in offiziellen kirchlichen Ausschüssen weiterbehandelt werden sollten«.

10 Bericht des Sachbearbeiters Haslinger, 26.7.60, Bundesarchiv Potsdam, Akten der Dienststelle des Staatssekretärs für Kirchenfragen, DÖ-4/733).

11 Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung Sankt Augustin, VII-013 Nr. 3007.

Ordnung sah in diesem Vorschlag wohl zutreffend »die Gefahr«, daß die methodistische Kirchenleitung dadurch einer innerkirchlichen Spaltung entgegenzuwirken trachtete, und schlug für diesen Fall »die Initiative zu einer ähnlichen Konferenz« im nächsten Jahr vor.

Die Lageberichte der Ost-CDU von 1970

1970 wurde die Ost-CDU nochmals in Richtung auf die Freikirchen aktiv. In einer als »Vertrauliche Dienstsache« gestempelten Aufzeichnung¹² wurden die folgenden Aufgaben formuliert:

»1. Mit Hilfe von aktiven Unionsfreunden aus den Freikirchen sollte verstärkt versucht werden, freikirchliche Pastoren in die politische Arbeit einzubeziehen. In Orten mit starken freikirchlichen Gemeinden empfehlen sich in größeren Zeitabständen - in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe 'Christliche Kreise' beim Ausschuß der Nationalen Front - Aussprachen mit den Kirchenvorständen. 2. In den Bezirken (Karl-Marx-Stadt) und Kreisen, in denen Freikirchen besonders stark vertreten sind, ist zu prüfen, ob nicht im Rahmen der Arbeitsgruppen 'Christliche Kreise' der Nationalen Front in bestimmten Abständen spezifische Aussprachen mit Pastoren und Predigern dieser Gemeinschaften durchgeführt werden sollten«.

Interessante Hinweise auf die Art und Weise, wie in der Mitte der siebziger Jahre die Freikirchen und Religionsgemeinschaften von außen her wahrgenommen wurden, vermitteln die Berichte der Bezirksverbände der Ost-CDU über die »Ergebnisse der Einbeziehung von Amtsträgern der Freikirchen«¹³. So klagte der Bezirksverband Halle:

»Durch die lockere Organisationsform der kleinen Religionsgemeinschaften ist allein schon das Feststellen der Mitgliedschaft in einer dieser Gruppen schwierig. Ebenso kann oft nur schwer oder kaum festgestellt werden, welche Bürger in diesen Gemeinschaften als Amtsträger angesehen werden können, weil diese Ämter oft nur ehrenamtlich wahrgenommen und in der Öffentlichkeit nicht wirksam werden. Viele dieser Gemeinschaften wirken zum größten Teil in aller Stille und treten in der Öffentlichkeit kaum in Erscheinung. Demzufolge gibt es über diese kleinen Religionsgemeinschaften selbst bei den Räten der Kreise oft keine Übersicht und bisweilen nur sehr verschwommene Ansichten«.

Die Hallenser Unionsfreunde berichteten weiter von »recht guten Kontakten« zu »Einzel-Persönlichkeiten der kleinen Religionsgemeinschaften«, merkten aber auch resignierend an:

»Allerdings kommen diese Kontakte in den meisten Fällen über das freundschaftliche Gespräch nicht hinaus. Die Bereitschaft, öffentlich zu politischen Tagesfragen Stellung zu nehmen und sich zu engagieren, ist nur bei einer kleinen Zahl dieser Amtsträger vorhanden. [...] Persönliche Stellungnahmen, oft nur im individuellen Gespräch geäußert, kommen nicht von allein und werden immer noch mit gewisser Vorsicht und Zurückhaltung - aber durchaus nicht unverbind-

12 Ebd. VII-011 Nr. 382.

13 Ebd. VII-011 Nr. 1555.

lich - formuliert. Typisch ist, daß sich diese Bürger nicht dazu bereit erklären, daß der Inhalt solcher Gespräche oder Stellungnahmen als Pressenotiz erscheinen [...]. Sie glauben oft, daß dieses Bekenntnis ihren Ruf und ihre Autorität innerhalb ihrer Glaubensgemeinde schädigen. Das wird noch durch die weitverbreitete Meinung von Gemeindegliedern - verstärkt bei den Sieben-Tage-Adventisten - bedingt, daß ein Pfarrer sich nicht mit der Politik zu beschäftigen habe und daß sich Politik und Theologie gegenseitig ausschließen. [...] Die Aktivitäten der Amtsträger und kleinen Religionsgemeinschaften beschränken sich fast ausschließlich auf die Mitarbeit im Wettbewerb 'Schöner unsere Städte und Gemeinden' und hier vor allem auf Arbeiten, die der Werterhaltung, Instandsetzung und Verschönerung der kirchlichen Anlagen dienen. [...] In einigen Fällen gibt es verstärkte Bemühungen der leitenden kirchlichen Stellen, sich an der Lösung kommunalpolitischer Probleme zu beteiligen - das bezieht sich besonders auf die Freikirchen. Hier ist das Prinzip der Mitverantwortung für das Ganze wirksam geworden«.

Der Magdeburger Bezirksverband beschäftigte sich besonders mit den Adventisten¹⁴:

»Die Amtsträger der Gemeinschaft der Siebenten-Tags-Adventisten, insbesondere in Friedensau nehmen im Prinzip eine positive Haltung zur Politik der DDR ein. Von ihnen werden die Friedenspolitik unseres Staates und ganz besonders die Leistungen auf sozialem Gebiet anerkannt. Häufig wird in Stellungnahmen von Predigern hervorgehoben, daß ihre Gemeinschaft sich im Gegensatz zur Zeit vor 1945 in der DDR ohne Behinderung durch den Staat und die großen Kirchen entwickeln kann, was unter anderem ein Motiv für eine positive Einstellung zu unserem Staat ist. Trotz des vorhandenen gesellschaftlichen Engagements, das sich besonders in Friedensau zeigt, gibt es starke Verbindungen der Gemeinschaft in Westdeutschland und in den USA«.

In der Stellungnahme des Bezirksverbandes Frankfurt/Oder werden interessante Beobachtungen zu den Motiven mitgeteilt, die zu einer gewissen Offenheit gegenüber dem sozialistischen Aufbau bei den Freikirchen und kleineren Religionsgemeinschaften beitragen¹⁵:

»Wir sehen die Ursachen hierfür u.a. darin, daß diese Religionsgemeinschaften über keine hundertjährige Tradition verfügen und sich daraus - wie auch von kirchenrechtlichen Gesichtspunkten her - keine 'gewachsenen Bindungen' und Organisationsformen ergeben. Die Fragen nach der Gesellschaftsordnung und dem Staat, stehen deshalb weniger im Mittelpunkt. Als wesentliches Kriterium tritt vielmehr in Erscheinung, ob jede Gemeinschaft ihr religiöses Leben in der entsprechenden Form gestalten kann. Da dieses in der DDR gegeben ist, wird den verfassungsmäßigen staatsbürgerlichen Pflichten in vollem Umfang nachgekommen. [...] Ein weiteres Moment für die Aufgeschlossenheit zur gesellschaftlichen Entwicklung unseres Staates sehen wir auch darin, daß ein Teil der Amtsträger aus diesen Religionsgemeinschaften ihr Amt nebenberuflich versieht. Durch die direkte Konfrontation mit den Problemen der Entwicklung unseres Staates im Berufsleben hat sich das Gesichtsfeld wesentlich erweitert. [...] Es besteht die Ten-

14 Ebd. VII-011, Nr. 1558.

15 Ebd. VII-011 Nr. 1557.

denz in ihrer beruflichen Arbeit sowie im Zusammenleben der Glieder ihrer Gemeinschaft, wie auch mit anderen Mitbürgern stets vorbildlich zu wirken, sich aber nicht in einer festen Form - über die Nationale Front hinaus - parteipolitisch zu arrangieren. [...] Die größte Aufgeschlossenheit hinsichtlich der Politik unseres Staates und Bereitschaft einer Mitarbeit zur Gestaltung des Staates finden wir bei den Amtsträgern und Gliedern der Neupostolischen Kirche«.

Ähnlich votierte auch der Bezirksverband Dresden¹⁶:

»Die Mehrheit der Prediger und Pastoren, der Freikirchen und kleinen Religionsgemeinschaften steht unserer sozialistischen Entwicklung positiv gegenüber. Sie sind zum Teil persönlich gesellschaftlich engagiert. Die Ursache dieser Haltung liegt darin, daß in diesen Religionsgemeinschaften fast nur Laienprediger tätig sind, deren Staatsbewußtsein im Prozeß der materiellen Produktion geprägt wird. Eine weitere Ursache ist das Fehlen einer Kirchenbürokratie und schließlich auch, daß diese Gemeinschaften dem sozialistischen Staat dankbar sind für die erstmalig in ihrer eigenen Geschichte vollzogene staatliche Gleichberechtigung mit den beiden großen Kirchen. Die Freikirchen und Kleinen Religionsgemeinschaften betreiben auf Grund ihres stärkeren gesellschaftlichen Engagements in der sozialistischen Entwicklung eine selbständige, von westdeutschen Einflüssen unabhängige Religionsausübung. [...] Die Prediger und Pastoren nehmen in Gesprächen und bei Diskussionen innerhalb unserer Partei und besonders auch in den Arbeitsgruppen 'Christliche Kreise' zum überwiegenden Teil zu den Grundfragen der Politik unseres Staates eine mehr als loyale Haltung ein«.

1977 bekannte die Information »Zu einigen Problemen der staatlichen Tätigkeit gegenüber den Religionsgemeinschaften« erneut¹⁷:

»Wir verfügen über keine aktuelle, exakte Übersicht, wie groß die tatsächliche Zahl von Religionsgemeinschaften ist, die gegenwärtig kirchliches Leben in organisierter Form praktiziert. Regelmäßige Kontakte bestehen auf zentraler Ebene zu 13 Religionsgemeinschaften [...]«.

Das Warnemünder 'Handbuch' von 1988

Erst 1988 wurde vom Institut für Marxismus-Leninismus der Ingenieurschule für Seefahrt in Warnemünde/Wustrow ein umfangreiches, jedoch nur zum internen Gebrauch bestimmtes 'Handbuch' mit dem Titel 'Kirchen und Religionsgemeinschaften in der DDR - ohne den Bund Evangelischer Kirchen in der DDR, die Römisch-Katholische Kirche und die Russische Orthodoxe Kirche sowie den Verband Jüdischer Gemeinden in der DDR'¹⁸ vorgelegt. Für die wissenschaftliche Beratung waren Prof. Dr. Horst Dohle vom Staatssekretariat für Kirchenfragen, Prof. Dr. phil. habil. Olof Klohr, der bekannte DDR-Religionssoziologe, und Dozent Dr. sc. Wolfgang Kleinig aus

16 Ebd. VII-011 Nr. 1556.

17 26.9.77, Bundesarchiv Potsdam, Akten der Dienststelle des Staatssekretärs für Kirchenfragen, DO-4/450, Blatt 4.

18 D. Müntz und M. Wachowitz, Kirchen und Religionsgemeinschaften in der DDR - ohne den Bund Evangelischer Kirchen in der DDR, die Römisch-Katholische Kirche und die Russische Orthodoxe Kirche sowie den Verband Jüdischer Gemeinden in der DDR. Warnemünde. [Warnemünde 1988]. Das Exemplar der früheren Sektion Philosophie der Humboldt-Universität zu Berlin, das 1988 als 'Dienstsache' eingestuft wurde, trägt die Nr. 048.

Berlin zuständig. Das 'Handbuch' zählt 31 »in der DDR zugelassene Kirchen und Religionsgemeinschaften«¹⁹ auf. Es orientierte sich damit an den älteren Listen, ist in seinen Einzelheiten aber noch immer reichlich ungenau. So werden darin sowohl solche Gruppierungen, die inzwischen schon nicht mehr existierten oder überhaupt nur vorübergehend bestanden hatten, wie auch solche genannt, die nur noch ganz wenige Mitglieder aufwiesen, aber einmal registriert worden waren. Diejenigen Gemeinschaften, die in der DDR verboten oder nicht zugelassen bzw. als Organisation nicht staatlich registriert waren, sowie die ökumenischen Zusammenschlüsse in Genf (!) werden in einem Anhang nur knapp erwähnt. Die Tatsache oder zumindest die Möglichkeit der Existenz von Anhängern dieser verbotenen Gruppen in der DDR wurde eingeräumt.

Bemerkenswert erscheint der folgende Hinweis, der sich in den Vorbemerkungen findet:

»Im Handbuch dienen diese Zahlen [zur Mitgliederstärke] primär der Vermittlung von Vorstellungen über quantitative Relationen. Sie widerspiegeln nicht den realen Einfluß dieser Institutionen innerhalb der religiösen Verhältnisse, da der Anteil der aktiv praktizierenden Christen in ihnen wesentlich höher ist als innerhalb der Katholischen Kirche, vor allem aber als in den evangelischen Kirchen«²⁰.

Das Warnemünder 'Handbuch' bedarf noch eingehender Untersuchungen. Die dort getroffenen Feststellungen sind mit den bei den Freikirchen und kleineren Religionsgemeinschaften vorhandenen Akten abzugleichen. Die im 'Handbuch' festgehaltenen politischen Beurteilungen aus der Sicht der SED-Autoren müssen im Lichte der Gesamtentwicklung der SED-Kirchenpolitik interpretiert werden: In den späten achtziger Jahren versuchte die SED-Führung, insbesondere solche Gruppierungen, die traditionellerweise über gute Beziehungen in die USA verfügten, energisch und völlig hemmungslos für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. Manches haben die Autoren des 'Handbuchs' auch einfach falsch verstanden, obwohl sie sich sichtlich um eine möglichst genaue und sachentsprechende Interpretation bemühten.

Immerhin wird aber auch durch dieses 'Handbuch' bestätigt, was allerdings auch sonst schon bekannt war, etwa durch die Studien von Helmut Obst/Halle und Hubert Kirchner/Berlin: In der DDR erfolgten keine nennenswerten Neubildungen von Religionsgemeinschaften mehr. Die neuen religiösen Bewegungen der sechziger Jahre, vor allem die sog. Jugendsekten, fanden in der DDR zwar durchaus Anhänger, konnten sich aber niemals institutionell verfestigen. Das entsprach der niemals fixierten, aber stets sorgfältig beachteten Maxime der SED-Kirchenpolitik, nach der Neugründungen aller Art, die den Rahmen des schon Vorhandenen überschritten hätten, im

19 Ebd. S. 4-8, Inhaltsübersicht.

20 Ebd. S. 11.

religiösen Sektor zu verhindern waren: »Seit 1945 erfolgte auf dem Gebiet der DDR keine Neubildung von Kirchen und Religionsgemeinschaften, da dafür unter sozialistischen Verhältnissen wesentliche soziale und politische Ursachen nicht mehr vorhanden waren«²¹. Diese Begründung des 'Handbuchs' von 1988 gibt also die ideologisch korrekte Wunschvorstellung wieder, die allerdings nichts von der tatsächlichen alltäglichen Repressionspolitik der SED verrät, der auch die Freikirchen, kleineren Religionsgemeinschaften und neuen Gruppenbildungen ausgesetzt waren.

Die Organisation der Kontakte zu den Freikirchen und Religionsgemeinschaften

Der Kontakt mit den Freikirchen und Religionsgemeinschaften war seitens des Staats- und Parteiapparats in der DDR ähnlich wie der zu den großen Kirchen geregelt:

a) Gespräche von leitenden Mitarbeitern des Staatssekretärs für Kirchenfragen in den Bezirken mit den örtlichen und regionalen Vertretern der Kirchen und Gemeinschaften gab es in unregelmäßigen Abständen.

b) Repräsentative 'Begegnungen' des Staatssekretärs für Kirchenfragen mit den führenden Vertretern der Freikirchen und Religionsgemeinschaften, denen Leitfunktionen zugeschrieben wurde, bildeten die Ausnahme. Die Zusammensetzung der eingeladenen Gruppen wechselte stark. Da die Eingeladenen auch untereinander oft kaum etwas gemeinsam hatten, kam bei solchen Spitzengesprächen selten etwas Brauchbares heraus.

c) Die Alltagsfragen wurden auf der regionalen Ebene der Bezirke und Kreise geregelt.

d) Besondere Schwierigkeiten boten die Verhandlungen, in denen die Beziehungen der Freikirchen und Religionsgemeinschaften in das westliche Ausland zu behandeln waren. Die SED argwöhnte hier ständig, solche Beziehungen könnten von fremden Geheimdiensten gegen den sozialistischen Staat mißbraucht werden.

e) Zu bestimmten festlichen Anlässen wurden auch die Vertreter der Freikirchen und Religionsgemeinschaften dazu ermuntert, öffentliche Erklärungen abzugeben, in denen sie ihre Loyalität gegenüber dem SED-Regime formulierten.

f) Eine große und nach außen kaum wahrnehmbare Rolle spielten schließlich die Kontakte, die vom Staatsapparat, der Ost-CDU und dem MfS zu einzelnen Leitungspersonlichkeiten aufgebaut und sorgsam gepflegt wurden. Die Akten erwecken den Eindruck, daß hier der eigentliche Schwerpunkt der Einflußnahme und Instrumentalisierung lag. Immer wieder wurden Berichte darüber angefertigt, wie solche Persönlichkeiten in ihrem politischen Auftreten zu beurteilen seien, welche Schwächen sie zeigten und wie sie dazu

21 Ebd. S. 28

angeleitet werden könnten, sich offensiver für die Ziele des sozialistischen Staates einzusetzen. Ein besonderes Problem bildete für die Funktionäre dabei die Tatsache, daß viele ihrer Gesprächspartner sich entweder grundsätzlich von politischen Äußerungen fernhielten oder als nebenamtliche Prediger und Gemeindeleiter nicht genügend Zeit fanden, ein befriedigendes politisches Engagement zu entwickeln.

g) Obwohl die Freikirchen und Religionsgemeinschaften tendenziell dazu neigten, sich auf ihre religiösen Anliegen zu konzentrieren und deshalb das Hineinwirken in die Gesellschaft zu begrenzen, was den Intentionen der SED unbeabsichtigt durchaus entgegenkam, hat das MfS es auch hier nicht an 'revolutionärer Wachsamkeit' fehlen lassen. Im Mittelpunkt der Aufklärungsarbeit standen die 'Westkontakte' der Gemeinschaften. Gleichzeitig bemühte man sich aber auch um die Durchdringung der einzelnen Gemeinschaften, Gemeinden und Gruppen. Dabei spielten die Inoffiziellen Mitarbeiter des MfS, die es in einigen Gemeinschaften auch an führender Stelle gegeben haben soll, eine im einzelnen noch genau aufzuklärende Rolle. Besondere Aufmerksamkeit widmete das MfS den Zeugen Jehovas in der DDR, die durch ein eigenes Referat in der HA XX/4 im MfS bearbeitet wurden. Das MfS warb eine große Zahl von Zeugen Jehovas, gründete mit ihnen eine Gegengemeinschaft, die eine eigene 'Theologie' entwickeln sollte, und finanzierte ein eigenes Publikationsorgan, das den echten Anhängern zugesandt wurde. Die Einzelheiten dieser dubiosen Vorgänge lassen sich heute noch nicht darstellen. Es bleibt zu hoffen, daß sich bald kompetente Sachkenner daran machen, den Leidensweg dieser schon von den Nationalsozialisten verfolgten Gruppen im SED-Staat genauer aufzuarbeiten.

Zusammenfassung

Zusammenfassend läßt sich zur SED-Kirchenpolitik gegenüber den Freikirchen und kleineren Religionsgemeinschaften heute feststellen:

a) Diese standen niemals im Mittelpunkt der SED-Kirchenpolitik. Vielfach wurden auf sie in schematisierender Weise die Prinzipien angewandt, die im Gegenüber zu den großen Kirchen entwickelt worden waren. Das führte zu Wahrnehmungsverlusten und einer Ineffektivität der Arbeit, die niemals grundlegend korrigiert werden konnte.

b) Neben einzelnen Führungspersönlichkeiten und Gemeinschaften, die sich um ein bewußt loyales Verhalten zum sozialistischen Staat bemühten und insbesondere aus ihrem traditionellen Friedensengagement heraus die 'Friedenspolitik' der DDR zu unterstützen bereit waren, war das Verhalten der Freikirchen und kleineren Religionsgemeinschaften zumeist durch ein deutliches Distanzverhalten geprägt. Dieses war in den eigenen Auffassungen der Gemeinschaften begründet, wurde aber auch durch die mangelnde Aufmerksamkeit verstärkt, die der SED - und Staatsapparat diesen Bereichen des religiösen Lebens zuwandte.

c) Für die SED waren die Freikirchen und kleineren Religionsgemeinschaften nur insofern interessant, als sie zu kontrollieren und zu instrumentalisieren waren. Die Kontrolle ergab, daß ernsthafte Gefahren von dieser Seite nicht zu befürchten waren. Die Möglichkeiten der Instrumentalisierung wurden durch den vergleichsweise knappen Radius begrenzt, den die Außenwirkung dieser Gemeinschaften zumeist hatte.

d) Es gab immer wieder auch Ansätze, die religiösen und theologischen Spannungen zwischen diesen Gemeinschaften und den großen Kirchen zu nutzen. Einen Handlungsspielraum dafür eröffneten neben allerlei vertraulichen Gesprächen vor allem die Arbeitsgruppen 'Christliche Kreise' der Nationalen Front. Viel ist auf diesem Weg nicht erreicht worden, weil es ein stillschweigendes Einverständnis zwischen den 'religiösen Kräften' gab, sich in dieser Weise nicht von der SED mißbrauchen zu lassen. Auch die Zusammenarbeit im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in der DDR wirkte hier gegenüber der SED stabilisierend.

e) Das Thema 'Die Freikirchen und Religionsgemeinschaften in der Politik des SED-Staates' war und blieb ein Randproblem. Nur in einem Fall läßt sich zeigen, zu was die SED-Diktatur im Stande war, wenn sie glaubte, die Instrumentalisierung einer solchen kleinen Gruppe mit Vorrang betreiben zu müssen. Ich spreche hier nicht über die Mormonen und ihre leicht erklärliche 'Aufwertung' in den späten 80er Jahren, als Erich Honecker sein politisches Lebenswerk durch einen Staatsbesuch in den USA zu krönen beabsichtigte, sondern meine die jüdischen Gemeinden in der DDR. Diesen wurde eine - sozial komfortabel ausgestattete - Ghettoexistenz zugewiesen, die auf die völlige Aufgabe der eigenen Identität hinauslief. Als Honecker das 50-Jahr-Gedenken der Reichskristallnacht 1988 dazu mißbrauchte, eine wahre 'Gedenkpepidemie' zu entfesseln - man druckte damals sogar die Tagesordnung der Volkskammer zweisprachig deutsch-hebräisch - wurde endgültig vor aller Welt offenbar, worauf die SED-Politik gegenüber den Religionsgemeinschaften angelegt war: Kontrollieren, Begrenzen und Instrumentalisieren bis zu jenem in immer weitere Ferne rückenden Zeitpunkt, wo der Mensch sein reales Elend nicht mehr religiös verbrämen müßte, weil das Endziel der sozialistischen und kommunistischen Herrlichkeit erreicht ist. Der Zusammenbruch des Realsozialismus hat diese Utopien der SED zunichte gemacht. An den Folgen der SED-Kirchenpolitik werden auch die Freikirchen und Religionsgemeinschaften in den neuen Bundesländern noch lange zu tragen haben. Dabei sind die äußeren Schäden eher zu heilen als die inneren. Sie können nur auf dem Wege einer geduldigen und einfühlsamen, in der Sache aber auch klaren Aufarbeitung behoben werden.

»Schicket euch in die Zeit! -«

Zum Stand der Aufarbeitung der Geschichte des Bundes Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden (BEFG) in der DDR*

0.1. Einleitung

»Gottes Wort sagt 'Schicket euch in die Zeit'. Verspricht uns der Staat, unseren Glauben nicht anzutasten und unser religiöses Handeln nicht zu stören, so wollen wir ihm dankbar helfen, auch seine, auf die irdische Wohlfahrt aller Staatsbürger gerichteten Ziele zu erreichen«¹.

Kein Zitat aus den 40 Jahren DDR, sondern das Wort des Vorsitzenden der Bundes-Ältesten von 1935! Selbst wenn nach den meisten neutestamentlichen Handschriften statt Luthers »Schicket euch in die Zeit« richtiger »Dienet dem Herrn« zu übersetzen ist - wie konnte ein solches Wort das theologische Denken (und die politische Haltung) auch der Generation nach dem Dritten Reich prägen?² Waren wir wieder nur 'angepaßt'?

Heute vor 19 Jahren saßen wir im Jugend-Mitarbeiterkreis der Gemeinde zusammen. Überall hingen in diesen Tagen Spruchbänder in den Straßen: »30 Jahre Befreiung durch die Sowjetarmee ...«. (Der Witz ging um, daß man beim Bäcker besser »20 plus 10« Brötchen kaufe, weil niemand mehr die Zahl »30« hören könne!) Wir malten für unseren Schaukasten ein großes Plakat mit einer Weltkugel und dem Kreuz und »2000 Jahre Befreiung durch Jesus Christus«. War das schon »Dienet dem Herrn«, Widerstand, oder nur jugendliche Provokation?

An diesem Wochenende vor genau 25 Jahren³ gab sich unser ostdeutscher Bund einen neuen Namen: Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden *in der DDR* (statt bisher: *in Deutschland*). Offizielle Begründung: die neue Verfassung der DDR, die ein Jahr zuvor angenommen worden war. »Schicket euch in die Zeit«, Anpassung?

Heute vor fünf Jahren fanden die letzten Kommunalwahlen der DDR im alten Stil statt. Aufgrund nachgewiesener Wahlmanipulationen kam es zu innenpolitischen Auseinandersetzungen, die wiederum einer der Impulse waren, der zur Wende führte. Unser Monatsblatt des Bundes, 'Wort und Werk',

* Forschungsbericht für die Tagung des VEfGT in Münster am 7.5.1994.

1 F.W. Simoleit, Rundschreiben an die Prediger und leitenden Brüder vom 7.8.1935, Mappe 'Bundespost', Oncken-Archiv des BEFG, Hamburg.

2 Ganz abgesehen davon, daß auch die jüngste Diskussion in der Enquête-Kommission des Deutschen Bundestages zur Aufarbeitung der DDR-Geschichte den Historikerstreit, ob die beiden Diktaturen vergleichbar sind, natürlich nicht entschieden hat.

3 Bundesratstagung 8.-9.5.1969 in Dresden.

berichtete über die heikle Diskussion zu diesen Wahlen⁴. War das schon mutiger Widerstand?

0.2. Vorbemerkungen

1. Ich selbst bin Gemeindepastor, nicht Historiker, und hatte weder Möglichkeit noch Zeit, alle derzeitige Forschung zur Thematik zu überblicken noch das bereits vorliegende Material wissenschaftlich aufzuarbeiten.

2. Nach meinem Überblick gehe ich davon aus, daß bisher zur Geschichte des DDR-Bundes nur wenig intensive Forschungsarbeit geleistet wird. Worüber ich berichten werde, sind eigentlich eher *Vorarbeiten* innerhalb unseres Bundes, die nur bedingt Schlußfolgerungen zulassen.

3. Der Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden ist ein Bund von autonomen Ortsgemeinden ohne zentrale Kirchenhierarchie. Ein Bundespräsident (im BEFG) konnte sich nicht ohne weiteres zu allen Vorgängen so prägnant äußern wie ein Kirchenpräsident oder Bischof - und er mußte es auch nicht. So finden sich nur relativ wenige offizielle Stellungnahmen zu politischen Ereignissen⁵.

4. Zur Gliederung: Nach einem kurzen Überblick über die mir bekannten historischen (Vor-)Arbeiten werde ich etwas näher auf die Zielsetzung und Arbeitsweise des berufenen Arbeitskreises im BEFG zur Aufarbeitung der Geschichte des BEFG in der DDR eingehen. Es folgen einige Anmerkungen zur Quellenlage. Abschließend will ich exemplarisch an einem Thema einige Ergebnisse darstellen.

1. Überblick über historische Arbeiten und Vorarbeiten im BEFG

Siegfried Rosemann, bis Ende 1991 hauptamtlicher Jugendpastor des BEFG in der DDR, wurde im Herbst 1991 freigestellt, die Geschichte des Gemeindejugendwerkes (GJW) des Bundes aufzuarbeiten. Die Arbeit beschränkte sich im wesentlichen auf Sondierungsarbeiten, auf das Anlegen eines geordneten Aktenbestandes sowie auf das Erstellen eines Stichwort-Datensatzes. Eine erste schriftliche Auswertung des Materials liegt vor für die Jahre 1949 - 1960⁶. Als Quellen lagen ausschließlich Akten des GJW und der Bundesleitung vor.

Die 'Initiative Gemeinde mit Weltverantwortung im BEFG' veranstaltete im September 1993 eine Wochenendtagung zur Geschichte des Bundes in der

4 Eine Meinungsbildung. Bericht über eine Zusammenkunft der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen. In: Wort und Werk, Monatsblatt für die Evangelisch-Freikirchlichen Gemeinden in der DDR, Nr. 7 (Juli 1989), S. 8.

5 Dies war nicht nur für die zentralistische Staatsführung problematisch. Oft genug erwarteten auch die Gemeinden, die gewöhnlich gern ihre Unabhängigkeit betonten, klare Worte 'von oben' - von der Leitung des Bundes (!).

6 Siegfried Rosemann, Die Geschichte des Gemeindejugendwerkes in der DDR. Berlin Dezember 1991, 34 S., Archiv des BEFG (unveröffentlicht).

DDR⁷. Viel Raum nahm neben der Befragung von Zeitzeugen das Erzählen von persönlichen Geschichten und Betroffenheiten ein. Eine Arbeitseinheit über Angst, Anpassung und Schuld aus psychologischer und theologischer Sicht vertiefte dieses Nachdenken. Bemerkenswert war vor allem das Referat von Uwe Dammann: 'Gemeinde unter ideologischem Druck - Chancen und Grenzen baptistischer Frömmigkeit'⁸. Er setzt mit seiner Einschätzung an bei den allgemeinen baptistischen Prinzipien (Bibel, autonome Gemeinden, Priestertum aller Gläubigen, Trennung von Staat und Kirche) und fragt, ob und wie weit der BEFG in der DDR ihnen treu geblieben ist.

Persönlich wohl am intensivsten arbeitet gegenwärtig Rolf Dammann, ehem. Generalsekretär des BEFG in der DDR, an der Aufarbeitung der Geschichte unseres Bundes. Veröffentlicht wurden von ihm bisher drei Aufsätze:

- 'Die Bundesteilung 1969'⁹ über die Geschichte der Trennung der beiden Bünde;

- 'Trennung, Gemeinsamkeit, Eigenständigkeit: der ehemalige Bund in der DDR'¹⁰ über die eigenständige Entwicklung des DDR-Bundes;

- 'Die Bundeskonferenz 1960'¹¹ in West-Berlin (in Auswertung erster Unterlagen des Staatssekretariats für Kirchenfragen).

Dazu kommen verschiedene Aufsätze, Kommentare und Berichte in der Wochenzeitschrift des BEFG 'DIE GEMEINDE'¹², die - im Jahrgang 1992 - vor allem die Stasi-Problematik diskutieren¹³ sowie einzelne Interview-Porträts wichtiger Persönlichkeiten.

Anfang 1992 wurde von der Bundesleitung ein Arbeitskreis mit der Aufarbeitung der Geschichte betraut, auf dessen umfangreiche Arbeit ich im folgenden eingehen werde.

2. Der Arbeitskreis zur Aufarbeitung der Geschichte des BEFG in der DDR

2.1. Entstehung und Grundanliegen

Anlaß für die Entstehung des Arbeitskreises war die um den Jahreswechsel 1991/92 in der Öffentlichkeit aufgebrochene Diskussion über die Beziehung der Kirchen zum DDR-Staat, insbesondere über deren Stasi-Verwicklungen. In einer Aussprache im ständigen Ausschuß der Bundesleitung über die Situation kam es zur Anregung der Bildung einer Arbeitsgruppe - vorwiegend

7 10.-12.9.1993 in der EFG Berlin-Oberschöneweide, Thema: 'Widerstand und (V)Ergebung. Nachdenken über unsere Geschichte mit der DDR (und danach)'. Bericht in: DIE GEMEINDE, Wochenzeitschrift des BEFG, Nr. 41 (Kassel 10.10.1993), S. 6.

8 Veröffentlicht in: DIE GEMEINDE, Nr. 8, (20.02.1994), S. 4 f und Nr. 9 (27.02.1994), S. 4 ff sowie in der Mitarbeiterzeitschrift 'Theologisches Gespräch. Freikirchliche Beiträge zur Theologie', Nr. 1 (Kassel 1994).

9 DIE GEMEINDE, Nr. 39 (27.9.1992), S. 6 f.

10 DIE GEMEINDE, Nr. 40 (4.10.1992), S. 6 f.

11 DIE GEMEINDE, Nr. 45 (7.11.1993), S. 4 ff (vgl. Leserbrief C. Wolf in Nr. 50 (12.12.1993), S. 7)

12 Siehe Verzeichnis im Anhang.

13 Im Vergleich zu anderen Kirchenzeitungen allerdings auffallend zurückhaltend!

aus Ost-Vertretern des Bundes - zur sachlichen Aufarbeitung der Geschichte. In einem kleinen berufenen Kreis wurden daraufhin ein Brief an die Gemeinden zum Umgang mit den Dokumenten der Staatssicherheit verfaßt¹⁴ sowie ein Arbeitskreis konzipiert, der am 24.02.1992 erstmals zusammentrat. Er setzt sich zusammen aus sechs für die Aufarbeitung berufenen Pastoren¹⁵. Dazugeladen werden in größeren Abständen einige Zeitzeugen¹⁶ sowie die Vertrauenspastoren der ostdeutschen Vereinigungen.

Erschwerend für die Arbeit des Arbeitskreises ist, daß sie ausschließlich nebenamtlich geschieht.

Als Grundanliegen der Arbeit wurden am Anfang genannt¹⁷:

- das Leben und Wesen des Bundes in der DDR möglichst umfassend festzuhalten;
- die Chance der zeitlichen Nähe zu nutzen, um möglichst authentisch Erlebnisse, Erinnerungen und Einschätzungen zu sammeln;
- dem aktuellen Interesse an der Stasi-Vergangenheit in den Gemeinden zu begegnen.

2.2. Zielsetzung und Eingrenzung

1. Das Zusammentragen, Sichten, Ordnen und Archivieren von sämtlichem historisch verwertbarem Material;

2. die Befragung von Augen- und Zeitzeugen (wichtig erscheint dabei weniger eine frühzeitige Deutung oder Bewertung, sondern die kompetente *Erklärung* mancher Vorgänge);

3. die Einsichtnahme in staatliche und MfS-Akten. Mehrmals wurde die Frage diskutiert, ob - auch im Blick auf die Geschichtsaufarbeitung - eine allgemeine Überprüfung der hauptamtlichen Mitarbeiter und Pastoren des Bundes anzuregen sei. Diese wurde mehrheitlich abgelehnt, um das bestehende Vertrauensverhältnis nicht aufzugeben und weil es bisher keine Indizien dafür gab, daß eine solche Überprüfung notwendig ist.

4. Darüber hinaus wird die Arbeit von den (unausgesprochenen) Zielsetzungen begleitet,

- im Blick auf die *Ost-Gemeinden* die Gefahren und Fakten der Anpassung bewußt zu machen und zu helfen, diese zu verarbeiten, und

14 Brief aus der BEFG-Geschäftsstelle Berlin (Ost), An die Gemeinden unseres Bundes in den neuen Bundesländern, vom 31.1.1992, unterzeichnet von Ulrich Materne, Manfred Sult und Michael Zimmermann, veröffentlicht in: DIE GEMEINDE, Nr. 10 (8.3.1992), S. 5 ('Um ehrliche Aufarbeitung bemüht'). Seit Januar 1992 war die persönliche Einsichtnahme in die Akten des MfS möglich!

15 Reinhard Assmann, Günter Balders (Theol. Seminar Hamburg), Bernhard Kühl, Matthias Schmidt (Brüdergemeinden), Manfred Sult (Bundesdirektor), unter der Leitung von Ulrich Materne (Bundesleitung).

16 Rolf Dammann (Generalsekretär der Bundes), Dieter Hampel (Elimgemeinden), Günter Lorenz (Schriftleiter 'Wort und Werk'), Michael Zimmermann (Brüdergemeinden).

17 Ulrich Materne, Aufarbeitung der Geschichte des BEFG in der DDR. In: Anträge und Berichte an den Bundesrat 1993, Bundesmissionshaus Bad Homburg, März 1993, S. 53.

- im Blick auf die *West-Gemeinden* die Sicht zu weiten für ein vielgestaltiges, intensives geistliches Leben - auch unter ideologischem Druck.

5. Die Arbeit ist begrenzt auf die Zeit von 1949 - 1990 (DDR) und (leider bisher) auf den BEFG Ost. Außerdem beschränken sich die Recherchen auf das Verhältnis des Bundes zu staatlichen Institutionen und zu den gesellschaftlichen Herausforderungen. Eine Gesamtgeschichte der innerbundlichen Entwicklungen festzuhalten sieht dieser Arbeitskreis nicht vor.

2.3. Arbeitsweise

Die nachfolgende Aufzählung der bisherigen Arbeitsschritte lassen die Arbeitsweise erkennen:

1. Erstellung eines *chronologischen Gerüsts*: Einarbeitung der Daten des Bundes in eine Datensammlung aus Allgemein- und Kirchengeschichte¹⁸;

2. Festlegung eines *Fragerasters* für die Durchsicht der Materialien: Sachthemen - Daten/Ereignisse - Quellen - Personen - Rückfragen;

3. Durchsicht der bundeseigenen Aktenbestände unter diesen Gesichtspunkten, wie z.B. die Protokolle und Berichte zu den Bundesratstagungen, die Protokolle und allg. Berichte der Bundesleitungssitzungen, die Akten ausgewählter Arbeitszweige (Gemeindejugendwerk, Wehrdienstfragen, Öffentlichkeitsfragen, Friedensfragen ...) und Gemeindegruppen (Brüder- und Elimgemeinden). Natürlich sind Protokolle aus jener Zeit deutlich zurückhaltend formuliert und halten zumeist nur Ergebnisse fest.

4. Bitte an alle verantwortlichen *Leiter von Arbeitszweigen* des Bundes, ihre Arbeit in kurzer Form schriftlich darzustellen (Chronologie, inhaltliche Schwerpunkte, Hinweise auf Quellen/Akten)¹⁹;

5. *Brief an alle Gemeinden*²⁰ mit der Bitte um persönliche Erfahrungsberichte und um Hinweise auf evtl. bekannte besondere Sachverhalte sowie weiteres Quellenmaterial. Es gab ein unerwartet breites Echo: etwa (bisher) 115 z.T. sehr ausführliche Rückmeldungen. Daraus wiederum ergaben sich zahlreiche Rückfragen, persönliche Interviews und Gesprächs-Einladungen in den Arbeitskreis, die ein außerordentlich breites und facettenreiches Bild vermittelten.

6. Sammeln und Auswerten von *Presseveröffentlichungen* des Bundes (Monatsblatt 'Wort und Werk') und vor allem auch über Bund und Baptismus aus säkularen und CDU-Zeitungen - ebenfalls sehr aufschlußreich angesichts der bekannten Bedingungen für das Pressewesen;

7. Einsichtnahme in *staatliche Akten* (Staatssekretariat für Kirchenfragen, Ministerium für Staatssicherheit, Ministerium des Innern);

18 Hilfreich war die ausführliche Zeittafel in: Pfarrer, Christen und Katholiken, hg. von Gerhard Besier u. Stephan Wolf. 2. Aufl. Neukirchen-Vluyn 1992, S. 817 ff.

19 Brief vom 7.9.1992, Arbeitskreis Geschichte des BEFG i.d. DDR.

20 Brief vom 23.04.1992, Arbeitskreis Geschichte des BEFG i.d. DDR.

8. Erstellung eines *Schlagwortverzeichnisses* mit sämtlichen Quellenangaben;

9. Konzeption einer zu veröffentlichenden ersten *Dokumentation*: Zu einzelnen Themenbereichen werden Kurzdarstellungen erarbeitet und diesen jeweils Dokumente und persönliche Berichte zugeordnet. Ein großer Teil an Beiträgen liegt bereits vor. Die Fertigstellung ist für Herbst 1994 geplant.

3. Anmerkungen zur Quellenlage

Neben dem umfangreichen Aktenmaterial des Bundes und neben den Presseveröffentlichungen stehen in wachsendem Umfang staatliche Akten zur Aufarbeitung zur Verfügung.

3.1. Akten des Staatssekretariats für Kirchenfragen

Als unproblematisch erwies sich die Einsichtnahme in diesen Aktenbestand im Bundesarchiv Potsdam. Der Aktenbestand des SfK scheint vollständig archiviert worden zu sein. Neben chronologisch durchgängigen Akten über unseren Bund finden sich zahlreiche Einzelvorgänge in unterschiedlichen Bereichen, oft unübersichtlich und auch ungeordnet. Häufig sind Berichte über die Freikirchen und kleinen Religionsgemeinschaften zusammengefaßt archiviert.

Aus solchen summarischen Berichten für die Leitungsebene des SfK wird deutlich, daß unser Bund wie die Freikirchen überhaupt als weithin unbedeutend und harmlos eingeschätzt wurden. Sie galten als zu klein und gesellschaftspolitisch kaum relevant. In mehrseitigen Zusammenfassungen über die Kirchen wird den Religionsgemeinschaften in der Regel nicht mehr als eine halbe Seite gewidmet, zumeist in allgemeinen, immer wiederkehrenden Formulierungen.

Auffällig ist eine zu beobachtende Entwicklung in der Sprache und Tonart: Während bis 1961 hauptsächlich unter polizeilichen Gesichtspunkten - oft in scharfem Ton - berichtet wurde, ist in den 70er Jahren eine Versachlichung erkennbar. Die 80er Jahre sind geprägt von dem Bemühen um Normalität, der Berichtston ist moderat.

Im Aktenbestand finden sich natürlich zahlreiche Aktennotizen zu den regelmäßigen dienstlichen Gesprächen mit leitenden Personen des Bundes. Der Vergleich mit entsprechenden Notizen der Gesprächspartner aus unserem eigenen Archiv läßt erkennen, daß die einzelnen Gespräche aus der jeweiligen Sicht sehr unterschiedlich bewertet werden konnten.

Größere Aktenbestände, die bisher noch nicht durchgesehen werden konnten, existieren zum Besuch Billy Grahams 1982 in der DDR.

Unklar ist bisher auch, ob und wo Berichte über einzelne Gemeinden und Arbeitsbereiche archiviert wurden. Die Fülle an Material aus den regionalen Ebenen des SfK (Kreis- und Bezirksbehörden) konnte noch nicht gesichtet werden.

3.2. Akten aus dem Ministerium für Staatssicherheit

Am 16.03.1992 wurde von uns bei der sog. Gauck-Behörde der Antrag gestellt, die Akten des MfS über unseren Bund in der DDR einzusehen. In einem Gespräch in der Behörde im Mai 1992 wurde uns mitgeteilt, daß derzeit nur personenbezogenes Aktenmaterial aufgearbeitet werde. Das Material über Institutionen könne nur langsam bearbeitet werden, da zunächst entsprechende Schlüsseldateien angelegt werden müßten.

Wir baten daraufhin ehemalige leitende Mitarbeiter des Bundes und verschiedener Arbeitszweige, den Antrag auf beschleunigte Einsichtnahme in ihre persönlichen Akten zu stellen, um eventuell über diese an entsprechende Informationen über den Bund heranzukommen. Bisher gab es auf diesem Weg keine nennenswerten Ergebnisse.

Im Februar 1993 benachrichtigte uns die Gauck-Behörde über den Fund einiger weniger Vorgänge über unseren Bund, die sich bei Einsichtnahme als im wesentlichen belanglos erwiesen. Erst vor wenigen Tagen erhielten wir den Hinweis, daß umfangreichere Bestände entdeckt worden seien.

3.3. Akten aus dem Ministerium des Innern

Im Bundesarchiv in Potsdam finden sich aus dem Bereich des MfI auch die Aktenbestände der Deutschen Volkspolizei, Hauptabteilung Erlaubniswesen. Hier können auch einige Akten über die Religionsgemeinschaften vor allem aus den 50er Jahren eingesehen werden. Einzelne Vorgänge und Berichte über unseren Bund haben wir entdeckt. Erst vor wenigen Tagen war es möglich, weitere Akten aus diesem Bereich (Abt. Schutzpolizei) in der Nebenstelle des Bundesarchivs in Hoppegarten bei Berlin zu sehen, die bis in die 70er Jahre reichen. Auch hier finden sich eine Reihe von Berichten über die Religionsgemeinschaften, interessanterweise nur teilweise vom jeweiligen Verfasser unterzeichnet.

Viele Hinweise lassen darauf schließen, daß für die kleinen Religionsgemeinschaften die Sonderabteilung der Kriminalpolizei K I zuständig war²¹, die 1964 aus einer anderen Abteilung gebildet wurde und ähnlich wie das MfS arbeitete. Dieser Aktenbestand wurde vom Bundesministerium des Innern übernommen. Alles deutet darauf hin, daß der Bestand K I nicht mehr vorhanden ist²².

3.4. Akten aus dem SED-Archiv

Hier haben wir unsererseits bisher noch keine Nachforschungen anstellen können.

21 Pfarrer, Christen und Katholiken (wie Anm. 18), S. 570 ff und 613 f.

22 Andreas Förster, K I - der verlängerte Arm der Stasi? In: Berliner Zeitung Nr. 247 (21.10.1992), S. 5.

4. Einige exemplarische Ergebnisse zur Friedensthematik

Ein mit Abstand am häufigsten vorkommendes Stichwort in Gesprächen, Verlautbarungen, Dokumenten etc. ist die Frage nach Frieden und Abrüstung. Die junge DDR machte die Friedensthematik zu *ihrem* Markenzeichen; die meistgestellte Frage in jenen Jahren »Sie sind doch auch für den Frieden!« war im Grunde die Frage nach einem Loyalitätsbekenntnis zur DDR. Es gehört zur Ironie der Geschichte, daß gerade die Friedensfrage in Gestalt von Friedensgruppen und Friedensgebeten dann auch das Ende der DDR einleitete.

Nachfolgend werde ich anhand einiger Textbeispiele aus verschiedenen Dokumenten versuchen, der Entwicklung der Haltung zur Friedensthematik in unserem Bund nachzugehen.

4.1. Die 50er Jahre: Die Friedensfrage - die Frage nach dem Bekenntnis zur Deutschlandpolitik der DDR (1949-61)

Im Hintergrund der Friedensaussagen in den 50er Jahren stehen die Nähe des letzten Krieges sowie die Diskussionen um die Wiederbewaffnung der BRD, um den Militärseelsorgevertrag, um die NATO-Mitgliedschaft der BRD sowie um einen Friedensvertrag für Deutschland.

Es gab auch in unserem Bund Männer, die aufgrund einschneidender persönlicher Erfahrungen in Krieg und Gefangenschaft vehement gegen Aufrüstungsbestrebungen auftraten. Aus tiefer Überzeugung engagierten sie sich in der staatlichen Friedensbewegung - und bekannten sich so zur Friedens- und Deutschlandpolitik der DDR. Otto Ekemann, Schriftleiter des Monatsblattes 'Wort und Werk', nahm immer wieder Stellung gegen westliche Wiederaufrüstung:

»Wo bleibt der gellende Entrüstungsschrei, so gewaltig brandend, wie eine tosende Wasserflut, daß den Vertretern des Kapitalismus jede Lust verschlagen wird, ein drittes Kriegunglück im 20. Jahrhundert zu entfachen«²³.

Andere waren durch den Krieg und seine Folgen eher überzeugt vom Ende der Zeit. 'Wort und Werk' berichtete 1950 oft von den großen Erfolgen der 'Heilswochen' mit Evangelist Helmut Samjeske²⁴. Dieser nahm in seiner packenden Verkündigung kein Blatt vor den Mund. Aufgrund seiner offenen Kritik an westlicher und östlicher Politik wurde er bald von der Polizei überwacht und schließlich wegen (friedensgefährdender!) 'Spionage' verhaftet. Er starb anderthalb Jahre später im Zuchthaus in Bützow²⁵. Sein Friedensver-

23 Otto Ekemann, Berlin, den 11.1.1949. In: Wort und Werk, Monatsblatt für die Evangelisch-Freikirchlichen Gemeinden, Nr. 2 (Februar 1949), S. 22 f.

24 Z.B. Wort und Werk (1950) Nr. 1, S. 6; Nr. 4, S. 42; Nr. 5, S. 52.

25 Interview mit N.N. zu Helmut Samjeske am 3.5.1994, Arbeitskreis Geschichte des BEFG i.d. DDR, Briefsammlung, zu B 110.

ständnis wird in einem polizeilichen Überwachungsbericht einer Veranstaltung am 19.11.1950 deutlich, der ihn wie folgt zitiert²⁶:

»Ich war vor kurzer Zeit in Westberlin. Als ich mir dort die Zeitung ansah und später eine Zeitung der DDR nahm, stellte ich fest, daß eine wie die andere für den Krieg schreibt, daß beide Zeitungen zum Kriege stacheln«.

Und in einer anderen Veranstaltung am gleichen Tag:

»Auf was warten wir, nicht doch auf die Einheit Deutschlands, oder auf den Abzug der Besatzungsmacht, oder auf den Frieden, weiter daß die Zonengrenzen fallen sollen, nein, darauf warten wir nicht, ist das für uns so wichtig? Nein, wir warten auf den Heiland, denn er ist nicht mehr weit, er alleine kann uns helfen«.

In späteren Jahren wurden erwartete Friedensbekenntnisse häufig nur noch formelhaft abgeleistet. Immer weniger ging es wirklich um Inhalte. Der Leiter einer EFG in Sachsen hatte 1959 wegen seiner Gemeindetätigkeit Schwierigkeiten in seinem Betrieb. Er sah sich genötigt, im Namen der Gemeinde eine Loyalitätserklärung zu formulieren²⁷, die sich fast ausschließlich auf die Haltung der Gemeinde zu Krieg und Frieden beschränkt²⁸:

» [...] Nach dem letzten furchtbaren Weltkrieg mit seinen großen Verlusten, müßten alle, die überzeugte Christen sein wollen, nur eine große Lebensaufgabe an erster Stelle setzen, und zwar den vollen Einsatz aller Kräfte für den Frieden. Wer hier noch abseits steht, der verkennt den ganzen Ernst der heutigen Lage und hat kein Recht, sich Christ zu nennen. [...] Als Christen der Ev. Freikirche wissen wir uns daher von Gott verpflichtet, für den Frieden zu wirken und die guten Anordnungen unseres Staates, die dem Frieden und der Gerechtigkeit und dem Wohlstand der Werktätigen dienen, tatkräftig zu unterstützen«.

Für Juli 1958 wurde der Kongreß der Europäischen Baptisten in Berlin vorbereitet. In mehreren Anträgen an das Staatssekretariat für Innere Angelegenheiten sowie an den Berliner Magistrat versuchte die Leitung des Bundes seit Januar 1957, die Durchführung des Kongresses in *beiden* Teilen der Stadt zu ermöglichen. So schreibt Dr. Luckey, Hauptverantwortlicher für die Vorbereitung des Kongresses²⁹:

»[...] Der Berliner Kongress 1958 soll also eine Begegnung zwischen Ost und West sein, die vor der Weltöffentlichkeit ganz klar zum Ausdruck bringt, daß wir als Baptisten für das unpolitische Christentum, für Trennung von Staat und Kirche, für den Frieden, für die Abrüstung und für Verständigung unter den Völkern eintreten«.

Bezeichnend dazu der Kommentar des Staatssekretariats:

»Obwohl die Baptisten in ihren Stellungnahmen nicht auf die Ursachen der politischen Spannungen eingehen und deshalb nur an der Oberfläche vom sogenannten

26 Lust, Leiter der HA VA, Bericht an das Ministerium des Innern, Herrn Staatssekretär Warnke, in Berlin, vom 30.11.1950, Bundesarchiv Potsdam, Bestand MdI, 0-1/11/864 (8.).

27 So nach eigener Auskunft des damaligen Gemeindeleiters am 4.5.1994.

28 Erklärung der Evangelischen Freikirche in N., 19.5.1959, Abschrift, Bundesarchiv Potsdam, Bestand SfK, 0-4/720 (19.).

29 Bericht Ref. Kleine Religionsgemeinschaften, Berlin, 21.04.1958, Bundesarchiv Potsdam, Bestand SfK, 0-4/719-1.

‘christlichen Standpunkt aus’ für den Frieden eintreten, beruht diese Einstellung doch auf den Prinzipien der Koexistenz. [...] Die Bundesleitung der Ev.-Freikirchlichen Gemeinden der DDR sowie eine Anzahl von Predigern nehmen eine loyale Haltung zu unserem Staate ein und zeigen Bemühungen, sich den Verhältnissen und Bedingungen in der DDR anzupassen. [...] Aus diesen Gründen wurde der Antrag der Baptisten auf Durchführung des Kongresses in Berlin von vornherein nicht ablehnend behandelt«.

Ganz anders dagegen die Haltung des SfK zwei Jahre später zur Großevangelisation mit Billy Graham in Westberlin. In einer breitangelegten Kampagne der Ostberliner Presse gegen das »Maschinengewehr Gottes« versuchte man, ihn als Werkzeug der Bonner Kriegstreiber und des amerikanischen Geheimdienstes im kalten Krieg zu diffamieren. Seine Geldgeber saßen in den amerikanischen Rüstungskonzernen und im Pentagon. Aussagen Grahams, er kämpfe nicht gegen die Wasserstoffbombe, sondern gegen die Sünde, seine »Feldzüge« während des Korea-Krieges, die militärisch-ähnliche Struktur seiner Organisation und schließlich das westliche Presseecho (»Feuerstoß auf die deutschen Seelen«, »Zehntausende Menschen kapitulieren bei seinen Sturmangriffen«)³⁰ - dies alles bewegte den Staatssekretär für Kirchenfragen, Eggerath, die leitenden Brüder des Bundes eindringlich vor diesen Veranstaltungen zu warnen. In einem Bericht seines Stellvertreters³¹ heißt es:

»Von unserer Seite aus wurde insbesondere durch das persönliche Eingreifen des Herrn Staatssekretärs in diesem Gespräch mit großem Nachdruck nach allen Seiten noch einmal dargelegt, daß es heute um die Kernfrage, nämlich um die Erhaltung des Friedens, gehe, und aus dem Grunde keinesfalls sog. gesamtdeutsche Veranstaltungen in Westberlin von uns gutgeheißen werden könnten, sondern im Gegenteil wir zum Schutze unserer Bürger vor Agenten- und Spionageorganisationen, die in Westberlin täglich ihr Unwesen treiben und Einfluß zu nehmen versuchen auf Bürger unserer Republik, alles zu tun haben, um unseren Bürgern solche Gefährnisse zu ersparen«.

In Zusammenhang mit den Billy-Graham-Veranstaltungen erwarte man von den Herren Weist und Dammann,

»daß sie die derzeitige politische Situation klar erkennen und ihr Verhalten entsprechend einrichten und auch einen entsprechenden positiven Einfluß auf ihre Gläubigen ausüben müßten«.

Im Oktober 1961 - nach Schließung der Grenzen am 13.08.1961 - wurde von der Vereinigung evangelischer Freikirchen eine Loyalitätserklärung erwartet. In einem Gespräch am 07.11.1961 erörterten Vertreter der Freikirchen erste Entwürfe. W. R., der neben H. Weist und R. Dammann für unse-

30 Berliner Zeitung und BZ am Abend vom 26.9.1960.

31 Stellvertreter des Staatssekretärs für Kirchenfragen, Flint, Aktennotiz über Gespräch vom 28.9.1960 in der Dienststelle des SfK mit den Herren Eggerath, Flint und Weise sowie den baptist. Vertretern Weist, Dammann und Riedel, Bundesarchiv Potsdam, Bestand SfK, 0-4/2479-11.

ren Bund teilnahm, kritisierte nach diesem Gespräch den vereinbarten gemeinsamen Entwurf, da er keine konkrete Stellungnahme zur gegenwärtigen (politischen) Situation enthalte. Durch die große Zurückhaltung erweise man den Gliedern der Gemeinden keinen guten Dienst³².

W.R. hatte in *seinem* vorgelegten Entwurf die deutliche Trennung von der VEF in der Bundesrepublik betont und zum anderen deutlich gemacht³³:

»Die Vertreter der Vereinigung der Ev. Freikirchen in der Deutschen Demokratischen Republik erklären, dass die Gemeinden der verschiedenen Freikirchen mit den gegebenen Mitteln dem Frieden zwischen den Völkern dienen und daher auch grundsätzlich mit den Friedensbestrebungen der Deutschen Demokratischen Republik und ihrer Regierung übereinstimmen.«

4.2. Die 60er Jahre: Die Friedensfrage angesichts der Verschärfung der internationalen Lage (1961-69)

Stichworte, die den Hintergrund für die Friedensaussagen in den 60er Jahren beschreiben, sind: Kalter Krieg, atomare Aufrüstung, Kuba-Krise, Vietnam-Krieg, Einmarsch in die CSSR, Wehrpflichtgesetz (1962), vormilitärische Ausbildung (1968).

Wieder fanden sich einzelne Brüder des Bundes, betroffen von der Bedrohung des Friedens, die sich aus tiefer Überzeugung entschieden, in der Christlichen Friedenskonferenz (CFK) mitzuarbeiten. Prediger O. Ekelmann schrieb im März 1962 in einer Andacht zur Tageslosung über die Hoffnung auf Erfüllung der biblischen Friedens-Weissagungen³⁴:

»[...] Da werden sie ihre Schwerter zu Pflugscharen und ihre Spieße zu Winzermessern schmieden; es wird kein Volk mehr wider das andere das Schwert erheben, und sie werden nicht mehr den Krieg lernen'. Die Abkehr von dem die Völker verarmenden wahnwitzigen Wettrüsten, wie sie heute alle Friedensfreunde in aller Welt wünschen und fordern, wird beschlossene Sache werden. Gottes Hochziel ist Menschheitserlösung und Völkerversöhnung. Helfen wir ihm schon dabei?«

Prediger H. Kautz kandidierte im Oktober 1965 für die Stadtverordnetenversammlung in Halle. In einem »Wort zur Wahl« nahm er Stellung zu den unlängst in der Bundesrepublik durchgeführten Wahlen³⁵:

»[...] ihre Ergebnisse lassen deutlich erkennen, daß wir unseren westdeutschen Brüdern und Schwestern ein unüberhörbares Friedenszeugnis einfach schuldig sind. Ist es nicht tragisch für unsere Nation und gefährlich für die ganze Welt, daß durch die Fehlentscheidung vieler westdeutscher Bürger am 19. September in

32 W.R., Aktennotiz über die Verhandlung mit den zur VEF in Deutschland gehörenden Gemeinden am 7.11.1961, Dresden am 8.11.1961, Bundesarchiv Potsdam, Bestand SfK, 0-4/1509 (9).

33 W.R., Entwurf für Erklärung der Vereinigung Ev. Freikirchen, Bundesarchiv Potsdam, Bestand SfK (Eingang: 2.11.1961), 0-4/1509 (11.).

34 Otto Ekelmann, Unser Friede - Gottes Ziel. Sonntagswort für das christliche Haus. In: Neue Zeit, Zentralorgan der CDU (17.3.1962).

35 Herbert Kautz, Mit allen Menschen guten Willens der Stadt Bestes suchen! Ein Wort zur Wahl. In: Neue Zeit, Zentralorgan der CDU (10.10.1965).

Bonn Kräfte am Ruder blieben, die die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges nicht anerkennen, sondern verändern wollen? Daß sie dabei das Risiko eines neuen Krieges bewußt einkalkulieren, beweist ihr Drängen nach einem Mitverfügungsrecht über Atomwaffen wie die Etablierung eines Notstandstaates. Wer Jahr für Jahr immer mehr Milliarden für Kriegszwecke ausgibt, wer nach Atomwaffen schreit, will und wird diese gewiß einsetzen, wenn dazu Gelegenheit ist. [...] Da können wir nicht nur den Frieden wollen; der Friede braucht unser aller Tatkraft! [...] Durch die Unterstützung unserer Friedenspolitik wie durch die Stärkung unserer sozialistischen Demokratie, für die es sich heute neu zu entscheiden gilt, tragen wir zur Verwirklichung jener elementaren Grundforderung bei, [...] daß von deutschem Boden nie wieder ein Krieg entfesselt wird!«

Natürlich wurden auch weiterhin Friedensbekenntnisse zu entsprechenden Gelegenheiten erwartet: Als z.B. 1966 das SfK genehmigte, eine Bundesrats-tagung in Berlin-Weißensee durchzuführen, legte es gleichzeitig begleitende 'Maßnahmen fest'³⁶:

»Zielgerichtete Einflußnahme zur Erlangung einer politischen konkreten Aussage der Tagung zu den Fragen der Erhaltung des Friedens, der Verhinderung der atomaren Aufrüstung der Bundeswehr und der Gemeinsamkeit der Interessen von Christen und Nichtchristen beim weiteren Aufbau unserer Friedensordnung«.

Der Bundesrat verabschiedete dann auch ein Wort an die Gemeinden, das u.a. der Besorgnis über den »amerikanischen Krieg in Vietnam« Ausdruck gibt und feststellt³⁷:

»Wir sind gegen diesen Krieg und verabscheuen ihn, weil uns das Evangelium der Liebe und des Friedens Richtschnur ist. Unsere Sympathie gilt den amerikanischen Christen, die mutig gegen diesen Krieg auftreten.«

Erst in der Mitte der 60er Jahre wurde durch Breshnew der Gedanke an eine Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten endgültig begraben. Nun galten 'die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges' als status quo und dieser wiederum als Grundlage für den Frieden in Europa. Alle Versuche, aus dieser 'Friedensordnung' auszubrechen, mußten als friedensgefährdend gelten. So konnten in der CFK engagierte Brüder z.B. 1968 den Einmarsch von Truppen des Warschauer Paktes in die CSSR durchaus als friedenssichernde Maßnahme verteidigen³⁸.

Auch innenpolitisch hatte die Festschreibung des status quo Folgen für die DDR: 1967 Staatsbürgerschaftsgesetze, 1968 eine neue Verfassung der DDR, 1969 die Konstituierung des 'Bundes Evangelischer Kirchen in der DDR' sowie des 'BEFG in der DDR'³⁹.

36 Weise-Haslinger, Vorlage des Arbeitsgebietes Ev. Kirche - Kl. Religionsgemeinschaft. - an den Staatssekretär, zur turnusmäßigen Tagung des Bundesrates und der Bundeskonferenz des BEFG in der DDR vom 12.-15.5.1966 in Berlin-Weißensee, Friesicke-Str.. Berlin (21.4.1966), Bundesarchiv Potsdam, Bestand SfK, 0-4/720 (8.).

37 Abscheu gegen USA-Krieg. Bericht über die Bundesratstagung des BEFG in der DDR in Berlin-Weißensee. In: Union, CDU-Tageszeitung (8.6.1966).

38 Gespräch am 9.3.1993 (zu B 79) im Arbeitskreis Geschichte des BEFG i.d. DDR.

39 Siehe oben 0.1., erste Seite des vorliegenden Beitrags.

4.3. Die 70er Jahre: Die Friedensfrage im Kontext internationaler und innenpolitischer Entspannung (1969-78)

Der zeitgeschichtliche Hintergrund der 70er Jahre läßt in vielen Bereichen Entspannung erkennen: Wechsel von Ulbricht zu Honecker, Vier-Mächte-Abkommen, Grundlagenvertrag mit der BRD, UNO-Mitgliedschaft und internationale Anerkennung, KSZE, Gespräch Honeckers mit der Konferenz der Kirchenleitungen am 6. März 1978.

Es finden sich aus dieser Zeit zahlreiche Berichte über die Teilnahme von Vertretern des Bundes an den großen Weltfriedenskonferenzen in Moskau.

In unserem Bund wurde ein 'Arbeitskreis für Öffentlichkeitsfragen' gegründet⁴⁰, in dem vor allem der Dialog mit gesellschaftlich engagierten Brüdern geführt wurde. Zweimal kam es zu offiziellen Begegnungen des Arbeitskreises sowie der Bundesleitung mit dem Staatssekretär für Kirchenfragen, Seigewasser⁴¹, in denen die 'Friedenspolitik' eine wichtige Rolle spielte. In einer Erklärung der Bundesleitung, die anlässlich der Begegnung am 2. April 1971 dem Staatssekretär übergeben wurde, heißt es⁴²:

»Von unserem Glauben her ist uns die Verkündigung des Evangeliums und der Ruf zu Frieden und Versöhnung mit Gott innerster, unaufgebbarer Auftrag. Zugleich jedoch ist eine gerechte und dauerhafte Ordnung des äußeren Friedens auf der Grundlage der friedlichen Koexistenz, der ungestörten Zusammenarbeit und der Freundschaft der Völker auch uns freikirchlichen Christen ein dringendes Anliegen«.

Gern verwies man in diesem Zusammenhang auch auf Resolutionen des Baptistischen Weltbundes, in denen globale Aussagen über Frieden und Abrüstung thematisiert wurden.

In öffentlichen Stellungnahmen von Vertretern des Bundes wurden in dieser Zeit immer auch die Forderungen nach Einberufung einer europäischen Sicherheitskonferenz, nach völkerrechtlicher Anerkennung der DDR und Aufnahme in die UNO sowie nach Verhandlungen mit der BRD über einen Grundlagenvertrag als wichtige Schritte zur Friedenssicherung benannt⁴³.

Aber auch in internen Sitzungen der Bundesleitung hatte die Friedensthematik ihren Platz. Trotz Entspannungspolitik war die atomare Hochrüstung weitergeführt worden. Die Pläne der USA zur Entwicklung einer Neutronenbombe heizten die öffentliche Diskussion erneut an. H. Morét, Präsident des Bundes, ging in seinem allgemeinen Bericht an die Bundeslei-

40 Der Arbeitskreis für Öffentlichkeitsfragen bestand von 1968-1973.

41 Begegnungen am 18.4.1969 im Schloß Cecilienhof in Potsdam und am 2.4.1971 im Martin-Luther-King-Haus in Schmiedeberg/Erzg.

42 Mitarbeit in der Gesellschaft. In: Wort und Werk, Monatsblatt für die Evangelisch-Freikirchlichen Gemeinden, Nr. 4 (April 1971), S. 12; vgl. die gekürzte Fassung: In gemeinsamer Verantwortung für die Stärkung der DDR. In: Neue Zeit, Zentralorgan der CDU (10.4.1971).

43 Z.B. Herbert Morét, Bericht der Bundesleitung an den Bundesrat am 4.-5.5.1972 in Leipzig, Abschnitt 6.7., S. 13; vgl. Bericht von Günter Lorenz, Bewußt in unserem Staat. In: Neue Zeit, Zentralorgan der CDU (20.5.1972).

tung im September 1977 ungewöhnlich ausführlich darauf ein und sagte u.a.⁴⁴:

»[...] Auch wir können nur mit größter Ablehnung von einer eventuellen Produktion dieser Bombe sprechen. Es wäre eine Tragik, wenn unser baptistischer Bruder, Jimmy Carter, dazu seine Zustimmung geben würde. Hierbei möchte ich aber auch betonen, daß wir gegen jede Aufrüstung sind und Gottes Erbarmen erleben im Blick auf die letztlich zur Sünde erreichenden, wahnsinnig hohen Ausgaben für Rüstung aller Art in allen Völkern [...]«.

Das Protokoll vermerkt dazu⁴⁵:

»Es ergab sich daraufhin ein Gespräch, bei dem zum Ausdruck gebracht wurde, daß wir in jeder Form die Abrüstung unterstützen möchten und besorgt sind über die Entwicklung und Produktion neuer Waffensysteme«⁴⁶.

Natürlich wurden solche Aussagen immer wieder vom Staat erwartet. Ein internes Grundlagen-Papier des SfK vom Dezember 1978 beschreibt die Entwicklung einer langfristigen Konzeption für die politische Einflußnahme auf die Freikirchen und kleinen Religionsgemeinschaften⁴⁷:

»Das Ziel der langfristigen Einflußnahme gegenüber den hier genannten Kirchen besteht darin, ihre positive Grundeinstellung zum sozialistischen Staat zu festigen und zu vertiefen; das heißt vor allem ihre Bereitschaft zu einem verstärkten Engagement für die sozialistische Friedenspolitik zu fördern und sie zu befähigen, den Zusammenhang von sozialistischer Friedenspolitik und Verteidigungsbereitschaft zu erkennen, um sie für ein aktives Eintreten für die Erhaltung und Sicherung des Friedens zu gewinnen [...]«.

4.4. Die 80er Jahre: Die Friedensfrage - Bekenntnisfrage der Kirchen gegen das Prinzip der militärischen Abschreckung (1978-89)

Zum politischen Hintergrund der Friedensthematik in dieser Zeit gehören: Einführung des Wehrkundeunterrichts, Einmarsch in Afghanistan, Konflikt um 'Schwerter zu Pflugscharen', NATO-Doppelbeschluß, Bildung von Basis-Friedensgruppen, SED-SPD: 'gemeinsame Sicherheit', Gorbatschow, Abrüstungsvorschläge und -verhandlungen, Ökumenische Versammlungen in Dresden/Magdeburg und Basel, 'Friedensgebete'.

Immer stärker entwickelte sich die Friedensfrage in den Kirchen und Gruppen zur Bekenntnisfrage gegen jede militärische Abschreckung. Nach Einführung der vormilitärischen Ausbildung und des Wehrkundeunterrichtes erarbeiteten die Evangelischen Kirchen Konzepte und Materialien zur 'Friedenserziehung'. In einem Brief des Gemeindejugendwerkes des Bundes an die Leiter der Jugend-Rüstzeiten im Sommer 1980 wies K. Pritzkeleit aus-

44 Herbert Morét, Bericht zur erweiterten Bundesleitungs-sitzung am 16.9.1977, S. 4, Archiv des BEFG.

45 Protokoll der BL-Sitzung vom 16.9.1977, Archiv des BEFG.

46 Mündlicher Kommentar von Rolf Dammann, Generalsekretär des BEFG: Solche Gespräche waren nötig, um in späteren Begegnungen im SfK zu dieser Thematik relativ kurz erklären zu können: Wir haben darüber gesprochen!

47 Konzeption vom 7.12.1978, Bundesarchiv Potsdam, Bestand SfK, 0-4/450 (1.), S. 8.

drücklich auf die Dringlichkeit dieser Thematik hin und empfahl, einen Tag mit dem beiliegenden Material zu gestalten⁴⁸.

Verstärkt wurde inzwischen ein sozialer Friedensdienst als deutlicheres Zeichen gegenüber dem bisherigen Wehrersatzdienst in den Baueinheiten gefordert. Auch die Bundesleitung erhielt ähnliche Anfragen mit der Aufforderung, sich für eine solche Möglichkeit einzusetzen. Im Dezember 1981 wurde ein Antwortbrief⁴⁹ verfaßt, in dem die Bundesleitung versichert, die Frage ernst zu nehmen und sich für eine gute Lösung einzusetzen. Weiter heißt es:

»So, wie wir die Argumente der überwiegend jungen Menschen hören, achten wir natürlich auch auf die Ausführungen staatlicher oder politischer Gremien. Wir spüren, wie schwer es ist, Verständnis füreinander zu haben, weil gerade in dem gemeinsamen Ringen um den Frieden in der Welt jede Seite ihren Beitrag unter eigenen Gesichtspunkten sieht. Daß wir als Christen in einer besonderen Verantwortung stehen [...] muß uns wichtig sein. Ebenso wollen und müssen wir aber auch einander unterschiedliche Erkenntnis zugestehen, dürfen einander nicht verdächtigen und unser eigenes Handeln nicht zum Maßstab für den Bruder machen«.

Eine Verschärfung erfuhr die Friedensdiskussion nach der zweiten Friedensdekade der Evangelischen Kirchen im November 1981. Der für diese Veranstaltung hergestellte Aufnäher 'Schwerter zu Pflugscharen' sorgte in der Öffentlichkeit für helle Aufregung. Ebenso erregte die von kirchlichen Friedensgruppen propagierte Losung 'Ohne Waffen Frieden schaffen' heftigen Widerstand der Behörden⁵⁰.

Unser Bund hielt sich mit konkreten Stellungnahmen zurück, zeigte sich aber sehr dankbar für deutliche Worte der Evangelischen Kirchen und entsprechende Äußerungen in der kirchlichen Presse. Die Stellungnahme der Konferenz der Kirchenleitungen vom März 1982 zu den Auseinandersetzungen um 'Schwerter zu Pflugscharen', zu Abrüstung und Wehrdienstverweigerung, druckte denn auch 'Wort und Werk' in vollem Wortlaut ab⁵¹.

Eine fundierte Auseinandersetzung mit der Friedensthematik in unserem Bund wurde in diesen Monaten m.E. auch dadurch erschwert, daß bereits seit Frühjahr 1981 (bis 1983!) die Stelle des Jugendpastors vakant und der Präsident des Bundes, Manfred Sult, gerade erst neu gewählt worden war.

Zu sehr deutlichen Worten kam es offensichtlich auch bei der routinemäßigen Begegnung des Staatssekretärs für Kirchenfragen, K. Gysi, mit den kleinen Kirchen und Religionsgemeinschaften am 12. April 1982. Nach einer

48 BEFG u. Klaus Pritzkeleit, An die Benutzer der Arbeitshilfe 'Gemeindetag FRIEDEN'. Berlin (16.6.1980), Akte GJW im Archiv des BEFG.

49 Brief-Vorlage vom Dezember 1981, vgl. Protokoll der BL-Sitzung vom 4./5.12.1981, TOP 21.1., Anlage 5, Archiv des BEFG.

50 Das Pfingsttreffen der FDJ 1982 stand dann auch unter der Losung 'Gegen NATO-Waffen Frieden schaffen!' Wenn nur ein starker Sozialismus den Frieden sicher mache, mußte jedes allgemein-pazifistische Gedankengut friedensgefährdend sein (!).

51 Um christliches Friedenszeugnis. In: Wort und Werk, Nr. 5 (Mai 1982), S. 8.

ungewöhnlich ausführlichen Rede Gysis zur DDR-Friedenspolitik schalteten sich spontan Bischof Härtel (EmK) und Bundesvorsteher J. Schmidt (BFeG) mit kritischen Beiträgen ein. Auch der Vertreter der Quäker schloß sich kritisch an. Präsident M. Sult, zum ersten Mal dabei, reagierte verunsichert. Alle anderen Vertreter (sonst meist loyal!) schwiegen. Gysi zeigte sich verärgert, legte dann zum Abschluß aber eine zustimmende Presseerklärung vor⁵², gegen die niemand mehr etwas einwendete!⁵³

Ein Beispiel, wie über-sensibel Behörden in dieser Zeit auf die Friedensproblematik reagierten, schildern Pastor H.-D. Johns und N.N. aus Zwickau-Planitz in ihren Berichten⁵⁴: Der zehnjährige V., Kind eines Gemeindegliedes, spielte mit anderen Kindern Pflastermalen. Dabei entstand neben Friedenstauben und durchgestrichenen Panzern auch der Satz 'Frieden schaffen ohne Waffen'. In der Nacht großer Polizeieinsatz. Am nächsten Morgen wurden er und andere Kinder aus der Schule zum Verhör ins Volkspolizeikreisamt gebracht. Nach sieben Stunden Verhör (!), ohne Essen und Trinken, durfte der Vater, N.N., schließlich seinen Sohn, völlig verstört, in Empfang nehmen, nicht ohne selbst eine Stunde lang befragt worden zu sein. Das vorgelegte Protokoll, das das Kind zum Rädelführer stempelte, unterschrieb N.N. allerdings nicht. Zahlreiche Befragungen des Vaters auf seiner Arbeitsstelle sowie des Pastors der Gemeinde folgten, immer wieder mit der Frage, woher die Beeinflußung des Jungen käme, ob es Verbindungen zur Bewegung 'Schwerter zu Pflugscharen' gäbe. Erst nach Wochen beruhigte sich die Lage. N.N. schreibt:

»Das schlimmste an der Sache war für uns, daß unser Sohn durch diese Sache seelischen Schaden genommen hatte und es eigentlich Jahre gedauert hat, bis sich das wieder normalisiert.e [...] Inzwischen hat er sein Abitur auf der Abendschule nachgeholt, für das er ja nach den Vorfällen nicht in Frage kam.«

Konflikte brachen immer dann aus, wenn friedenspolitische Äußerungen auch für innenpolitische Entscheidungen (z.B. im Blick auf Wehrdienstverweigerung) in Anspruch genommen wurden. Globale Friedensaussagen und Abrüstungsvorschläge dagegen lagen auf der staatlichen Linie und öffneten unerwartet neue Türen.

Seit Ende der 70er Jahre wurden von Billy Graham neue und kritische Aussagen zur atomaren Hochrüstung bekannt. Seine Reisen nach Ungarn und Polen halfen, alte Urteile abzubauen. Schließlich trug wohl auch seine Teilnahme an der Moskauer Weltfriedenskonferenz der religiösen Vertreter im

52 Gespräch mit Kirchenvertretern, ADN-Meldung, u.a. in: Neue Zeit, Zentralorgan der CDU (14.0.1982), S. 2.

53 Vorgang nach mündlichen Informationen von Johannes Schmidt.

54 Brief von Pastor Hans-Dieter Johns, Eingang 21.9.1992 (B .68), Bericht von Johns vom 27.11.1992 (B 102), Brief von N.N. vom 25.10.92 (B 91), Arbeitskreis Geschichte des BEFG i.d. DDR, Briefsammlung.

Mai 1982 dazu bei, daß nun einer Einladung in die DDR im Oktober 1982 nichts mehr im Wege stand.

Neuen Zündstoff brachte dann eine im Gemeindejugendwerk erarbeitete 'Materialhilfe zu Fragen des Wehrdienstes'⁵⁵, in der erstmalig die Entscheidungen für Wehrdienst mit und ohne Waffe sowie Wehrdienstverweigerung nebeneinander gestellt wurden mit jeweils seelsorgerlichen Beratungshinweisen. Ja, es wurde selbst das Wort vom »deutlicheren Zeichen« der Verweigerer und Bausoldaten zitiert⁵⁶. Die Mappe war denn auch »zum verantwortlichen Umgang« nur für die Hände von Pastoren, Gemeindeleitern und Mitarbeitern bestimmt.

Über ein Jahr später wurde die Mappe bei einer Taschenkontrolle in einer Abitur-Berufsschule in Magdeburg gefunden. Helle Aufregung herrschte offensichtlich im SfK, daß die Existenz dieser Materialhilfe erst anderthalb Jahre nach Erscheinen bekannt geworden war⁵⁷. Die Vertreter des Bundes wurden natürlich zum Gespräch zitiert⁵⁸.

Der Vater des kontrollierten Schülers schildert die Folgen dieses Fundes⁵⁹: Nach Verhören und beängstigenden Drohungen wurde die schriftliche Erklärung von den Eltern erpreßt, daß sie ihren Sohn A. wegen Nichteignung von der Schule nehmen würden (er war gerade als Klassenbester ausgezeichnet worden!). Über einen mühevollen Weg als Gleisbauarbeiter, mehrere Anläufe an der Volkshochschule, Verzögerungen durch das Wehrkreiskommando und Bausoldatenzeit konnte er schließlich ein Studium aufnehmen. Sein Vater schreibt:

»Während dieser Zeit (1984-1989) ist A. menschlich und als Christ (geistlich) sehr gereift. Er hegt keinen Groll. Er sieht diesen seinen Weg als Gottes Weg für sich an«.

Im November 1983 - auf dem Höhepunkt der Debatte um die Stationierung neuer Waffensysteme in Europa - stellte sich die Bundesleitung und Vertreter des Gemeindejugendwerkes in einer Klausurtagung in Gnadau der Herausforderung durch die Friedenthematik⁶⁰. Es wurde ein ausführlicher Brief an die Gemeinden verfaßt, in dem es u.a. heißt⁶¹:

55 Erarbeitet von Matthias Roth und Siegfried Rosemann im April 1983, Akte Gemeindejugendwerk, Archiv des BEFG.

56 Ebd. S. 16 (aus der Handreichung der KKL 'Zum Friedensdienst der Kirche', 1965).

57 Bericht vom 9.10.1984, Bundesarchiv Potsdam, Bestand SfK, 0-4/1387 (1.).

58 Aktennotiz und Gesprächsprotokoll zum Gespräch im SfK am 21.11.1984, Manfred Sult und Rolf Dammann, Akte SfK, Archiv des BEFG.

59 Brief B 82, Eingang 10.10.1992, Arbeitskreis Geschichte des BEFG i.d. DDR, Briefsammlung.

60 Zahlreiche Hirtenworte, Briefe an Gemeinden und Synodalbeschlüsse zum Frieden aus den Evangelischen Kirchen kursierten bereits im Land.

61 Brief der Bundesleitung und des Gemeindejugendwerkes 'An unsere Evangelisch-Freikirchlichen Gemeinden, Bundeswerke und Mitarbeiter' (November 1983), S. 1, Akte Bundesleitung, Archiv des BEFG.

»Ein Hauptanliegen aber sahen wir darin, jene 'Sprachlosigkeit' zu überwinden, mit der das Friedensthema unter uns oft als 'weltliches, politisches Ding' oder aus Ratlosigkeit und Resignation übergangen wurde. Es darf, so erkannten wir, nicht länger geschehen, daß unter uns Menschen in ihrer Friedenssorge und in Gewissensentscheidungen für ihr persönliches Friedenshandeln und dessen Konsequenzen allein stehen [...].«

Die Bundesleitung stimmte dem Vorschlag zu, einen Arbeitskreis 'Friedensfragen' zu berufen.

In seinem Präsidentenbericht an den Bundesrat 1984 widmete M. Sult über zwei Seiten der Verantwortung für den Frieden⁶²!

Ein für die Kirchen wie auch für die kirchliche Friedensbewegung herausragendes Ereignis war schließlich die Ökumenische Versammlung 1988/89 in Dresden und Magdeburg. Offizielle Delegierte aus fast allen christlichen Kirchen und aus den Basisgruppen diskutierten schonungslos und offen die aktuell-politischen Herausforderungen. Zwar war diese Versammlung als ein Schritt auf dem Weg zu einer ökumenischen Weltversammlung geplant. Schnell aber wurde deutlich, daß dabei auch notwendige Veränderungen im eigenen Land angesprochen werden mußten. So sprechen die Ergebnis-texte zum Bereich Frieden sowohl weltweite als auch innenpolitische Forderungen zur Friedenssicherung, zur Friedenserziehung und zum Wehrdienst aus.

Die Partei- und Staatsführung der DDR, die zunächst große Erwartungen in die Vorbereitung einer Weltversammlung der Christen setzte⁶³, reagierte geizt auf diese Entwicklung: Es kam zu Behinderungen verschiedener Art; Ausgaben von Kirchenzeitungen wurden verboten; auf die einzelnen Delegierten wurde versucht, Einfluß zu nehmen⁶⁴; einige wurden sogar bedroht.

Der BEFG hatte sich bereits an der Vorbereitungsphase der Versammlung aktiv beteiligt und schließlich acht Delegierte berufen. Der Arbeitskreis 'Friedensfragen' und die Bundesleitung luden zu zwei Tagungen im Februar und November 1989 ein⁶⁵, auf denen unter großer Beteiligung interessierter

62 Manfred Sult, Bericht des Präsidenten an den Bundesrat 1984 des BEFG in der DDR, EFG Berlin-Matternstraße, 30.5.-3.6.1984, Archiv des BEFG.

63 Einzige ADN-Meldung zu Beginn der Versammlung: Ökumenische Versammlung der Christen und Kirchen. Treffen dient Vorbereitung einer Weltversammlung 1990. In: Neues Deutschland, Organ des ZK der SED (13./14.2.1988).

64 Ich selbst wurde als Delegierter des BEFG von einem Mitarbeiter der Abt. Kirchenfragen des Rates des Bezirkes Halle, Herrn Kruse, am 26.8.1988 aufgesucht. Sein Anliegen: Ich möge in der Ökumenischen Versammlung doch versuchen, als Delegierter darauf Einfluß zu nehmen, daß weniger die DDR-Probleme und mehr - auch im Sinne des ÖRK - die weltweiten Fragen zur Sprache kämen! Ähnliches berichteten andere Delegierte.

65 17.-19.2.1989 und 10.-12.11.1989 in der EFG Berlin-Cantianstraße, Thema: 'Herausgefordert zur Verantwortung' I / II.

Teilnehmer aus den Gemeinden die Ergebnistexte diskutiert wurden. Im Protokoll der Februar-Tagung wurde u.a. festgehalten⁶⁶:

»Wir sehen es insbesondere für die Gemeinden unserer Prägung als notwendig an, uns auf die Herausforderung des Aspektes der Weltverantwortung einzulassen [...] Frieden und Gerechtigkeit sind nicht nur geistlich individuell zu verstehen. Sie haben auch eine weltliche Dimension. Wir sind nicht aus der Welt 'herausgerettet', um ihr interessenlos den Rücken zu kehren, sondern in Gottes Herrschaft 'hineingerettet', um der Welt neu zu dienen«.

Eine Stellungnahme des BEFG zu den Texten der Ökumenischen Versammlung wurde schließlich im Dezember 1990 auf einer Klausurtagung erarbeitet, an der Vertreter der Bundesleitung und des Arbeitskreises 'Gemeinde mit Weltverantwortung' teilnahmen. In ihr heißt es⁶⁷:

»[...] Wir müssen] schmerzlich erkennen, daß unsere Frömmigkeit kaum für einen verändernden und gestaltenden Einfluß auf die Struktur unserer Welt wirksam wurde. Die weite Dimension der biblischen Begriffe Umkehr, Frieden und Bund haben wir bisher nicht genügend aufgenommen. [...] Wir wollen uns auf den Prozeß einlassen: Betroffenheiten über den Zustand der Welt aushalten und unter dem Ruf Gottes zur Umkehr Antworten suchen, benennen und danach leben. Dankbar hören wir den deutlichen Umkehrruf. Er trifft uns persönlich, unsere Gemeinden und unsere Bundesgemeinschaft. Wir verstehen ihn als geistliches Wort«.

»Schicket euch in die Zeit«? Ich meine, daß am Beispiel der Friedens- und Weltverantwortung durchaus eine Entwicklung im BEFG in der DDR erkennbar geworden ist. Standen am Anfang noch im wesentlichen staatskonforme Äußerungen (ob überzeugt oder gefordert), so finden sich am Ende auch kritische Beiträge zur DDR-Friedenspolitik. Natürlich war eine solche Entwicklung nur in enger Anlehnung an die anderen Kirchen möglich. Hoffnungsvoll steht darum am Schluß der Geschichte des BEFG in der DDR nicht ein Wort der Anpassung, sondern - im Bedenken der Ökumenischen Versammlung - der Ruf zur Umkehr, zum »Dienet dem Herrn«.

Anhang

Veröffentlichungen zur Geschichte des BEFG in der DDR

in: DIE GEMEINDE, Wochenzeitschrift des Bundes Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden in Deutschland, Verlag J.G. Oncken Nachf. GmbH, Kassel

Bauer, Wolfgang, PS: Die Leute sind hier alle verbittert. Kommentar zur Situation in den neuen Bundesländern nach der Vereinigung. In: DIE GEMEINDE Nr. 16, 21.4.1991, S. 2

Kritische Leserbriefe (Vergleiche mit DDR-Vergangenheit): DIE GEMEINDE Nr.

66 Protokoll der Aussprache über die »theologische Grundlegung« (Textentwurf 001 der ÖV), Punkt 3., Akte des Arbeitskreises 'Friedensfragen', Archiv des BEFG.

67 Stellungnahme zu den Ergebnistexten der ÖV, von einer Klausurtagung erarbeitet am 8.12.1990 in Buckow/Märk. Schweiz, Anlage zum Brief an die Gemeinden und Arbeitsbereiche im BEFG aus der Bundesgeschäftsstelle Berlin, März 1991, Archiv des BEFG.

- 22 (2.6.1991), S. 11; Nr. 23 (9.6.1991), S. 11; Nr. 27 (7.7.1991), S. 11; Nr. 29 (21.7.1991), S. 10 f
- DIE GEMEINDE, Berichte und Kommentare zur Vereinigung der Bünde Ost und West auf der Bundesratstagung im Mai 1991 in Siegen, Nr. 21 (26.5.1991)
Kritische Leserbriefe (Erinnerung an DDR-Situation): DIE GEMEINDE Nr. 27 (7.7.1991), S. 11
- idea, Vorwurf an Freikirchen: Profillos in gesellschaftlichen Fragen. Meldung über Äußerungen von Pastor J. Schmidt auf dem Bundesrat des BfEG in Gera. In: DIE GEMEINDE NR. 45 (10.11.1991), S. 4
- idea, Stasi: Wie weit waren die Freikirchen in der DDR unterwandert? Hinweis auf Besier, Pfarrer, Christen und Katholiken, und seine Äußerung über die Untersuchung von Freikirchen (?). In: DIE GEMEINDE Nr. 2 (12.1.1992), S. 5
- idea, Freikirchen und Stasi: Bisher kein Fall einer Zusammenarbeit bekannt. Bericht über idea-Umfrage: Bisher keine Überprüfungen der Mitarbeiter vorgesehen. In: DIE GEMEINDE Nr. 5 (2.2.1992), S. 4
- Lorenz, Günter, Späte Triumphe? Kritischer Kommentar zu Besier, Pfarrer, Christen und Katholiken. In: DIE GEMEINDE Nr. 6 (9.2.1992), S. 2
Gegendarstellung: H. Matthies (idea). In: DIE GEMEINDE Nr. 12 (22.3.1992), S. 11
- Sult, Manfred, Michael Zimmermann u. Ulrich Materne, Brief an die Gemeinden. Stellungnahme zum Umgang mit Stasi-Dokumenten; unter der Überschrift 'Um ehrliche Aufarbeitung bemüht' abgedruckt in: DIE GEMEINDE Nr. 10 (8.3.1992), S. 5
- Strübind, Kim, Kirche, Stasi - und wir? Ein Mitarbeiter Besiers äußert sich zu Vorwürfen gegen 'Pfarrer, Christen und Katholiken', In: DIE GEMEINDE Nr. 12 (22.3.1992), S. 6 f
Kritische Leserbriefe: L. Blüthgen und R. Dammann in: DIE GEMEINDE Nr. 18 (3.5.1992), S. 11
- Lorenz, Günter, Aufarbeitung. Kommentar zur Stasi-Problematik. In: DIE GEMEINDE Nr. 20 (17.5.1992), S. 2
- Dammann, Rolf, Die Bundesteilung 1969. Aufsatz zur Geschichte der Trennung der beiden Bünde. In: DIE GEMEINDE Nr. 39 (27.9.1992), S. 6 f
- Dammann, Rolf, Trennung, Gemeinsamkeit, Eigenständigkeit: der ehemalige Bund in der DDR. Aufsatz zur Entwicklung des DDR-Bundes. In: DIE GEMEINDE Nr. 40 (4.10.1992), S. 6 f
- Wieske, Günter, Was würde Jesus dazu sagen - zur Stasi-Diskussion? Ein Aufruf zur Vergebung; unter der Rubrik 'Das geht uns alle an' lädt die Redaktion ein zum Gespräch. In: DIE GEMEINDE Nr. 40 (4.10.1992), S. 11
Leserbriefe: Dr. K. Strübind u.a. in: DIE GEMEINDE Nr. 45 (8.11.1992); U.Dammann u.a. in: Nr. 51-52 (20./27.12.1992), S. 11
- Lorenz, Günter, Keine Nebensache / Geschichtsaufarbeitung kommt voran. Kommentar und Bericht über die Arbeitsgruppe zur Aufarbeitung der Geschichte des BEFG in der DDR. In: DIE GEMEINDE Nr. 6 (7.2.1993), S. 2 u. 13
- DIE GEMEINDE, Gespräch R. Schwarz mit Heinrich Strohmann: Von der Bundesbildungsmission zur Abteilung 'Bau- und Grundstücksfragen'. Nr. 40 (3.10.1993), S. 4 f
- Rosemann, Siegfried, Widerstand und (V)Ergebung, Bericht über eine Tagung der Initiative 'Gemeinde mit Weltverantwortung' im Sept. '93 zur Aufarbeitung der Geschichte des BEFG i.d. DDR. In: DIE GEMEINDE Nr. 41 (10.10.1993), S. 6
- Dammann, Rolf, Die Bundeskonferenz 1960. Bericht anhand von Unterlagen des ehem. Staatssekretariats für Kirchenfragen. In: DIE GEMEINDE Nr. 45 (7.11.1993), S. 4 ff
Leserbrief Christian Wolf in: DIE GEMEINDE Nr. 50 (12.12.1993), S. 7
- Dammann, Uwe, Chancen und Grenzen baptistischer Frömmigkeit. Einsichten aus dem Leben unter ideologischem Druck. Referat zur Tagung 'Widerstand und

(V)Ergebung' der Initiative Gemeinde mit Weltverantwortung im BEFG am 11.09.1993 in Berlin. In: DIE GEMEINDE Nr. 8 (20.2.1994), S. 4 f und Nr. 9 (27.2.1994), S. 4 ff

DIE GEMEINDE, Gespräch R. Schwarz mit Rudolf Bräuning: Hilfe auf verborgenen Wegen. Illegale Literaturtransporte in die DDR. In: Nr. 9 (27.2.1994), S. 8 f

Leserbriefe von C.Wolf und F.Starp in: DIE GEMEINDE Nr. 15 (10.4.1994), S. 7

Dammann, Uwe, Diakoniewerk Bethel übernahm Senioren- und Pflegeheim - Erster Trägerwechsel im Ostteil Berlins. Bericht u.a. über die Beibehaltung des Namens des führenden SED-Mitglieds H. Lehmann. In: DIE GEMEINDE Nr. 9 (27.2.1994), S. 13

Großmann, Siegfried, Vereinigt - aber noch nicht eins. Ergebnisse einer Ost-West-Umfrage in den EFG In: DIE GEMEINDE Nr. 18 (1.5.1994), S. 4 f

Die methodistische Kirche vor der Ost-West-Frage. Kirchenleitendes Handeln - Beobachtungen aus den sechziger Jahren

Für die Kirchen ist ein wesentlicher Aspekt der 'Aufarbeitung' der DDR-Vergangenheit deren Verständnis und Praxis zum Thema 'Kirche und Staat'. Als unbefangener Beobachter gewinne ich den Eindruck einer unverantwortlichen Verzerrung. Wenn unter der genannten Themenstellung vom 'Staat' gesprochen oder geschrieben wird, dann ist mit weitem Vorrang der DDR-Staat gemeint. Bedarf es nicht gleichzeitig der Klärung, inwieweit die bundesrepublikanischen Behörden versucht haben, die Kirchen für ihre westlichen politischen Interessen auch gegenüber dem Osten zu gewinnen? Und wenn in der Aufarbeitung des Themas von den 'Kirchen' die Rede ist, müssen dann nicht heute auch staatsbezogene Verhältnisse im Westen, die eine Wirkung auf die Kirchen und Gemeinden in der DDR genommen haben, wenigstens innerhalb der Kirchen selber in die Diskussion einbezogen werden? Es ist keine Frage, daß die innerkirchliche Meinungsbildung über den Weg der Kirche in der DDR nicht ohne mittelbare und offensichtlich auch nicht ohne eine unmittelbare Beeinflussung aus dem Westen verlaufen ist. Allein die theologisch nicht so leicht verifizierbare Formel von der »besonderen Gemeinschaft der ganzen Christenheit in Deutschland«, wie sie ganz im Sinne volk-kirchlichen Denkens noch in der Verfassung des 'Bundes der evangelischen (Landes-)Kirchen in der DDR' festgeschrieben wurde, darf in ihrer Wirkung nicht übergangen werden. Hinzu kommt auch die Rolle der Ökumenischen Bewegung, die durch Besuche und Tagungen innerhalb der damaligen DDR viel Ermutigung und Stärkung gegeben hat. Auch sie hat dadurch auf das Selbstverständnis der Kirchen gerade auch im Blick auf das Verhältnis zum Staat mittelbar und wohl auch unmittelbar eingewirkt.

Ich habe zunehmend den Eindruck, daß es in der gegenwärtigen 'Aufarbeitung' vorrangig politische Interessen sind, die sich - vielleicht unbemerkt - auf ein neues und sicher auch auf anderen Voraussetzungen basierendes Staat-Kirche-Verhältnis hinbewegen. Gerade der Bericht der Bonner Enquête-Kommission in seinen die Kirchen betreffenden Passagen wird daraufhin zu lesen sein¹.

Angesichts der *beiderseitigen* Beeinflussung des Weges der Kirchen in der DDR ist eine beide Seiten betreffende 'Aufarbeitung' geboten, die kirchlicherseits nicht mit politisch relevanten Kriterien erfolgen darf, sondern an

1 Deutscher Bundestag, Bericht der Enquête-Kommission 'Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland', Drucksache 12/7820 v. 31.5.1994, S. 158-188; zum Thema 'Die Freikirchen und andere Religionsgemeinschaften in der DDR im Blickfeld der SED-Religionspolitik', S. 174 f.

theologischen, den Auftrag der Kirchen bestimmenden Maßstäben, die unabhängig von politischen Interessen sind oder sie doch wenigstens nachrangig verfolgen. Allein die Tatsache, daß die Ost-Archive weitgehend zugänglich sind, die West-Archive aber für die allgemein übliche Zeit unter Verschluss gehalten werden, zeigt das einseitige, politisch bestimmte Interesse an. Es bietet die Voraussetzung dafür, daß ein einseitiges Bild entstehen muß. Dieses mag politisch legitim sein, kirchlich-theologisch erscheint es mir fragwürdig.

Kirchengeschichtsschreibung muß - jedenfalls aus freikirchlicher Sicht - anderen Motiven folgen und anderen Zielen dienen als die an politischen Konsequenzen interessierte Arbeit in den Archiven.

Ich möchte hier den Versuch wagen, kirchenleitendes Handeln in seiner Bedeutung für das Leben der methodistischen Christen und Gemeinden in der damaligen DDR zu beschreiben. Das kann hier nur in einem sehr begrenzten Rahmen geschehen, weil es sich wesentlich auf Aktivitäten von Bischof Friedrich Wunderlich und sein Umfeld beschränkt, in dessen unmittelbarer Nähe ich von 1963 bis 1968 als Hauptgeschäftsführer des Hilfswerks der Methodistenkirche und zugleich als Geschäftsführer der Diakonischen Arbeitsgemeinschaft evangelischer Kirchen in Deutschland gearbeitet habe. Es bedarf keiner besonderen Erwähnung, daß ich während dieser Zeit insbesondere für Beziehungen zur damaligen DDR tätig war.

In den folgenden Beobachtungen geht es mir vorwiegend darum, solche Erfahrungen einer traditionell staatsunabhängigen Kirche, die kaum Vergleiche in anderen Kirchen haben, festzuhalten.

1. Gleichrangigkeit, die Unterschiede schafft

Zu den Grundsätzen der Kirchenpolitik in der DDR gehörte die Gleichbehandlung aller Kirchen und kirchlichen Gruppierungen. Es soll hier nicht kritisch überprüft werden, inwieweit diese Maxime eingehalten wurde. Aber es ist keine Frage, daß dieser Grundsatz für die verschiedenen Kirchen eine unterschiedliche Ausgangslage schuf. Die früheren Staatskirchen, - auch im Staatskirchenrecht noch als 'Kirchen' im Unterschied zu den früher staatsunabhängigen Kirchen, die nur als 'Religionsgemeinschaften' ausgewiesen sind, - waren auch nach der Einführung der Republik immer noch privilegierte Kirchen, während die Freikirchen zur Durchsetzung ihrer nach 1918 neu erworbenen Rechte noch 1926 eine 'Vereinigung Evangelischer Freikirchen' bilden mußten, um Schritt für Schritt diese Rechte, auch gegenüber den Landeskirchen, zu sichern. Was sich in der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts ökumenisch in Deutschland abgespielt hat, ist sehr ernüchternd. Die Leitungsgorgane der deutschen Landeskirchen standen der ökumenischen

Bewegung ziemlich kritisch gegenüber und versuchten manchmal, sie für bestimmte politische Interessen zu instrumentalisieren².

Am Anfang der Geschichte der Sowjetischen Besatzungszone und der folgenden DDR-Geschichte bedeutete die Gleichbehandlung: Die sog. Großkirchen mußten auf traditionelle Privilegien verzichten und standen in ihrer gesellschaftlichen Bedeutung unter dem Vorzeichen des Verlustes, während die bisher öffentlich und zwischenkirchlich benachteiligten Freikirchen in gewissem Sinne eine Aufwertung durch Anerkennung erfuhren. Das markiert von vornherein eine Ausgangsposition, die es ihnen leichter machte, sich auf diese neue Gesellschaft einzustellen. Der Anmarschweg, Kirche im Sozialismus zu sein, war dadurch kürzer.

Wie restaurativ die Verhältnisse von Kirche und Staat heute wieder angegangen werden, zeigte sich gerade in diesen Tagen wieder. Der sächsische Ministerpräsident hatte zu einem Gespräch über die Streichung eines kirchlichen Feiertags zugunsten der Pflegeversicherung lediglich Vertreter der Lutherischen und der Römisch-katholischen Kirche eingeladen.

2. Finanziell selbsterhaltend, eine wichtige Position

Die ostdeutschen methodistischen Gemeinden waren schon seit der Zeit der Weimarer Republik finanziell selbsterhaltend, d.h. sie konnten alle notwendigen finanziellen Mittel für die sparsame Pastoren- und Mitarbeiterbesoldung aufbringen, ihre missionarische Arbeit finanzieren, die Erweiterung und Unterhaltung der kirchlichen Gebäude sowie die Kosten der Verwaltung aus den regelmäßigen freiwilligen Gaben ihrer Kirchenglieder decken und außerdem noch die Weltmission unterstützen. Dieser Weg setzte gerade in der wirtschaftlichen Krise der zwanziger Jahre und dem strukturell benachteiligten Gebiet des Erzgebirges und oberen Vogtlandes bei Gemeindegliedern und Pastoren eine enorme Opferbereitschaft voraus.

Die in diese Selbstverwaltung eingeübten Gemeinden waren während der ganzen Zeit der DDR in der Lage, alle ihre laufenden Verpflichtungen aus eigenen Mitteln aufzubringen. Für ihre übliche Tätigkeit hat der Zweig der Kirche in der DDR so gut wie keine finanziellen Unterstützungen aus dem Westen in Anspruch nehmen müssen. Ausnahmen bildeten die Auslandsreisen, für die Devisen notwendig waren oder gelegentliche Beschaffungen von Materialien für Renovierungen, Orgelbau und ähnliche überschaubare Projekte, die in der DDR nicht zu beschaffen waren.

Während meiner Tätigkeit als Geschäftsführer des Hilfswerks der Methodistenkirche ist mir oft von anderen Kirchenvertretern, die Riesenbeträge transferierten, entgegengehalten worden: »Ihre reiche Kirche in Amerika wird schon helfen«. Unser innerkirchlicher Vergleichspunkt waren aber nicht

2 Allein eine Kenntnis des Verhaltens der deutschen Delegation 1925 in Stockholm anlässlich der Weltkonferenz für Praktisches Christentum liefert einen geradezu erschütternden Beweis.

die amerikanischen Konferenzen, die in der Hungersnot der frühen Nachkriegsjahre überwiegend ökumenisch in Verbindung mit der Genfer ökumenischen Zentrale und dem Hilfswerk der Evangelischen Kirchen in Deutschland *allen* Kirchen unseres Landes geholfen haben, und auf der anderen Seite die DDR-Gemeinden. Im Vergleich zu den armen methodistischen Kirchensprengeln in Afrika und Asien waren die Gemeinden in der DDR reich. Sie verstanden sich selber im Rahmen der begrenzten Möglichkeiten als 'gebende Kirche', die sich auch an der dortigen Aktion BROT FÜR DIE WELT beteiligt hat. Auch die westdeutschen Gemeinden haben ihre Gaben stärker in die missionarische und diakonische Arbeit der Weltmission und der Aktion BROT FÜR DIE WELT gelenkt, als das sie sich finanziell für die ostdeutschen Methodisten engagiert hätten. In den westdeutschen Konferenzen ist nie das Bild einer in finanzieller Not sich befindenden DDR-Konferenz entstanden. Im Gegenteil: die Gäste wurden 'drüben' immer vorzüglich betreut und versorgt.

Am Rande sei erwähnt, daß der Schwerpunkt amerikanischer Hilfe von der 'Methodist Commission on Overseas Relief' (MCOR) über das Hilfswerk in Deutschland ein Hilfsprogramm für die hart bedrängten und verfolgten Methodisten in Bulgarien war. Infolge eines Schauprozesses wegen amerikanischer Hilfe, die die bulgarischen Methodistenkirche als westliche Spionage-Organisation verdächtigte, war es dringend geboten, notleidenden Angehörigen der zu schwerer Zwangsarbeit verurteilten Pastoren nun unter Verwendung privater Adressen von Deutschland aus zu unterstützen. Frau Irmgard Pratsch, die hinterbliebene Frau des früheren Bulgarien-Missionars Alfons Pratsch, hatte in ihrer hannoverschen Wohnung gleichsam eine Außenstelle des Hilfswerks eingerichtet. Die Erfahrung in Bulgarien ist ein Beispiel dafür, daß internationale Strukturen erhebliche Probleme hervorrufen können. Dies konnte in der DDR-Erfahrung vermieden werden.

Das Hilfswerk der Methodistenkirche, im Zusammenhang mit den frühen Nachkriegshilfen für West und Ost entstanden, hat später vorwiegend Gemeindepatenschaften zwischen West und Ost organisiert, um auf diesem Wege Kleidungsstücke, Medikamente, auch Bücher (mit gelegentlichen Einfuhrgenehmigungen) und manchmal Waren und Gegenstände zur besseren Ausstattung von diakonischen Einrichtungen zu vermitteln. Diese geringe Hilfe, zu der auch die von den West-Pastoren freiwillig durch Gehaltsabzüge zusammengelegten finanziellen Zuwendungen kamen, war jedoch immer einzelnen Personen oder diakonischen Einrichtungen, aber nicht der Kirche als Ganzer zugute gekommen. Wie entbehrlich das Hilfswerk nach der Abwicklung der allgemeinen Nachkriegshilfe aus Amerika, England, Schweden und der Schweiz wurde, zeigt dessen Auflösung 1968. Man kann dieses gleichzeitig als ein Zeichen der Stabilität der Gemeinden in der DDR bewerten.

Wie vorsichtig die Konferenz in der DDR hinsichtlich einer möglichen Abhängigkeit vom Staat war, zeigte sich Jahre später auch in einer lebhaften Diskussion um die Frage, ob die Kirche mit ihren Pastoren der staatlichen Rentenversicherung beitreten könne. Es wurde eigens für diese Frage ein theologisches Gutachten erstellt. Die Landeskirchen hatten längst ihren Vertrag unter Dach und Fach und sich mit westlicher Währung in die Versicherung eingekauft. Als die Methodisten sich bei 140 gegen 100 Stimmen zu diesem Schritt durchdrangen, war es für sie nicht eine Frage, die sie wegen der Finanzierung mit ihren westlichen Partnern hätten klären müssen, denn sie waren in der Lage und hatten es beim Staatssekretariat für Arbeit und Löhne entsprechend durchgesetzt, den Beitritt ohne westliche Gelder mit eigenen DDR-Mitteln zu bezahlen.

Probleme der finanziellen Unabhängigkeit zeigten sich erst nach der Wiedervereinigung von Ost und West. Einflußreiche Mitglieder in den kirchenleitenden Gremien im Osten, allen voran Bischof Rüdiger Minor, setzten darauf, daß die finanzielle Unabhängigkeit unter den neuen Bedingungen selbstverständlich weiter durchzuhalten sei. Viele der ostdeutschen Pastoren in der methodistischen Kirche übernahmen von ihrem geringen Gehalt eine Patenschaft für osteuropäische Methodisten und baten gleichzeitig die bisherigen Westpaten, ihre Zahlungen einzustellen. Der ehrenwerte und hochrespektable Denkansatz hatte zur Folge, daß in den westdeutschen methodistischen Gemeinden über einen längeren Zeitraum hin für die Konferenz im Osten nicht gesammelt werden konnte. Das alles änderte sich erst, als sich zeigte, daß man in der Konsequenz der Wiedervereinigung mit dem Gewinn der politischen Freiheit die finanzielle Unabhängigkeit, jedenfalls vorübergehend, verloren hatte. Die großen Arbeitslosenzahlen, das verminderte Familien-Einkommen durch die Verringerung der Arbeitsplätze besonders für Frauen, der viel höhere Finanzbedarf in den Familien wie in den Gemeinden, besonders wenn für die Gemeindearbeit fremde Räume angemietet werden mußten, führten in finanzielle Engpässe, die ohne Hilfe aus dem Westteil der Kirche nicht mehr finanzierbar gewesen wären. Denn auch die Bewirtschaftungskosten für kirchliche Gebäude und andere Liegenschaften stiegen teilweise ins Uferlose, ganz abgesehen von dem zunehmenden Wunsch, kirchliche Gebäude und Wohnungen nun einem neuen Standard zuzuführen.

Es ist für die Verantwortlichen für Finanzen in der jetzigen Ostdeutschen Konferenz und Teilen der Norddeutschen Konferenz in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und dem früheren Ost-Berlin ernüchternd und bedrängend, nach vielen Jahrzehnten gerade jetzt in eine neue finanzielle Abhängigkeit gekommen zu sein.

3. Soldaten-Seelsorge ohne Militärseelsorge-Vertrag

Seit dem Beginn der Bundeswehr 1955 haben sich die Freikirchen mit der Frage der Seelsorge an den Soldaten befaßt. Im Hintergrund stand eine ziemlich lange Tradition gemeinsamer 'Soldaten-Mission', die bis in die Anfänge der Zusammenarbeit der Freikirchen um die Jahrhundertwende zurückreicht. Eine frühe Anfrage der Bonner Dienststelle Blank, die seitens der Regierung die Verhandlungen in den Fragen einer künftigen Militärseelsorge-Organisation führte, hat im Oktober 1954 auch die Freikirchen in die Überlegungen einbeziehen wollen. Diese haben jedoch, wie dem Protokoll des Deutschen Bundestags vom 27. Juni 1957 zu entnehmen ist, mitgeteilt, »daß sie zur Zeit keine Regelung wünschten«³. Bis zum Herbst 1956, als also die Landeskirchen den am 22. Febr. 1957 unterzeichneten Militärseelsorge-Vertrag längst in seinen Eckdaten verhandelt hatten, konnte innerhalb der Vereinigung Evangelischer Freikirchen noch keine einheitliche Meinungsbildung in der Frage der Soldatenbetreuung erzielt werden. Allerdings war die ablehnende Haltung im Blick auf eine Beteiligung am Militärseelsorge-Vertrag von Bischof Friedrich Wunderlich für die Methodistenkirche zu keiner Zeit eine Frage. Später haben die Freikirchen gemeinsam ein Angebot des Militärbischofs Prälat Hermann Kunst, sich an dem von der EKD geschlossenen Vertrag zu beteiligen, abgelehnt⁴. Man muß sich einmal vorstellen, daß dieser Sachverhalt in einem gedruckten Bericht über eine Tagung der Vereinigung Evangelischer Freikirchen berichtet ist, die im sächsischen Zwickau stattfand!

Die Ablehnung einer Beteiligung hatte Konsequenzen für die seelsorgerliche Betreuung der Soldaten, die einer Freikirche angehörten. Innerhalb der Kasernen oder anderer militärischer Einrichtungen konnten freikirchliche Pastoren nicht tätig werden, weil sie sich keiner generellen Überprüfung unterzogen und in jeder Hinsicht allein ihren Kirchen verantwortlich blieben. Trotz der damit gegenüber den eigenen Soldaten angezeigten Einschränkungen hat die Methodistenkirche auf eine Beteiligung an dem landeskirchlichen Vertrag auch aus folgenden zwei Gründen verzichtet: Das 'Kirchenamt für die Bundeswehr' mit seinem leitenden Generaldekan war zugleich eine kirchliche und doch eine staatliche Verwaltungsbehörde, dessen Leiter auf Vorschlag kirchlicher Stellen vom Verteidigungsminister ernannt wurde. Die Militärpfarrer waren den kirchlich-synodalen Entscheidungsstrukturen entzogen und als 'Bundesbeamte auf Zeit' in eine neue dienstrechtliche Struktur eingebunden. Außerdem erfolgte eine Besoldung aus Mitteln des zuständigen Ministeriums in entsprechenden Besoldungsgruppen. Das alles würde ein Ausklinken aus eigenkirchlicher Verantwortung und fi-

3 Deutscher Bundestag, Protokoll vom 27.6.1957.

4 H. Wiesemann, Bericht des Vorstands. In: Konferenz der Evangelischen Freikirchen, bearb. v. R. Thaut. Zwickau 1960, S. 12 - Der Bericht trägt an dieser Stelle den Hinweis: »Der folgende Absatz gilt nur für die Vertreter aus der Bundesrepublik«.

nanzieller Solidarität nach sich gezogen haben. Entscheidender aber war, daß hier freikirchliche Grundsätze berührt waren, die eine Ablehnung des Angebots zwingend machten.

Um der Erhaltung der Unabhängigkeit willen war es konsequent, auf eine Beteiligung zu verzichten. Es ist der Methodistenkirche in Deutschland gelungen, bis 1970 eine einheitliche Zentralkonferenz, die alle Gemeinden in West und Ost unter der Klammer eines Bischofs, der seinen Dienstsitz in Frankfurt am Main hatte, zu erhalten. Für eine sowohl ostdeutsche wie westdeutsche Konferenzen umfassende Kirche wäre mit einem Beitritt zum Militärseelsorge-Vertrag der Keim der Spaltung gelegt worden. Es war kirchenrechtlich völlig ausgeschlossen, daß eine im gesamten Deutschland wirkende Kirche, deren Gemeinsamkeit nicht mit der der autonomen Mitgliedskirchen in der EKD verglichen werden kann, einen Vertrag mit einer westlichen Regierung abschließt. Natürlich wäre ein solcher Schritt auch kirchenpolitisch eine unverzeihliche Fehlleistung gewesen. Selbst wenn die Trennung zwischen Ost und West z.B. ein zweites Predigerseminar im thüringischen Bad Klosterlausnitz durch den staatlichen Druck seit 1952 notwendig machte, durfte die Kirche selber den DDR-Behörden keine Argumente für weitere Maßnahmen in die Hände spielen.

Die Unabhängigkeit vom westlichen Staat gerade in der Frage dieses Militärseelsorge-Vertrags war eine Voraussetzung dafür, die Gemeinden in der DDR zu ermutigen, ebenfalls unabhängig an ihrem Platz und unter ihren gesellschafts-politischen Vorgaben missionarisch zu leben und so den Auftrag der Kirche schlechthin nicht durch politische Vorgaben untergraben zu lassen. Der freikirchliche Verzicht war eine wesentliche Voraussetzung für den gemeinsamen Weg unter einem gemeinsamen Bischof. Wenn die Synode der EKD 1958 ihre Gliedkirchen im Bereich der DDR aus dem Militärseelsorge-Vertrag entlassen mußte, war darin bereits die kommende Entwicklung für getrennte Wege innerhalb der unterschiedlichen gesellschaftlichen Situationen erkennbar. Um des Auftrags willen war es gut, daß die Freikirchen sich nicht vorbehaltlos zur westlichen Bündnispolitik bekannt haben, auch wenn man ihnen das politisch heute ankreiden mag.

Die 'Soldaten-Seelsorge', wie es in der Sprache der Freikirchen heißt, war an die Gemeinden der Standorte, aber noch mehr an die natürliche Orientierung zur Heimatgemeinde hin gebunden, wo sich die Soldaten zunehmend mehr an den freien Wochenenden aufhielten.

Dabei muß man sich bewußt machen, daß die Zahl der Soldaten in den Freikirchen vergleichsweise gering war. Sowohl im Kirchenvorstand wie in der Jugendarbeit war die Tendenz, wenn auch nicht einheitlich, so doch deutlich zur Kriegsdienstverweigerung vorherrschend. Schon Ende der fünfziger Jahre ist die Methodistenkirche der Einladung des alten ökumenischen Freundes Friedrich Siegmund-Schulze gefolgt und der 'Zentralstelle Recht

und Schutz der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen' als Mitglied beigetreten. Bei allen diesen 'westlichen' Entscheidungen muß man im Blick behalten, daß für Friedrich Wunderlich, der den bischöflichen Dienstauftrag von 1953 bis 1968 innehatte, die Frage der Einheit seines Sprengels immer im Vordergrund stand.

4. Bischof Friedrich Wunderlich und die Konferenzen in der DDR

Zwischen 1954 und 1968 hat Bischof Wunderlich in allen Jährlichen Konferenzen innerhalb der DDR nach der Ordnung der Kirche den Vorsitz führen können. Wenn es gelegentlich Krisensituationen gab, wie etwa im Vorfeld der Konferenz im erzgebirgischen Crottendorf 1967, kam es zu Beunruhigungen in den Gemeinden und zu einem Einlenken der Behörden.

Von besonderer Bedeutung sind die in der Regel alle vier Jahre stattfindenden Zentralkonferenzen, die alle vier Jährlichen Konferenzen innerhalb des damaligen Bischofssprengels als Teil der weltweiten methodistischen Kirche umfaßten und die weitgehende kirchenrechtliche Vollmachten haben⁵. Hier legt nach der Ordnung der Kirche der aufsichtführende Bischof unter der Leitung eines vom Bischofsrat gesandten Repräsentanten der Gesamtkirche seine 'Bischofsbotschaft' vor.

Die Reihenfolge der Tagungsorte der deutschen Zentralkonferenzen während der Dienstzeit von Bischof Wunderlich war nicht dem Zufall überlassen. Sie spiegeln genau die Intention Wunderlichs wider: Zwickau/Sa. (1956), Pforzheim (1960), Leipzig (1964), dann 1967 außerordentliche Tagungen zur Vorbereitung der Kirchenvereinigung mit der Evangelischen Gemeinschaft parallel in Karl-Marx-Stadt (heute wieder Chemnitz) und Stuttgart und schließlich die Zentralkonferenzen zur Kirchenunion 1968 wieder getrennt: Frankfurt/Main und Dresden.

Es war fast eine Sensation, daß 1964 in Leipzig noch eine gemeinsame Zentralkonferenz mit allen Delegierten aus West und Ost gehalten werden konnte. Ich erinnere mich, daß es nicht unproblematisch war. Als die Vertreter des Staatssekretärs für Kirchenfragen, der interessanterweise diesmal nicht persönlich erschien, und die verschiedenen Vertreter des Bezirks und der Stadt vorgestellt wurden und dabei eines der obligatorischen 'Grußworte' sagten, gab es laute Unmutskundgebungen und Zwischenrufe von Delegierten; besonders als verbale politische Attacken auf den Westen erfolgten.

Ich selber nahm als Geschäftsführer des Hilfswerks teil und hatte das Vergnügen, Bischof Ferdinand Sigg, dessen Dienstsitz in Zürich war und der die Aufsicht über den ebenfalls West und Ost umfassenden Genfer Sprengel führte, mit dem Auto nach Leipzig zu fahren. Während der Zentralkonferenz-Tagung feierte ich meinen 30. Geburtstag und wurde aus diesem Anlaß

5 Zu den Vollmachten gehörte die Wahl des Bischofs, wenn es notwendig war, und die Annahme der Kirchenordnung, die freilich immer im Rahmen der gesamtkirchlichen, weltweiten Verfassung erfolgen mußte.

zusammen mit einem anderen Delegierten aus Norddeutschland zu einem Empfang ins historische Rathaus eingeladen. An den Inhalt der damals ausgetauschten Reden kann ich mich nicht mehr erinnern, aber ich erhielt das zu dieser Zeit gerade im Aufbau-Verlag erschienene Buch 'Leben oder Tod im Atomzeitalter', das der in Amerika lebende Nobelpreisträger Linus Pauling geschrieben hatte, geschenkt. Ich erwähne diese Kuriosität hier am Rande, weil die aberwitzige Situation entstanden ist, daß Buch-Geschenke für frühere DDR-Bewohner inzwischen zu einem Politikum geworden sind.

4.1 Die Bischofsbotschaften

Die Bischofsbotschaften von Friedrich Wunderlich sind alle als Monographien erschienen⁶. Was der Bischof 1960 am Schluß ausdrücklich hervorhebt, trifft für alle seine Berichte in gleicher Weise zu: »Alles, was über unser Werk berichtet wurde, ist geschrieben worden im Blick auf unser Gesamtwerk im Osten wie im Westen«⁷.

Erst auf dem Hintergrund der Bedeutung der sog. Hallstein-Doktrin, von der später geredet wird, kann man die Schwerpunkte und die Art der Berichterstattung richtig einschätzen. Gelegentlich ist in jüngster Zeit der verständliche Vorwurf erhoben worden, daß Wunderlich gerade in den gesellschaftspolitischen Fragen auf eine regionale Konkretisierung verzichte⁸. Aber wer Bischof Wunderlich mit seiner oft hintergründigen Art kannte, wird leicht erkennen, daß gerade darin ein nicht zu unterschätzender Teil seiner Standortbestimmung lag. Die Zitierungen aus dem weltweiten 'Sozialen Bekenntnis', einer ständig weitergeführten Erklärung zu sozialpolitischen Fragen der Generalkonferenz, und die Übersetzung von Passagen der Bischofsbotschaft der für alle Regionen der Welt zuständigen Generalkonferenz, will dokumentieren: Wir sind keine Nationalkirche, deren Organisationsstrukturen an den Grenzen eines Staates - weder der USA noch der DDR - enden, wie der thüringische Landesbischof Moritz Mitzenheim in Anknüpfung an alte staatskirchenrechtliche Traditionen es offensichtlich in einem falschen Kontext der DDR-Öffentlichkeit ausgesprochen hatte.

Gerade der internationale Charakter der methodistischen Kirche, von Wunderlich ungezählte Male durch das Adjektiv 'weltweit' hervorgehoben, war es, der den Raum einen Spalt weit offenhielt. Wenn der in Frankfurt am Main wohnende Bischof mit seinem Auto in die DDR fuhr und die Konferenzen leitete, dann reiste er nicht als ein westdeutscher Kirchenführer ein,

6 Friedrich Wunderlichs Bischofsbotschaften sind unter folgenden Titeln erschienen: 'Methodismus im weiten Raum der Welt' (1956), 'Gott gibt sein Volk nicht auf' (1960), 'Christus vor allem' (1964) und 'Wir sind sein Werk' (1968).

7 Ebd. 'Gott gibt sein Volk nicht auf', S. 25.

8 Rainer Bath, Methodismus und Politik. Die sozialen Grundsätze der Evangelisch-methodistischen Kirche als Ausdruck ihres politischen Engagements. 1994. - Martin G. Kupsch, Krieg und Frieden. Die Stellungnahmen der methodistischen Kirchen in den Vereinigten Staaten, Großbritannien und Kontinentaleuropa. 2 Bde. 1992, bes. Bd. 2.

sondern als Bischof einer weltweiten Kirche⁹, der bei den Farbigen in Amerika, den Methodisten unter Fidel Castro und den Indern in Bombay Konferenzen nach der überall gleichen kirchlichen Ordnung leiten konnte. Wie sollte er es nicht auch in seiner sächsischen Heimat können? Es war von nicht zu unterschätzender Bedeutung, daß er nicht als Vertreter einer der letzten 'gesamtdeutschen' Institutionen mit einem unausgesprochen darin verborgenen politischen Anspruch seinen Dienstauftrag versah, sondern als Vertreter einer internationalen Kirche. Die EKD konnte sich bis zur Bildung des Bundes Evangelischer Kirchen in der DDR 1969 dem Vorwurf, der Repräsentation einer 'gesamtdeutschen' Institution zu sein, nicht immer entziehen. Natürlich geht der Anspruch 'Volkskirche' zu sein, von anderen Vorentscheidungen aus.

4.2 Besucher aus aller Welt

Oft haben die methodistischen Konferenzbesucher aus den Gemeinden in Ost und West nicht verstanden, daß Bischof Wunderlich ständig Gäste aus dem 'Methodismus im weiten Raum der Welt' - wie der Titel der Zwickauer Bischofsbotschaft von 1956 lautete - zu den Tagungen eingeladen hat. Manchmal waren sie sogar ein wenig enttäuscht, daß sie 'ihren' Bischof mit der an ihm geliebten volkstümlichen Predigt in den großen Konferenz-Gottesdiensten so selten hörten. Dafür stand oft ein ausländischer Gast neben ihm auf der Kanzel; ein farbiger Bischof aus Amerika, ein Gast aus einem afrikanischen Land oder ein bischöflicher Kollege aus Indien. Für Wunderlich waren diese Gottesdienste immer ein öffentlicher Ausdruck der weltweiten Verbundenheit und eine Darstellung dessen, was Kirche im methodistischen Sinn meint. Die Wirkung dieser stillschweigenden Demonstration hatte über die verkündigte Botschaft hinaus immer zwei Zielrichtungen: Konnten die DDR-Behörden, die nachdrücklich gegen Rassismus einzutreten vorgaben und die die Befreiung aus sozialer Unterdrückung als Parole ausgegeben hatten, einem farbigen Bischof aus den USA, dessen Vorfahren noch als Sklaven gelebt haben und der, nach einer akademischen Ausbildung in Jerusalem, zehn Jahre als Bischof in Liberia gewirkt hatte und nun den Kirchensprengel New Orleans mit vielen Gemeinden von Farbigen beaufsichtigte, die Einreise verweigern? Die Diskriminierung eines prominenten Farbigen, das konnte nicht sein. Konnte man, wenn dieser Bischof aus den USA die Einreise erhielt und neben Wunderlich in einigen Sitzungen die Konferenz-Tagung als Delegierter der Weltkirche leitete, die kirchlichen Rechte des in der DDR aufsichtführenden Bischofs beschneiden? Man muß diesen Hintergrund für die Einladung möglichst vieler Besucher aus aller Welt in die

⁹ Etwas überraschend tauchen in der Festschrift zum 65. Geburtstag für Armin Härtel unter dem Titel 'Gottes erklärter Wille', Formulierungen wie »gesamtdeutscher« Bischof und »westdeutsche Kirchen« auf, die irritieren. Vgl. Michael Weyer, Gottes erklärter Wille. 1993, z.B. S. 68.

Gemeinden der DDR kennen, um die damit verbundenen Absichten zu durchschauen. Das Studium der staatlichen Akten wird bald erkennbar werden lassen, inwieweit die DDR-Behörden die Aktivitäten des Bischofs durchschaut haben. Dann gab es noch eine andere Zielrichtung. So, wie Wunderlich sich nicht vor den östlichen Karren spannen lassen wollte, hat er sich gleichfalls bemüht, sich nicht von westlichen politischen Interessen bestimmen zu lassen. Man darf heute nicht vergessen, wie diskriminierend der Psycho-Druck des Kalten Krieges auf die Menschen in der DDR wirkte. Ich habe bei meinen vielen Besuchen gerade in den Familien immer wieder das Gefühl einer von sich selbst enttäuschten Minderwertigkeit erlebt. Und unglaubliche Bilder von den Menschen und der Situation in der DDR, die gewiß nicht zu beschönigen ist, entstanden unter einfachen Frommen wie auch unter hochangesehenen und gebildeten Menschen in Amerika. In diese psychologische Kriegsführung der politischen Mächte durfte man sich bei aller Distanz zum System nicht einfangen lassen. Ungezählte ausländische DDR-Besucher haben sich gewundert, daß es dort überhaupt christliche Gemeinden gibt, die - bei aller Einschränkung ihres Wirkungsbereiches - das Licht der Öffentlichkeit nicht scheuen müssen. Sie waren überrascht, daß sie nicht auf eine 'Untergrundkirche' trafen, sondern das kirchliche Leben immer noch in einer gewissen Bandbreite möglich war, ja die Jährlichen Konferenz nach der gleichen Ordnung wie in ihrer jeweiligen Heimat gehalten wurden und daß zu den großen Gottesdiensten an den Konferenz-Sonntagen Tausende zusammenkamen.

4.3 Das methodistische Kirchenrecht

Die connexionale Verbundenheit durch Personen, wie sie im methodistischen Kirchenrecht angelegt ist, hat sich in der Zeit der DDR bewährt¹⁰. Neben diesem Verbundsystem durch reisende Repräsentanten half auch das methodistische Verständnis vom 'Amt' im Zusammenspiel mit dem Verständnis von Kirche zu hilfreichen Rahmenbedingungen. Die Funktion eines methodistischen Bischofs besteht nämlich nicht im traditionellen Sinn von 'Kirchenleitung', sondern ganz im Sinne des neutestamentlichen Begriffs 'episkopos' ist er 'Aufseher' und führt, wie es im methodistischen Kirchenrecht heißt, die 'Aufsicht' über die Konferenzen seines Sprengels. Die jeweilige Region, ob es ein Zentralkonferenz-Sprengel ist oder eine Jährliche Konferenz, leitet sich sozusagen durch ihre gemeinsamen Beschlüsse als Ausdruck des im Konferieren gefundenen Konsenses selbst. Die Funktion des Bischofs begrenzt sich streng genommen darauf, daß er als Vorsitzender die Aufsicht führt, d.h. er wacht darüber, daß die Verhandlungen im Rahmen der kirchlichen Ordnung geführt werden und die Beschlüsse der Gremien im Rahmen des gesamtkirchlichen Konsenses bleiben, wie die Generalkonferenz

10 Karl Heinz Voigt, EmK - wohin im neuen Europa? In: EmK-aktuell (März 1990), S. 1-7.

sie selbst in der Kirchenordnung als der rechtlichen Gestalt der Konsensbildung verbindlich beschlossen hat. Hinter dieser ekklesiologischen Praxis steht als System von Kirche das alte konziliare Prinzip.

Wie die methodistische Kirche durch die Ablehnung des Militärseelsorge-Vertrags dem ständig gegenüber der EKD erhobenen Vorwurf einer 'westdeutschen Militärkirche' oder einer 'Nato-Kirche' entging, konnte die methodistische Connexio auch durch ihr weltweites Verbundsystem dem Vorwurf, eine »revanchistische gesamtdeutsche Institution« zu sein, entgehen.

5. Die Hallstein-Doktrin

Die sog. Hallstein-Doktrin war eine seit dem Herbst 1955 von der Bundesregierung vertretene politische Position, durch die man zu verhindern suchte, daß irgendwo in der Welt ein Staat die Akkreditierung von zwei deutschen diplomatischen Vertretungen, eine für die Bundesrepublik und eine für die DDR, zuzulassen bereit gewesen wäre. Die Bundesregierung machte sich die Rechtsposition zu eigen, daß sie durch ihre Bonner Auslandsvertretungen die Interessen des ganzen deutschen Volkes in internationalen Angelegenheiten allein wahrzunehmen berechtigt war. Nahm ein Staat, zu dem die Bundesrepublik diplomatische Beziehungen unterhielt, auch entsprechende Kontakte zur DDR-Regierung auf, so bezeichnete man das in Bonn als einen unfreundlichen Akt und brach gelegentlich vorübergehend die eigenen Beziehungen ab.

Diese durch den Bonner Diplomaten Walter Hallstein entwickelte Maxime, die für die Bundesrepublik einen 'gesamtdeutschen' Anspruch formulierte, hatte auch Auswirkungen auf die Kirchenpolitik der DDR-Regierung. Das Wort 'gesamtdeutsch' wirkte auch hier zunehmend wie ein rotes Tuch. Die 1961 errichtete Mauer war die augenfälligste Tatsache einer Trennung, die kein gesamtdeutsches Denken und Handeln mehr zulassen wollte. War die EKD lange Zeit noch die einzige funktionsfähige 'gesamtdeutsche' Institution, so gelang ihr nach dem Mauerbau keine Sitzung in vollständiger Besetzung mehr. Dagegen konnten eine Anzahl methodistischer Konferenzen ihre Aufgaben noch erfüllen, bis hin zur Tagung der Zentralkonferenz 1964 in Leipzig, an der alle offiziellen Delegierten aus der Bundesrepublik und alle offiziellen Gäste aus dem Weltmethodismus teilnehmen konnten. Die methodistische Kirche war keine 'gesamtdeutsche', sondern eine 'weltweite'. Das war kirchenpolitisch ein gravierender Unterschied, der auch nach der Bildung der Zentralkonferenz in der DDR 1970 weiterwirkte, insofern die methodistischen Konferenzen in der DDR lediglich einen neuen Sprengel unter Beibehaltung der in der weltweiten Verfassung gegebenen Ordnung bildeten, was die kirchenrechtlich mögliche Adaption von Ausführungsbestimmungen nicht ausschloß. Auf diese Weise blieben die Methodisten in der DDR in der ganzen Zeit kirchenrechtlich durch die gemeinsame Verfassung mit der 'United Methodist Church' als ein Sprengel verbunden, genauso wie der Sprengel in

der Bundesrepublik. Im Grunde war dadurch die Einheit in einer gemeinsamen Kirche gewahrt, so daß die Delegierten aus West und Ost gemeinsam an den Tagungen der verfassungsgebenden Generalkonferenzen teilnahmen. Allerdings kam es gelegentlich auch vor, daß die DDR-Delegierten ihr Ziel nicht erreichten. 1967 kamen zum Beispiel zwei Superintendenten auf ihrem Weg zur Generalkonferenz in den USA nur bis nach Wien. Dort verweigerte die amerikanische Botschaft das Einreise-Visum in die USA trotz aller Interventionen, die von Frankfurt aus unternommen wurden. Eine Allianz westlicher Staaten hatte sich auf Drängen der Bundesrepublik geeinigt, in DDR-Pässen keine offiziellen Eintragungen vorzunehmen, weil dieses einer Anerkennung der DDR gleichkommen würde. Bei ähnlichen Gelegenheiten haben mit Unterstützung der amerikanischen Methodisten deren Einreise-Behörden den Weg gefunden, ein zusätzliches Blatt in den DDR-Pass einzulegen, darauf das Visum zu stempeln, um auf diese Weise ein Schlupfloch für kirchliche Delegierte zu öffnen.

Zum Verständnis für den Leser, der mit methodistischen Kirchenstrukturen nicht vertraut ist, muß hier angemerkt werden, daß man die 'United Methodist Church' nicht mit dem 'World Methodist Council' verwechseln darf, was immer wieder geschieht. Der 'Weltrat methodistischer Kirchen' ist *eine verhältnismäßig lose Verbindung aller autonomen Kirchen* der methodistischen Tradition in der ganzen Welt. Wenn er auch längst nicht so fest organisiert ist wie der 'Lutherische Weltbund', so ist er doch als eine parallele Organisation anzusehen. Dagegen ist die weltweit strukturierte 'United Methodist Church', die in den deutschsprachigen Ländern den Namen 'Evangelisch-methodistische Kirche' trägt, zwar eine der Mitgliedskirchen des 'Weltrates', aber in sich selbst ist sie *eine Kirche mit verbindlicher gemeinsamer Ordnung*. Damit hat sie eine im Protestantismus sonst nicht gekannte Weltstruktur, in die alle geographischen Regionen eingebunden sind.

6. Zum Selbstverständnis der EmK in der DDR: »Kirche im sozialistischen Staat, aber nicht des sozialistischen Staates«¹¹

Besonders im Zusammenhang mit den Darlegungen über die Militärseesorge ist bereits erkennbar geworden, daß die methodistische Kirche bei ihren Entscheidungen stets die unterschiedliche gesellschaftliche Situation im Blick behalten wollte. Schon 1951 hatte ein Superintendent in der Mitteldeutschen Konferenz formuliert: »Wir sind ein Ganzes, und da muß sich ein Glied immer so verhalten, daß es dem andern zuträglich ist«¹². Diese theologische Aussage ist nicht immer mit den politischen Interessen in Ost wie West in

11 Das Wort des Bischofs Armin Härtel in: Die EmK in der DDR. 1971, S. 10 ff; vorher auch in: Die Friedensglocke 1970, S. 96 ff.

12 A. Radau, Bericht des Konferenzjugendpflegers an die Jährliche Konferenz. In: Verhandlungen der 22. Sitzung der Nordostdeutschen Konferenz der Methodistenkirche. Berlin 1951, S. 34.

Einklang zu bringen. Aber gerade an diesem Punkt mußte die Priorität eindeutig bleiben.

Auch wenn die präzise, von der landeskirchlichen Synode 1971 in Eisenach angenommene Formulierung zur Standortbestimmung »nicht Kirche neben, nicht Kirche gegen, sondern Kirche im Sozialismus« sein zu wollen, von der methodistischen Kirche nicht offiziell übernommen wurde, so muß man doch sagen, daß die methodistischen Gemeinden keinesfalls als 'fünfte Kolonne', oder als heimliche westliche Interessenvertretung in der DDR leben wollten. Sie waren sich schon früh mit der Unterstützung des Bischofs darüber im Klaren, daß sie ihre Mission an und mit den Menschen nur erfüllen konnten, wenn sie die Gefahr einer grundsätzlichen Oppositions-Haltung gegenüber ihrem Staat überwandten. Schon 1958 formulierte ein Superintendent im Osten in seinem Bericht an die Jährliche Konferenz: »Wir tun unseren Dienst hier im Osten unseres Vaterlandes und erkennen immer wieder: hier ist unser Platz«¹³. Später hat Bischof Armin Härtel, Dresden, dessen Dienstzeit von 1970 bis 1986 dauerte, in immer neuen Wendungen präzise die Position der methodistischen Kirche in der DDR beschrieben, gerade auch in öffentlichen Stellungnahmen und bei Begegnungen mit Vertretern des Staatssekretariats für Kirchenfragen. Schon bei seinem Amtsantritt in Verbindung mit der Konstituierung der Zentralkonferenz in der DDR 1970 wies Härtel, wie vor ihm Wunderlich, auf die weltweite Verbundenheit der Kirche hin und zitierte auch die Botschaft der Bischöfe von der Generalkonferenz 1970 in St. Louis/USA mit den Themenfeldern Krieg und Frieden, Rassismus und Armut. In seiner eigenen Erklärung, die er bei der Begegnung mit den Vertretern des Staates und der Behörden, darunter Staatssekretär H. Seigewasser, sowie den Gästen aus der methodistischen Kirche der verschiedenen Länder, abgab, sagte er: Die Evangelisch-methodistische Kirche »ist bewußt Kirche im sozialistischen Staat. Dabei versteht es sich sowohl auf Grund der Prinzipien des Marxismus-Leninismus wie auch der Lehre des Neuen Testaments, daß sie nicht Kirche des sozialistischen Staates sein kann«¹⁴. Es ging darum, »zwischen den Klippen grundsätzlicher Akklamation und grundsätzlicher Opposition« den kirchlichen Auftrag zu erfüllen¹⁵. Es ist auffällig, wie Härtel sowohl inhaltlich wie formal in seiner Berichterstattung aufgreift und weiterführt, was sein Vorgänger Wunderlich im ständigen Rückgriff auf die methodistische Gesamtkirche mit Erfolg eingeführt hatte.

Die DDR-Erfahrung der methodistischen Kirche wurde auch für andere Regionen der Kirche aktiviert. Nachdem Fidel Castro 1959 in Kuba das Amt des Ministerpräsidenten übernommen hatte, besuchte Wunderlich die 10.000

13 J. Thomas, Bericht in: Verhandlungen der Mitteldeutschen Konferenz der Methodistenkirche. 1958, S. 57.

14 Wie Anm. 11.

15 Armin Härtel, Bischofsbotschaft 1984 unter dem Thema 'Gott dienen, ein Leben lang'. In: Amtsblatt der Evangelisch-methodistischen Kirche in der DDR (1984), H. 2, S. 15.

Methodisten auf der großen Zuckerinsel erstmals im Frühjahr 1960. - Nach dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen der Vereinigten Staaten von Amerika mit Kuba im Januar 1961 waren auch die Beziehungen zwischen der methodistischen Kirche auf Kuba und Amerika gestört, ja der kubanische Zweig der Kirche geriet in eine bedrohliche Isolierung. Das war wegen der personellen und finanziellen Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten von Amerika besonders problematisch, abgesehen von der Frage, welchen Kurs die Kubaner angesichts ihrer politischen Entwicklung steuern sollten. Der weltweite Bischofsrat beriet die Lage und bat Friedrich Wunderlich, die kubanischen Methodisten zu besuchen, die dortige Jährliche Konferenz zu leiten und die Verbindung zu halten, weil er einschlägige Erfahrungen einbringen konnte. So wie in der DDR die erste Frage nicht darin bestand, welche Wege beschritten werden müssen, um möglichst keine Rechte und Positionen zu verlieren, so lautete auch in Kuba die am theologischen Auftrag orientierte Frage: 'Wie können wir an der Mission Christi zu den Menschen teilnehmen?' Diese Fragestellung befreite die Christen von dem Gefühl, einer Gesellschaftsordnung vor einer anderen verpflichtet zu sein und darum notfalls in ständiger Opposition zu leben, so sehr das auf der politischen Ebene als wünschenswert erschienen sein mag. So haben unter dem Vorsitz von Bischof Wunderlich die kubanischen Methodisten auf ihrer Konferenz-Tagung in Havanna von den Methodisten in der DDR profitiert.

7. Schlußbemerkung

Der Blick in die sechziger Jahre zeigt, das insbesondere Bischof Wunderlich versucht hat, nicht als 'Beifahrer' anderer Kirchen den Weg der Methodisten in beiden Teilen des Landes zu begleiten. Er war bemüht, mit ihnen einen Weg zu finden, der dem theologischen Ansatz und der strukturellen Gestaltung seiner kirchlichen Tradition entsprach. Das besagt nicht, daß er nicht zu großer ökumenischer Offenheit bereit gewesen wäre und seine Leitungsfunktion ohne Rücksicht auf die Entscheidungen und den Weg anderer Kirchen gegangen wäre. Aber er hat die methodistische Kirchenstruktur mit ihren besonderen Möglichkeiten durch die internationalen Beziehungen voll genutzt und damit ein Fundament gelegt, auf dem auch später weitergebaut wurde. Man denke allein an die zunehmenden Ost-West-Begegnungen von Leitungsgremien, von Pastoren und von Laien, die nicht als deutsch-deutsche Arbeitsgemeinschaften gepflegt wurden, sondern weitgehend im europäischen Verbund. Beispielhaft können nur genannt werden: die Arbeit des Rates europäischer methodistischer Kirchen mit ihren Sitzungen und den Kommissionen in ganz verschiedenen Ländern Ost- und Westeuropas, die regelmäßigen Treffen aller deutschsprachigen Superintendenten, zu denen auch die Schweiz und Österreich zählte, die Laien-Tagungen in der Schweiz und zuletzt auch die 'Glaubenskonferenzen' der europäischen Methodisten im österreichischen Hollabrunn, nicht weit von der Grenze zur damaligen CSSR entfernt.

Eine kritische Bewertung aller angesprochenen Bemühungen, einen eigenen Weg zu finden, wird erst in einigem Abstand möglich sein, wenn sich das heute vorwiegend politische Interesse, innerhalb dessen sich viele unterschiedliche Motive bündeln, abgeklärt hat und wenn dann den Kirchen selbst eine neue Gewißheit zugewachsen ist, daß ihre eigenen Kriterien an anderen Maßstäben entstehen als an Machtstreben, Geschichtsgeltung und Überlegenheitsbewußtsein.

Dieser Beitrag wollte zwei Gesichtspunkte hervorheben: Einerseits sollte erkennbar werden, daß die Wege der Kirchen unterschiedlichen Kriterien unterliegen müssen, weil jede ihren eigenen ekklesiologischen und gesamttheologischen Kontext hat. Es erscheint mir schwierig, die methodistische Kirche mit dem gleichen Raster zu bewerten, wie die Landeskirchen und in vieler Hinsicht auch die anderen Freikirchen; - ein Fehler, der bei der Aufarbeitung früherer geschichtlicher Erfahrungen leider zu häufig gemacht wurde. Andererseits sollte mit Nachdruck erkennbar werden, daß zur Aufarbeitung der Geschichte zwei Seiten gehören und daß der Einfluß des Westens auf die Kirchen im Osten nicht zu unterschätzen ist. Über die Rolle des Westens bei vielen Entwicklungen im Osten kann aber erst entsprechend gehandelt werden, wenn sich auch hier die Archive öffnen und die zweifelhafte Einseitigkeit zu einem Ende kommt¹⁶.

16 Weitere Literatur zum Thema: Armin Härtel, In seinem Auftrag. Predigten, Reden, Theologische Vorträge. 1980. - Kupsch (wie Anm. 8), bse. S. 718-751 'Von der Nachkriegszeit zum Kalten Krieg: Die methodistischen Kirchen in Kontinentaleuropa (1946-1968)' und S. 848-887 'Der politische Streit um den Frieden und die Rolle der Kirche: Äußerungen und Positionen der Evangelisch-methodistischen Kirche in Kontinentaleuropa 1968-1988. - Rüdiger Minor, Die Methodistenkirche im Gebiet der heutigen Deutschen Demokratischen Republik (1945-1970. In: K. Steckel u. C.E. Sommer (Hg.), Geschichte der Evangelisch-methodistischen Kirche. 1982, S. 113-118. - Karl Heinz Voigt, Brückenbauer Gottes (Biographie Dr. Friedrich Wunderlich). 1982. - Weyer (wie Anm. 9).

SED-Regime und Adventgemeinde

Eine für unsere Überlegungen interessante Frage scheint zu sein: Hat das SED-Regime die kleineren Kirchen anders gesehen und behandelt als die großen? Haben sich die 'Kleinen' dem Regime gegenüber anders verhalten als die Großen? Ich kann hier nur für die Gemeinschaft der Siebenten-Tags-Adventisten sprechen und dies auch nur mit dem Vorbehalt der Subjektivität. Einmal habe ich bisher nur wenige schriftliche Quellen einsehen können (ich muß mich also im wesentlichen auf persönliche Erfahrungen und Beobachtungen stützen), zum anderen sind auch die kleineren Kirchen bei weitem nicht so homogen, wie Außenstehende vermuten; d.h. im Verhalten zum Regime gab es auch in der Adventgemeinde von Person zu Person Unterschiede.

Zur Forschungslage nur einige Bemerkungen: Wir sind über Ansätze noch nicht hinausgekommen. Am wichtigsten ist eine Artikelreihe von Johannes Hartlapp¹. Interessant ist ein Bericht des US-Universitätsprofessors Roy Branson 'Zwei Jahre nach der Revolution: Deutschland und die Tschechoslowakei. Der Spectrum-Herausgeber trifft Adventisten, die geholt haben, Mauer und Eisernen Vorhang zu überwinden'². - Von mir gibt es die Niederschrift eines Vortrags vom 1. Juni 1990³ sowie einen Aufsatz 'Kirche und Staat in Ostdeutschland 1945 bis 1990'⁴.

Lassen Sie mich beginnen mit einem Erlebnis aus den 70er Jahren, das mir einige schwere Monate bereitete, aber die Atmosphäre jener Zeit wiedergibt.

Ich wurde in dubioser Form zu einem 'Gespräch' ins VPKA (Volkspolizeikreisamt) Burg geladen: seidenpapiergefüllter Umschlag ohne Absender, darin eine Vordruckkarte, wiederum ohne Stempel und Unterschrift und mit einem Absendedatum, das Wochen nach dem gewünschten Gesprächsdatum lag. Weil gerade Faschingszeit war, hielt ich das Ganze für einen Faschingsscherz meiner Studenten. Vielleicht hatten sie sich einen Vordruck beschafft und irgendwie präpariert? Ich vergaß die Sache. Doch prompt am gewünschten Tag erhielt ich einen Anruf vom VPKA: Warum ich nicht gekommen sei? Ich war perplex. Man entschuldigte sich wegen der Form der Einladung, man werde das überprüfen. - Das Gespräch dauerte mehrere Stunden, das Klima war freundlich-höflich. Apfelsaft und Plätzchen auf dem Tisch. Und doch: vergitterte Fenster. Der Gesprächspartner stellte

1 Die Adventgemeinde im sozialistischen Deutschland, veröffentlicht im 'Adventecho' von Januar bis März 1994.

2 Deutsche Übersetzung des Aufsatztitels. In: 'Spectrum' (März 92), S. 173-195.

3 In: Der Adventglaube in Geschichte und Gegenwart 33 (1990), S. 6-17.

4 In: Gewissen und Freiheit (2. Halbjahr 1991), S 52-59.

sich als Leutnant Sowieso aus Magdeburg vor. Man kenne sich doch so wenig, möchte ein gutes Verhältnis gewinnen usw. Tausend Fragen, keine außergewöhnlich, keine Personalien, nichts wirklich Heikles, allesamt Fragen zu Glauben und Leben der Adventisten. Worauf wollte er hinaus? Zum Schluß die Bitte, zu niemanden über die Begegnung zu sprechen, und die Frage, ob man mich wieder einmal zu einem Gespräch bitten dürfe. Die Vertraulichkeit versprach ich nur eingeschränkt - denn, so sagte ich ihm, das Telefonat mit ihm habe mein Chef mitgehört (ich führte es in seinem Arbeitszimmer). Wörtlich fügte ich hinzu: »Ich wüßte nicht, warum ich mit solchem Gespräch in Friedensau von Haus zu Haus gehen sollte«. Sehr bald wurde mir klar, daß diese verschwommene Antwort ein fundamentaler Fehler war. - Schwere Wochen folgten. Was nun tun? Ich informierte als erstes den Präsidenten der Gemeinschaft in der DDR. Dann legte ich mir das weitere Vorgehen zurecht. Nebenher bat ich unseren Bürgermeister, einen pensionierten Pastor, vorsichtig zu sondieren, was es mit jenem Leutnant auf sich habe. Das machte er auch, aber denkbar undiplomatisch, ganz direkt. - Schließlich das nächste Gespräch. Der Leutnant war sichtlich verärgert: Wir hätten doch Vertraulichkeit vereinbart. Wie ich dazu komme, über ihn Erkundigungen einzuholen. Ich versuchte einen Scherz: Schließlich habe er sich auch über mich erkundigt - oder nicht? Nun aber meine 'Strategie': Ich erklärte ihm, die Prediger der Adventgemeinde seien eine Bruderschaft und daher prinzipiell zu gegenseitiger Offenheit verpflichtet. Wir hätten aber Verständnis für Wünsche wie dem seinen und würden dafür bestimmte Brüder delegieren. Wer denn das sei? Ich nannte ihm den Leiter des Seminars und den Präsidenten der Gemeinschaft. An ihnen habe er kein Interesse. Ich blieb dabei: Er könne mit mir jederzeit Gespräche führen, aber nicht vertraulich; wenn er vertrauliche wünsche, dann mit den genannten Herren. Ich bin nie wieder eingeladen worden. Übrigens hat mir dieser Vorfall keine wesentlichen Schwierigkeiten eingebracht. Ab 1978 gehörte ich zu denen, die 'reisen' durften. Wenn ich aber einen privaten Wunsch hatte (so wollte ich zu meinem 60. Geburtstag meinen Sohn im Ausland besuchen, und ich wußte genau, daß das VPKA einen Ermessensspielraum hatte), bekam ich ein hartes Nein. Ein Offizier entgegnete mir auf meine Beschwerde wörtlich: »Sie sind wie ein Mensch, der auf der Sparkasse 100 Mark abheben will, aber gar nichts auf dem Konto hat«. War für uns Adventisten eine Abteilung der Kriminalpolizei zuständig und nicht der Staatssicherheitsdienst, oder schien das nur so? Wie war tatsächlich die Kompetenzlage?

Das Verhältnis der Kleinkirchen oder doch der meisten (pietistisch geprägten) von ihnen zum SED-Regime muß gesehen werden vor dem Hintergrund zweier Faktoren: eines theologischen und eines historischen. Der theologische Faktor: Wir haben ein evangelikales Staatsverständnis, d.h. prinzipielles Ja zum Staat, zu *jedem*, gemäß Röm. 13, andererseits Treue, ja

Härte, wenn der Staat mehr fordert, als biblisch zulässig erscheint. Diese Haltung, die man begrenzte Loyalität nennen könnte, ist von uns mehrfach in gemeinschaftsoffiziellen Dokumenten öffentlich formuliert worden. Natürlich war das dem Staat zu wenig, und hin und wieder ist uns das auch gesagt worden, und wir bekamen die Folgen zu spüren. Daß nichts Schlimmeres geschah, etwa blutige Verfolgung, lag am politisch-historischen Gesamtzusammenhang, in den die DDR eingeflochten war.

Für uns Adventisten waren im allgemeinen indiskutabel: eine Verletzung des Sabbats, ein Mittun in Sachen Jugendweihe, Waffendienst, Schwangerschaftsabbruch usw. (um nur die wichtigsten, praktischen Dinge zu nennen). Freilich, vor dieser Grenze, auf die wir im großen und ganzen achteten, konnte es auch Peinlichkeiten geben - naive Anbiederungen und Lobsprüche, resultierend eben aus jenem evangelikal-biblizistischen Staatsverhältnis und seiner nicht unbedenklichen apolitischen Komponente (die vielleicht auch in eine tiefere Schicht reicht: in jene evangelikale Tendenz zu einer kasuistischen Ethik, die leider auch manches Kamel verschlucken läßt).

Der zweite, historische Faktor: Wir trauerten keiner staatskirchlichen Vergangenheit nach, wir waren nie privilegiert, ja wir sind bis 1918 oft diskriminiert worden (Beschädigung von Taufbassins seitens der Polizei, Verbot von Versammlungen usw.). Daher mußten wir die Tatsache der Gleichbehandlung, die wir nun ziemlich eindrucksvoll erfuhren, als sympathisch erleben. Das ließ uns dem Staat unbefangener gegenüberreten. Das evangelikale Staats- und Politikverständnis darf freilich - wenigstens im Blick auf die Adventgemeinde - nicht allzu eng, als bloße Untertanenhaftigkeit, als obrigkeitstreu aufgefaßt werden. Die Gemeinschaft der Siebenten-Tags-Adventisten in der DDR hat sich am konziliaren Prozeß für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung (nicht unkritisch) beteiligt. Daß sie nicht zu den Initiatoren und starken impulsgebenden Kräften gehörte, versteht sich von ihrer Theologie und Geschichte her.

An dieser Stelle soll auf zwei Dokumente hingewiesen werden, die für die Adventgemeinde in der DDR bestimmend waren: Grundsatzserklärungen aus den 70er und 80er Jahren (Beschlüsse von Verbandskonferenzen). Sie sind im Anhang veröffentlicht.

Wie schätzte der Staat oder besser die Partei uns ein? Ich kann nur aus Indizien vage Schlüsse ziehen. Einerseits hatte man mit uns wohl weniger Schwierigkeiten: Wir waren eben nicht annähernd ein Machtfaktor und wollten auch keiner sein. Doch andererseits hatte man mit uns mehr Schwierigkeiten. Schulbehörden, Armee, Betriebsleitungen waren häufig und lästig mit uns befaßt. Das ergibt ein ambivalentes Bild. Welche Komponente überwog? - Hielt man uns für eher kooperativ oder für eher gefährlich? Waren die Behörden überhaupt fähig, komplizierte religiöse Phänomene richtig einzu-

schätzen? Ich denke hier an die m.E. groteske Überschätzung der Zeugen Jehovas oder an das absurde Verbot der Heilsarmee.

Einerseits gab es erstaunliches Entgegenkommen (bewußt?); z.B. hatten wir ein im Vergleich zu anderen viel zu großes Papierkontingent. Andererseits erhielten wir eine Gemeindezeitschrift erst ab 1980, nach langjährigem Kampf. Baptisten und Methodisten hatten ihre Blätter längst.

Einerseits hatte uns ein Schweriner Polizeioffizier - im Gespräch mit mir - als »Revolutionäre« eingestuft, andererseits befand uns Gysi als »nette Leute«.

Interessant, um nicht zu sagen komisch, ist folgende Beobachtung: Während die katholische Kirche heute hervorhebt, nur mit der Staatssicherheit, aber nie mit der Partei verhandelt zu haben, betonen wir, zwar mit der Partei, aber nie mit der Staatssicherheit gesprochen zu haben. Was war moralischer? Was war klüger?

Wir entschlossen uns zum Kontakt mit der Abteilung Kirchenfragen beim ZK der SED, weil wir beim Staatssekretariat für Kirchenfragen nicht weiterkamen und meinten, an die Hebel der Macht gehen zu sollen (was sich als richtig erwies).

Man hat m.W. nie ernsthaft versucht, sich in unsere inneren Angelegenheiten einzumischen. Wir konnten in Friedensau am damaligen Theologischen Seminar von Anfang an (mit ursprünglich sowjetischer Erlaubnis!) unbeeinflusst und ohne Auflagen arbeiten. In der NS-Zeit war die Lage unvergleichlich schwieriger, ja immer gefährlich und bedrohlich. Ein Ausnahmefall war die blitzartige kriminalpolizeiliche Durchsuchung der Bibliothek 1958. Heute wissen wir, daß wohl als Reaktion auf den Militärseelsorgevertrag damals viele kirchliche Bibliotheken durchschnüffelt und einige auch geschlossen wurden.

Auch unsere Gemeindezeitschrift arbeitete unabhängig. Es gab nie auch nur den Ansatz einer Anbiederung, aber genug Ärger mit der Zensurbehörde.

Wie sah die Zugehörigkeit zu Parteien aus? Meines Wissens gab es in Friedensau und in der Predigerschaft keine Parteimitglieder (*keiner* Partei), im Ganzen der Adventgemeinde in der DDR wohl höchstens eine Handvoll CDU-Mitglieder. Die CDU hat Friedensau immer umworben, sie sah in unserem Bürgermeister einen potentiellen CDU-Mann. Interessant ist, daß in den 60er Jahren eine Burger Dienststelle unserem Bürgermeister bedeutete, daß man einen parteilosen Bürgermeister einem in der CDU vorziehe. Als in den 70er Jahren Gerald Götting, immerhin stellvertretendes Staatsoberhaupt, Friedensau einen als privat deklarierten Besuch abstattete, waren die Burger Kreisgewaltigen verstimmt.

Ich möchte die Parteienabstinenz der Adventisten hier nicht unbedingt als Heldentat preisen, so erfreulich sie im Nachhinein erscheint: Gewiß ist sie *auch* Ausdruck einer, wenn auch nicht totalen Politikabstinenz.

In dem Zusammenhang meine ich einige Bemerkungen zur CDU machen zu sollen. Die Wirklichkeit der Ost-CDU war m.E. komplexer, als dies heute dargestellt wird. Sie war 'Blockflöte', aber nicht nur dies. Sie war auch Überlebensnische, vielleicht auch heimliche Opposition. Die CDU hat in den Grenzen ihrer Möglichkeiten auch zu helfen versucht. Darf man den Kirchen, vornehmlich den kleineren, böse sein, wenn sie in dem einen oder anderen Fall solche Hilfe oder Vermittlung zu nutzen suchten?

Zum Problem der Ost-CDU die folgende, höchst eigenartige persönliche Erinnerung. In den Wochen um den 17. Juni 1953 war meine Frau, damals Verlobte, aushilfsweise Sekretärin des stellvertretenden Oberbürgermeisters von Chemnitz, Jaskola, CDU. Sie mußte während einiger politisch aufregender Tage Jaskola Texte schreiben (Protokolle, Programme usw. aus CDU-Gemien), die auf eine beabsichtigte Machtübernahme durch die CDU hindeuteten. Meine Frau mußte die Papiere auf Anweisung Jaskolas im Zimmer verstecken. Soweit die persönliche Erinnerung, die wir bis heute nicht einordnen können.

Für die Forschungsarbeit heute sind zwei Gebote unerläßlich:

1. sollte genau auf den jeweiligen Zeitabschnitt geachtet werden! Die bösen Jahre 1952/53 etwa waren anders, viel schwerer als die Spätphase der DDR, die m.E. mit der Ölkrise Mitte der 70er Jahre einsetzte. Als ich 1962 als Pastor nach Schwerin kam, erzählte mir einer meiner Vorgänger, wie er nur zitternd am VPKA vorbeiging. Damals kam, mitten in einer Jugendbibelwoche (Jugendfreizeit), die Polizei auf den Hof der Kapelle und löste die Veranstaltung auf. In der Spätphase der DDR konnte schon von einer gewissen Liberalisierung gesprochen werden, in der Kirchen- und Kulturpolitik (aber nie, bis zuletzt nicht, in der Schulpolitik). Was Adventisten - und gewiß nicht sie allein - gelitten haben (von der Spätphase des Regimes abgesehen), mußte gesondert dargestellt werden. Was für Ängste mußten durchgestanden werden! Eltern und Kinder sind von Lehrern und Schulleitern drangsaliert worden (wobei nicht übersehen werden soll, daß es im Schulwesen auch viele anständige und hilfsbereite Menschen gab). Viele, viele begabte junge Adventisten durften nicht auf höhere Schulen und Universitäten. Auch das Bau-soldatendasein war oft schwer. Wegen des Beharrens auf dem Sabbat wurden Haftstrafen oder Entziehung des Sorgerechts angedroht. Allgemein kann gesagt werden, daß der entschiedene und seinen Glauben bezeugende Christ diskriminiert war.

2. sollte auf sorgfältigste Hermeneutik geachtet werden! Mit Erstaunen erlebt man heute, daß gerade Theologen, die doch an der Bibel in Herme-

neutik geschliffen worden sind, über den Stasi-Akten einfache hermeneutische Regeln vergessen - oder unbewußt demonstrieren.

Die SED-Sprache war von Lüge und Pose durchtränkt. Der Staat belog sich selber. Es war z.B. unerlässlich, daß alle möglichen staatlichen Berichte, Pläne usw., vom winzigsten Dorf bis zum Staatsrat, mit 'prinzipiellen' Präambeln versehen wurden. Deren Wortlaut mußte mehr oder weniger buchstäblich den Texten des jeweils letzten SED-Parteitagess entnommen sein. Natürlich mußte sich auch die Kommune Friedensau diesem Ritual bequemen. Sie versuchte das zwar mit möglichst viel Anstand, doch ein Minimum an Loyalitätsbekundung war unvermeidlich. Solche Präambeln wurden kaum gelesen, sie waren Formsache. Dazu kommt, daß alle Funktionäre unter Erfolgsdruck standen. Immer neue Vorhaben mußten geplant, immer neue Erfolge mußten berichtet werden. Auch Stasitexte sind durchwoben von Irrealität.

Vieles, vielleicht das Wichtigste wurde nur mündlich verhandelt und weitergegeben. Manche Papiere mußten nach dem Lesen zurückgereicht werden (glückliche Zeit ohne Kopiergeräte!). Heimlichkeit und Mißtrauen waren Prinzip. Natürlich war auch der Gegner zur Vorsicht gezwungen. Wahrscheinlich ist das politisch eigentlich Brisante kirchlicher Beratungen gar nicht protokolliert worden.

Anläßlich der Staatsjubiläen (am 7. Oktober) war es allgemeine protokollarische Pflicht, daß auch die Kirchen ein Glückwunschsreiben verfaßten. Es wäre nicht richtig, solche Schreiben als 'Ergebenheitsadressen' einzuordnen. Wenn Bonner Politiker zu solchen Anlässen in DDR-Botschaften erschienen, waren das auch keine Ergebenheitsakte. Unser letztes Schreiben dieser Art, zum 7. Oktober 1989, war würdig-zurückhaltend und nicht ohne Kritik. Leider ist es vom 'Neuen Deutschland' (dem Zentralorgan der SED) verfälscht abgedruckt worden (Anhang).

Dies alles war nicht unproblematisch. Und wir kommen in dem Zusammenhang um eine grundsätzliche ethische Überlegung nicht herum. Dürfen wir den Weg einer partiellen Anpassung gehen? Oder müssen wir uns total verweigern? Totale Verweigerung hieß in der DDR Auswanderung oder Gefängnis (wobei schon der Versuch der Auswanderung oft im Gefängnis endete). Wollte die alte Bundesrepublik den Massenexodus? Oder suchte sie nicht auch einen modus vivendi? Man denke an die zahlreichen Besuche westdeutscher Politiker in der DDR. Manchmal war's schon ein peinliches Schlangestehen. Man denke an die Kredite, an Honecker auf dem roten Teppich, das Geburtstagsständchen für Strauß im Leipziger Gewandhaus usw. Heute mag man einwenden: Um des Friedens willen mußten wir Verständigung suchen. Das ist richtig. Doch ehrlicherweise sollte dann anerkannt werden, daß die Menschen in der DDR den ethischen Preis dafür zu zahlen hatten. Nur verschwindend wenige konnten so etwas wie Totalverweigerung

durchstehen - als Totengräber auf kirchlichen Friedhöfen, als Kirchenküster usw. Die Zahl solcher Nischen war gering.

Schon 1945/46 war klarsehendes junges Menschen in der damaligen Sowjetzone die hier beschriebene Problematik deutlich geworden. Die Behauptung einer antifaschistisch-demokratischen Frühperiode, etwa von 1945 bis 1948, ist eine Legende, gezimmert von Kommunisten wie Ernst Bloch oder Hans Mayer, die so ihr anfängliches Mitmachen rechtfertigen wollen. Es gab damals leidenschaftliche Debatten: Sollen wir aussteigen - z. B. aus dem Lehrerberuf - oder versuchen, durch Bleiben guten Einfluß auszuüben? Hat das Sinn oder geben wir uns scheinbarweise selber auf? Ich weiß noch, wie damals kirchliche Amtsträger (auch katholische) geraten haben: Bleibt, bleibt um der Menschen willen auf euren Plätzen!

Längst wissen wir um die Risiken solchen Bleibens und Ausharrens, wissen, daß z.B. Kompromisse immer weiter reichen und daß es immer schwerer wird, die Bremse zu ziehen. Heute nun sieht sich mancher wohlmeinende Funktionär (z.B. Schulleiter) mit Entlassung oder Rentenkürzung bestraft - wegen 'Systemnähe'.

Was also, um diese Frage zum Schluß zu stellen, was also haben wir falsch gemacht, wir 'Kleinen', im besonderen wir Adventisten? Ich könnte verweisen auf unsere Leipziger Gemeindeältesten, auf junge Prediger, auf Gemeindeglieder, die zur Nikolaikirche gingen, als man noch nicht wissen konnte, ob man hinterher wieder zu Hause sein wird. Ich könnte verweisen auf die junge Adventistin, die sich beim Verlassen der Petrikerche in Chemnitz umwandte und die anderen aufforderte, mit auf die Straße zu kommen und eine Demonstration zu bilden. Sicher fänden sich weitere Beispiele des unmittelbaren politischen Widerstands. Und dennoch ist *dieses* Verhalten für uns nicht typisch gewesen. Typisch war für uns eher das evangelikale Modell mit all seinen Schwächen wie unbestreitbaren Vorzügen. Wir fragen uns heute: Hätte uns in einigen Fällen nicht doch ein größeres Maß politischer Sensibilität, politischer Wachheit gut angestanden?

Die schönste Erinnerung an jene, nun schon so weit zurückliegende Zeit ist das Erlebnis der Ökumenizität. Ich wünschte, daß davon etwas bliebe.

Fazit: Haben wir uns bewährt? Oder haben wir versagt? Auf die Gefahr, als pharisäisch mißverstanden zu werden, wage ich die Antwort: Ich wüßte nicht, wie wir uns prinzipiell hätten anders verhalten sollen. Heißt das nun, daß wir uns bewährt haben? Ich wage kein Ja. Denn selbst 'kleines', lediglich punktuell Versagen kann schwerwiegende, weitreichende Folgen haben - Folgen, die wir Menschen gar nicht überschauen können.

Anhang

Verbandskonferenz Leipzig (1977)

Arbeitsgruppe IV

Beschluß »Der Adventist und die Gesellschaft«

Als Siebenten-Tags-Adventisten in der DDR sind wir Glieder der Gemeinde Jesu Christi und zugleich Bürger des sozialistischen Staates. Beiden Lebensbereichen gilt es, in der Verantwortung vor Gott und geleitet vom Heiligen Geist gerecht zu werden. Wir wollen unseren Platz in der sozialistischen Gesellschaft einnehmen und unseren Beitrag zum Wohl des Ganzen leisten. Wir sind bereit, Mitverantwortung zu tragen für die Gesellschaft, ob im Betrieb, in der Nachbarschaft oder im Wohnort. Adventisten sollten in ihrer Arbeit vorbildlich und gewissenhaft sein, sollten herausragen in Gemeinsinn und Hilfsbereitschaft. Nichts wäre unheilvoller, als wenn wir uns aus falsch verstandener Frömmigkeit oder gar Eigennutz isolierten. Nur im Alltag, in der gemeinsamen Arbeit und im Zusammenleben mit unserer nichtchristlichen Umwelt, können wir unser Christsein glaubhaft machen. Nur als Christen in der Welt können wir das Evangelium mit Worten weitersagen, die der Welt verständlich sind.

Gott hat uns in dieses Land gestellt; hier haben wir unseren Auftrag: die Christusbotschaft zu bezeugen. In der Nachfolge unseres Herrn wollen wir froh und zuversichtlich unsere Umwelt auf den Kommenden hinweisen.

Nach dem Zeugnis der Bibel ist es normal und förderlich, wenn das Verhältnis zwischen beiden Anspruchsbereichen - dem Gottes und dem der Gesellschaft - nicht problemlos ist. Das führt uns zum Gebet und schenkt uns Glaubenserfahrung. Siebenten-Tags-Adventisten haben nie ein Hehl daraus gemacht, daß auch für sie das Apostelwort gilt: »Man muß Gott mehr gehorchen denn den Menschen« (Apg. 5,29).

Gott segne alle Bemühungen, die dem Frieden dienen!

Verbandskonferenz Leipzig 1987 (Auszug)

2.1 Unser Verhältnis zur Welt

2.1.1 Unser Verhältnis zur Welt wird von der Spannung zwischen Offenheit und Abgrenzung bestimmt. Einfluß gewinnen wir nicht in der Isolation. Richtschnur für unser Verhalten ist Jeremia 29,7: »Suchet der Stadt Bestes [...] und betet für sie zum Herrn!« In der Welt nehmen wir die uns von Gott zugewiesene Aufgabe wahr durch soziales Engagement und Fürbitte. Darum empfehlen wir die Beteiligung an gesellschaftlichen Veranstaltungen und Arbeiten in Verantwortung vor Gott.

2.1.2. Bei unserer gesellschaftlichen Offenheit lassen wir uns nicht in ein »fremdes Joch« spannen.

2.1.3. Wir Siebenten - Tags - Adventisten haben mit der Erziehung zu gesunder Lebensweise eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe übernommen. Zur Ehre des Schöpfers und Erlösers gehen wir verantwortlich mit Leben und Gesundheit um.

2.1.4. Auf Verbandsebene sollte bei besonderen Anlässen zu Weltproblemen und politischen Fragen mit Sachkenntnis Stellung genommen werden.

2.1.5. Wir beteiligen uns an Hilfsaktionen zur Linderung der Not in der Welt.

2.2. Unser Verhältnis zum Staat

2.2.1. Wir freuen uns über das wachsende Verständnis unseren Staates für den Glauben und das Leben von Christen und Siebenten - Tags - Adventisten. Wir

- wollen Vorurteile abbauen und den Auftrag, für alle Obrigkeit zu beten (1 Tim 2,2), ernst nehmen.
- 2.2.2. Obgleich wir unter einer atheistischen Obrigkeit leben, halten wir ihre Ordnung ein, sofern sie nicht den Willen Gottes entgegengesetzt sind. Wir sind zuverlässige Partner im Kollektiv und bemühen uns, zum Nutzen der Gesellschaft zu wirken. Wir nehmen die uns in der Verfassung der DDR zugesicherte Glaubens- und Gewissensfreiheit voll in Anspruch.
- 2.2.3. In strittigen Fragen (z.B. Sabbatgottesdienstbesuch und seelsorgerliche Betreuung von Armeeingehörigen, ziviler Wehrersatzdienst, Chancengleichheit im Bildungsbereich, Möglichkeit der Seelsorge im Strafvollzug, Wehrkunde) suchen wir das offene Gespräch und nicht Konfrontation.
- 2.2.4. Wir treten für Gerechtigkeit, Frieden und Abrüstung ein und wenden uns gegen den Aufbau von »Feindbildern«.
- 2.2.5. Unser Missionsgebiet ist dort, wo wir wohnen. In unserem Staat wird jeder Siebenten-Tags-Adventist als Missionar Gottes gebraucht. Darum ermutigen wir, unser Land nicht zu verlassen. Seelsorgerliche Aufmerksamkeit ist dort geraten, wo sich Gemeindeglieder mit Ausreiseplänen tragen.
- 2.3. Unsere Stellung innerhalb der Christenheit
- 2.3.1. Im Verhältnis zu Kirchen und anderen Gemeinschaften stehen uns weder Minderwertigkeitskomplexe noch Überheblichkeit an.
- 2.3.2. Adventisten sind dankbar für Bruderschaft mit anderen Christen. Auch wenn wir Lernende bleiben wollen, soll uns bewusst sein, was wir auf Grund unserer Erkenntnis und Erfahrung zu geben haben.
- 2.3.3. Um andere Christen besser verstehen und ihnen hilfreicher begegnen zu können, müssen wir selber eine klare Position vertreten. Deshalb erbitten wir von der Gemeinschaftsleitung konfessionskundliche Informationen und mehr Mitteilungen über religiöse Tendenzen.

Gemeinschaft der STA in der DDR

An den
Vorsitzenden des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik
Herrn Erich Honecker
Marx-Engels-Platz

Berlin
1020

Sept 1989

Sehr geehrter Herr Vorsitzender des Staatsrates!

Am 7. Oktober 1989 wird die Deutsche Demokratische Republik 40 Jahre alt. Für uns, die wir als Gemeinschaft der STA in der DDR diese 4 Jahrzehnte mitlebten und miterlebten, ist das Anlaß auf den hinter uns liegenden Weg zurückzublicken. Vieles läßt uns dankbar sein.

Wir konnten neue Gotteshäuser bauen und einweihen. Unser Theologisches Seminar gewann wieder internationale Bedeutung. Neben jungen Leuten aus den Gemeinden in der DDR erhielten auch Studenten aus Angola, Mosambique, der UdSSR und anderen Ländern ihre Ausbildung in Friedensau. Geldspenden der Gemeindeglieder ermöglichten vielfältige Hilfssendungen, die wir über das Solidaritätskomitee der DDR besonders unseren afrikanischen Gemeinden zuführen konnten.

Die Verordnung über einen waffenlosen Dienst in der Volksarmee vom 7. 9. 1964 brachte für viele junge Männer, die auf Grund ihrer Glaubensüberzeugung den Dienst mit der Waffe ablehnen, eine Gewissensentlastung.

Mit Dankbarkeit durften wir wahrnehmen, daß das Verständnis für eine 'ungestörte und ungehinderte Sabbatfeier' (Rechtslexikon, Staatsverlag der DDR 1988) gewachsen ist. Dennoch auftretende Schwierigkeiten konnten weitgehend durch offene, sachliche Gespräche mit staatlichen Dienststellen beseitigt werden. Wir möchten hierbei besonders die Dienststelle des Staatssekretärs für Kirchenfragen erwähnen, die immer bemüht war und ist, eine angemessene Problemlösung zu finden.

Gegenwärtig bedrückt uns, daß viele Bürger der DDR und auch manche Gemeindeglieder unser Land und damit auch unsere Gemeinde verlassen. Uns bewegt dabei die Frage: Warum gehen sie von uns? Wo liegen die Ursachen, daß besonders junge Menschen, die ihre Schul- und Ausbildung bei uns erhielten, die mit uns lebten und arbeiteten, die DDR verlassen haben oder noch verlassen wollen? Wir bitten, diese Frage auch auf höherer Ebene ernstlich zu bedenken und helfende Antworten zu finden.

Dankbar sind wir für Sätze wie: 'Unsere sozialistische Gesellschaft bietet jedem Bürger unabhängig von Alter und Geschlecht, Weltanschauung und religiösem Bekenntnis, Sicherheit und Geborgenheit, eine klare Perspektive und die Möglichkeit, seine Fähigkeiten und Talente, seine Persönlichkeit voll zu entfalten' (Erich Honeker, Oktober 1976). Wir wünschten aber, daß solche positiven Aussagen immer und überall praktiziert würden, damit tatsächlich 'jedem Bürger' die DDR zur Heimat wird, in der er sich wohl und geborgen fühlt.

In vielen kirchlichen und auch staatlichen Einrichtungen für Kranke, Alte und Behinderte ist die Personalnot groß. Wir bitten zu erwägen, ob der Einsatz von Bausoldaten in solchen Häusern Abhilfe schaffen und eine für beide Seiten befriedigende Lösung sein könnte.

Dies Überlegung bitten wir als Ausdruck unserer Anteilnahme an der weiteren Gestaltung der DDR zu verstehen.

In Fürbitte Ihrer und Ihrer hohen Verantwortung gedenkend, grüßt Sie im Namen der Gemeinschaftsleitung

L. Reiche

Präsident der Gemeinschaft der STA

Wie der Bund Freier evangelischer Gemeinden in Deutschland die Kirchenpolitik der SED-Diktatur erlebt hat

Zwei Gründe gibt es, die mich zu diesem Thema sprechen lassen. Es sind zugleich die beiden Quellen, auf denen meine Erfahrungen beruhen:

Zunächst bin ich *Zeitzeuge*, so subjektiv dessen Erlebnisse, Eindrücke, Einblicke und Erinnerungen auch sein mögen. Mehr als 30 Jahre war ich Verbindungsmann meiner Freikirchenleitung im Westen zu der unseres Bruderbundes im Osten Deutschlands. Alle zwei Monate etwa nahm ich teil an kirchenleitenden Sitzungen in Berlin (Ost) oder in der DDR. Nach dem Mauerbau 1961 gab es längere Zeit nur Einreiseerlaubnis, wenn man bereit war, an Gesprächen in der Arbeitsgruppe 'Christliche Kreise in der Nationalen Front' auf Bezirksebene teilzunehmen. Dabei waren dominierend die Vertreter der Sozialistischen Einheitspartei (SED) sowie Vertreter der Blockparteien Christlich-Demokratische Union (CDU) und Liberale Partei Deutschlands (LPD), die zuletzt genannten in ihrer politischen Hilfslosigkeit durchweg ergebene Helfer, die sich - wie ich sie erlebte - von der SED benutzen ließen als parlamentarisches Aushängeetikett zugunsten einer zentralistischen Alleinherrschaft. Mir vermittelten diese Begegnungen wichtige Einsichten, die ich bei der praktischen Arbeit zu berücksichtigen hatte. Außerdem mußte ich umdenken lernen ins fremde, ideologie-beherrschte System. Das war mühsame, aber unverzichtbare Voraussetzung, um wirksam vom Westen aus helfen zu können, und das nicht nur materiell.

Dann war ich seit 1990 *Aktenleser*. Dabei richtete ich mich nach dem Behördenaufbau, der mit Weisungen nach unten funktionierte. Für den Kirchenbereich war die Spitze der Kirchenreferent im Zentralkomitee (ZK) der SED, darunter das Ministerium des Inneren (MdI) mit seinen Hauptabteilungen Rechtsfragen und Erlaubniswesen der Schutzpolizei sowie das Justizministerium (JM). In das MdI eingegliedert war die besonders wichtige Dienststelle 'Staatssekretär für Kirchenfragen' (SfK)¹. Sie war der ausgestreckte Arm des Staates, mit dem sich dieser die Kirchen vom Hals zu halten mußte. Deshalb war sie ohne Entscheidungskompetenz, aber unter ihren 70 Mitarbeitern durchaus mit Fachleuten besetzt, wozu auch fünf bis sechs Offiziere des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) gehörten. Der SfK handelte im Vollzug seines Kontakt-Auftrages zu den Kirchen nach dem bewährten römischen Grundsatz 'divide et impera'. Sogar die kleineren Kirchen nahm

1 Vgl. zur Tätigkeit dieser Behörde im Staatsapparat den Bericht von Mathias Hartmann am 17.4.1992 in der Sendereihe 'Hintergrund Politik', 18.40-19.00 Uhr, im Deutschlandfunk (DLF), Raderberggürtel 40, 50968 Köln. Die Staatssekretäre für Kirchenfragen waren Werner Eggerath, ab 1960 Hans Seigewasser, ab 1979 Klaus Gysi und seit 1988 Kurt Löffler.

man sich in der Regel einzeln vor. Waren gelegentlich mehrere Kirchen gleichzeitig vorgeladen, dann erschöpfte sich das Zusammensein im wesentlichen in einer Kundgebung des Staates darüber, was er von den Kirchen erwartete, sowie in Information über den je aktuellen Stand der Kirchenpolitik. Unter dem SfK gab es bei den Bezirken, Kreisen und Städten Beauftragte für Kirchenfragen und überall die Polizei, die die Tätigkeit der Kirche vor Ort zu überwachen hatte.

Alle diese Stellen erzeugten Berge von Akten. Die wenigen davon, die ich einsehen konnte, sind in den Anmerkungen genannt.

1. Zu den Grundsätzen der Kirchenpolitik

Nach marxistisch-leninistischer Lehre ist Religion nicht nur »das Opium des Volkes« sondern auch »eine Art geistigen Fusels, in dem die Sklaven des Kapitals ihr Menschenantlitz und ihre Ansprüche auf halbwegs menschenwürdiges Leben ersäufen«². Der Klassenkampf müsse sich deshalb nicht gegen die Christen als Personen richten, sondern »auf die Beseitigung der sozialen Ursachen der Religion«. In der sozialistischen Gesellschaft der DDR war daher bei den »staatstragenden Kräften« die Auffassung verbreitet, daß »dank der Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen«, dem Ziel der Ideologie, »die Religion objektiv ihre gesellschaftliche Grundlage verlieren werde«. Mit dieser Grundeinstellung hielt man die Religion bei Weiterentwicklung der Gesellschaft für ein Auslauf-Relikt aus vergangenen Jahrhunderten, und davon war die Kirchenpolitik der SED bestimmt. Sie entwickelte bis zum endgültigen Aussterben der Religion für die Übergangszeit Verhaltensregeln im Umgang mit den Kirchen in ihrem Herrschaftsbereich.

Die vier wichtigsten Grundsätze waren die Trennung von Kirche und Staat, die Gleichbehandlung aller Kirchen und Religionsgemeinschaften (RG), die Selbstbestimmung der Kirchen in Bezug auf ihre eigenen Angelegenheiten und die Achtung des kirchlichen Eigentums.

Die Erfahrung lehrte, daß von diesen Richtlinien eigentlich nur die Achtung des kirchlichen Eigentums eingehalten wurde. Bei der Autonomie wurde sehr wohl und teilweise massiv auf die Besetzung kirchenleitender Ämter Einfluß zu nehmen versucht. Im Umgang mit den Kirchen wurde deutlich unterschieden nach deren Größe und Bedeutung und Auslandsverbindungen. Am gravierendsten wurde der Satz von der Trennung zwischen Kirche und Staat umgedeutet, entstellt und mißbraucht.

Im überlieferten staatskirchenrechtlichen Sinn bedeutet er: die Eigenständigkeit je von Staat und Kirche, was Aufgabe, Mittel und Ziele betrifft, die Unterschiedlichkeit in Herkunft und Zukunft beider und deshalb ihre Unaus-tauschbarkeit, dann aber auch die gemeinsame Bezogenheit beider auf den

2 Wladimir Iljitsch Lenin, 'Über die Religion'. Sammlung ausgewählter Aufsätze und Reden, zusammengestellt vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU 1954. 4. Aufl. Berlin (Ost) 1956, S. 7.

Menschen und sein Wohl wie auf das friedliche Zusammenleben in der durch eine gemeinsame Rechtsordnung verbundene Gesellschaft. Das aber ist etwas völlig Gegensätzliches zu der Realität, in der sich die Kirchen insgesamt im DDR-Staat befunden haben. Hier herrscht Sonderhoheit des totalen Staates über die Kirchen. Er beansprucht Religionshoheit. Das bedeutet: Die Kirche ist eingeschränkt mit dem, was sie tun darf, auf das Innere ihrer Kirchen und Gemeindehäuser oder in die häusliche Privatsphäre verbannt, also mit der Verkündigung des Evangeliums aus der Öffentlichkeit verdrängt. Im Vergleich zu anderen gesellschaftlichen Organisationen haben die Kirchen einen negativ bestimmten Sonderstatus unter Sonderaufsicht des Staates³. Als unerwünschte Minderheit sind sie ausgeschlossen von jeder Mitbeteiligung an der Gestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse, zum Schweigen verurteilt. Dies 'Modell' für die Kirchen wurde selbst im NS-Staat nicht erreicht; es blieb dem DDR-Staat vorbehalten, es zu entwickeln. - Mit 'Trennung von Kirche und Staat' hat dieser Befund nicht das geringste zu tun. Mit diesem Begriff wurde vielmehr Verneblung, Verdummung und arglistige Täuschung betrieben, ebenso wie mit dem Namen des Staates 'Deutsche Demokratische Republik', so als ob eine totalitäre Diktatur, die die DDR von Anfang an war⁴, jemals demokratisch sein könnte.

Aus mehreren eingehenden Gesprächen mit einem DDR-Funktionär, 'Kaderleiter für West-Reisen', den unser Bund im Westen eingeladen hatte zu Vorträgen mit Diskussionen am Theologischen Seminar, um 'von der Quelle her' informiert zu werden, weiß ich: die marxistisch-leninistische Ideologie beansprucht den ganzen Menschen für ihre Ziele. Abweichler unter den SED-Genossen werden einer Parteizucht unterzogen bis zum Mittel des Ausschlusses. Diese Parteizucht ist bis in die Einzelheiten hinein vergleichbar mit dem, was die Gemeinde der Christen nach den Anweisungen des Neuen Testaments⁵ zu vollziehen hat an Mitgliedern, die trotz Ermahnung an sündhafter Lebensführung festhalten. Diese Tatsache, die im Blick auf die Vergleichbarkeit einer eingehenden Untersuchung wert wäre, hat mich von der Einsicht überzeugt: Zwischen dem Anspruch Gottes auf den ganzen Menschen in der Nachfolge des Jesus Christus und dem Anspruch der Ideologie auf den ganzen Menschen in der Unterwerfung unter die Partei gibt es keine Brücke und keinen Kompromiß, nur ein Entweder - Oder. Letztlich dieser Gegensatz benennt und prägt das Spannungsverhältnis, dem Christen und Kirchen unter der diktatorischen Kirchenpolitik der DDR ausgesetzt waren und bis zuletzt blieben. Bei jeder Beschreibung und Wertung dieser Kirchenpolitik muß das im Blick behalten werden.

3 Otto Luchterhandt, Die Rechtsstellung der Religionsgemeinschaften im totalitären Staat. In: ZfEK 24 (1979), S. 111 ff u. 162-170.

4 Vgl. den Abschlußbericht der in Anm. 7 genannten Kommission, vorgelegt am 17.6.1994 dem Deutschen Bundestag zum 41. Jahrestag des Volksaufstandes in der DDR 1953.

5 Matth. 18, 15-17.

2. Kirchenpolitische Besonderheiten gegenüber den evangelischen Freikirchen

Die Zielsetzung der DDR-Herrschaft galt auch für die nicht volkscirchlich geprägten Religionsgemeinschaften und damit für die Freikirchen:

»Allmähliches Zurückdrängen des religiösen Bewußtseins durch weitere Einbeziehung religiös gebundener Bürger in das gesellschaftliche Leben; alle feindlich-negativen Kräfte unter Kontrolle zu bringen, um zu verhindern, daß die Kirchen ein Hort der Opposition oder sogar selbst zur Opposition werden«⁶.

Zitiert man diese Zielvorgabe aus dem Jahr 1977 heute, so kann man nur sagen: 'Gefahr erkannt, doch nicht gebannt', wenn man an die Vorgänge denkt, die letztlich zur Wende führten und bei denen die Kirchen in der DDR entscheidend, ja ursächlich beteiligt waren als »Ort der Wahrheit« mitten im »Terror der Lüge« und trotz der »Schwächeanfälle«, denen auch kirchliche Mitarbeiter erlagen⁷.

In den Chefetagen des Staatsapparates wußte man gut zu unterscheiden zwischen den Volkskirchen und den Freikirchen. Für die staatliche Einschätzung der einzelnen Freikirchen gab es einen Schlüsselbegriff, den der 'Loyalität'. Was darunter verstanden wurde, liest sich für die »kleinen Religionsgemeinschaften« in den Akten so:

»1. weil sie aufgrund der Übereinstimmung zur Trennung von Staat und Kirche in der Regel kein Bedürfnis haben, ein Mitspracherecht in staatlichen Angelegenheiten zu beanspruchen,

2. weil sie aufgrund der in der Regel konsequenten Trennung des staatsbürgerlich-irdischen Bereichs zum religiösen Bereich keine Vorbehalte haben, staatsbürgerliche Pflichten zu erfüllen und Rechte wahrzunehmen (d.h. Einhaltung der Gesetze und vereinzelt aktive Mitarbeit in Partei- und Massenorganisationen und gesellschaftlichen Gremien),

3. weil der sozialistische Staat diesen Kirchen erstmalig in ihrer geschichtlichen Entwicklung freie Religionsausübung ermöglicht und garantiert und durch verfassungsgerechte Behandlung ihrer Anliegen eine Unabhängigkeit von den 'großen' Kirchen sichert«⁸.

Diese Analyse der kleinen Religionsgemeinschaften verdient es, auf Stichhaltigkeit durch weitere Forschung überprüft zu werden. Sind wir das wirklich: eine Sammlung apolitischer Lebewesen, die ihren Sendungsauftrag in

6 Aktenvermerk des SfK, in Bundesarchiv, Abteilungen Potsdam, Berliner Straße 98-101, angelegt vom Ministerrat der DDR, Amt für Kirchenfragen, Hermann-Matern-Straße 58, Berlin (Ost) - dem Vorläufer des SfK-Abteilungen 'Evangelische Kirchen' - 12-14-10 - Kirchen und Religionsgemeinschaften, Aktenzeichen 12-14-08-00 Bund Freier evangelischer Gemeinden (Name so berichtigt), Archivsignatur 0-4-1514, Band 3, 1950-1990.

7 So der Theologe Eberhard Jüngel, Tübingen, am 14.12.1993 in Erfurt bei der öffentlichen Anhörung der Enquête-Kommission des Deutschen Bundestages (s. Text) 'Aufarbeitung der Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland', zit. nach dem Bericht in 'Woche in Bonn' 1 (1994) vom 19.1.1994, S. 13.

8 In 'Vorlage zur Dienstbesprechung' am 20.2.1975 (Verfasser Dr. Wilke und Frau Janott) in Abtlg. I des SfK vom 17. Febr. 1975, S. 6/7 = Aktenseiten 68-70.

diese Welt einschränkt auf Mission und die sich im übrigen als gefügte Untertanen benehmen? Ist so etwa Röm. 13, 1-7 ff wirklich zu verstehen?⁹ In einer weiteren Quelle wird noch genauer gesagt¹⁰: »Die politische Abstinenz kommt aus pietistischer, stark auf Innerlichkeit gerichteten Frömmigkeit«. Was unsere Freien evangelischen Gemeinden angeht, scheinen mir hier die Genossen gar nicht so falsch zu liegen. Bis heute tun sich die Gemeinden schwer mit der Ausgewogenheit zwischen den beiden biblischen Grundaussagen »Jesus, mein Heiland« und »Herr ist Jesus Christus!«. Sie setzen viel stärker auf die Freude über die Gewißheit des persönlichen Heils und auf die Bereitschaft, diese anderen glaubhaft anzubieten. Dahinter bleibt die Weltbezogenheit der Herrschaft des Christus schon hier und jetzt deutlich zurück. Die politische Dimension des Glaubens, d.h. die politische Mitverantwortung von Gemeindemitgliedern für die gesellschaftlichen Verhältnisse im Land und für das Zusammenleben der Völkergemeinschaft wurde in der Vergangenheit weder theologisch bedacht noch praktisch eingeübt. Deshalb wurden unsere Gemeinden im Osten nach 1945 von der DDR-Diktatur genau so unvorbereitet getroffen wie unsere Gemeinden in ganz Deutschland 1933 von der NS-Diktatur getroffen worden waren. Zeit für theologisches Lernen aus den Erfahrungen mit dem Dritten Reich war im Osten kaum vorhanden. Nach meiner Einsicht liegt hier einer der Gründe für viel Unsicherheit im Verhalten des Bundes und für die Tatsache, daß die Konfrontation mit der Kirchenpolitik im wesentlichen von einigen wenigen Mitgliedern der Bundesleitung ausgetragen werden mußte. Die Gemeinden trugen sie zwar beidend mit, aber so gut wie nicht im praktischen Bereich durch gemeinsamen Rat oder durch Beschlüsse des Bundestages, dem höchsten Organ des Bundes.

In diesem Zusammenhang war es mutig weil untraditionell, daß unser DDR-Bund ein von den Pastoren initiiertes Votum 'Zu Friedensfragen' erarbeitete. Es wurde von allen Gemeinden einmütig verabschiedet, und die Bundesleitung sandte es danach den Staatsorganen zu als einen Beitrag zur Zeitgeschichte¹¹, ein Schritt in die richtige Richtung.

Übrigens scheiterte im Westen ein etwas früher von den freikirchlichen Arbeitsgruppen 'Jugend' und 'Kriegsdienstverweigerer' verfaßtes Doku-

9 Vgl. dazu Heinz-Adolf Ritter, Die Mitverantwortung des Christen in Politik und Gesellschaft. In: 'forum' 71/72 (1993), S. 13 u. 35 ff. der Gemeindezeitschrift 'Christsein heute', Witten, und bes. zum längst überholten, aber bei vielen Christen noch vorhandenen Obrigkeit- und Untertanen-Verständnis: Ulrich Wilkens, Der Brief an die Römer (Röm. 12-16). Neukirchen-Vluyn 1982 (EKKVI/3), S. 28 ff, bes. S. 41-43.

10 In Bericht 'Der unterschiedliche Entwicklungsstand der und in den einzelnen kleinen Kirchen und Religionsgemeinschaften in der DDR und daraus abgeleitete Maßnahmen und Schlußfolgerungen für eine differenzierte Führung' in Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (Archiv und Bibliothek), Wilhelm-Pieck-Straße 1, Berlin (Mitte), Bestandssignatur B 2/14, Bd. 173, Berichtseite 3 = Aktenseite 82.

11 Vgl. das 'Arbeitspapier zu Friedensfragen', S. 1-7, in der unter 6 genannten Akte.

ment¹², das als theologischer Denkanstoß in die Gemeinden gedacht war. Es stieß bei einzelnen Freikirchenleitungen auf Ablehnung. Offensichtlich erzwang der politische Druck im Osten in dieser Frage die unterschiedliche Verhaltensweise unserer Bünde. Bedeutsam war für mich vor allem, daß - wenn der Staat gelegentlich von den Kirchen Solidaritätserklärungen erwartete - unser Bundesvorsteher sich immer dann deutlich von solchen Forderungen absetzte, wenn diese gegen sein Gewissen gingen. Was eine derartige Weigerung damals bedeutete, ist heute schwer gedanklich nachzuvollziehen. Kein Wort, das im SfK geredet wurde, ging in der für die Kirchen zuständigen Abteilung XX/4 des MfS verloren, die qualitativ arbeitete¹³. Die Wanzen in den Telefonen unserer Pastoren und andere empfindliche 'Horch- und Guck-Mittel', von denen die Arbeit unseres Bundes umgeben und begleitet war, machten bewußt, daß auch die kleinen Religionsgemeinschaften vom Überwachungsstaat wichtig genommen wurden.

Unter fünf Stichwörtern sollen nun -ausschnitt- und beispielhaft -

3. Erfahrungen aus der Kirchenpolitik der SED gegenüber den »kleinen Religionsgemeinschaften«

wiedergegeben werden, und zwar zur 'Rechtsform der Kirchen', zum 'Verständnis von Gewissen', zum 'Hunger auf Devisen', zur 'Staatlichen Einschätzung des Bundes' und zur 'Zusammenarbeit des Bundes mit anderen kirchlichen Organisationen'.

3.1. Zur Rechtsform der Kirchen

Bereits am 16. September 1950 hatte sich unser Bund im Osten gegenüber dem 'Bund Freier evangelischer Gemeinden in Deutschland KdöR' organisatorisch verselbständigt¹⁴. Er hatte den Namens-Zusatz »in Deutschland« ersetzt durch »in der DDR«. Das darin liegende 'Bekenntnis' zur

12 Berichtsheft der Vereinigung evangelischer Freikirchen (West), Redaktion H.-A. Ritter, für den Zeitraum 1981-1984. Witten/Ruhr, S. 30 f 'Unser Friedenszeugnis'.

13 Vgl. zum Thema 'Kirche und Stasi' den Beitrag von Ehrhart Neubert, Lockspeise für Pfarrer - Wie die Stasi ihre IM's gewann. am 24.1.1993, und von Ralph Ludwig, Wer mit dem Teufel redet, riecht nach Schwefel. - Die Stasi-Kontakte der Kirche, am 28.2.1993, beide in der Sendereihe 'Glaubenssachen' je 9.05-9.25 Uhr im Norddeutschen Rundfunk (NDR 3), Landesfunkhaus Hannover, Rudolf von Benningsen-Ufer 22, 30169 Hannover sowie 'Unsre Kirchen in Auseinandersetzung mit dem Erbe der Staatsicherheit', Grundgedanken der Beratung durch die Beauftragten der Katholischen Kirche und der Evangelischen Kirchen im Land Sachsen-Anhalt vom 15.4.1992, veröffentlicht im Materialdienst der Ökumenischen Zentrale, Frankfurt, 1992/II Nr. 11 und den Bericht 'Streitfall Stolpe' im NDR 3 - Fernsehen am 19.6.1994, 23.00 Uhr, gedreht nach dem Abschlußbericht des Untersuchungsausschusses des Landtages in Brandenburg, mit Voten von Historikern und Politikern in Ost und West. Ergänzende persönliche Meinung des Verfassers zu Manfred Stolpe: Nach meiner Erkenntnis aus Akteneinsichten war M. St. »Mann der Kirche im Staat«, nicht »Mann des Staates in der Kirche«. - Zur Tätigkeit der Dienststelle des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR vgl. die Zwischenbilanz des Juristen Hansjörg Geiger in 'Neue Zeit', Nr. 170 vom 24.7.1993, S. 27, und das Gespräch der 'Wochenpost', Nr. 9 vom 23.2.1993, S. 30 ff mit Joachim Gauck, dem Behördenleiter und ehem. Pfarrer.

14 Vgl. auch die 'Bundes- und Gemeindeordnung' in ihrer ersten DDR-Fassung in der Quelle 6.

Eigenstaatlichkeit der DDR war im gesamtkirchlichen Bereich -soweit ich sehe - zur damaligen Zeit erstmalig. Es geschah ohne ausdrückliche Zustimmung des Gesamtbundes, aber es wurde verstanden und mitgetragen, zumal es in voller Bereitschaft zur Fortsetzung und Pflege der geistlichen Einheit und Gemeinschaft aller Freien evangelischen Gemeinden in ganz Deutschland sich vollzog und gemeint war ausschließlich als notwendiger Schritt zur eigenständigen Handlungsfähigkeit des Bundes unter den neuen politischen Verhältnissen. Die Verleihung des Status der Körperschaft öffentlichen Rechts an den Bund am 24. Dezember 1952 war darauf die sachgemäße Antwort des Staates¹⁵. Motivierend hat dabei sicher mitgewirkt, daß der 'Bund Freier evangelischer Gemeinden in Thüringen' bereits 1924 von der damaligen Landesregierung diese Rechtsstellung zugesprochen bekommen hatte¹⁶. Auf Grund dieser Rechtslage ging die Trennungspolitik der SED, mit der sie die organisatorische Lösung der DDR-Kirchen aus der EKid erzwang, an unserem Bund vorbei.

Doch im Mai 1976 wurde der verliehene Rechtsstatus einer Körperschaft öffentlichen Rechts für *alle* Kirchen »außer Kraft gesetzt«, wie es in einer Mitteilung des SfK an unseren Bund hieß¹⁷. Damals waren die beiden »Groß«-Kirchen und zwölf kleinere Religionsgemeinschaften betroffen. Da es zu meinen Dienstaufgaben gehörte, auch sog. 'Limex'-Bauten in Sachsen, Thüringen und Berlin (Ost) zu betreuen, begegneten mir massiv die Schwierigkeiten, Baugrundstücke auf den Namen des Bundes ins Grundbuch eingetragen zu bekommen und so das Eigentum für unsere Freikirche zu sichern. Doch alle Versuche, die nun geltende Rechtsform für die Kirchen zu klären, gingen ins Leere. Auch der Rechtsausschuß der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen und die Grundstücks- und Pachtreferenten der Gliedkirchen forschten vergeblich nach Gründen und Klarheit über die Rechtslage¹⁸.

Diese schwer erträgliche Rechtsunsicherheit glich der für die Gemeinden im vergangenen Jahrhundert vor Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuches mit Beginn des Jahres 1900. Wie damals waren wir in einzelnen Fällen genötigt, Gemeindehäuser auf den Namen von einzelnen Gemeindemitgliedern ins Grundbuch eintragen zu lassen mit allen hier nicht darzulegenden Rechtsnachteilen z.B. im Erbgang. Uns blieb nur übrig, durch einen Treuhandvertrag mit den 'Eigentümern' das wirkliche Eigentum des Bundes zu dokumentieren. Beispiele waren die Gemeindehäuser Barth, Radebeul, Hermsdorf und Zossen. Als wir später die Gemeindegebäude in Borna wegen Neubauererschließung und in Gera wegen Stadtsanierung räumen und aufgeben muß-

15 Im Archiv des Bundes Freier evangelischer Gemeinden KdöR, Witten/Ruhr, Bundeshaus.

16 Urkunde des Thüringischen Staatsministeriums vom 14.2.1924, veröffentlicht im Amts- und Nachrichtenblatt für Thüringen, Teil I, Nr. 16, vom 23.2.1924, S. 73.

17 Wie Anm. 15.

18 Evangelisches Zentralarchiv in Berlin (West), Bestand 101/2363 und 236.

ten und durch außerstaatliches Entgegenkommen Ersatz fanden, gelang es nach Überwindung großer Schwierigkeiten, diese Grundstücke auf den Namen des Bundes ins Grundbuch zu bekommen. Praktisch bedeutete das die Anerkennung unserer Rechtsfähigkeit als Bund unter Fortdauer der fehlenden Rechtsform, ein rechtsstaatlich undenkbarer Vorgang, der zeigt, wie stark das 'Recht' politischen Nützlichkeitsabwägungen unterworfen war.

Was sich hinter den Staatskulissen tatsächlich abgespielt hat, mußte bei der Akteneinsicht mühsam zusammengetragen werden. Es läßt sich so zusammenfassen:

Nach dem Rechtsverständnis der DDR ist der Begriff der öffentlich-rechtlichen Körperschaft schon deshalb »fragwürdig, unwirtschaftlich und sinnlos«, weil es keine Unterscheidung zwischen öffentlichem und privatem Recht gibt. Dies Relikt aus der Weimarer Reichsverfassung vom 11. August 1919 war den Ideologen schon lange ein Ärgernis. Die Vorbereitung des neuen ZGB zum 1. Januar 1975 und der Ersatz der bisherigen »VO zur Registrierung von Vereinigungen« vom 9. November 1967 durch die »VO zur Bildung und Tätigkeit von Vereinigungen« waren der äußere Anlaß, den Rechtsstatus der Kirchen durch die sozialistische Mühle zu drehen. Dazu erstattete die Abteilungsleiterin im SfK Frau Dr. Fitzner ein gründlich durchdachtes Votum vom 8.6./24.8.1973¹⁹. Darin wird der juristischen Klarheit wegen vorgeschlagen, in einer neuen Rechtsnorm die Existenz bestehender Kirchen und Religionsgemeinschaften anzuerkennen, festzustellen, daß sie Rechtspersönlichkeit besitzen, also juristische Personen sind, und anzuordnen, daß neue Kirchen und Religionsgemeinschaften vorherige staatliche Anerkennung beantragen müssen. Als Begründung für diesen Vorschlag an das Ministerium des Inneren und der Justiz wie an die letztlich zuständige Abteilung für Staats- und Rechtsfragen des ZK der SED wird dargelegt, daß Kirchen und Religionsgemeinschaften in ihrer verfassungsrechtlichen Stellung keine »gesellschaftlichen Organe«²⁰ sind, weil sie keinerlei Recht haben auf entscheidende Mitgestaltung der sozialistischen Gesellschaft. In ihrer künftigen rechtlichen Behandlung dürften sie keinerlei Aufwertung erfahren, denn die Zeit des Staatskirchentums und des partnerschaftlichen Verhältnisses zwischen Kirche und Staat im bürgerlichen Kapitalismus sei endgültig vorbei. Auch Mitverantwortung in öffentlichen Belangen käme ihnen nicht zu. Andererseits sei es nicht zu empfehlen, die

19 Vgl. den vollen Wortlaut der Information des SfK 'Zum Problem der rechtlichen Regelung der Anerkennung bzw. der Rechtsstellung der Kirchen und Religionsgemeinschaften' vom 8.6.1973, Quelle in Anm. 10, Aktensignatur IV B 2/14, Bd. 11, Berichtsseiten 1-5 = Archivseiten 52-56, und vom 24.8.1973, Berichtsseiten 1-5 = Archivseiten 61-65, vorbereitet durch die Vorlagen vom 19.3.1970 und vom 16.4.1969, S. 1-7 u. 1-10, Bestandssignatur IV A2/14/10 Bdd. 2.

20 So auch das Urteil des (Ost) Berliner Verwaltungsgerichts -23-B-270/74 veröffentlicht in: 'Spruchpraxis des Staatlichen Verwaltungsgerichts' 5, S. 178 ff, Staatsverlag der DDR, Berlin 1976; »Kirchen und andere Religionsgemeinschaften sind keine staatlichen Organe [...]«.

Kirchen ausdrücklich in die VVO aufzunehmen, denn dadurch würden diese sich auf »Vereinsniveau« herabgesetzt fühlen können; das wiederum könne sich als Imageverlust der DDR im westlichen Ausland widerspiegeln, was man nicht provozieren solle.

Soweit diese ausgewogene Stellungnahme, die allerdings vermissen läßt, wie denn dieser 'Rest'-Status für die Kirchen zu formulieren sei. Der Rechtsstatus der Kirchen war offensichtlich für den Staat wie für die Kirchen 'heißes Eisen'. Das könnte erklären, warum der Staat die Frage unentschieden ließ und die Kirchen gegen die 'Aussetzung' ihrer Rechtsform nicht stärker formaljuristisch protestierten. Das einschlägige Schrifttum resümiert deshalb: »Die Kirchen sehen diesen (öffentlich-rechtlichen) Status weiterhin als bestehend an, wenn auch in modifizierter und besonderer Weise« und »In Fortsetzung ihrer früheren Eigenschaft als KdöR sind die Kirchen behördenmäßig geordnet«²¹. Der Staat achtete die Rechtsstellung der Kirchen gemäß der »VO über die Gründung und Tätigkeit von Vereinigungen« vom 6.11.1975 (GBl. I Nr. 44, S. 237). Er bestätigte einer Freikirche auf deren wiederholtes Drängen am 9.1.1986 durch den SfK ausdrücklich, eine »vom staatlichen Organ erfaßte Religionsgemeinschaft« zu sein, »juristische Person und somit rechtsfähig«²². Doch eine klare Rechtsgrundlage für diese »Feststellung« gab es nicht²³.

Dahinter steckte offensichtlich die politische Absicht, sich lieber Handlungsmöglichkeiten offenzuhalten, als den Kirchen durch Gesetze oder Verordnungen bindende Beschränkungen aufzuerlegen²⁴. Jeder Aussage der SED zum Verhältnis Staat und Kirche fehlte deshalb die rechtliche Verbindlichkeit. Man wollte flexibel bleiben, um auf veränderte Verhältnisse jederzeit dynamisch reagieren zu können, ohne sich schriftliche Fixierungen entgegenhalten lassen zu müssen.

»Die möglichst genaue Bestimmung des nächsten Zielschritts mit klarem Blick für das tatsächlich Mögliche und das den Kirchen Zumutbare hatte deutlichen Vorrang vor der Schaffung eines möglichst perfekten Systems von Rechtsvorschriften zur Begrenzung des kirchlichen Lebens. Es erwies sich zudem als günstig im Sinne des integrativen kirchenpolitischen Konzepts der SED, keine gesonderten, speziell für Kirchen und Religionsgemeinschaften geschaffenen Rechtsnormen zu setzen, also keine 'lex ecclesiae' auszuprägen, sondern Gesetzgebung und Rechtspraxis so

21 Zur Gegenwartsfrage des Staatskirchenrechts. In: Evangelisches Staatslexikon. Bd. 1, 3. neubearb. Aufl. 1987 Stuttgart, unter 'Kirche und Staat', S. 1546 ff, 1678 ff und 'DDR', S. 542, 543 u. 549.

22 Wie Anm. 15.

23 Otto Luchterhand, Die Gegenwartsfrage der EK in der DDR. Eine Einführung. In: Jus Ecclesiasticum 27 (1982), S. IV und in: Rezension von Olaf Lingner. In: ZfEK 1982, S. 435 sowie zusammenfassend Holger Kremers, Der Rechtsstatus der evangelischen Kirchen in der DDR und die neue Einheit der EKD. In: Jus Ecclesiasticum 46 (1993), S. 59.

24 Thomas Boese, Die Entwicklung des Staatskirchenrechts in der DDR von 1945 bis 1989. Baden-Baden 1994, S. 211.

zu gestalten, daß sie auch auf die Tätigkeit von Kirchen und Religionsgemeinschaften mit entsprechendem Spielraum anwendbar waren²⁵.

Deshalb wurde weder in der Rechtsprechung noch in der Rechtswissenschaft die Rechtsform der Kirchen erörtert²⁶. Diese Politik wurde zwar vom MfS kritisiert, weil das Fehlen verbindlicher, juristischer Interpretationen durch den Staat den Kirchen zu deren Nutzen Spielraum zu Eigeninterpretationen ließ²⁷.

Abschließend dazu noch eine kurze Bemerkung zum Umgang der Staatsorgane mit der vorgenannten VVO. Hier kam es auch für die Freikirchen zu wiederholten örtlichen Eingriffen der Polizei bei kirchlichen Veranstaltungen, die sich als unrechtmäßige Einschränkung der durch die Verfassung garantierten Kirchenautonomie darstellten. Von den Einsprüchen des Kirchenbundes dagegen profitierten auch die Freikirchen. Die VVO wurde modifiziert durch die VAVO v. 25.7.1980 und die darin geforderte »staatliche Anerkennung« - so stellte die vorgenannte Referentin im SfK klar - galt nicht für die »verfaßte Kirche«; und »Innere Mission und Hilfswerk« seien als rechtsfähig anzusehen ohne besondere Anerkennung durch den Staat. »Freie Werke« unter dem Dach der Kirche wie z.B. der »Gnadauer Verband« oder das »Gustav-Adolf Werk« konnten weiterarbeiten, bemühten sich aber vergeblich um schriftliche Bestätigung ihrer Rechtsfähigkeit²⁸.

Um diese Aussage zu 'sichern', wurde auf Veranlassung des Berichtstatters 1994 bei der Juristin und Abteilungsleiterin im SfK, Frau Dr. Schumann-Fitzner, fernmündlich zurückgefragt. Sie erklärte, es habe weder vor noch nach 1976 ein Gesetz gegeben, durch das die öffentlichen Körperschaftsrechte für die Kirchen in der DDR außer Kraft gesetzt worden seien. Ebensowenig habe es eine neue, verändernde Vorschrift gegeben, die die Rechtsstellung der Kirchen ausdrücklich festgelegt habe. »Die Rechtsgrundlage war nicht das Problem der Rechtsabteilung im SfK. Die Kirchen waren juristische Personen und damit basta!«. Diese Antwort bietet in ihrer Klarheit einen überzeugenden Beleg für das Verständnis von 'Recht' im 'real existierenden Sozialismus'.

3.2. Zum Verständnis von Gewissen

Bekanntlich hat in der evangelischen Ethik das Gewissen hohen Stellenwert. Für mich war der Begriff und die Sache, die dahintersteht, ein Testfall für das Menschenverständnis der SED. In der DDR-Verfassung vom 7. Oktober 1949 heißt es: »Jeder Bürger genießt volle Glaubens- und Gewissensfreiheit«

25 Horst Dohle, Grundzüge der Kirchenpolitik der SED zwischen 1968 und 1978. Diss. B, Berlin (Ost), S. 186 f.

26 Boese (wie Anm. 24), S. 222.

27 Vgl. Pfarrer, Christen und Katholiken, hg. von Gerhard Besier u. Stephan Wolf. 2. Aufl. Neukirchen-Vluyn 1992, S. 854.

28 So in einem Vermerk des Bundes der evangelischen Kirchen in der DDR (BUK) über ein Gespräch im SfK mit Frau Dr. Schumann-Fitzner am 10.1.1978.

(Art. 41, Satz 1). Auf diese Aussage verpflichteten sich der erste (und einzige) Präsident der DDR Wilhelm Pieck (1876-1960) und der erste Ministerpräsident der DDR Otto Grotewohl (1894-1962). In der späteren Verfassung der DDR vom 6. April 1968 wird zwar erneut die »Gewährleistung der Gewissens- und Glaubensfreiheit« festgeschrieben - und das nach kirchlichen Einsprüchen und 'Bitten' -, Verstöße dagegen werden mit Strafe bedroht (vgl. § 133 StGB v. 12.1.1968). Doch vergleicht man damit den Text des Gelöbnisses, das die sog. Bausoldaten - die Kriegsdienstverweigerer in der DDR nannte man so - ablegen mußten²⁹, wird die Einschränkung der verfassungsrechtlich garantierten Gewissensfreiheit³⁰ offenkundig. Ideologie war eben absoluter Auslegungsgrundsatz für Gesetze und Rechtsprechung, auch wenn der eindeutige Text gesetzlicher Vorschriften darunter zu bloßen Worthülsen zerfiel. Er war das Papier nicht wert, auf dem er gedruckt war.

In einem Gespräch mit Funktionären fragte ich, warum das Stichwort 'Gewissen' fehle in dem seiner Zeit (1961) gerade erschienenen 'Philosophischen Wörterbuch'³¹, dem »ersten auf marxistisch-leninistischer Grundlage«, wie es im Vorwort heißt. Meine Gesprächspartner schwiegen betroffen und waren erkennbar, aber vergeblich um Antwort bemüht an den lästigen westlichen Frager. Auch in dem - viel später - herausgegebenen 'Rechtshandbuch für den Bürger'³² gab es das Stichwort 'Gewissen' nicht. Im Rechtsverständnis der DDR hatte Begriff wie Sache deshalb keinen Platz³³, weil letztlich nicht das Individuum zählte, sondern das Kollektiv, in dem der einzelne unterging und der Mensch verstaatlicht wurde.

Wir erlebten das ganz praktisch. Ein Gemeindeglied, von der Nationalen Volksarmee gemustert und für tauglich befunden, wurde im Alter von 29 Jahren überraschend zu einer viermonatigen Militär-Übung einberufen. Er war inzwischen aus innerer Überzeugung Kriegsdienstverweigerer geworden und weigerte sich dementsprechend, dem Einberufungsbefehl zu folgen. Er wurde in Beugehaft genommen, um seinen Widerstand zu brechen. Nur nach erheblichen Schwierigkeiten bekam einer unserer Pastoren Besuchserlaubnis im Gefängnis. Unsere Bundesleitung wandte sich mit einem eingehenden Schriftsatz an das Ministerium des Innern mit Kopie an den Präsidenten der Volkskammer. In unserem Widerspruch gegen die Haft legten wir eingehend

29 Vgl. das 'Gelöbnis der Angehörigen der Baueinheiten' von 1964, in dem sich der Bausoldat auf das Feinbild des sozialistischen Lagers verpflichten mußte; Wortlaut in Hans-Gerhard Koch, Staat und Kirche in der DDR. Zur Entwicklung ihrer Beziehungen 1945-1974. Darstellung, Quellen, Übersichten. Stuttgart 1975, S. 237 f.

30 Übrigens bedeutet 'Gewissensfreiheit' nach Lenin: »Befreiung des Menschen aus den Ketten, die ihn an die Religion binden«, zit. nach Giovanni Barberini, Kirchen im Sozialismus. Kirche und Staat in den osteuropäischen sozialistischen Republiken. Frankfurt/M. 1977, S. 25.

31 VEB Bibliographisches Institut Leipzig, o.J.

32 Staatsverlag der DDR, Berlin 1986.

33 Die in Halle/Saale veröffentlichte protestantische Monatsschrift 'Glaube und Gewissen' mußte auf staatliche Anordnung 1972 ihr Erscheinen einstellen.

dar, was evangelische Christen unter Gewissen verstehen und daß dazu auch gehöre, daß es sich jederzeit zu Wort melden kann, an keinen Zeitpunkt gebunden ist und dann unbedingten Gehorsam fordert, wenn der einzelne nicht an seinem inneren Widerspruch zerbrechen würde, sondern »in eins mit sich selbst« bleiben wolle. Die Reaktion darauf - übermittelt wie immer telefonisch, nie schriftlich durch das SfK -, war in doppelter Hinsicht beachtlich: Zum einen wurden wir darauf verwiesen, unsere jungen Männer zu veranlassen, sich frühzeitig zu entscheiden, wenn sie Bausoldaten werden wollten; nach der Musterung sei für eine solche Entscheidung kein Raum mehr. Zum andern wurde der junge Mann nach einer Strafverbüßung von sechs Monaten Haft nach dem strafrechtlichen Grundsatz »ne bis in idem«³⁴ nicht mehr neu einberufen, worum wir ausdrücklich in unserer Eingabe gebeten hatten.

Offensichtlich wollte man in der Kirchenpolitik keine christlichen Märtyrer machen. Das war wohl auch Folge aus dem Schock durch die öffentliche Selbstverbrennung des Pfarrers Oskar Brüsewitz in Zeitz am 18. August 1976 und seinem Tod vier Tage danach³⁵. Dies Ereignis hat bei Staat und Kirche - jenseits aller ethischen Rückfragen - tiefe Spuren gezogen und, wenn ich recht sehe, den Staat zu mehr Vorsicht im Umgang mit den Kirchen motiviert und die Kirchen zu mehr Mut beim Umgang mit dem Staat.

3.3 Zum Hunger auf Devisen

Zur Kirchenpolitik der SED gehörte auch, sich durch die Kirchen »im wechselseitigen Interesse« Devisen zu beschaffen³⁶. Für unseren Bund wirkte sich das so aus, daß wir durch die Hauptgeschäftsstelle Stuttgart des Diakonischen Werkes, dem wir als Bund in West und Ost mitgliedmäßig angehörten und ausgezeichnet zusammenarbeiteten, für Bauvorhaben unserer Ortsgemeinden und des Bundes gegen Westmark Ostleistungen einkauften und zwar: Standortgenehmigungen, Baugenehmigungen, Baumaterial und Baukapazität, also Arbeitskräfte am Bau. Das waren die sogenannten Limex-Projekte, zu denen wir zusätzlich noch solche Baustoffe in natura spendeten, die in der DDR-Wirtschaft schwer oder gar nicht zu beschaffen waren und für die wir dann auch Einfuhrgenehmigungen erhielten. Im Vollzug solcher Baupläne machten wir unterschiedliche Erfahrungen:

34 Das heißt, nicht zweimal für dieselbe Tat bestraft zu werden.

35 Vgl. zur Rolle der Kirche im 'Fall Brüsewitz' den Bericht über ein Kolloquium dazu in Halle/S. in: 'idea' Nr. 113/93 vom 11.10.1993, S. 6 f; dazu J. Desel, Das Leben des Oskar Brüsewitz. Ein Pfarrerschicksal in der DDR. Berlin (West) 1984.

36 Zwischen 1957 und 1990 wurden nach Angaben von Bischof Heinz-Georg Binder, Bonn, Beauftragter der EKD bei der Bundesregierung, bei einer öffentlichen Anhörung der in Anm. 7 genannten Kommission in Bonn am 21.1.1994 (wie Anm. 7), S. 11 - im Zentralen Hilfsprogramm von Landeskirchen, Einzelspendern und dem Bundesministerium für innerschweizerische Beziehungen ein Gesamtbetrag von 2,1 Milliarden DM transferiert als »Betriebsmittel« für Kirchen, kirchliche Einrichtungen, die Diakonie und für das sogenannte Valutamark-Programm. In diesem Betrag des »offiziellen Weges« sind auch die Spenden der Freikirchen enthalten, soweit solche nicht zusätzlich »inoffiziell« oder in Warenlieferungen geflossen sind.

Positiv: Die bauausführenden Firmen in der DDR setzten alles daran, gute und termingerechte Arbeit zu leisten, was im Blick auf heute kaum noch vorstellbare Schwierigkeiten und den üblichen Arbeitstrott in der Planwirtschaft viel bedeutete. Man setzte sogar bei einer Begegnungsstätte, die wir in Thüringen mit Hilfe aus dem Internationalen Bund FeG in Europa und Übersee bauten, eine Lehrbrigade ein, die lernen konnte, was bei Plattenbauten nicht zu lernen war. Einen peinlichen Beigeschmack hatten die Limex-Projekte. Die eigenen Bauvorhaben der DDR mußten hinter ihnen zurückstehen, also auch soziale Einrichtungen zur Versorgung der Bevölkerung. Auch SED-Bauten waren davon betroffen, was bei den Genossen auf Unverständnis stieß. In einer politischen Diskussion fragte ich einmal, was denn bei Kollision Priorität hätte, die Wirtschaft oder die Ideologie. Die Antwort mit dem Unterton der Entrüstung: die Ideologie selbstverständlich. Vor Ort erlebten also die Genossen das Gegenteil. Der Devisenhunger war einfach so groß, daß ihm die Ideologie geopfert wurde.

Negativ: Das Geld hatte Kraft über Gesetz und Recht in der DDR. In Berlin-Adlershof steht ein Gemeindehaus, das uns der Bruderbund in Schweden 1949 spendete und in dem zugleich die Geschäftsstelle des Ostbundes war. Der Grundstücksnachbar schenkte sein Grundstück der Neuapostolischen Kirche, die darauf als Limex-Bau eine große Kirche stellte. Die Behörden erlaubten - gegen unseren Widerspruch und gegen ausdrückliche Bauvorschriften - , auf die Grenze zu bauen, die Geschosshöhe zu überschreiten und jedes Verhältnis zwischen Grundstücksgröße und Baukörpervolumen außer Acht zu lassen. Dadurch wurde unser vorhandener Baubestand im Wert einschneidend geschädigt. Alle dagegen rechtzeitig eingeleiteten juristischen Maßnahmen unsererseits blieben erfolglos. Der Bedarf an Devisen hatte Vorfahrt, sogar vor dem Bestandschutz kirchlichen Eigentums.

Am schlimmsten erwies sich der Hunger auf Devisen beim sog. 'Häftlingsfreikauf', dem Handel 'Mensch gegen Geld'. Nach eingehender Prüfung und unter Zurückstellung aller grundsätzlichen Bedenken hatte sich die Bundesregierung aus humanitären Gründen dazu durchgerungen, der DDR politische Strafgefangene oder Untersuchungshäftlinge gegen Geldzahlung für jeden einzelnen Fall 'abzukaufen'. Ein solcher 'Menschenhandel' war historisch seit Beendigung des Sklavenhandels bis dahin der NS-Diktatur vorbehalten geblieben, wo Juden von der Vernichtung 'freigekauft' wurden³⁷. Doch mehrere tausend Menschen blieben auf diese Weise vor Haftfortdauer unter den menschenunwürdigen Bedingungen des Polizei-Staates - hier kam u.a. die Justizvollzugsanstalt Bautzen zu trauriger Bekanntheit - verschont und konnten im Westen einen neuen Lebensstart beginnen.

37 Vgl. den Dokumentarfilm 'Schindlers Liste'.

Aus unserem Bund gab es kein Gemeindemitglied, das in ein solches Verfahren einbezogen war, wohl aber Personen in deren persönlichem Umfeld.

3.4. Zur Einschätzung unseres Bundes durch den Staat

Diese Einschätzung war eingebettet in die Gesamtbewertung der vorhandenen 39 kleineren Kirchen und Religionsgemeinschaften mit ihren 215.000 Mitgliedern in 2.000 Ortsgemeinden und 1.850 'Geistlichen', unter denen Pastoren und in der Predigt eingesetzte Laien verstanden wurden³⁸. Um den tatsächlichen Einfluß innerhalb der Gesamtgesellschaft einigermaßen zutreffend zu beschreiben, rechnete man staatlicherseits diese Zahlen mindestens auf das Doppelte hoch.

Weiter unterteilte man die Religionsgemeinschaften nach ihrem politischen Profil, ihrer kirchenpolitischen Bedeutung und ihren internationalen Beziehungen in drei Gruppen³⁹:

»Kirchen, die Teile von bedeutenden Weltkirchen sind und entsprechend ihrer ökumenischen Beziehungen international wirksam werden, Kirchen, die ebenfalls Weltkirchen angehören und entsprechende Bedeutung haben, jedoch in internationalen kirchlichen Gremien nur im Rahmen ihrer Kirchen und nicht eigentlich ökumenisch tätig werden, Kirchen, die im wesentlichen auf die DDR begrenzt sind und kaum oder keine internationalen Kontakte pflegen«.

In einer Vorlage aus dem Jahr 1978⁴⁰ wurde unser Bund in die zweite Gruppe eingestuft, in einer etwas späteren, höher anzusiedelnden in die erste⁴¹.

Wohl am wichtigsten für die Einschätzung war der sauber herausgearbeitete Unterschied der Freikirchen zu den Volkskirchen, »in die die Mitglieder hineingeboren werden«⁴².

»Die Freikirchen sind Freiwilligkeitskirchen. In ihnen entsteht Mitgliedschaft erst durch eine freiwillige, persönliche Entscheidung Erwachsener. Das hat zur Folge ein aktives religiöses Leben mit festem Zusammengehörigkeitsgefühl, das sich im wesentlichen auf die Familie gründet. Ihre Geistlichen sind oft Laienprediger, die aus innerer Berufung handeln. Sie sind in ihrem Beruf eng verbunden mit der gesellschaftlichen Entwicklung und der politischen Realität. Sie bringen - wie auch die meisten Gläubigen - hohe Leistungen in der Produktion und gute gesellschaftliche Mitwirkung. Das bedeutet einerseits Achthabe auf sie in der kirchenpoliti-

38 Quelle in Anm. 10, Berichtseite 1 = Aktenseite 80. Vgl. auch die Einzelaufstellung mit Zahlen über Mitglieder, Ortsgemeinden und Predigern in der »Vorlage an die Dienstbesprechung am 19. Juni 1978 des SfK vom 14. Juni 1978 zu Thema 'In der DDR registrierte und tätige kleine Kirchen und Religionsgemeinschaften'«, verf. v. Dr. Wilke u. Frau Janott ebd., Bestandssignatur IV B 2/14, Bd. 169, Berichtsseiten 3/4 = Aktenseiten 91/92.

39 Ebd. Berichtseite 9 f = Aktenseite 88 f.

40 In »Vorlage für die Dienstbesprechung am 27. Juli 1978 des SfK vom 20. Juli 1978 zum Thema 'Langfristige Konzeption der politischen Einflußnahme auf die Kirchen und Religionsgemeinschaften in der DDR, außer der evangelischen und katholischen Kirche'«, verf. v. Dr. Wilke u. Frau Janott, ebd. Aktenseite 105.

41 Quelle (wie Anm. 10), Berichtseite 9 = Aktenseite 88.

42 Quelle (wie Anm. 36), Berichtseite 1 = Aktenseite 94.

schen Arbeit, andererseits sind sie durch ihre Bejahung etwa der Sozialpolitik des Staates stützend in der politischen Arbeit im Vergleich zu den Landeskirchen, zumal sie im Unterschied zu diesen kein 'Wächteramt' über den Staat vertreten. Auch deshalb darf eine 'Einvernahme' der kleinen Kirchen durch den BEK nicht zugelassen werden. Die bedeutsamen dieser kleinen Kirchen sollen verstärkt umworben werden zur Mitarbeit in der CFK [Christliche Friedenskonferenz] und zur gesellschaftlichen Mitverantwortung⁴³.

In diesem Zusammenhang wird unser Bund ausdrücklich als Zielobjekt genannt; er soll zur »aktiven Loyalität« motiviert werden.

Während also die Freikirchen wegen ihrer pietistischen Frömmigkeit und der aus ihr wachsenden intensiven Glaubenspraxis in der Kirchenpolitik der SED teilweise »gute« Noten erhalten, wird nicht übersehen, daß oft »allgemeine humanistische Vorstellungen vorherrschen, die eine Anfälligkeit für bürgerliche Menschenrechtsauffassungen bedingen«⁴⁴. Vermutlich alle Freikirchen haben ihren Widerspruch z.B. gegen die Jugendweihe, den Pflicht-Wehrkunde-Unterricht und die gezielte Benachteiligung junger Christen beim Zugang zum Studium deutlich und immer wieder eingebracht. Dies traf dann auf das staatliche Bemühen, »Glaubensfragen nicht zum Gegenstand politischer Auseinandersetzungen zu machen«⁴⁵, ohne daß sich in der Sache Entscheidendes änderte. Vielmehr gilt selbst für die kleinen Kirchen die Vorgabe der SED:

»Die bestehenden Kontakte der staatlichen Organe zu den Leitungen der Religionsgemeinschaften müssen genutzt werden zur Einflußnahme auf die kadermäßige Besetzung der kirchenleitenden Funktionen, ohne daß der Eindruck einer Einmischung in innerkirchliche Angelegenheiten entstehen kann«⁴⁶.

Innerhalb dieses Umfeldes bewegte sich die Einschätzung unseres Bundes. So ist in Aktenvermerken von 1957 und 1958 über den Bund zu lesen⁴⁷:

»Da sich die Leitung des Bundes gegenüber unserem Staat loyal verhält und um ein gutes Verhältnis zu den staatlichen Organen bemüht ist, sind wir der Meinung, daß dem Antrag [es ging um Transfer einer Geldspende für einen Gemeindehausbau] stattgegeben werden sollte« und »[...] besondere Schwierigkeiten mit dieser Religionsgemeinschaft sind bisher nicht aufgetreten«.

Später - 1978 - heißt es⁴⁸: »Der BFeG hat ein loyales Verhältnis zum Staat und zeigt Bereitschaft zum sozialen Engagement«. Mit dieser Bemerkung war wohl der Einsatz unserer hauptberuflich tätigen Gemeindegewerkschaften auch für die nicht gemeindebezogene Bevölkerung und die Mitarbeit einzelner Gemeindeglieder im kulturellen oder sozialen Bereich gemeint.

43 Quelle (wie Anm. 10), Berichtsseite 10 = Aktenseite 89.

44 Ebd. Berichtsseite 7 = Aktenseite 86.

45 Quelle (wie Anm. 36), Berichtsseite 10 = Aktenseite 103.

46 Quelle (wie Anm. 8), Berichtsseite 10 = Aktenseite 74, Ziffer 6.

47 Quelle (wie Anm. 6) - 17.17.04.

48 Ebd. Aktenvermerk vom 20.1.1958 - 17.17.02.

Die Möglichkeiten einer Pressearbeit waren beschränkt auf die Herausgabe der Zeitschrift 'Glaube und Dienst', die der Bund bis zu achtmal jährlich veröffentlichen durfte und die der regelmäßigen und genauen Zensur unterlag. Um ihr Erscheinen nicht zu gefährden, enthielt sich die Redaktion jeder kritischen Äußerung zum Zeitgeschehen. Folgerichtig wird dazu in einer Information des SfK festgestellt: »Die Kirchenzeitungen wirken vor allem emotional und dienen der Erbauung. Zu politischen Problemen werden keine Aussagen gemacht«⁴⁹.

Im totalen Staat war alles eingeteilt und unterteilt, so auch die 'Kirchenleitenden Kräfte', also die Leute je an der Spitze jeder Denomination. Kriterien dafür waren deren politische Grundhaltung und ihr Verhalten. Es gab vier Gruppen⁵⁰:

»Progressive: die Politik des Staates in allen wesentlichen Fragen unterstützende Kräfte;

Loyale: deren Wohlverhalten zum Staat noch wenig politisch motiviert ist;

Schwankende: bei denen einige politische Grundpositionen noch eher ungefestigt sind und die sich demzufolge manchmal von negativen politischen Kräften anstiften lassen;

Kräfte: die ihre ablehnende Haltung auch innerkirchlich nicht verbergen«.

In der Quelle stehen hier Namen mir bekannter Persönlichkeiten hinter jeder Gruppe in Klammern. Ich bin nicht berechtigt, sie hier zu nennen, darf aber feststellen, daß der Vorsteher unseres Bundes unter die zweite Gruppe eingestuft wurde⁵¹.

Unser Bund hätte sich das Verhältnis zum Staat und damit die Gespräche im SfK als echten Meinungs-austausch gewünscht, als Sachgespräch auf partnerschaftlicher Ebene. Tatsächlich wurden sie jedoch kaum je als echter Dialog erlebt. Denn dem Staat ging es darum, durch sie den Kirchen seine Entscheidungen verstehbar zu machen, damit sie den Gemeinden und deren Mitgliedern gegenüber Auskunft geben konnten. Das war Ziel des ZK. Unserm Bund blieb nur die ständige Suche nach dem Weg zwischen Anpassung und Unterwerfung gegenüber den staatlichen Zwängen, um den Gemeinden möglichst viel Freiraum zu verschaffen zur Erfüllung ihres biblischen Auftrages. Während 45 Jahren Diktatur wurden die Gemeinden zahlenmäßig zwar kleiner - wie übrigens alle Kirchen⁵². Doch daß sich innerhalb dieser Zeit

49 Nr. 19/1975 vom 15.8.1975, Quelle (wie Anm. 34), Berichtsseite 9. Danach betrug die Gesamtauflage lizenziierter Periodika aus fünf Religionsgemeinschaften (neben unserem Bund die methodistische 'Friedensglocke', vierzehntäglich, das baptistische 'Wort und Werk', monatlich, sowie zwei weitere Denominationen) zusammen 34.150 Exemplare, wie die Anlage zur Akte »Standpunkt zum Material Religionsgemeinschaften«, Aktenseite 131, ausweist.

50 Quelle (wie Anm. 10), Berichtsseiten 12 f = Aktenseiten 91 f.

51 Quelle ebd. vgl. dazu auch die persönliche Stellungnahme des Bundesvorstehers Johannes Schmidt im Interview 'Freie evangelische Gemeinden 'im Sozialismus' - Blick zurück im Zorn?' In: Der Gärtner, Zeitschrift des Bundes Freier evangelischer Gemeinden. Witten/Ruhr 1992, S. 232.

52 Vgl. die Zahlenschau des Bundes in der DDR zwischen 1952 und 1989 im Sonderdruck 'Zeittafel' des DDR-Bundes, von H.-A. Ritter. Witten/Ruhr 1992 und die letztveröffent-

immer wieder junge Männer und Frauen zum Pastorendienst und zu diakonischen Aufgaben vollzeitlich rufen und ausbilden ließen und sich im Vollzug ihres Glaubens als treu erwiesen, und daß sich Menschen in die Nachfolge des Jesus Christus führen ließen und zur Gemeinde der Glaubenden »hinzugetan wurden«, wie die Bibel sagt, das erlebten wir im Bund als Zeichen der Ermutigung: Kraft von Gott wurde durch unsere Schwachheit wirksam.

3.5. Zur Zusammenarbeit des Bundes mit anderen kirchlichen Organisationen

Vom grundsätzlichen Verständnis des biblischen Glaubens gemäß der Bibel her hat der Bund in West wie Ost mit innerer Überzeugung in der *Evangelischen Allianz* mitgearbeitet. Bei der traditionsreichen Blankenburger Konferenz war fast immer mindestens ein Referent aus der Freien evangelischen Pastorenschaft dabei. Mitglieder der Bundesleitung gehörten ständig zum Vorstand dieses 1846 gegründeten Verbandes von bewußten Christen aus Kirchen, Freikirchen und Gemeinschaften.

Für die SED bestand »Klärungsbedarf, welche Rolle im Annäherungsprozeß an die großen Kirchen die DEA spielte. Falls erforderlich, waren konkrete Gegenmaßnahmen zu ergreifen«⁵³.

Vom Verständnis der am Neuen Testament ausgerichteten Gemeindeform her gehörte der deutsche Bund 1926 zu den Gründungsmitgliedern der *Vereinigung Evangelischer Freikirchen in Deutschland (VEF)*. Sie formierte sich selbständig in der DDR. Als Mitglied im Präsidium der VEF (West) nahm ich teil an den jährlich geführten Gesprächen mit dem Präsidium Ost. Dieser Informationsaustausch war beiderseits hilfreich, ebenso die gemeinsame Tätigkeit in den nach Sachgebieten gegliederten Arbeitsgruppen der VEF. Nach meinem Eindruck herrschte jedoch auch hier das Damoklesschwert des politischen Systems. Dies war auf gesteuerten und kontrollierbaren Kollektivismus aus und wußte gemeinsames Handeln kritischer Gruppen in der Gesellschaft zu verhindern. Deshalb kamen im Präsidium der VEF (Ost) echte Absprachen und gemeinsames Handeln der Freikirchen kaum zustande. Vielmehr suchte jede Freikirche vorwiegend den eigenen, mit dem Westen eng verbundenen Weg. So wurde die VEF (Ost) als freikirchliche Handlungsplattform nur sehr begrenzt genutzt.

Andrerseits kamen von hier auch keine »Ergebenheitserklärungen« an den Staat. So votiert die Partei dazu: »Das Präsidium der VEF blieb mit sei-

lichte Konfessionsstatistik der DDR zwischen 1949 und 1989 zum 40. Jahrestag der DDR in der 'Berliner Zeitung' am 4.9.1989, wiedergegeben bei Peter Maser, Kirchen und Religionsgemeinschaften in der DDR. Ein Rückblick auf vierzig Jahre in Daten, Fakten und Meinungen. Konstanz 1992, S. 176 f.

53 Quelle (wie Anm. 10), Berichtseite 16 = Aktenseite 95.

ner Erklärung in deren politischen Aussage hinter der anderer Gemeinschaften zurück«⁵⁴.

Da sich unser Bund keine eigene Ausbildungsstätte für den theologischen Nachwuchs in der DDR leisten konnte, boten der Bund evangelisch-freikirchlicher Gemeinden (Baptisten) und die Evangelisch-methodistische Kirche ihre Theologischen Seminare auch für unsere Studenten an. Die Bundesleitung entschloß sich wegen der größeren Gemeinsamkeit im Gemeinde- und im Amtsverständnis für das Baptistenseminar in Buckow. Wir sind dankbar, daß bis 1989 hier unsere Pastoren gründliche Ausbildung und praktische Anleitung für die Arbeit in der Gemeinde vermittelt bekamen.

In vielen praktischen Fragen leistete uns das *Diakonische Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland* mit seiner *Berliner Stelle-West* in Kooperation mit seinem Partner in der *Schönhauser Allee-Ost* wertvolle Hilfe. Ob Bauantrag oder Materialbeschaffung, Einfuhrerlaubnis oder theologischer Literaturtransfer - hier schaffte man Lücken in die Mauer. Den engagierten Mitarbeitern diesseits und jenseits des Eisernen Vorhangs gebührt dafür noch heute Dank.

In der *Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen* in der DDR (AGcK) war unser Bund volles Mitglied, während der Bund im Westen Gastmitglied war. Da alle Kirchen und Religionsgemeinschaften in der DDR zur AGcK gehörten, war der Austausch dort umfassend und hilfreich für die je eigene Lage, zumal das Informationsbedürfnis bei der abgeschotteten Kommunikationspolitik stets groß war. Als gemeinsame Basis für Aktivitäten gegenüber dem Staat hat sich die AGcK nicht durchsetzen können. Aus ganz anderen Gründen gilt das übrigens auch für die ACK (West) und heute in Deutschland. Hier haben die EKD und die Katholische Kirche je einen eigenen Vertreter bei der Bundesregierung und diese lassen sich in ihre originäre Zuständigkeit von anderen kirchlichen Organisationen nicht hineinreden.

Die AGcK war in dem staatlichen Verdacht, »die kleinen Kirchen an die Konzeption der Landeskirchen heranzuführen und ihre politischen Aussagen zu kanalisieren«⁵⁵.

Eine besonders wichtige Rolle für unseren Bund in der DDR hatte der *Internationale Bund Freier evangelischer Gemeinden* mit Sitz in Stockholm und sechzehn Mitgliedbünden in vierzehn Ländern in West- und Osteuropa und in Übersee. 1970 wurde unser Bund - mit nachträglicher staatlicher Genehmigung - ordentliches Mitglied. Das wertete den Bund in den Augen der Machthaber auf, weil diese für sich selbst auf 'Weltgeltung' abzielten. Für un-

54 Quelle (wie Anm. 8), Anlage 2 Ziffer 2 nach Berichtseite 11 = Aktenseite 77.

55 Vorlage des SfK (Abt. 1) vom 17.2.1976 zur Dienstbesprechung am 20.2.1976 (Verfasser Dr. Wilke u. Frau Janott) mit dem Thema: 'Konzeption zur weiteren Einflußnahme auf die Kirchen und Religionsgemeinschaften in der DDR' mit dem üblichen Vertraulichkeitsgrad 'Nur für den Dienstgebrauch' und dem Verteiler: Staatssekretär, Stellv. HAL, AL I und II, PR Parteisekretär, Quelle (wie Anm. 34), am Schluß: Berichtseite 3 = Aktenseite 67 Zif. 4.1.

sere internationale Gemeinschaft war es ein besonderes, Herzen und Gemüter bewegendes Ereignis, in einem atheistischen Land mitbauen zu können durch Geld- und Sachspenden an einer christlichen Begegnungsstätte, dem 'Grafe-Haus' in Bad Klosterlausnitz/Thüringen, benannt nach dem Gründer der ersten Freien evangelischen Gemeinde in Deutschland 1854 in Wuppertal. Mit großer Aufgeschlossenheit und geistlicher Anteilnahme hörte man bei internationalen Konferenzen in Europa und in USA, was die Vertreter aus der DDR über das Christsein in einer marxistisch-leninistisch geprägten Gesellschaft zu berichten hatten.

Als der norwegische Generalsekretär unseres Internationalen Bundes vom SfK empfangen wurde, hatte er nach dem Gespräch eine »gute Presse«⁵⁶. Sie verhalf zur Erlaubnis, die Vollkonferenz des Internationalen Bundes für 1990 in Eisenach zu planen. Diese wurde dann - mitten im Umbruch - zu einer Lob- und Dankfeier.

Auslandsreisen, möglich geworden durch diese internationalen Beziehungen, blieben im wesentlichen beschränkt auf Mitglieder der Bundesleitung, einige Pastoren und ganz sporadisch auf wenige junge Gemeindeglieder, die in ihren Betrieben dazu positive Voten brauchten. Für solche Reisen wurde der Paß erst oft ein oder zwei Tage vor dem geplanten Antritt ausgehändigt; bis dahin blieb die Ungewißheit über Erlaubnis der Ausreise. Meistens bestand die politische Vorgabe darin, daß ein Belehrungsgespräch vorher und ein Berichtsgespräch nachher durchzustehen war⁵⁷. In keinem Fall wurde in unserem Bund eine Reiseerlaubnis zur 'Republikflucht' genutzt.

4. Versuch einer vorläufigen Bewertung der Kirchenpolitik

Es war gut - entgegen der internationalen Gepflogenheit, eine Frist von dreißig Jahren einzuhalten -, die Akten der DDR nach der friedlichen Revolution ihrer Bürger - der ersten in der deutschen Geschichte - sofort zur Einsicht zu öffnen. Dennoch erscheint es mir problematisch, bereits jetzt, ohne historisch klärenden Zeitabstand, Wertungen zu versuchen. Trotzdem sei mit allem Vorbehalt⁵⁸ der Vorläufigkeit die nachfolgende Zusammenfassung gegeben:

Unser Bund hat den von den Volkskirchen programmierten Grundsatz, »Kirche im Sozialismus«⁵⁹ zu sein, für sich nicht übernommen. Der Staat legte diese These aus als Votum für den Sozialismus, als Solidaritätserklärung für die DDR, sogar als Parteinarbeit für die SED. Paul Verner meinte: »Das

56 Vgl. die Aktennotiz des SfK über das Gespräch von Klaus Gysi mit Björn Fjeld, dem Generalsekretär des Internationalen Bundes Freier evangelischer Gemeinden, Oslo (Norwegen), am 18. August 1987 in Berlin (Ost), Quelle (wie Anm. 6), S. 1-3.

57 Quelle (wie Anm. 10), Berichtsseite 16 = Aktenseite 95.

58 Zumal Historiker, andere Wissenschaftler und Politiker im Westen infolge der äußerst schwierigen Quellenlage bis 1990 nur sehr begrenzt zu einer sachlich gesicherten Darstellung einer umfassenden Tatsachenlage fähig waren (Schriftenreihe 'Informationen zur politischen Bildung', Bonn 2. Quartal 1991, Nr. 231: Geschichte der DDR, S. 1 u. 50).

59 Vgl. zu Kirche im Sozialismus den Beitrag von Ruprecht Scholz, Gottesdienst im Fadenkreuz. In: Die Welt, Nr. 69 vom 21.3.1992, S. 17 mit weiteren Literaturhinweisen, und Heino Falcke in: Kirchen in der Diktatur. Göttingen 1933, S. 259 ff.

ist praktische Zusammenarbeit, denn weltanschaulicher Gegensatz ist kein Hindernis im Kampf um die gemeinsame Lebenssituation von Marxisten und Christen⁶⁰. Im Gegensatz dazu verstanden die Kirchen - so Bischof Hempel - den Ausspruch »als Ausdruck eines Grundvertrauens auch zu den nichtchristlichen Kräften und als Bereitschaftserklärung der Kirchen zur politischen und gesellschaftlichen Mitarbeit auf der Grundlage der sozialistischen Gegebenheiten in der DDR«⁶¹. Kurz gefaßt: Kritische Solidarität zu Staat und Gesellschaft durch Teilnahme an Beratungs- und Entscheidungsprozessen.

Doch genau dieses wurde allen Kirchen und Religionsgemeinschaften verwehrt. Sie blieben Minderheiten ohne jedes Mitgestaltungsrecht am gesellschaftlichen Leben. Sie waren nur geduldet in der Zange des totalen Staates und eingeklemmt in der Dauerspannung zwischen Konfrontation, Koexistenz und Kooperation. Es war - auch für unseren Bund - eine stets schmale Gratwanderung zwischen Opportunität und Opposition, zwischen Wahrung der kirchlichen Unabhängigkeit und dem Einsatz für den Menschen, zwischen Selbstbehauptung und der Pflicht zur Wahrhaftigkeit, zwischen Vergewisserung durch das Evangelium und Anfechtung, zwischen Mißverständnissen und Mißdeutungen, Verschulden und Vergebung, Widerstand und Ergebung. Und dennoch - so scheint mir - waren Kirchen, Freikirchen und andere Denominationen im deutschlandpolitischen Kontext gesehen, Klammer der Einheit, die uns Deutschen während der beiden gegensätzlichen gesellschaftlichen Systeme zusammenhielt. Sie wirkte sich schließlich aus als wesentliche Mitursache für die historisch erste friedliche, unblutige Revolution in der deutschen Geschichte.

Horst Dohle, Büroleiter des SfK, resümiert zur Kirchenpolitik der SED 1987:

»[...] daß durch sie Konfrontation von Staat und Kirche verhindert und damit ein Beitrag zur politischen Stabilität geleistet wurde, ja über eine Zeit der Distanz hinweg sogar Kooperation hergestellt werden konnte«⁶².

Im Frühjahr 1989 stellte er fest:

»[...] daß Gespräche offensiv und geduldig, prinzipiell und in der Überzeugung von der beiderseitigen Lernfähigkeit geführt werden müßten und daß solche Gespräche unvermeidlich zum Erkenntnisweg der SED wie der Kirchen gehörten. Dennoch sei ein widerspruchsfreies Verhältnis von Staat und Kirche nicht zu erwarten«⁶³.

60 Zit. Quelle (wie Anm. 21), unter dem Stichwort 'DDR', S. 542 f.

61 Wie Anm. 53.

62 In: Das Gespräch vom 6. Mai 1978, veröf. in: Beiträge zur Geschichte der Kirchenpolitik der SED - Auszüge aus Materialien eines wissenschaftlichen Kolloquiums des Institutes für Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED am 4.7.1986, Heft 1, S. 79 ff.

63 Ebd. Heft 2, Kolloquium am 14.4.1989. In: Grundzüge der Kirchenpolitik der SED zwischen 1968 und 1978, S. 23 u. 29.

In der SED lernte man langsam auch besser zu differenzieren. Man erkannte z.B.,

»daß sich mehr Menschen als unreligiös bezeichnen, als die Zahl derjenigen beträgt, die sich zum Atheismus bekennen« und weiter, »daß die ganz überwiegende Mehrheit der Weltbevölkerung religiös ist [...] und die DDR der einzige sozialistische Staat mit einer Majorität protestantischer Kirchen und Gläubigen«⁶⁴.

Daraus wurde der Schluß gezogen:

»Das Christentum können wir dabei [d.h. bei einer Bündnispolitik] als Bündnispartner nicht auslassen, so wenig es aus der europäischen Geschichte ausgeklammert werden kann. [...] Es geht hier um eine aktuelle, tiefgreifende, weltanschauliche Auseinandersetzung, die wir führen müssen«⁶⁵.

Schließlich resümiert der genannte Horst Dohle zur Kirchenpolitik der SED in einem 1991 veröffentlichten Beitrag die »Möglichkeiten und verpaßten Gelegenheiten echter Kooperation im Zeichen des Humanum«⁶⁶.

Bei der Bewertung der Kirchenpolitik der SED⁶⁷ scheinen mir drei Faktoren besonders wichtig zu sein, die beachtet werden müssen:

1. Es muß sorgsam unterschieden werden zwischen dem, was Absicht war, und dem, was tatsächlich umgesetzt wurde. Ein Beispiel für die Absicht: Paul Verner sagte:

»Noch weit über das Jahr 2 000 hinaus wird es Christen und Kirchen in der sozialistischen Gesellschaft geben. Deshalb müssen kirchenpolitische Entscheidungen darauf ausgerichtet sein, Vertrauen zu schaffen und zu vertiefen und alles zu unterlassen, was Vertrauen erschüttern kann«⁶⁸.

Doch in der Praxis war oft das Gegenteil dieser Richtungsbestimmung die Wirklichkeit.

2. Die Kirchen - quer durch alle Denominationen - waren weder »Opfer hinterhältiger Kirchenpolitik der SED« noch waren sie »Musterbeispiele für Widerstand gegen den atheistischen Staat«. Wo die Kirchen Kritik übten, ist zu prüfen, ob sie es aus Gründen der Profilpflege, von Nützlichkeits- und Überlebenserwägungen oder aus ernster Sorge um den Menschen taten. Im Grunde gültig dürfte letztlich bleiben, was Werner Krusche, sächsischer Bischof, bereits 1976 auf dem Kirchentag in Halle/Saale zum Zustand der Kir-

64 So Klaus Gysi in einem Diskussionsbeitrag, Quelle (wie in Anm. 59), S. 31.

65 Ebd. S. 32 f.

66 In: Kirchen in der DDR, Berliner Dialog-Hefte 3 (1991), S. 34-49.

67 Vgl. zur Kirchenpolitik der SED in ihren verschiedenen Phasen den Abschnitt 'Staat und Kirche in der DDR', S. 1-38. In: Kirche und Staat in der DDR und in der Bundesrepublik, hg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn-Bad Godesberg 1977, das Kapitel 'Kirche - SED - Staatssicherheit' in: Besier u. Wolf (wie Anm. 27), S. 84-103 sowie den Abschnitt 'Zur Kirchenpolitik in der DDR' mit Beiträgen verschiedener Verfasser. Berlin 1993 (Sonderheft der 'Berliner Dialog-Hefte', hg. v. d. Gesellschaft zur Förderung des christlich-marxistischen Dialogs e.V.).

68 Zit. nach Dohle am 22.3.1978 in einer Auswertung des in Anm. 58 genannten 'Gesprächs', S. 89.

che »unter der Herrschaft der Partei der Arbeiterklasse« bildhaft so beschrieb:

»Uns Christen ist im Haus des Sozialismus das Altenteil zugedacht, vielleicht auch das Sterbezimmer. Das sollten wir nicht tragisch nehmen, sondern in dies uns zugedachte Sterbezimmer die Frischluft der Auferstehung blasen!«⁶⁹

3. Wir Deutschen gewinnen durch 'Abrechnung' mit der DDR unsere Unschuld nicht zurück, die wir in diesem Jahrhundert deutscher Politik verloren haben. Der Umgang mit der eigenen Vergangenheit muß sich heute deutlich unterscheiden von historischer Einäugigkeit, die wir uns in früheren Geschichtsbüchern leisteten und die man sogar im neuen 'Haus der Geschichte' in Bonn antrifft. Der Bezug zur DDR-Geschichte erfordert kritische Sachlichkeit, die frei gehalten wird von parteipolitischer Einfärberei. Auch im kirchlichen Bereich ist Bewährung und Versagen gleichermaßen zu erforschen und darzustellen.

Geschichte kann nicht 'bewältigt' werden. Und man darf sie, damit sich die Fehler in ihr nicht wiederholen, weder vergessen noch verdrängen, weder zwischen- noch endlagern. Sondern: wir müssen uns mühen, sie aufzuarbeiten. Doch dazu muß sie zunächst einmal von möglichst vielen in ihrem ganzen Umfang bewußt zur Kenntnis genommen werden. Vergangenheit will verarbeitet und Geschichte vergegenwärtigt sein, um aus ihr zu lernen und Zukunft zu gewinnen. Dabei soll nichts verklärt und nichts verdunkelt, sondern so sachgerecht vorgegangen werden, wie das bei Darstellung und Beurteilung zurückliegender Sachverhalte und Ereignisse von heute her überhaupt möglich ist.

Wird das bedacht und beachtet, ist Hoffnung da, daß aus Erinnern Veröhnung entsteht und das Leben des einzelnen wie das Zusammenleben in unserer Gesellschaft und als Volk der Deutschen mit anderen Völkern künftig besser gelingt. Zu dieser großen Aufgabe am Ende unseres geschichtsträchtigen Jahrtausends sei diese 'Erinnerung' ein kleiner Beitrag!

Allgemeine Informationen über den 'Bund Freier evangelischer Gemeinden in Deutschland KdöR', Bundesgeschäftsstelle, Goltenkamp 4, 58452 Witten, Telefon 02302 / 399-12 finden sich in:

Ernst Wilhelm Erdlenbruch u. Heinz-Adolf Ritter, Die Freien evangelischen Gemeinden, was wir glauben - wie wir entstanden sind - wie wir arbeiten - wohin gehen wir?, 5. Aufl. Bundes-Verlag, Witten/Ruhr 1990

Gerhard Hörster, Freie evangelische Gemeinden. Allgemeines - Geschichte - Gemeindeverständnis und Gemeindeleben - Zwischenkirchliche Beziehungen - Organisation und Institution. In: TRE XI (1983), S. 493-497 (mit ausführlichen Literaturangaben)

69 Zit. nach Maser (wie Anm. 48), S. 102.

Der Bund Freier evangelischer Gemeinden in der DDR und der SED-Staat - Forschungsbericht über eine erste Phase der Beziehung bis ca. 1965

Die kirchliche Zeitgeschichte hat sich bei der Erforschung der Entwicklungen in der DDR ganz überwiegend mit der Rolle der Landeskirchen beschäftigt, während die Freikirchen noch wenig Aufmerksamkeit gefunden haben. Eine Untersuchung der Freikirchen in der DDR ist aber von nicht geringem Interesse, und ihre Ergebnisse können gerade im Vergleich zu den Großkirchen sehr aufschlußreich sein. Gestaltete sich die Kirchenpolitik der DDR gegenüber kleineren, gesellschaftlich weniger gewichtigen Gruppen anders als gegenüber den Landeskirchen? Zeigten Freikirchen ein einheitlicheres Bild als die Landeskirchen? Welche Haltung nahmen sie zu der sozialistischen Gesellschaft ein? Welche Spannungsfelder zeigt der Grundsatz einer persönlich zu treffenden Entscheidung über den Eintritt in eine Freikirche in einer vom Atheismus geprägten Gesellschaft? etc.

1. Die Freien evangelischen Gemeinden in Deutschland

Freie evangelische Gemeinden sind kongregationalistische Gemeinden, die ihre Wurzeln vor allem im französischen Réveil, aber auch in der deutschen Erweckungsbewegung am Niederrhein zu Beginn des 19. Jahrhunderts haben. Unter dem maßgeblichen Einfluß von Hermann Heinrich Grafe (1818-1869) erfolgte, nach französischem Vorbild, 1854 in Elberfeld und Barmen eine erste Gemeindegründung in Deutschland. 1874 schlossen sich ca. 20 Gemeinden zu einem Bund zusammen. Dieser Bund entwickelte sich weiter und hatte zum Ende des Zweiten Weltkrieges ca. 17.000 Mitglieder in ca. 200 Gemeinden. Heute umfaßt der deutsche Bund über 29.000 Mitglieder in 330 Gemeinden und fast ebensovielen 'Stationen' (Stand 1.1.1994). Aus diesem Zahlenverhältnis ist leicht zu ersehen, daß sogenannte 'Megagemeinden' für Freie evangelische Gemeinden in Deutschland nicht typisch sind. Häufiger vorzufinden sind Freie evangelische Gemeinden am Niederrhein, im Siegerland, Nord- und Mittelhessen und seit Mitte der 30er Jahre ebenfalls im Hamburger Raum. Orientiert an den geographischen Schwerpunkten der Gemeinden finden sich ebenfalls die wichtigsten Organisationen des Bundes, so beispielsweise Bundesgeschäftsführung, Sitz der Bundesleitung und Bundes-Verlag in Witten/Ruhr, theologische Ausbildungsstätte in Dietzhöhlztal-Ewersbach und diakonische Einrichtungen vor allem in Solingen-Aufderhöhe und Hamburg.

Um die Jahrhundertwende wurde in Berlin eine erste Freie evangelische Gemeinde östlich von Hessen und Niedersachsen gegründet. Auf dem Gebiet

der späteren DDR erfolgten weitere Gemeindegründungen und Beitritte in den nächsten Jahrzehnten in einem bescheidenen Maße, so daß sich bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges zwei bis drei lokale Konzentrationen von Freien evangelischen Gemeinden ergaben. 1. Großraum Berlin; 2. südl. Holzland in Thüringen; 3. Großraum Dresden. Während der Kontakt der Berliner Gemeinden zur Bundesleitung in Witten/Ruhr regelmäßig gepflegt wurde, blieben die Thüringer Gemeinden in diesem Punkte eher zurückhaltend. Die letzteren gründeten 1924 einen eigenen 'Bund Freier evangelischer Gemeinden in Thüringen', der noch im gleichen Jahr als 'Körperschaft des öffentlichen Rechts in Thüringen' anerkannt wurde. Die dominierende Gemeinde dieses Bundes mit bis zu 800 Besuchern bildete die aus der Landeskirchlichen Gemeinschaftspflege kommende Freie evangelische Gemeinde Gera .

2. Der Bund Freier evangelischer Gemeinden in der DDR - ein Überblick

Der Bund Freier evangelischer Gemeinden in der DDR wurde bereits 1950 gegründet und hatte während seines Bestehens drei Bundesvorsteher: von 1950-1967 Walter Böhme (1891-1972), von 1967-1975 A. Röger (1908-1984) und ab 1975 Joh. Schmidt (1929). Eine Gemeindeerfassung der Freien evangelischen Gemeinden in der SBZ von 1948 ergab eine Mitgliederzahl von 800 Personen, die sich auf 10 Gemeinden und einige angeschlossene Stationen verteilten. In den folgenden Jahren stiegen die Mitgliederzahlen um über 100% und erreichten ihren höchsten Wert 1954 mit 1664 Personen, in insgesamt 28 Gemeinden und ebensovielen Stationen. Der Einflußbereich der Gemeinden umfaßte zu dieser Zeit fast 7.000 Personen. Bisher veröffentlichte Zahlen von annähernd 9.000 »religiös betreuten Personen« 1951¹ und ca. 2.000 Mitgliedern zur Mitte der 50er Jahre sind nicht zu halten. Die großzügig aufgerundeten Angaben über »religiös betreute Personen« dienen zur Unterstützung des Antrages auf Körperschaftsrechte aus dem Jahre 1951. Darüber hinaus wurden die Westberliner Gemeinden im wesentlichen undifferenziert in die Erfassung aufgenommen, was zwar den damaligen Arbeitsgegebenheiten der Kreisstruktur entsprach, sachlich aber strikt zu trennen ist. Bis zur Auflösung des Bundes 1990 halbierte sich die Mitgliederzahl wieder auf ca. 800 Personen und erreichte damit erneut ihren Wert von 1948. Der personelle Einflußbereich verringerte sich jedoch wesentlich stärker auf ca. 1.800-2.000 Personen und erreichte damit nicht einmal ein Drittel der Angaben von 1950/51.

Infolge der historisch gewachsenen Struktur des Bundes Freier evangelischer Gemeinden in Deutschland befanden sich sowohl Leitungsstelle als auch Ausbildungsstätte des Bundes in den Westzonen. Nachdem von Seiten des SED-Staates zunächst noch eine Westausbildung der Pastoren geduldet wurde, erfolgte 1957 die staatliche Unterbindung einer derartigen Mög-

1 Antrag zur Erlangung der Körperschaftsrechte v. 22.6.1951, einschließlich der Anlagen A, B und C (Bundesarchiv Abt. Potsdam, Bestand O-4, Akte 1514).

lichkeit². Nachfolgende Ausbildungen von Pastoren des Bundes Freier evangelischer Gemeinden in der DDR fanden auf den Predigerseminaren in Buckow (Bund Evangelisch Freikirchlicher Gemeinden) und singularär auch in Bad Klosterlausnitz (Evangelisch-methodistische Kirche) statt.

An publizistischen Veröffentlichungen mag an dieser Stelle die Erwähnung des 1946 gegründeten 'Gemeindebriefes' genügen. Dieser wurde 1957 zu einer freikirchlichen Zeitschrift mit dem Namen 'Glaube und Dienst' ausgebaut. Sie erhielt 1963 eine unbefristete Lizenz und erschien bereits seit 1958 jährlich siebenmal in einer Auflagenhöhe von je 1650 genehmigten Exemplaren.

Nachdem sich um 1970 auch andere Freikirchen für den Bereich der DDR gänzlich verselbständigt hatten, bemühte sich der Bund Freier evangelischer Gemeinden in der DDR verstärkt, Äußerungen zu politischen, gesellschaftlichen und ethischen Fragen im Rahmen der Vereinigung Evangelischer Freikirchen (VEF) zu treffen. Anders als in der BRD entschloß sich der Bund Freier evangelischer Gemeinden in der DDR 1970 zur Vollmitgliedschaft in der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen der DDR. In dem gleichen Jahr erfolgte ebenfalls die Aufnahme des Bundes als selbständiges Mitglied in den 'International Federation of Free Evangelical Churches'.

Schon aufgrund der oben skizzierten Zahlen ist leicht verständlich, daß der Bund Freier evangelischer Gemeinden in der DDR nicht im Mittelpunkt der staatlichen Politik gegenüber den Freikirchen stand. Die Beziehungen zwischen Staat und Gemeindebund lassen mehrere Phasen erkennen, die sich im wesentlichen an den Amtsperioden der Bundesvorsteher ankoppelten. In der hier zu beschreibenden ersten Phase handelte es sich in Kontakten mit den zuständigen Behörden über weite Strecken um Einzelprobleme, die von staatlicher Seite sehr differenziert behandelt wurden. Für die Ausnutzung des in den ersten Jahren größeren Entscheidungsspielraumes war das persönliche Verhältnis der beiden Gesprächspartner zueinander und die politische Ausdrucksweise (Benutzung des kommunistischen Standardvokabulars) des jeweiligen Leiters der Freikirche (als Kontaktperson) zu den staatlichen Stellen ausschlaggebend. Walter Böhme, der diese Kontakte für den Bund Freier evangelischer Gemeinden in der DDR während dieser Phase fast ausschließlich pflegte, wußte mit beiden Aspekten umzugehen. Sicherlich bewegten sich die Einzelentscheidungen der Ministerien oder des Staatssekretariates für Kirchenfragen (StfK) bzw. seiner Vorläufer in politisch allgemein abgestecktem Rahmen, der aber erst zum Ende der 50er Jahre genauer konkretisiert wurde³. Dieser Zeitpunkt kennzeichnet aber bereits den beginnenden Ausklang der hier zu beschreibenden ersten Phase der Beziehungen.

2 Briefliche Mitteilung des Amtes für Kirchenfragen an Walter Böhme v. 9.8.1957 (Bundesarchiv Abt. Potsdam, Bestand O-4, Akte 737).

3 Z.B. in den 'Richtlinien zur Wahrnehmung und Durchführung der staatlichen Aufsichtspflicht und der Gesetzlichkeitskontrolle gegenüber den Religionsgemeinschaften durch die

3. Bundesgründung und Körperschaftsrechte

Ziel dieses Unterabschnittes soll es sein, das Agieren der Freien evangelischen Gemeinden durch/in der Person Walter Böhmes gegenüber dem sich bildenden bzw. festigenden SED-Staat zu verdeutlichen. Dabei sollten Walter Böhmes Initiativen nach seinen eigenen Darstellungen dazu dienen, befürchteten staatlichen Maßnahmen zuvorzukommen und den Gemeinden eine weitestgehende Sicherung der Existenz und ihres Besitzes zu ermöglichen. Unter diesem Gesichtspunkt erfolgt auch die hier gegebene Darstellung.

Die seit 1948 in den Gemeinden zu verzeichnende Expansionsphase stand unter einem allgemeinen wirtschaftlichen und religiösen Druck. Besonders in den Städten litten Menschen unter Nahrungsmittel- und Kleiderknappheit. Hinzu kamen singuläre religiöse Diskriminierungen bis hin zu einzelnen Gewalttätigkeiten gegen bekennende Christen aus evangelischen Landeskirchen und Freikirchen, die u.a. durch Briefwechsel mit der Bundesleitung in Witten/Ruhr belegt sind. Von den einzelnen Freien evangelischen Gemeinden unterhielten - wie bereits oben erwähnt - im wesentlichen nur die Berliner Gemeinden regelmäßige Verbindungen zu der Bundesleitung in Witten/Ruhr. Von den Berliner Pastoren übernahmen Walter Böhme (Kreisvorsteher der Berliner Freien evangelischen Gemeinden) und A. Röger die inoffizielle Leitung der Gemeinden in der SBZ. Bereits im Januar 1949, und damit erhebliche Zeit vor der Gründung der DDR, findet sich ein erster Beleg für die beabsichtigte Gründung eines eigenständigen Bundes unter der Bezeichnung: 'Bund Freier evangelischer Gemeinden in der Ostzone'⁴. Auf einer Kreisratssitzung der Berliner Freien evangelischen Gemeinden Mitte Januar 1949 befaßten sich die Gemeinden mit der besonders von Walter Böhme vorangetriebenen Initiative einer eigenen Bundesgründung. Über die Berliner Kreisarbeit hinaus war ebenfalls der Vorsitzende des Sachsen-Thüringen-Kreises anwesend, womit der Charakter einer Kreisentscheidung gesprengt wurde. Die Vertreter der Gemeinden stimmten in einer ersten Reaktion den Überlegungen Walter Böhmes zu. Diese im kirchlichen Bereich zu diesem Zeitpunkt singuläre Absicht ist nur aufgrund der dominanten Persönlichkeit Walter Böhmes verständlich. Sein Verhalten wiederum wurde bestimmt von mehreren nachzuvollziehenden Komponenten:

1. Die willkürliche Inhaftierung und Verschleppung einer seiner Söhne über einen Zeitraum von mehr als einem Jahr.

2. Immer wieder vorkommende politische Äußerungen gegen Kommunismus und russische Besatzungsmacht in der Wochenzeitschrift des Bundes Freier evangelischer Gemeinden in Deutschland 'Der Gärtner'. Diese Äußerungen hatten in der SBZ bereits einzelne Handgreiflichkeiten gegen Ge-

örtlichen Organe der Staatsmacht' vom 29.1.1959 (Bundesarchiv Abt. Potsdam, Bestand 0-4, Akte 2363).

4 BFeG-Archiv, Witten West.

meindemitglieder hervorgerufen. Bemühungen um eine Einstellung derartiger politisch motivierter Kurzartikel fanden bei dem verantwortlichen Schriftleiter in Witten/Ruhr jedoch zunächst kein Gehör.

3. Die sich politisch überschlagenden Ereignisse im Dez. 1948 in Berlin.

4. Rücksprache bei dem Berliner Magistrat, der Walter Böhme offensichtlich die Beantragung der Körperschaftsrechte empfahl.

Nachdem alle betroffenen Freien evangelischen Gemeinden schriftlich ihre Zustimmung zur Gründung eines 'Bundes Freier evangelischer Gemeinden in der Ostzone' gegeben hatten, wurde am 5.3.1949 - ohne zunächst ein Datum festzulegen - ein Beschluß zur Gründung gefaßt⁵. Für diesen Bund sollten Körperschaftsrechte beantragt werden, um den Gemeinden somit eine weitestgehende Sicherheit ihrer Existenz zu geben. Ein erster Versuch zur Erlangung der Körperschaftsrechte ist in dem Antrag vom 17.5.1949 an den Magistrat von Berlin zu sehen. Bedingt durch die Staatsgründung der DDR, wurde der Antrag jedoch nie bearbeitet. Zur endgültigen Gründung des Gemeindebundes in der DDR kam es auf einer Vertreterversammlung der einzelnen Gemeinden am 16.9.1950⁶. Als erster Bundesvorsteher wurde Walter Böhme gewählt. In den Archivalien des späteren Staatssekretariats für Kirchenfragen ist eine Erwähnung der Bundesgründung mehrfach mit der Randnotiz »erste Religionsgemeinschaft in der DDR, die einen eigenen Bund für das Gebiet der DDR gebildet hat« versehen⁷.

Die Bundesgründung bildete jedoch erst die grundlegende Voraussetzung für das beabsichtigte Ziel: Die Erlangung der Körperschaftsrechte für das Gebiet der DDR. In dieser Angelegenheit wurde die endgültige Antragstellung am 22.6.1951 dem MdI übergeben. Nachdem zunächst ablehnende Bescheide ergangen waren (»eine Verleihung der Körperschaftsrechte für Religionsgemeinschaften für das Gebiet der DDR wird in der gegenwärtigen Situation [als] nicht zweckmäßig angesehen«), konnte Walter Böhme durch deutliche Unterstützung von Otto Nuschke, dem damaligen stellvertretenden Ministerpräsidenten, ein positives Rechtsgutachten aus dem Ministerium der Justiz erlangen. Letztlich bildete dieses Gutachten und eine persönliche Vorsprache Walter Böhmes bei dem Staatssekretär der Präsidial-Kanzlei die Grundlage für den schriftlichen Bescheid des MdI vom 24.12.1952⁸. Gemäß dieses Bescheides war der Bund Freier evangelischer Gemeinden in der DDR dazu berechtigt, in der Namensführung den Zusatz 'Körperschaft öffentlichen Rechts' zu führen. Da seit 1924 bereits Körperschaftsrechte der Gemeinden für Thüringen bestanden, Thüringen aber durch die

5 Brief Böhmes an den Vorstand der FeGn in Hermsdorf und Gera vom 8.3.'49 (Aktenbestand der FeG Gera).

6 Niederschrift über den Brüdertag am 16.9.'50 (BFeG-Archiv Witten Ost):

7 Unter anderem Hausmitteilung des MdI, Ref. Gesellschaftsfragen, Hauptreferent Schwarzer an Hauptabteilungsleiter Grötschel, v. 27.1.'53 (Bundesarchiv Abt. Potsdam, Bestand O-4, Akte 737).

8 BFeG-Archiv Witten Ost.

Gesetzgebung im Juli 1952 aufgelöst worden war, sah man im Mdl offensichtlich eine Möglichkeit, daß ebenfalls Gemeinden außerhalb des ursprünglich thüringischen Gebietes diese Körperschaftsrechte in Anspruch nehmen könnten. So wurde ausdrücklich in dem Bescheid dazu aufgefordert, bei der Neugründung von Gemeinden innerhalb der DDR das Recht zu haben, auf diese Körperschaftsrechte zu verweisen. Praktisch hatte dies für die Gemeinden drei wesentliche Auswirkungen:

a) Die einzelnen Veranstaltungen in den Gemeinden bedurften fortan nicht mehr einer ausdrücklichen Genehmigung der örtlichen Behörden.

b) Möglichen Schließungen von Gemeinden, wie sie bereits 1950 in Thüringen vorgekommen waren, konnte ein rechtliches Mittel entgegengesetzt werden.

c) Grundbuchamtliche Eintragungen von Grundstücken und Gebäuden der Gemeinden auf den Namen des Bundes Freier evangelischer Gemeinden in der DDR konnten mit dem Zusatz 'Körperschaft öffentlichen Rechts' versehen werden, was einer höchstmöglichen rechtlichen Absicherung gleichkam.

Darüber hinaus ergaben sich durch die frühe Kontaktaufnahme mit staatlichen Organen bzw. durch die Verselbständigung des Bundes weitere indirekte Konsequenzen:

a) Weitere Gemeinden suchten Anschluß an den Bund Freier evangelischer Gemeinde in der DDR. Neben theologischen Argumenten spielte auch die rechtlich anerkannte Eigenständigkeit des Bundes sowie die beantragten bzw. gewährten Körperschaftsrechte bei Anschlußgesuchen eine Rolle. Die Wachstumsphase des Bundes erhöhte und verlängerte sich nach vorsichtigen Einschätzungen durch diese Initiative um ca. zwei Jahre.

b) Die Loyalität der Gemeinden und der Leitung des Bundes gegenüber dem SED-Staat wurde von Seiten der für die Kirchen/Religionsgemeinschaften zuständigen Behörden bis 1958/60 pauschal eher positiv eingeschätzt. Aus diesem Grunde wurden Auslands- und Westreisen leichter bewilligt. Darüber hinaus entwickelten die Gemeinden eine rege Bautätigkeit, die immer der Genehmigungspflicht mehrerer politischer Instanzen bedurfte. So konnten bis 1960 immerhin 25 genehmigte und durchgeführte Um- und Neubauten in Freien evangelischen Gemeinden registriert werden. Dies entsprach annähernd 50% der damals bestehenden Gemeinden.

4. Einschätzung der frühen Bundesgründung aus heutiger Sicht

Die gezielte Kontaktaufnahme von Seiten der Gemeinden bzw. des Bundes durch Walter Böhme wirkte sich in den ersten Jahren positiv auf die Gemeinden aus. Wie bereits oben geschildert, sind in diesem Zusammenhang vor allem die rechtliche Absicherung und die rege Bautätigkeit der Gemeinden zu nennen. Längerfristig und aus heutiger Sicht gesehen, führte die frühe indirekte Anerkennung des DDR-Staates durch die Bundesgründung 1950

und die Aufnahme der Staatsbezeichnung in die Benennung des Bundes zu einer anpassenden Grundhaltung der einzelnen Mitglieder. Das zu diesem Zeitpunkt unter den Gemeindegliedern ohnehin noch geringe politische Interesse erfuhr auch durch die Erfahrung des Nationalsozialismus keine grundlegende Neubesinnung. Die Möglichkeit einer kritisch durchlebten Auseinandersetzung mit dem NS-Staat und nun der beginnenden SED-Diktatur wurde vorschnell zugunsten einer - meines Erachtens übersteigerten - Existenzfrage entschieden. In den folgenden Jahrzehnten äußerten sich die Nachwirkungen dieser Entscheidung auch in einer weitestgehenden unpolitischen Haltung der Mitglieder. Dies unterstützte wiederum den stillen Entfremdungsprozeß zwischen Gemeindegliedern und Gesellschaft. Von einer derartigen Abkapselung der Gemeinden konnten in der Folgezeit nur begrenzt Impulse ausgehen, was sich wiederum längerfristig u.a. auch auf die Mitgliederzahlen auswirkte. Gegen Ende der 70er Jahre erfolgte der Versuch einer Neukonzeptionierung, der aber auf einen erheblichen Widerstand der älteren Gemeindeglieder stieß und in den Gemeinden nur sehr begrenzt Anklang fand.

5. Einschüchterungsversuche des SED-Regimes, dargestellt anhand eines Beispiels vorübergehender Gemeindegliederung aus dem Jahre 1950

Die Freie evangelische Gemeinde Gera bildete im Sommer 1950 mit ca. 220 Mitgliedern und weiteren ca. 450 bis 500 Besuchern die größte Freie evangelische Gemeinde in der DDR. Sie gehörte zu dem 1924 gegründeten 'Bund Freier evangelischer Gemeinden in Thüringen, Körperschaft des öffentlichen Rechts'. Aufgrund einer polizeilichen Verfügung aus Berlin wurde die Gemeinde im August 1950 völlig überraschend geschlossen. Als Grund für diese, von der Hauptverwaltung der Volkspolizei in Berlin angeordnete Zwangsmaßnahme wurde die Nichtaufführung des 'Bundes Freier evangelischer Gemeinden in Thüringen' auf der Liste der anerkannten Körperschaften angegeben. Zu einer Beantragung der Körperschaftsrechte wurde die Gemeinde aber ausdrücklich aufgefordert.

Der auslösende Faktor dieses Vorfalles ist in einem im Juni 1950 geführten Gespräch zwischen Walter Böhme und einem namentlich nicht genannten Referenten für Kirchenfragen im MdI in Berlin zu sehen. Zur Erlangung einer Drucklizenz für den 'Gemeindegliederung' (Vorgänger von 'Glaube und Dienst') hatte Walter Böhme in dem Gespräch auf die Körperschaftsrechte der Freien evangelischen Gemeinden in Thüringen verwiesen. Nach der Sichtung der dem MdI vorliegenden Liste über die anerkannten Körperschaften, wurde einvernehmlich festgestellt, daß sich der 'Bund Freier evangelischer Gemeinden in Thüringen' nicht unter den aufgeführten Körperschaften befand. Walter Böhme wurde aufgefordert, diese Unklarheiten zu beseitigen. Möglicherweise hat der Prediger der Gemeinde in Gera nicht in entsprechender Weise auf die briefliche Mitteilung Böhmes reagiert und er-

brachte den Nachweis der Anerkennung nicht. Wahrscheinlicher ist jedoch eine unkorrekte Handhabung der Listenberichtigung der Hauptabteilung Verbindung zu den Kirchen. Der fehlende wortgetreue Eintrag auf einer Liste der anerkannten Körperschaften führte letztendlich zur polizeilichen Schließung der Gemeinde.

Bereits einen Tag nach der behördlich verfügten Einstellung der Gemeindetätigkeiten fuhr der Prediger der Geraer Gemeinde mit dem entsprechenden Schriftstück von 1924 und einem weiteren Antrag auf Zulassung der Körperschaftsrechte nach Berlin. Weder der legitime Nachweis der Körperschaftsrechte noch andere Proteste bewirkten zunächst eine Änderung der Situation. Bei einem Gespräch am 19.9.1950 wurde zunächst von dem zuständigen Abteilungsleiter innerhalb des MdIs versichert, daß der Staatssekretär die Wiederaufnahme der Gottesdienste genehmigt habe und mit einer schriftlichen Bestätigung in diesem Sinne unmittelbar zu rechnen sei. Kurz darauf wurde diese Angabe jedoch telefonisch widerrufen und erst für einen Zeitpunkt nach den ersten Volkskammerwahlen am 15.10.1950 in Aussicht gestellt. Die von diesem Ministerium bereits schriftlich verfaßte Anordnung vom 20.9.1950 an die Hauptverwaltung Deutsche Volkspolizei, ihre Nachforschungen in dieser Angelegenheit einzustellen, da die Tätigkeit durch eine vorläufige Aufnahme »in der Liste unter Abschnitt 3« genehmigt sei, wurde aufgrund des Sperrvermerkes »soll erst nach dem 15. 10. erledigt werden« nicht abgeschickt⁹. Als Hintergrund dieser - wahrscheinlich auf Anordnung höherer Stelle - erfolgten Verschiebung auf einen Zeitpunkt nach dem Wahltag der ersten Volkskammerwahlen der DDR ist der Versuch einer Einflußnahme auf das Wahlverhalten zu sehen. In dem als konservativ einzustufenden Einflußbereich der Freien evangelischen Gemeinden sollte entweder die Machtposition der SED demonstriert oder in den Gottesdiensten eine Stellungnahme zu den ersten Wahlen verhindert werden. Auf diese Weise sollte offenbar der Versuch unternommen werden, ein von Seiten der Regierung her positiveres Verhalten der Gemeindemitglieder und Besucher bei den Wahlen am 15.10.1950 zu erwirken. Erst eine erneute Vorsprache im zuständigen Ministerium bewirkte die am 10.11.1950 schriftlich erteilte Genehmigung zur Wiederaufnahme der gemeindlichen Tätigkeit.

6. Ende einer ersten Phase der Beziehungen

Gegen Ende der 50er Jahre spitzte sich die allgemeine politische Lage zu. Der stärkere Rückhalt der SED in der Bevölkerung erlaubte ein direkteres Zurückdrängen der kirchlichen Belange. Zwar konnten von 1958 bis 1960 nochmals vier Gemeindehäuser eingeweiht werden, doch wurde versucht, den Kontakt zur BRD und ins Ausland immer stärker einzugrenzen. Dies betraf vor allem die Reisetätigkeit und die Einfuhr westlicher Literatur, insbeson-

⁹ Brief der Hauptabt. Staatliche Verwaltung im MdI an die Hauptabt. Deutsche Volkspolizei v. 20.9.'50 (Bundesarchiv Abt. Potsdam, Bestand O-4, Akte 1514).

dere der Kinderzeitschrift des Bundes, deren Einfuhr ab 1.1.1961 untersagt war. Damit neigte sich eine erste Phase der Beziehung zwischen Gemeindebund und SED-Staat ihrem Ende zu. Walter Böhme, auf den sich die staatlichen Kontakte fast ausschließlich konzentriert hatten, pflegte diese nicht mehr in gleicher Intensität. Verhandelt wurden vornehmlich notwendige personelle Angelegenheiten. Ein Nachfolger für den gealterten Walter Böhme, der die begonnene Linie eines offenen und damit zeitweise auch sehr kontroversen Kontaktes fortgeführt hätte, war nicht in Sicht. Unter der Leitung seines Nachfolgers A. Röger wurde vielmehr versucht den direkten Kontakt zu staatlichen Stellen peinlichst zu vermeiden. Signifikant für dieses Vorgehen sind handschriftliche Notizen des Staatssekretariats für Kirchenfragen anlässlich eines möglichen Kondolenzbesuches für den verstorbenen A. Röger 1984¹⁰. Diese Hausmitteilung bescheinigt, daß eine Darstellung seiner Person in den Akten des StfKs nicht auffindbar sei.

7. Ministerium für Staatssicherheit (MfS) - Analyse des Bundes Freier evangelischer Gemeinden aus dem Jahre 1965

Mit der Errichtung der Mauer 1961 trat das Verhältnis der beiden deutschen Staaten in ein anderes Stadium. Nunmehr versuchte der Staat einen detaillierten Gesamtüberblick auch über die bestehenden Religionsgemeinschaften zu erlangen. Hierzu benutzte er das vorhandene Instrumentarium des StfKs und baute insbesondere das MfS verstärkt aus. Ein erster bisher zugänglicher 35seitiger Bericht über den Bund Freier evangelischer Gemeinden in Ost und West wurde von der Hauptabteilung XX/4 des MfS im Jahre 1965 erstellt. Schwerpunkte dieses Berichtes sind:

a) Erfassung der organisatorischen Struktur: Sowohl über die Leitung des Bundes als auch über dessen Größe in West und Ost war man gut informiert. Weiter findet sich eine Auflistung von ca. 85% der Freien evangelischen Gemeinden und Stationen in der DDR. Bei ca. 70% der aufgelisteten Gemeinden werden Pastor und/oder Gemeindeleiter genannt. Zwar gibt man zu, auf dem Stand von 1960 zu stehen, aber handschriftlich sind einige personelle Veränderungen aus den frühen 60er Jahren nachgetragen worden. Da in einer solchen Analyse nicht davon auszugehen ist, daß der Umfang der Erfassung und ihre Aktualität von dem Autor geschmälert wurde, kann es sich bei den handschriftlichen Notizen sehr wahrscheinlich nur um Nachtragungen handeln, die erst nach der Vorlage des Berichtes 1965 zur Aktualisierung hinzugefügt worden sind.

b) Neben einem Kurzüberblick über die historische Entstehung und Entwicklung der Gemeinden nimmt die Einschätzung der »religiösen Charakteristik« einen breiten Raum ein. Der Autor hatte sich an den meisten Stellen ein differenziertes Wissen über die theologischen Aspekte der Gemeinden

10 Bundesarchiv Abt. Potsdam, Bestand O-4, Akte 1514.

angeeignet. Die Quellen hierzu waren neben älteren Erklärungen der Bundesleitung vor allem Veröffentlichungen in der Gemeindezeitschrift 'Der Gärtner'. Dieser war spätestens seit 1960 systematisch erfaßt worden. Aus einigen groben Fehlbezeichnungen läßt sich jedoch mit Sicherheit festhalten, daß der Autor nicht in dem Bereich der Freikirchen zu suchen ist.

Grundthese dieses Berichtes ist die These einer weitgehenden politischen Beeinflussung des Bundes Freier evangelischer Gemeinden in der DDR durch den Bund Freier evangelischer Gemeinden in Westdeutschland. Begründet wird dies durch die regen Kontakte innerhalb der beiden Bundesleitungen und die weitgehend noch unkontrollierte Einfuhr der Gemeindezeitschrift 'Der Gärtner' mit ihren »antikommunistischen Hetzschriften« (Gemeint sind hier vor allem die meist anonymen politischen Äußerungen unter der Rubrik 'Vom Acker der Welt'). Der westdeutsche Bund in Witten/Ruhr wird im Sprachgebrauch des Kalten Krieges als »zu den übelsten und fanatischsten Feinden der DDR und des Sozialismus und Kommunismus gehören[d eingeschätzt], die hier politisch vor keiner Lüge, Verdrehung und Verleumdung zurückschrecken. Ihr Einfluß ist Ausdruck reaktionärster politisch-ideologischer Diversionstätigkeit« (S. 23). Besondere Beachtung fand die Ablehnung des Rationalismus in den Gemeinden. Die Ablehnung des mythologischen Verständnisses der Wundergeschichten, Engel und Dämonen mache »die Freie evangelische Gemeinden wie auch die anderen evangelischen Freikirchen in der DDR [zu einem] Hort der Erhaltung aller Arten von Einfalt, Primitivität, Aberglauben, Rückschrittlichkeit und kleinbürgerlicher Engstirnigkeit«. Eine derartige Tendenz stehe in »permanentem Widerstreit zu den fortschrittlichen Personen und Kräften in diesen Kirchen« (S. 5).

Entsprechend dieser Einschätzung galt es, die Gemeinden in der DDR mit gezielten »operativen Maßnahmen« zu bekämpfen. Unter der Überschrift 'Politisch-operative Gesichtspunkte' schließt sich ein mehrseitiges Strategiepapier zu einem weiteren systematischen Vorgehen gegen diese Freikirche und ihre einzelnen Gemeindeglieder an. Zum ersten seien alle Empfänger westlichen Schriftgutes (speziell der Gemeindezeitschrift 'Der Gärtner') in den Gemeinden zu erfassen. Weiterhin sollte die Lösung des Bundes in der DDR von der westlichen Bundesführung vorangetrieben werden. Gezielt sei das Gespräch mit jüngeren Personen aus den Gemeinden zu suchen und sie auf die »irrationalistischen Tendenzen« (S. 5) der Gemeinden aufmerksam zu machen. Jeder »operative Mitarbeiter« habe in seinen Gesprächen neuere naturwissenschaftliche Ergebnisse zur Sprache zu bringen. Der in bestimmten damaligen neueren theologischen Veröffentlichungen vertretene Gedanke der Entpersonifizierung Gottes sei unbedingt zu thematisieren. Gott habe dabei in dem Gedanken der »Liebe als tiefster Sinn der Welt« aufzugehen. Für die Umsetzung der politisch-operativen Gesichtspunkte sei aber unbedingt darauf zu achten, daß in diesen Gesprächen mit Gemeindegliedern nicht

massiver Druck auf die Anerkennung der genannten Punkte gelegt werde. Vielmehr sei der Versuch zu unternehmen, die »geistige Heimat und Gemeinschaft« zu spalten. Bei einem Gelingen sei entweder der selbständige Ausstieg der jüngeren Personen aus den Gemeinden die natürliche Folge, oder die Gemeinschaft werde »in ein besseres Verhältnis zum gesellschaftlichen Leben« der Republik überführt.

8. Zusammenfassung

Überträgt man die in diesem Referat wiedergegebenen Aussagen auf ein breiteres Spektrum der Freikirchen, so ist festzuhalten:

a) In der Religionspolitik des SED-Staates gegenüber den kleineren Religionsgemeinschaften ging es bis zu Beginn der 60er Jahre nicht erstrangig um die Existenzfrage, wie verschiedentlich befürchtet. Vielmehr nahm die Frage der Anerkennung der DDR bzw. die öffentliche Loyalität der betreffenden Freikirche gegenüber dem Regime einen übergewichtigen Raum in der Beurteilung ein.

b) Von dieser Zielsetzung unterscheidet sich die damalige Konzeption des MfS. Sie ist in ihrem Ansatz deutlich radikaler. Neben Beobachtungsaufgaben sollte eine völlige Isolierung der Gemeinden und ihrer Mitglieder von der BRD und dem westlichen Ausland vorangetrieben werden. Darüber hinaus sei der Versuch zu unternehmen, eine ideologische Unterwanderung, speziell der jüngeren Personen innerhalb der Gemeinden, einzuleiten. Zersetzungen der Gemeinden werden in diesem Ansatz als positiver Fortschritt gewertet, womit deutlich die Frage der Existenz der Gemeinden berührt wird.

Erfahrungsberichte:

Johannes Schmidt, Bund Freier evangelischer Gemeinden

1. Die Rolle des Bundes Freier evangelischer Gemeinden in der DDR

Der BFeG war *eine* Stimme im 'Chor der Kirchen'. Wir brachten unsere Stimme ein in der Vereinigung Evangelischer Freikirchen, in der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen, bei der Evangelischen Allianz, in Einzelgesprächen im Büro des Staatssekretärs für Kirchenfragen und mit dem Präsidium der VEF und mit dem Vorstand der AGCK.

Diese Stimme gebrauchen zu lernen und zu praktizieren war ein Lernprozeß, der 45 Jahre anhielt.

Die Freien evangelischen Gemeinden in der Sowjetischen Besatzungszone und späteren DDR waren zunächst eine 'Sammelstelle' für viele geflüchtete Menschen, die sich dem Grundverständnis der FeG verbunden wußten oder einfach eine geistliche Anlaufstelle suchten.

Weithin waren unsere Gemeinden (wie auch andere Kirchen) 'Durchzugsstation' nach dem Westen oder einem Familiensammelort auf der Suche nach einer neuen und 'besseren' Heimat. Dies muß vor allem auch bei den (manchmal rasch ansteigenden und dann wieder fallenden) Mitgliederzahlen gesehen werden. Ebenso bei Neugründungen von Gemeinden, die mit der angestammten Bevölkerung aber nicht heimisch wurden.

Unsere Gemeinden verstanden sich sehr stark als eine 'Evangelisationsbewegung'. Sie hatten, da wo sie waren, eine relative gute Öffentlichkeitswirkung - wenigstens für die Zeit etwa von 1945-1955. Es kam in dieser Zeit zu Berührungen und Konflikten mit den Behörden. Gerade dann, wenn Evangelisationen in politische Wahlzeiten fielen. Die Kritik des Staates ergab sich daraus, daß die Evangelisationsversammlungen besser besucht waren als die politischen Wahlversammlungen. Sie fanden zunächst in nicht-kirchlichen Räumen statt (Gasthofsälen z.B. in Dörfern), wurden aber systematisch zurückgedrängt und nur in kircheneigenen Räumen gestattet. Da Gottesdienste - teilweise - nur in Privaträumen (Wohnungen, oftmals kleinen, engen umgebauten Räumen) stattfinden konnten, war Öffentlichkeitsarbeit kaum möglich. Ein kurzzeitiger Gottesdienstverbot in ostthüringischen Gemeinden erhöhte die Schwellenangst von Randsiedlern der Gemeinden.

Mit der staatlichen Forderung, alle gesamtdeutschen Strukturen zu beenden und westdeutsche Einflüsse von in der BRD wohnenden Leitungspersönlichkeiten zu unterbinden, profilierte sich der Leitungsstil des BFeG in der DDR, und eine auch wirtschaftliche Selbständigkeit der Ortsgemeinden und des Bundes wurde nicht nur angestrebt, sondern auch erreicht. Dies freilich betrifft nicht Unterstützungen, die auf Grund von in der DDR nicht vorhandenen (Bau-)Kapazitäten gewährt und vom Westen finanziert wurden.

Dies gilt ebenso für die kirchlichen Vereinigungen VEF, AGCK, Evangelischen Allianz. Der BFeG wurde Mitglied in der AGCK.

Die Kontakte zu den Leitungsgremien des BFeG in der BRD wie auch zu den zwischenkirchlichen Vereinigungen behielten einen hohen Stellenwert und waren eine wichtige Informationsebene und förderten sehr bewußt das Zusammengehörigkeitsgefühl.

Der Zentralisierung der staatlichen Macht und Politik lief parallel eine dem Wesen des Bundesverständnisses entgegenstehende 'Zentralisierung' der Bundesverantwortung. Die Kirchenpolitik des Staates wollte *einen* Ansprechpartner der jeweiligen Kirche bzw. des Bundes. Hier kam es darauf an, zwischen der Bundesleitung und den Ortsgemeinden durch gute und umfassende Informationen und durch Stärkung der Verantwortlichen vor Ort ein ausgewogenes Verhältnis zu erhalten. Auf zentraler Ebene wurden u.a. angesprochen und teilweise auch verhandelt die Fragen bezüglich Volksbildung, Wehrdienst, Grundstücken, Bauten, Publikationen, Konferenzen, Internationale Beziehungen des Bundes.

Negativ wurde die staatliche Kirchenpolitik bei der Zusammenfassung der Evangelischen Freikirchen in den sog. 'Kleinen Religionsgemeinschaften' in Abgrenzung zu den evangelischen Landeskirchen und der katholischen Kirche empfunden. Die Bemühungen des Präsidiums der VEF und des Vorstandes der AGCK, diese beiden kirchlichen Vereinigungen dem Staatssekretariat für Kirchenfragen als Gesprächspartner 'salonfähig' zu machen, wurden nach meiner Einschätzung vom Staatssekretär bewußt abgelehnt. Die Zusammenfassung der Evangelischen Freikirchen mit den übrigen 'Kleineren Religionsgemeinschaften' wurde wiederholt als nicht sachgerecht angesprochen. VEF und AGCK wurden als eigentliche Gesprächsplattform der Freikirchen angemahnt.

2. Persönliche Erfahrungen

Zu meiner Person: Ich bin Jahrgang 1929. Meine Kindheit war eingebettet in ein bewußt christliches Elternhaus. Die Eltern waren Mitglied der Evangelischen Lutherischen Kirche Thüringens und aktiv in der landeskirchlichen Gemeinschaft Pößneck tätig. Vater war Mitglied der Thüringer Bekenntniskirche.

Durch meine Eltern war ich zu einer kritischen Haltung zum Nationalsozialismus erzogen, war aber Mitglied der Hitlerjugend. Vater war Postbeamter, kein Parteimitglied in der NSDAP.

2.1 1945-1949

Dies war die Zeit der Klärung meines Glaubensverhältnisses zu Jesus Christus. Ich traf eine bewußte Entscheidung für die Mitgliedschaft in einer Freien evangelischen Gemeinde und lehnte die Mitgliedschaft in der soeben gegründeten FDJ (Freie Deutsche Jugend) ab. Die zu nahe Parallele zur HJ

als staatlich gelenkte und ideologisch bestimmte Einheitsjugend machte mich sehr kritisch. Ebenso verweigerte ich jede Zugehörigkeit zu Partei oder Gewerkschaft. Die frühe Erkenntnis, daß diese Organisationen nur verlängerter Arm der Kommunistischen bzw. Sozialistischen Einheitspartei sind und diese wiederum verlängerter Arm der sowjetischen Besatzungsmacht, hielten mich in kritischer Distanz. Dieser Zeitraum führte zu persönlichen Klärungen und klarer Standortfindung.

2.2 1949-1953

Studium am Predigerseminar des Bundes Freier evangelischer Gemeinden in Ewersbach/Hessen BRD (illegaler Wegzug aus Thüringen).

Zu Fragen 'Christ und Gesellschaft', 'Aufarbeitung der Geschichte der NS-Zeit' bot das Studium keine Sachinformation noch Hilfestellungen. Vorbereitung auf einen Verkündigungs- und Seelsorgedienst in einem marxistisch geprägten Umfeld gab es nicht.

2.3 1953-1964

Berufung als Prediger in die Freie evangelische Gemeinde Borna bei Leipzig. Ich sammelte Erfahrungen mit der Kirchenpolitik auf Ortsebene (etwa 3% der Gemeindeglieder waren SED-Mitglieder). Für mich war zu dieser Zeit nicht erkennbar, ob ein Gemeindeglied zur CDU oder einer anderen 'Block'partei gehörte (SED-Mitgliedschaft war eindeutig).

Erlebte Konflikte mit staatlichen Stellen betrafen:

- Grundstücksfragen. Kauf eines Gemeindegrundstückes auf dem das Gemeindehaus der FeG stand (Pachtgrundstück). Ablehnung. Erfahrung mit der Lüge staatlicher Stellen, um den Kauf zu verhindern.

- Verweigerung einer angemessenen Wohnung.

- Unsere, meiner Frau und meiner, Nichtbeteiligung an der Wahl wegen o.g. Probleme mit den 'örtlichen Organen'.

- Verweigerung von Aufenthaltsgenehmigungen von Verwandten aus der BRD (vor allem wegen Nichtbeteiligung an der Wahl).

- Erfahrungen mit der Hilflosigkeit der CDU-Mitglieder in städtischen und staatlichen Verwaltungsstellen.

- Druckgenehmigungen, Jugendweihe, FDJ-Mitgliedschaft bzw. Nicht-Mitgliedschaft von jungen Christen. Mitgliedschaft oder Nicht-Mitgliedschaft bei den Jungen Pionieren.

Erkenntnis und Eingeständnis in dieser Zeit war unsere Ohnmacht gegenüber der Parteigewalt.

Meine Erkenntnis: Auf Kreisebene saßen im Referat Kirchenfragen Genossen, die sich im Nationalsozialismus als Kommunisten bewährt hatten, aber hilflose Ausführungsgestalten von für uns nicht erkennbaren Hintermännern waren. Die SED-Strukturen mußten erst langsam 'erfahren' werden.

Ich hatte das ungute Gefühl (nicht zu beweisen), daß die Superintendenten der evangelischen Kirchen einen besseren Draht zu dem Rat des Kreises hatten als die sog. 'Kleinen Religionsgemeinschaften'.

Heute frage ich mich: Wurden die 'Kleinen Religionsgemeinschaften' mit durch den Filter des Superintendenten gesehen?

2.4 1964-1971

1964 wechselte ich als Pastor in das Arbeitsgebiet der Freien evangelischen Gemeinden von Dresden (Radebeul und Freital).

Ich sammelte neue Erfahrungen im Umgang mit staatlichen Dienststellen auf Bezirksebenen und erhielt eine Einladung zum Gesprächskreis 'Christliche Kreise' bei der Nationalen Front. Die Teilnahme habe ich in Borna abgelehnt, habe aber in Dresden gastweise an Gesprächsforen teilgenommen. Ich begegnete dem späteren Referenten des Staatssekretärs Dr. Dohle, Herrn Breitmann und Frau Fischer (alle SED). Hier erlebte ich flexible Gesprächspartner.

Örtliche Konflikte von Gemeindegliedern in Volksbildungsfragen konnten punktuell angesprochen und geklärt, Grundstücksfragen geordnet werden. Erstmals Empfang westdeutscher Fachliteratur über ein Mitglied der 'Christlichen Kreise' (Pfarrer Feurich).

Offizielle Einreise von Mitgliedern unserer Bundesleitung BRD als Gäste der 'Nationalen Front' mit eng begrenzter Möglichkeit von Gemeindebesuchen für wenige Tage. Besuchsplanung wurde von 'Nationaler Front' bzw. Rat des Bezirkes gemacht. Unterbringung durch Nationale Front im Hotel. Ich empfand die Haltung unserer Gäste als zu schwach gegenüber den Gastgebern.

Die CDU warb darum, mich als Mitglied zu gewinnen. Erneut begründete Ablehnung meinerseits.

Teilnahme an einer Studienreise in die Sowjetunion, veranstaltet vom Hauptvorstand der CDU. Daran beteiligte ich mich nur nach ausdrücklicher Zustimmung der Bundesleitung.

2.5 1971-1989

1971 wurde ich als Gemeindepastor nach Berlin-Adlershof berufen und wurde Mitglied unserer Bundesleitung. 1974 nahm ich die Berufung zum Bundesvorsteher unseres Bundes an und war bis 1978 gleichzeitig Pastor der FeG Berlin-Adlershof, von da an vollzeitig im Bundesdienst.

In dieser Zeit wuchs immer stärker die Gewißheit: Es gibt keine Rechtsmittel für die Kirchen.

Es gibt nur ein 'Machtmittel': das Gespräch. Die Verhandlungen endeten oft mit dem Eindruck des Widersinns dieser ermüdenden Gespräche ohne Erfolge. Freilich, ab und an gab es einmal kleine Erfolge eines Gespräches, insgesamt demütigend, schwierig, unbefriedigend, zeitraubend, ohnmächtig.

Ich erkannte: Die Kirchen sind ein Machtmittel für das politische Ziel des Staates: die Anerkennung der DDR im Weltmaßstab. Sie sind eine Beschaffungsquelle für Devisen (Limex und Intershop, PKW-Beschaffung für Pastoren. etc.) und unterstützen die Reisekader-Politik. Der Eindruck, die Kirchen haben zur SED-Politik ihren Beitrag zu leisten, ließ mich in einem Zwiespalt leben. Wiederum war das der schmale Spielraum, der von uns genutzt werden mußte, um z.B. internationale Kontakte aufnehmen und unterhalten zu können, in Grundstücks- und Gebäudefragen Gemeinden helfen zu können, um ein Minimum an Literatur herstellen zu können etc.

In dieser Zeit nahm ich an repräsentativen Veranstaltungen des Staates teil: z.B. 750 Jahr-Feier der Stadt Berlin (Festakt); Geburtstagsgratulation bei Erich Honecker zum 70. und 75. Geburtstag (einmal als amtierender Präsident der VEF und einmal als Vorstandsmitglied der AGCK); Trauerfeier von Staatssekretär Seigewasser.

Fragen, die mich bewegen, lauten:

Welche Fakten hat eine historische Forschung aufzunehmen und wie können geistliche und Gewissensentscheidungen historisch erkannt und gewichtet werden? Gibt es Bewertungskriterien, ob eine Freikirche ihrem Selbstverständnis historisch treu geblieben ist?

Ist die Teilnahme an der sog. demokratischen Wahl einer Diktatur Pflicht eines Christen? Ist es Zeichen seines Glaubens, wenn er nicht geht? Macht er sich schuldig, weil er dadurch das System 'gestärkt' hat? Der Fahneneid der Volksarmee war religiös gefärbt. Ist ein Christ dadurch 'gebunden' oder ist vom NT eine Ablehnung eigentlich gefordert? (setzt Kenntnis des Inhalts des Fahneneides voraus).

Ist unsere Entscheidung richtig, wenn wir nicht bundesoffiziell gegen die Jugendweihe Stellung bezogen und dies dem Individuum in persönlicher Entscheidung überließen? (beachte das Gelöbnis).

Die Mitgliedschaft bei den Jungen Pionieren, FDJ, Kampfgruppen etc. wurde auch von Christen nicht immer, aber doch oft getroffen aus Existenzgründen. Entspricht dies dem NT?

Herbert Uhlmann, Evangelisch-methodistische Kirche

1. Die Rolle der Evangelisch-methodistischen Kirche in der DDR

In der Zeitschrift europäischer Christinnen und Christen 'Junge Kirche' stellt H.-J. Benedict rückblickend auf die Zeit der faschistischen Diktatur in Deutschland fest: »[...] die evangelischen Kirchen setzten trotz Barmen der heraufziehenden Barbarei sehr viel weniger Widerstand entgegen, als die auf ihr Potential Hoffenden erwarteten«¹.

1 In: Junge Kirche, Heft 5 (1994), S. 273.

Der DDR-Staat war gewiß ein anderes Gebilde als der Hitler-Staat. Aber als Diktatur verstand er sich von vornherein. Und die Machtfrage, so vernahmen wir auf allen Ebenen des real-existierenden Sozialismus, sei endgültig entschieden. In dieser nicht nur geistig vergifteten Umwelt konnte es zu keiner Zeit gelingen, völlig ungeschadet und ohne selbst Schaden anzurichten den eigenen Weg zu gestalten. Viele Einzelschicksale, aber auch die Geschichte der Kirche bezeugen diese Wahrheit. Nicht nur kirchliche Leitungsgremien, sondern auch die Ortsgemeinden standen vor derselben Zerreißprobe. Hat der Wendeherbst 1989 den Eindruck erweckt, vor allem evangelische Gotteshäuser seien Schutz- und Trutzbürg der Freiheit in einer ringsum geknechteten Situation, so stellte sich doch bei genauerem Hinsehen ein etwas differenzierteres Bild dar, dem sich zu stellen nicht nur Moral und Rechtschaffenheit fordern. Die Glaubwürdigkeit der Kirche ihrem Auftrag gegenüber ist damit verbunden.

Ihr Auftraggeber, so beteuerte auch die Evangelisch-methodistische Kirche, kann nur Christus selber sein. 'Gottes erklärter Wille'² hat in Christus seine unmißverständliche Ausprägung gefunden. Demzufolge beschreibt die Antwort auf Bonhoeffers Frage »Wer Christus heute für uns eigentlich ist«³ zugleich auch die Gestalt der Kirche, wenn sie sich denn an ihr eigenes Zeugnis gebunden weiß.

Soll also das Verhältnis der EmK zum SED-Staat dargestellt werden, so ist das für mich immer ein Alptraum und eine gute Erinnerung zugleich. Zwei Fragen drängen sich dabei herausfordernd auf: Warum haben wir nicht deutlicher machen können, daß die Kirche gerade auch ihr Verhältnis zum Staat nicht von Nützlichkeitsabwägung abhängig machen kann - und es darum auch nicht tut? Und wie kam es, daß der Weg der Kirche trotz mancher tiefgreifenden Irrtümer zu keiner Zeit in die totale Umklammerung durch den Unrechtsstaat führte?

Historiker, die zugleich Theologen sein müssen, haben sich um die Beantwortung dieser Frage zu mühen.

Meine persönlichen Anmerkungen:

Obwohl die EmK sich immer als Freikirche verstanden hat, also historisch bedingten landeskirchlichen Ballast nicht mit sich herumtragen muß, konnte sie doch nicht wesentlich unbeschwerter als die Großkirchen existieren. Ein entscheidender Grund dafür ist m.E. die wenig ausgeprägte Fähigkeit, politische Fragestellungen in ihrer theologischen Dimension zu erkennen und sie als Herausforderung an die Kirche zu begreifen. Als es 1970 zur Gründung einer eigenen Zentralkonferenz mit Sitz des Bischofs in Dresden kam, ver-

2 So der Titel einer Festschrift für Armin Härtel, dem langjährigen Bischof der EmK in der DDR, hg. von Michael Weyer (CV 93).

3 So in einem Brief an Eberhard Bethge vom 30.4.1944, zit. aus *Widerstand und Ergebung*, 5. Aufl. Berlin 1982, S. 305; vgl. auch das Geleitwort von Albrecht Schönherr in der *Bonhoeffer-Auswahl*: Christus für uns heute. Berlin 1970, S. 5 ff.

wies man zur Begründung dieses Schrittes immer wieder auf den staatlichen Druck. Keineswegs war von vornherein klar, daß man im Kontext der United Methodist Church bleiben wollte und würde. Es mußte auch darum erst gestritten werden. Gar nicht wenige einflußreiche Personen in der Kirche konnten sich durchaus eine völlig selbständige methodistische Kirche in der DDR vorstellen. Diese Art von Eigenständigkeit wäre ohne Zweifel auch die Entscheidung über die Gleichschaltung kirchlicher Interessen mit staatlichen Vorgaben geworden. Rückblickend ist Dankbarkeit angezeigt darüber, daß die Struktur der methodistischen Kirche eine weltweit wirksame Konnexion darstellt. In ihr zu bleiben bedeutete auch, in der SED-Realität ständig ein Fremdkörper zu sein.

Das gesamtgesellschaftliche Klima war lange Zeit arm an Übungsfeldern, die den aufrechten Gang, das freie Wort und die mutige Tat stärkten. Anfang der siebziger Jahre entstand, inspiriert vor allem durch Angehörige der CDU, ein Arbeitskreis unter dem Slogan 'Christen für den Sozialismus'. Zweifellos war dies ein weiterer Versuch nach vielen vorangegangenen und anderen, die nachfolgten, die Kirche stärker an Vorgaben zu binden, die staatliche Kirchenpolitik verordnen wollte. Wenn diesen Bemühungen auch punktuell Erfolge beschieden waren, so erlag die EmK diesem Druck doch nicht.

Dies festzustellen heißt nicht, deutlich erkennbare Schwächen in dieser Bewährungszeit übersehen zu wollen. Die Thematisierung der staatlich verordneten Schulpolitik mit der damit einhergehenden Knechtung der Gewissen gelang uns nie deutlich genug. Gemeinsam und öffentlich die Abscheu vor Mauer und Stacheldraht zu formulieren fehlte uns offenbar der Mut. Kirchliche Dienstreisen wurden beantragt und wahrgenommen. Sie führten Delegierte in das westliche Ausland. Die Forderung an den Staat, jedem Bürger im Land freie Reisemöglichkeiten einzuräumen, erhoben wir leider nicht.

Dennoch: 'Kirche des Sozialismus' ist die EmK nie geworden. Die Zauberformel 'Kirche im Sozialismus' ist nicht unter uns entstanden. Einige von uns revoltierten immer dagegen. Aber eine gute Chance, gehört zu werden, hatten sie nicht. Da wirkte wohl auch die lobende Anerkennung mit, die von jenseits der Mauer aus westlichen Gefilden unser Leben und Tun begleitete und die - gewollt oder ungewollt - uns in die unerwünschte Situation mit einbinden half.

Inzwischen hat die viel zu aufgeregt geführte Stasi-Debatte den Blick auf die wirkliche Lage, wie sie zu DDR-Zeiten tägliches Brot war, eher verstellt als erhellt. Zu meiner Person liegen 800 Seiten eines »Operativen Vorgangs« vor, der 1982 eröffnet und 1989 geschlossen wurde. Als persönlichen Eindruck gewinne ich nach der unerfreulichen und zugleich befreiend wirkenden Lektüre die Überzeugung: So gut, wie wir hätten sein sollen als christliche Gemeinde in der Diktatur, so gut waren wir leider nicht. Aber wir waren besser, als wir dachten. Die Akten des Staatssicherheitsdienstes zeigen

ungewollt, daß im Wesen und Leben der Kirche unabdingbar die Suche nach der rechten Gestalt der Gemeinde Jesu Christi lebendig geblieben ist. Sehr viel mehr konnten wir nicht leisten. Aber ist es nicht schon sehr viel, wenn sich die Kirche allezeit dazu verpflichtet weiß und sich dieser Verpflichtung auch stellt?

2. Persönliche Erfahrungen

Ich wurde 1941 in Zschopau/Sachsen geboren. Die Eltern waren als ehemalige Angehörige der China-Inland-Mission nach der politisch erzwungenen Rückkehr aus China in der Methodistenkirche in Deutschland tätig.

Meine Kindheit verbrachte ich von 1942 bis 1954 in Bockau/Erzgebirge. Erinnerungen an Übergriffe der sowjetischen Besatzungsmacht in Privathäusern und im Kirchengebäude sind vorhanden. Am 17. Juni 1953 wird sogar in dem kleinen Erzgebirgsdorf ein sowjetischer Panzer stationiert.

2.1 1954-1966

Wie meine drei Geschwister, so war auch ich nie Mitglied der Thälmannpioniere, der Jungen Pioniere oder der FDJ. Es herrschte in der Familie die Überzeugung, daß Mitgliedschaft in diesen Organisationen zugleich Unterwerfung unter die politischen Irrtümer der SED bedeuten müsse.

Konkrete Folgen dieser Entscheidung werden vor allem spürbar bei der Ablehnung aller Anträge, die aus unserer Familie zum Besuch der Oberschule gestellt wurden.

Wenige Wochen vor dem Mauerbau 1961 verlassen meine beiden Brüder die DDR, um in Westdeutschland beruflich voranzukommen.

Nach der Mittleren Reife absolviere ich eine Lehre als Rundfunk- und Fernsehmechaniker. Danach folgt bis 1966 das Studium der Theologie am Theologischen Seminar der Evangelisch-methodistischen Kirche in Bad Klosterlausnitz mit vorausgehendem Gemeindepraktikum in Dresden, erster Predigtamt am Sonntag nach dem Mauerbau, Predigttext: Matth. 7, 24 ff.

2.2 1966-1972

Dienstzuweisung nach Oederan/Brand-Erbisdorf. Der Gemeindebezirk ist ausgedehnt auf ein Gebiet von vier Kreisstädten (Flöha, Freiberg, Frankenberg, Brand-Erbisdorf). Demzufolge ergeben sich zahlreiche Gespräche mit staatlichen Behörden. Von 1969 bis 1971 wird in Brand-Erbisdorf ein Gemeindezentrum in Eigenleistung der Gemeinde erbaut. Die Baugeschichte wird für mich zum Schulbeispiel einer irrational gelenkten Planwirtschaft, die ideologischen Prämissen hörig ist. Bausperre und Abbruch schon rohbaufertiger Gebäudeteile gehört zu den üblichen Schikanen.

1970 überträgt mir die Jährliche Konferenz der EmK in der DDR das Amt eines Sekretärs des Kinderwerks der Kirche. Damit ist ein ständiger, durch Auseinandersetzungen mit der Schul- und Bildungspolitik des Staates geprägter Konflikt verbunden. Wiederholt kommt es in dieser Zeit zu

Strafandrohung wegen der Schaukastengestaltung der Gemeinde. Man fordert mich auf, systemkritische Aussagen zu entfernen. In keinem Fall bin ich der Aufforderung nachgekommen.

2.2 1972-1978

Dienstzuweisung als zweiter Pastor nach Karl-Marx-Stadt, Friedenskirche. Zugleich Sekretär im Kinderwerk, ab 1976 hauptamtliche Mitarbeit im Bund der Evangelischen Kirchen im Bereich Kirchliche Unterweisung/Kinder-gottesdienst. Bau eines Schulungs- und Rüstzeitheimes in Bad Klosterlausnitz. Die Baugeschichte ist ein Beispiel eines großen, gemeinsamen Werkes zahlreicher Helfer aus vielen Gemeinden. Die Finanzierung geschieht ausschließlich durch Sammlungen in den Gemeinden der EmK in der DDR.

2.3 1978-1985

Dienstzuweisung nach Plauen, Erlöserkirche. 1978 erste dienstliche Reise in das nichtsozialistische Ausland, der bis 1989 acht dienstliche und zwei private Reisegenehmigungen folgen. Konflikte mit den Behörden der Stadt um Probleme wie Druckgenehmigung des Gemeindeprogramms, politische Belastungen im Alltagsleben vieler Gemeindeglieder, berufliche und andere Benachteiligung wegen der Zugehörigkeit zur christlichen Gemeinde. Offene Auseinandersetzung um die Akzeptanz des Symbols 'Schwerter zu Pflugscharen'. Am 5.4.1982 Vorladung zum Oberbürgermeister zu einem Streitgespräch, das per Tonband protokolliert wird und bei dem es zu unverhohlenen Einschüchterungsversuchen kommt.

Friedensausstellungen im Kirchgebäude und offene Jugendarbeit mit umfangreichen Kontakten zu Jugendlichen, die mit zunehmender Deutlichkeit dem ideologischen Bildungsprogramm des Staates den Rücken kehren. Gefängnisbesuche bei einem Inhaftierten in Naumburg bis zu dessen Freikauf und seiner Abschiebung in die Bundesrepublik.

Die Tatsache der Gefängnis-Besuchserlaubnis macht mir klar, daß ich die Staatssicherheit im Nacken habe und offenbar ständig beobachtet werde. Viele Menschen suchen seelsorgerliche Hilfe. Bei fast jedem muß ich argwöhnen, daß er mit der Staatssicherheit im Kontakt sein könnte.

Im August 1985 stirbt nach 21jähriger Ehe meine Frau im Alter von 41 Jahren. Ihr plötzlicher Tod ist unseren beiden Kindern und mir eine tiefe Zäsur.

2.4 1985-1989

Die Arbeit in Plauen wird geprägt durch Versuche, Reisemöglichkeiten möglichst für alle Gemeindeglieder zu ermöglichen. In persönlichen Erklärungen zur Jährlichen Konferenz 1987 und 1988 (Verhandlungen der 20. Sitzung der Jährlichen Konferenz gehalten in der Friedenskirche in Zwickau vom 20.-24. Mai 1987, S. 26 ff und Verhandlungen der 21. Sitzung, gehalten in der Erlöserkirche zu Plauen vom 25.-29. Mai 1988, S. 27) weise ich auf die unhaltbare

Situation hin, daß wir zwar Gäste empfangen, aber nicht in einem normalen Austausch mit anderen Gemeinden jenseits von Mauer und Stacheldraht sein dürfen.

Eine Jugendgruppe aus Cincinnati, USA, besucht die Plauener Gemeinde im Frühjahr 1989. Nach Abreise der Gruppe beschwere ich mich bei der Plauener Polizei wegen ständiger Beschattung. Es kommt zu einem verbalen Schlagabtausch mit dem Polizeipräsidenten der Stadt, bei dem Drohungen gegen meine Person und unsere Arbeit unmißverständlich sind.

Nachdem 1988 zum Abschluß der Jährlichen Konferenz in Plauen das städtische Gelände 'Parktheater' zur Verfügung gestellt worden war und mehr als 5.000 Menschen, zum Teil mit Sonderzügen nach Plauen gekommen waren, bedeuten die Konfrontationen im Frühjahr 1989 einen spürbaren Rückschritt.

2.5 1989-1994

Die Jährliche Konferenz beauftragt mich mit der Dozentur für Systematische Theologie am Seminar der Evangelisch-methodistischen Kirche in Bad Klosterlausnitz. Beginn der Dozententätigkeit im September. Im gleichen Monat Reise nach den Niederlanden mit dem Chor der Gemeinde Plauen. Länger als drei Jahre wurde um diese Reismöglichkeit gekämpft mit dem Ziel, die übliche Praxis der außerordentlichen Dienstreisen zu durchbrechen.

Im Oktober 1989 auch in Bad Klosterlausnitz Brügerdiskussionen zur Lage des zerfallenden politischen Systems. Studenten und Dozenten des Theologischen Seminars spielen dabei eine wichtige Rolle

Vor dem später durch Wahlbetrug berüchtigten Urnengang im Frühjahr wurde ich vom Kreissekretär der CDU in Plauen, Mitglied der Evangelisch-methodistischen Gemeinde, mehrfach aufgefordert, anlässlich einer Wahlveranstaltung der nationalen Front in Oelsnitz/Erzgeb. das Wort zu ergreifen. Er nennt mir sein Wunschthema: 'Der sozialistische Staatsbürger christlichen Glaubens'. Ich behalte mir Zustimmung oder Ablehnung vor und entscheide erst in der Pause der von etwa 400 Menschen besuchten Versammlung, daß ich mich zu Wort melden werde zum Thema: 'Der Christ in der sozialistischen Gesellschaft' - Ich nehme Stellung zu drei Problemkreisen, nämlich:

- Mauerbau - ein Unrecht von Anfang an, das sich selbst richtet, darum auch sich selbst überleben wird.
- Ideologie in der Erziehung, die vom Kindergarten an ein Vergehen an der Persönlichkeit ist.
- Militarisierung der gesamten Gesellschaft, die Haß und Gewalt gebiert, während wir Frieden und Versöhnung brauchen.

Mein Beitrag wird mit langem Beifall bedacht, woraus viele Teilnehmer ableiten, daß der Staat seine Machtherrlichkeit zu verlieren beginnt.

Im Herbst Beitritt zum Neuen Forum. Nachdem sich diese Gruppierung nicht als politische Partei organisiert, Eintritt in die neu gegründete SPD, bis

1990 Vorsitzender des SPD-Ortsverbandes Hermsdorf-Klosterlausnitz. 1990 Umzug nach Zwickau-Planitz mit Dienstuweisung an die Christuskirche.

2.6 1994

Im Januar Einsichtnahme in die 800 Seiten umfassende Akte des Staatssicherheitsdienstes der DDR. Die Akte ist als 'Operativer Vorgang' am 7.7.1982 angelegt worden zum Tatbestand des Paragraphen 106 StGB unter folgender Begründung:

»Der Verdächtige sucht die Konfrontation mit staatlichen Organen und richtet sich somit gegen die Kirchenpolitik der DDR. Er vertritt die Position, daß er seine Tätigkeit seiner Zielstellung unterordnet, der Machtübernahme durch Christi. Er ist Vertreter der SOFD [Sozialer Friedensdienst] und Initiator einer eigenständigen Friedensbewegung der Kirche sowie Vertreter und Verbreiter des Pazifismus«.

Als »Zielstellung der Bearbeitung des OV« nennt Oberst Steudel, der die Akte unter dem Decknamen »Mauer« angelegt hat,

»ständig die Lage und Situation unter den Methodisten zu kennen, zu dokumentieren und in deren Ableitung geeignete politisch-operative Maßnahmen einzuleiten und durchzusetzen. Dabei gilt es, auf der Grundlage einer ständigen und exakten Analyse, Widersprüche in theologischer und politisch-ideologischer Art zwischen Methodisten und Evangelen [Evangelischen], zwischen U[h]lmann und Superintendent Küttler, Thomas, hervorzurufen. Weiterhin besteht die Zielstellung darin, die Wirksamkeit, Mittel und Methoden des Vorgehens der Methodisten einzuschätzen. Daraus resultierend geeignete Politisch-operative Maßnahmen durchzuführen, um den Differenzierungsprozeß weiter voranzuführen. Leiter der Kreisdienststelle, Steudel, Oberst«.

Wolfgang Hartlapp, Adventgemeinde

1. Die Rolle der Adventisten in der DDR

Wie die übrigen kleineren Religionsgemeinschaften erfuhren auch die Siebenten-Tags-Adventisten (STA) von Seiten des SED-Staates grundsätzliches Mißtrauen, weil hier ein für sie unkontrollierbarer Bereich vorlag. Andererseits wurden diese Kirchen zeitweilig, besonders vor den Wahlen, umworben, um gegenüber den Großkirchen und der Öffentlichkeit als Aushängeschild für Loyalität verwendet zu werden.

Obwohl generell alle Kirchen und Religionsgemeinschaften gleichgestellt waren, wurden die kleineren Religionsgemeinschaften im Unterschied zu den Großkirchen in mancher Hinsicht anders behandelt, vor allem weil sie nicht als Körperschaft des öffentlichen Rechts anerkannt waren, bzw. ihnen dieser Status entzogen worden war. Das wirkte sich vor allem dahingehend aus, daß sie entsprechend einer 1951 erlassenen Verordnung verpflichtet waren, jeden Gottesdienst und jede Versammlung von mehr als fünf Personen, auch in

gemeindeeigenen Räumen, spätestens drei Tage zuvor beim zuständigen Volkspolizei-Kreisamt zu melden. In der Regel gaben die Prediger die Meldungen monatlich ab. Dabei wurde an verschiedenen Orten ein persönliches Erscheinen des Predigers verlangt.

Für Adventisten ergaben sich die häufigsten Konfliktsituationen mit staatlichen Behörden auf dem Gebiet der Sabbatheiligung, und das trotz des in der Verfassung der DDR zugesicherten Rechts der freien Religionsausübung.

In Bezug auf eine Arbeitsbefreiung an Samstagen in den Betrieben gab es für Adventisten weniger Schwierigkeiten. 1951 bestätigte das Ministerium für Arbeit grundsätzlich das Recht auf Arbeitsbefreiung an Sonntagen auf Grund der Verfassung. Dadurch war es nicht wie in der NS-Zeit möglich, Adventisten zur Arbeit am Sonntag zu zwingen. Aber es bedeutete unter Umständen den Verlust des Arbeitsplatzes. Ein Passus dieser Verordnung lautete: »Es muß nun im Einzelfall entschieden werden, ob betrieblicherseits eine Freistellung von der Arbeit erfolgen kann, oder ob das Arbeitsverhältnis zum nächsten gesetzlichen Termin zu kündigen ist«¹.

Schwieriger war die Situation bezüglich einer Befreiung der Adventistenkinder vom Schulunterricht an Samstagen. In den ersten Jahren nach Gründung der DDR gab es kaum Probleme. Das Ministerium für Volksbildung verfügte am 15.7.1950, daß eine grundsätzliche Befreiung an Sonntagen zwar nicht stattfindet, aber besonderen Anträgen der Eltern stattgegeben werden sollte. Anfangs wurde diese Verfügung großzügig gehandhabt. Aber schon wenige Jahre später, besonders nach einer Neuformulierung des Schulgesetzes 1959 gab es nur noch zu besonderen Anlässen Befreiung und auch nur auf stets neuen schriftlichen Antrag. Die Einführung der Fünf-Tage-Arbeitswoche in der DDR brachte neue Schwierigkeiten, weil jetzt auch Nichtadventisten den schulfreien Samstag für ihre Kinder wünschten. Das aber lehnte der Staat kategorisch ab. Wenn Adventistenkinder dennoch dem Unterricht fernblieben, bedeutete das Geldstrafen und vereinzelt Androhung von Entzug des Erziehungsrechtes. Nach längeren Verhandlungen wurde schließlich das Fernbleiben vom Unterricht toleriert. Abgesehen von den behördlichen Vorgaben hing die Unterrichtsbefreiung weitgehendst von dem Entgegenkommen der Lehrer, Schullektoren und Kreisschulräte ab und natürlich vom Leistungsstand der Schüler. Als um 1980 Gysi die Nachfolge von Seigewasser als Staatssekretär für Kirchenfragen antrat, hörten die Schwierigkeiten für adventistische Schulkinder auf. Allerdings betraf das nicht das 11. und 12. Schuljahr. Das Abitur blieb aus diesem Grund Adventistenkindern, die samstags nicht zur Schule gingen, verwehrt.

Ähnlich langwierige Auseinandersetzungen in der Sabbatfrage ergaben sich bei den adventistischen Bausoldaten. Die Erfahrung lehrte, daß sie, die

1 Schreiben vom Ministerium für Arbeit, HA Arbeitsschutz vom 23.2.1951 an Otto Nuschke, HA Verbindung zu den Kirchen.

von Anfang an entschieden ihren Standpunkt vertraten, meist für den Gottesdienst befreit wurden. Aber es gab auch Fälle von Inhaftierungen, die erst durch Intervention der Gemeinschaftsleitung gelöst werden konnten. Auch hier hing die Möglichkeit einer Befreiung vom Dienst weitgehend vom jeweiligen Vorgesetzten und der Beharrlichkeit des Bausoldaten ab.

2. Zu meiner Person:

Ich bin Jahrgang 1929. 1946 wurde ich durch die Glaubenstaufe Glied der Gemeinschaft der STA. Nach dem Abitur im Sommer 1947 besuchte ich das gerade wieder eröffnete Predigerseminar in Friedensau. Wegen des großen Predigermangels in der Nachkriegszeit wurde ich nach nur zweijähriger Ausbildung in den Dienst als Prediger der Gemeinschaft gerufen. Vierzehn Jahre lang versah ich den Gemeindedienst, zuerst in Halle/Saale und Umgebung, dann ein Jahr lang im Naumburger Bereich, danach über sechs Jahre von Halberstadt aus im Nordharzgebiet und schließlich im Ostteil von Leipzig. Aus dieser Zeit (1949-1963) stammen im wesentlichen meine Erfahrungen im Umgang mit den Behörden. Sie betrafen hauptsächlich die monatlichen Meldungen der gottesdienstlichen Veranstaltungen beim jeweiligen Volkspolizeikreisamt und die Beantragung von Druckgenehmigungen für öffentliche Vorträge. Ich erlebte kurz nach Einführung der Verordnung über Veranstaltungsmeldungen das Kuriosum, daß die Polizei einen meiner Bibelkreise in einer Privatwohnung in Halle/Saale unter dem Vorwand aufsuchte, die Tragfähigkeit des Fußbodens zu überprüfen.

Als ich 1963 in den Lehrdienst am Theologischen Seminar in Friedensau berufen wurde, hatte ich mit Verwaltungsaufgaben nichts mehr zu tun. Bezüglich der Ausbildung junger Prediger erfuhren wir keine Einschränkung von Seiten des DDR-Staates. Es gab allerdings gelegentlich Probleme bei der Einreise von Besuchern aus westlichen Staaten, vor allem aber bei der Beschaffung der nötigen Fachliteratur. Ich selbst gehörte keiner Partei an. Das trifft auch für alle Adventisten zu, von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen. Liebend gern hätte die Ost-CDU in Friedensau eine Ortsgruppe aufgebaut, stieß aber dabei auf entschiedene Ablehnung. Den Volkskammer- und Kreistagswahlen entzog ich mich nicht, weil ich darin nach Römer 13 eine Unterordnung unter die bestehende Obrigkeit sah. Meine drei Kinder, die in jenen Jahrzehnten heranwuchsen, gehörten weder zu den Jungen Pionieren und der FDJ, noch nahmen sie an der Jugendweihe teil, was ihnen manchen Nachteil einbrachte. Die beiden Söhne verweigerten später den Dienst mit der Waffe. Wenn das Letztere für die jungen Brüder unserer Gemeinschaft die Regel war, so waren die Meinungen bezüglich Jungpionieren, FDJ und Jugendweihe geteilt.

Rolf Dammann, Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden

Die Verselbständigung des Bundes Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden in der DDR (BEFG-DDR) hat sich in drei Schritten vollzogen. Die Währungsreform 1948 hatte die Einrichtung einer Bundesgeschäftsstelle-Ost in Ost-Berlin zur Folge. Innerhalb der Bundesleitung gab es eine Bundesleitung-Ost. - Der Bau der Mauer 1961 führte zu einer gegenseitigen Freigabe der Teilbünde BRD und DDR. - Nach der Verabschiedung der neuen Verfassung der DDR 1968, wobei bereits im Verlauf der Diskussion der Satz 'Staatsgrenzen sind Kirchengrenzen' geprägt worden war, verlangte der Staatssekretär für Kirchenfragen (SfK), die Eigenständigkeit des Bundes auch im Namen zum Ausdruck zu bringen. 1969 wurde die Namensänderung beschlossen. In dieser Zeit bildeten sich auch andere kirchliche Organisationen in der DDR.

Die Haltung des Bundes war geprägt durch die beiden Übersetzungsvarianten von Römer 12, 11 »Schicket euch in die Zeit« (frühere Luther Übersetzung) und »Dienet dem Herrn« (revidierter Text). Wir müssen uns heute fragen, ob wir die Chancen genutzt haben und in manchen Äußerungen oder Handlungen zu zurückhaltend waren.

Artikel 39 der Verfassung der DDR handelt von »Kirchen und anderen Religionsgemeinschaften«. Oft wurde auch von den 'Kleineren Religionsgemeinschaften' gesprochen, worunter auch der BEFG-DDR eingeordnet wurde. Seitens des SfK wurde mir erklärt, wir sollten darin keine Diffamierung sehen; es wäre lediglich eine Unterscheidung im Gegenüber zu den evangelischen Landeskirchen und der katholischen Kirche. Es bestünde staatlicherseits eine gleiche Haltung gegenüber den Kirchen und Religionsgemeinschaften. Für uns war es andererseits klar, daß die Kirchen für den Staat ein stärkeres Gegenüber waren. Sie konnten zugleich in ihren Gesprächen und ihren Handlungen bewußter auftreten und sich leichter Gehör verschaffen.

Wir waren deshalb dankbar für Berichte zur kirchlichen Lage, die die Vertreter des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR bei Sitzungen zwischenkirchlicher Gremien gaben. Wir partizipierten an Ergebnissen von Verhandlungen. Als Beispiele seien genannt die Durchführung von Rüstzeiten für Kinder und Jugendliche und die Aussendung von Mitarbeitern in die Dritte Welt. Der BEFG-DDR konnte 1988 erstmalig zwei Krankenschwestern nach Sierra Leone entsenden, die von der dortigen Baptisten-Union angefordert wurden und im Rahmen der Europäischen Baptistischen Mission arbeiteten.

Die Kirchen und Religionsgemeinschaften wurden auch gegenseitig ausgespielt. Als man bei einer Taschenkontrolle in der Schule bei einem Jugendlichen ein von unserem Jugendwerk herausgegebenes Informationsheft zum

Wehrdienst fand, das in seiner Tendenz den Dienst bei den Baueinheiten bzw. die Verweigerung empfahl, kam es zu einem ausführlichen Gespräch beim SfK. U.a. wurde uns empfohlen, in ähnlichen Fällen doch formlos dem SfK unsere Informationen zukommen zu lassen, wie es auch seitens der Kirchen geschehe. Wir haben das weder getan noch uns bei den Kirchen über eine derartige Handlungsweise erkundigt.

In 'Die Rolle der Kirchen in der DDR'² führt Joachim Heise aus: »Als sich das Verhältnis zwischen dem Staat und dem Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR 1988/89 immer mehr verhärtete, demonstrierte die Staatsmacht ihr gutes Einvernehmen mit den kleineren Religionsgemeinschaften«³. Das ist unsererseits zu bestätigen.

Manchmal hätte ich mir ein gemeinsames Vorgehen der Kirchen und der Freikirchen gewünscht. Dazu ist es sehr selten gekommen. Vielleicht waren wir in dieser Hinsicht zu kleine Partner, vielleicht wäre es auch für die Kirche schwer geworden, eine Sondierung innerhalb der Religionsgemeinschaften als Partner vorzunehmen, vielleicht wäre es auch nicht einfach gewesen, zu einmütigen Aussagen zu kommen.

Die Gespräche und Verhandlungen mit Dienststellen bzw. Behörden wurden auf örtlicher, bezirklicher und zentraler Ebene geführt. In der Regel verliefen sie in einer aufgeschlossenen Atmosphäre. Manches wurde erreicht. In Anbetracht des 'Demokratischen Zentralismus', der die Verbindlichkeit des Planes, der Gesetze und Beschlüsse höherer Staatsorgane für die nachgeordneten und zugleich die Förderung der Eigenverantwortung und Initiative der örtlichen Staatsorgane vorsah, war es zuweilen schwer, die Dienststelle zu finden, die die letzte Entscheidung zu treffen hatte. Heute wissen wir, daß manche Entscheidung von der SED oder der STASI vorgegeben wurde.

Als Zeitzeuge frage ich mich, inwieweit konnte ich die Religionspolitik des SED-Staates durchschauen bzw. hätte sie durchschauen müssen, und wo wird sie erst jetzt für mich erkennbar.

2. Persönliche Erfahrungen

Geboren wurde ich am 16. August 1924 in Görlitz. Meine Eltern waren Glieder der Baptistengemeinde und wiesen mir den Weg zu Christus und der Gemeinde.

Nach dem Besuch des humanistischen Gymnasiums bis zum Einjährigen begann ich 1940 die Ausbildung zum Finanzbeamten. Von 1942-1945 Dienst in der Kriegsmarine und kurze Gefangenschaft. Anschließend war ich als Betriebsprüfer tätig. Ich wurde Mitglied der CDU in der Hoffnung, zum Aufbau beitragen zu können. Zeitweise war ich Vorsitzender der Betriebsgewerkschaftsleitung.

2 Die Rolle der Kirchen in der DDR. Hg. v. Horst Dähn. München 1993.

3 Ebd. S. 86.

1952 wurde ich als Autodidakt von der evangelisch-freikirchlichen Gemeinde in Schmölln/Thüringen zum Pastor berufen. Gleichzeitig trat ich aus der CDU und der Gewerkschaft aus, weil ich als Seelsorger nicht parteipolitisch gebunden sein wollte. Neben dem Gemeindedienst erfolgte der Besuch von theologischen Kursen.

Von 1958-1989 war ich Generalsekretär des BEFG-DDR. Dieser umfangreiche Dienst, der sowohl pastorale als auch verwaltungsmäßige Aufgaben umfaßte, hat mir, trotz mancher Schwierigkeiten, Freude gemacht. Es war nicht nur der Dienst innerhalb des Bundes, sondern damit verbunden die Mitarbeit in internationalen Gremien (Baptistischer Weltbund, Europäische Baptistische Föderation) und auf zwischenkirchlicher Ebene (Vereinigung evangelischer Freikirchen, Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen, Diakonisches Werk u.a.).

Soweit mir seit 1989 in meinem Ruhestand Zeit verbleibt, bemühe ich mich zur Aufarbeitung der Geschichte des BEFG-DDR beizutragen und übernehme Predigt- und Vortragsdienste.

Anschriften der Verfasser

Pastor Reinhard Assmann, Landsberger Allee 175/1706, 10369 Berlin

Lothar Beaupain, Johanniterstr. 2, 35099 Burgwald-Wiesefeld

Pastor Rolf Dammann, Karl-Marx-Allee 129, 10234 Berlin

Dozent Wolfgang Hartlapp, Theologisches Seminar, 39291 Friedensau

Pastor Dieter Leutert, Theklastr. 11, 12205 Berlin

Prof. Dr. Peter Maser, von Siemens Str. 3b, 48291 Telgte
zur Zeit: Im Rebgarten 5, 53127 Bonn

Ass. jur. Heinz-Adolf Ritter, Reislieth 8, 25588 Oldendorf

Pastor Johannes Schmidt, Aufderhöher Str. 169-175, 42699 Solingen

Pastor Herbert Uhlmann, Richardstr. 8, 08064 Zwickau

Karl Heinz Voigt, Hardenbergstr. 15, 24105 Kiel

Bibliographie 1993 zur Geschichte der Freikirchen (mit Nachträgen)

A. Bibliographien

1. Bibliographie 1992 zur Geschichte der Freikirchen (mit Nachträgen). In: Freikirchenforschung 3 (1993), S. 119-138

B. Übergreifende Darstellungen und Sammelwerke

Selbständige Veröffentlichungen

2. Berliner Bibelschulen 1994/95 der Gemeinde auf dem Weg. Mit einem Vorwort v. Wolfgang Margies. Berlin 1994, 24 S.
Werbeprospekt u. Selbstdarstellung
3. Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon, begr. u. hg. v. Friedrich Wilhelm Bautz, fortgef. v. Traugott Bautz. Bde. 5 u. 6 Herzberg 1993 (=BBKL)
4. Evangelisches Lexikon für Theologie und Gemeinde, hg. v. Helmut Burckhardt und Uwe Swarat in Zusammenarbeit mit Otto Betz, Michael Herbst, Gerhard Ruhbach, Theo Sorg. Bd. 2 Wuppertal u. Zürich 1993 (=ELThG)
5. Zwischenbilanz. Evangelikale unterwegs zum Jahr 2000. Hg. v. der Deutschen Evangelischen Allianz. Stuttgart 1991, 250 S.
Der Sammelband, eine Festschrift für Fritz Laubach, enthält Aufsätze zur evangelikalen Theologie und zu Aufgabe und Zukunft der Deutschen Evangelischen Allianz

Aufsätze, Artikel

6. *Augustijn, Cornelis*: Reformierte Kirche und Freikirchen in den Niederlanden in der zweiten Hälfte des achtzehnten Jahrhunderts. In: Freikirchenforschung 3 (1993), S. 13-25
7. *Balders, G[ünter]*: Liedgut/Liederbücher. In: ELThG Bd. 2, S. 1248-1255
Zu den Freikirchen speziell unter 7. 19. Jahrhundert b. und 8. 20. Jahrhundert b.
8. *Fincke, Andreas*: Falsche Propheten. Religiöse Sondergemeinschaften in Ostdeutschland. In: Lutherische Monatshefte 32 (1993), H. 11, S. 6-8
9. *Gaeckle, V[olker]*: Gemeinde/Kirche d. Die Täufergemeinden. e. Die Freikirchen. In: ELThG Bd. 2, S. 704 f
10. *Geldbach, E[rich]*: Großbritannien 6. In: ELThG Bd. 2, S. 825 f
11. *Geldbach, E[rich]*: Nordamerika. In: ELThG Bd. 2, S. 1447-1450
Konfessionskundliche u. geschichtliche Anmerkungen
12. *Hitzemann, Günter*: Landeskirchen und Freikirchen in haushalterischer Verbundenheit. In: Haushalterschaft als Bewährung christlichen Glaubens. Gnade und Verpflichtung. Hg. v. Theodor Schober. Stuttgart 1981, S. 97-104

13. *Lefringhausen, Klaus*: Freikirchen in Deutschland. In: Das Parlament, 17-18, Themenausg. Staat u. Kirche, S. 14
Äußerst mangelhafter Kurzbeitr. über Freikirchen in Deutschland. Enth. auch: Religionsgemeinschaften in Deutschland, ebd. S. 19 - Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen, ebd. S. 19
14. *Walton, Robert C.*: Amerika und der Protestantismus. In: Freikirchenforschung 3 (1993), S. 104-117

C. Übergreifende Sachthemen

Aufsätze, Artikel

15. *Schnabel, E[ckhard]*: Keswick. In: ELThG Bd. 2, S. 1068
16. *Balders, G[ünter]*: Kapelle 2. Freikirchlich. In: ELThG Bd. 2, S. 1038
17. *Balders, G[ünter]*: Konferenz. In: ELThG Bd. 2, S. 1144 f
18. *Balders, G[ünter]*: Liebesmahl b) neuzeitlich. In: ELThG Bd. 2, S. 1247
19. *Brandt, E[dwin]*: Gemeindebeitrag. In: ELThG Bd. 2, S. 715
20. *Brandt, E[dwin]*: Nachfolge Christi. In: ELThG Bd. 2, S. 1392-1396
Zu den Freikirchen speziell unter 6 c.
21. *Campenhausen, Axel von*: Trennung von Staat und Kirche. Die schildernde Bedeutung eines Begriffs. In: Evangelische Kommentare 26 (1993), S. 80
22. *Geldbach, Erich*: Taufe und Wiedertaufe. Einige historische Anmerkungen zu einem ökumenischen Problem. In: Festschrift Günter Wagner. Bern 1993 (International Theological Studies: Contributions of Baptist Scholars 1), S. 33-46
Die »Wieder«täufer der Reformation entdeckten den Reichtum der neutestamentlichen Taufaussagen; sie fanden sogar eine Wiedertaufe im NT, die sie veranlaßte, die Säuglingstaufe als unter dem Gesetz stehend zu betrachten.
23. *Geldbach, Erich*: Taufe und Mitgliedschaft im Protestantismus. In: Una Sancta 48 (1993), S. 54-66
24. *Geldbach, Erich*: Koinonia. Einige Beobachtungen zu einem ökumenischen Schlüsselbegriff. In: Mitteilungen des Konfessionskundlichen Instituts Bensheim 44 (1993), S. 73-77
Nachweis, daß dem in der Ökumene viel benutzten Begriff ein hierarchisches und bischöflich-verfaßtes Kirchenbild zugrundeliegt.
25. *Geldbach, Erich*: Überlegungen zu ekklesiologischen Aspekten in den Freikirchen. In: P. Neuner u. D. Ritschl: Kirche in Gemeinschaft - Gemeinschaft der Kirchen. Frankfurt/Main 1993 (Beihefte zur Ökumenischen Rundschau 66), S. 134-147
26. *Geldbach, E[rich] u. P[eter] Schneider*: Graham, William (Billy) Franklin / Billy Graham Evangelistic Association (BGEA). In: ELThG Bd. 2, S. 814-815
27. *Geldbach, Erich*: Evangelisierung und Evangelisation. In: Mitteilungen des Konfessionskundlichen Instituts Bensheim 44 (1993), S. 33-36

28. *Geldbach, Erich*: Die eine Kirche und die vielen Konfessionen. Ein Plädoyer für eine pluralistische Kirche. In: Diskussionen. Zeitschrift für Akademieforschung u. Erwachsenenbildung 24, 30 (1993), S. 34-45
Behandelt die Frage nach Wahrheit, Dialog, Absolutheitsanspruch, Einheit und Verschiedenheit der Konfessionen
29. *Geldbach, Erich*: Freier Staat und freie Kirche. In: Materialdienst des Konfessionskundlichen Instituts Bensheim 44 (1993), S. 9-14
30. *Guderian, H[ans]*: Gemeindeaufbau b) in den Freikirchen. In: ELThG Bd. 2, S. 714 f
31. *Guderian, H[ans]*: Heimatmission. In: ELThG Bd. 2, S. 889
32. *Kaegi-Studer, H[ansjörg]*: Geistestaufe. In: ELThG Bd. 2, S. 693-695
33. *Langenbach, H[ans] G[ünter]*: Körperschaft des öffentlichen Rechts (KdöR). In: ELThG Bd. 2, S. 1170
34. *Oertel, Günter u. Karl-Heinz Michel*: Geistliches richtig beurteilen. Fragen zur Prüfung charismatischer Phänomene. In: Una Sancta 48 (1993), S. 47
35. *Ohlemacher J[örg]*: Heiligungsbewegung. In: ELThG Bd. 2, S. 879 f
36. *Rott, L[udwig]*: Kindersegnung 1. Freikirchlich. In: ELThG Bd. 2, S. 1082
37. *Scheffbuch, W[inrich]*: Kindergottesdienst 1. Geschichte. In: ELThG Bd. 2, S. 1075 f
38. *Schnabel, E[eckhard]*: Keswick. In: ELThG Bd. 2, S. 1068
39. *Siebold, M[anfred]*: Musik, moderne christliche. In: ELThG Bd. 2, S. 1383 f
40. *Sorg, Th[eo] u. P[aul] G[erhard] Schöll*: Gottesdienst c) praktisch-theologisch 3. d. In: ELThG Bd. 2, S. 806
41. *Strübind, Andrea*: Diakonie der Freikirchen im NS-Staat. In: Diakonie-Jahrbuch '93. Stuttgart 1993, S. 106-124
42. *Strübind, Andrea*: Freikirchen und Ökumene in der Nachkriegszeit. In: Kirchliche Zeitgeschichte 6 (1993), H. 1, S. 187-212
43. *Swarat, U[we]*: Gemeindezucht c) in Freikirchen. In: ELThG Bd. 2, S. 725 f
44. *Wieske, G[ünter]*: Gemeindebibelschule (GBS). In: ELThG Bd. 2, S. 716

D. Einzelne Freikirchen

Evangelisch-altreformierte Kirche

Selbständige Veröffentlichungen

45. *Lebenswelten*. Materialien für kirchlichen Unterricht und Gemeindegemeinschaft in der Evangelisch-altreformierten Kirche in Niedersachsen. Hg. v.

der Synode der Evangelisch-altreformierten Kirche in Niedersachsen. Bad Bentheim 1993, 138 S.

Enthält: Albert Arends, Ökumenische Beziehungen - Gerrit Jan Beuker, Geschichtlicher Überblick - Ders., Aufbau und Struktur - Alfried Gülder, Statistik und Karten - Arend Klompaker, Altreformierte Frömmigkeit - Ders., Diakonische Gemeinde - Gerhard Naber, Kirche, Staat und Politik - Roel Visser u. Gerhard Naber, Kirche und Israel - Ders., Missionarische Gemeinde

Aufsätze, Artikel

46. *Alberts, J.*: Beziehungen Evangelisch-altreformierte Kirche - Gereformeerde Kerk in Nederland. In: Der Grenzbote, Organ für die Evangelisch-altreformierte Kirche in Niedersachsen 103 (1993), Nr. 11
47. *Beuker, Gerrit Jan*: Die Vereinigung von 1892 und ihre Geschichte. In: Der Grenzbote, Organ für die Evangelisch-altreformierte Kirche in Niedersachsen 102 (1992), S. 131 f
Enthält die Besprechung verschiedener Gedenkbücher zum hundertjährigen Jubiläum der Gereformeerden/altreformierten Kirche
48. *Beuker, Gerrit Jan*: 1892 17 Juni 1992. In: Der Grenzbote (wie Nr. 47) 102 (1992), S. 100
Enthält einen Bericht über das Symposium vom 17.6.1992 in Kampen zum hundertjährigen Bestehen der Gereformeerden/altreformierten Kirche in Niedersachsen
49. *Fischer, J. F.*: Fortschritt im SOW Prozeß. In: Der Grenzbote (wie Nr. 47) 103 (1993), Nr. 25
50. *Fischer, J. F.*: Verenigde Protestante Kerk in Nederland. In: Der Grenzbote (wie Nr. 47), Nr. 20
51. *Heikens, H.*: 100 Jahre Gereformeerde Kerken in Nederland. In: Der Grenzbote (wie Nr. 47) 102 (1992), S. 74
Inhalt: Gründung der Vereinigung von 1892, Anfragen an die ökumenische Arbeit heute
52. *Vennegeerts, W.*: Entwicklungen in den Gereformeerden Kerken. In: Der Grenzbote (wie Nr. 47) 103 (1993), Nr. 24, S. 187 f
Die vier Artikel beschäftigen sich mit dem Selbstverständnis d. Ev.-altref. Kirche und ihrer Schwesterkirche, der Gereformeerden Kerken in Nederland, mit der die Ev.-altref. Kirche kirchenrechtlich und organisatorisch verbunden ist.

Evangelische Brüder-Unität

Bibliographien, Archivwesen

53. *Comenius-Jahrbuch*, im Auftrag der deutschen Comenius-Gesellschaft hg. v. Gerhard Michel. Bd. 1 Sankt Augustin 1993, S. 103-108
54. *Peucker, P.M.*: Bibliographische Übersicht der 1992 erschienenen Veröffentlichungen über die Brüdergemeine (mit Nachträgen). In: *Unitas Fratrum* 34 (1993), S. 109-124

55. *Rikhof, F.*: Uniteitsarchief Herrnhut. In: Nederlands Archievenblad 97 (1993), S. 311-317

Selbständige Veröffentlichungen

Alte Brüderunität

56. *Gerhard Michel u. Jürgen Beer (Hg.)*: Johann Amos Comenius - Leben, Werk und Wirken. Autobiographische Texte und Notizen. Ausgewählt, übersetzt, eingeleitet und herausgegeben von Gerhard Michel und Jürgen Beer. Sankt Augustin 1992 (Schriften zur Comeniusforschung 21), 259 S.
57. Comenius, Johann Amos: Dir, o Herr, sei Lob gegeben - mit Comenius singen und bete. Herrnhut 1992
58. Gill, T. u. Karl Eugen Langerfeld (Hg.): Predigten, Lieder und Gebete von Johann amos Comenius. Herrnhut 1992
59. *Goßmann, Klaus u. Christoph Th. Scheilke*: Jan Amos Comenius 1592-1992. Theologische und pädagogische Deutungen. Gütersloh 1992
60. *Schaller, Klaus*: Comenius 1992 - Gesammelte Beiträge zum Jubiläumsjahr. St. Augustin 1992 (Schriften zur Comeniusforschung 22)

Neue Brüderunität

61. *Augustin, Stephan*: Die Herrnhuter 'Cook'-Sammlung. Münster 1992, 120 S.
Die Sammlung bildete den Grundstock des Herrnhuter Völkerkundemuseums
62. Die *Ausstellung* im Archiv der Brüder-Unität in Herrnhut. Herrnhut 1993, 40 S.
Überblick zur Geschichte der Brüder-Unität, mit 85 Abb., davon 16 in Farbe
63. Evangelische Brüdergemeinde *Berlin I*. Berlin 1994. 8 S.
64. *Cranz, David*: Sarepta. Zeitgenössischer Bericht über Gründung und Frühgeschichte einer Kolonie der Brüdergemeinde an der Wolga. Lauterbach 1992
65. *Fischer, Hans-Georg*: Herrnhut. Unter des Herrn Hut. Die Evangelische Brüder-Unität. Dresden 1993, 22 S.
66. [*King, Elisabeth*]: Ockbrook Moravian Church and Settlement, 1750, hg. v. Alan McGibbon u. Haydn Todd. o.O. o.J., 16 S.
67. *McDonigle, H.*: John Wesley and the Moravians. London 1993 (Wesley Fellowship Occasional Paper 8), 32 S.
68. *Modrow, Irina*: Dienstgemeinde des Herrn. Nikolaus Ludwig von Zinzendorf und die Brüdergemeinde seiner Zeit. Hildesheim 1994 (Theologische Texte und Studien 4), VI, 208 S.

69. *Weber, Gontrude*: Der »rote Schmidt«. Wahrnehmung und Praxis eines echten Herrnhuters. Theodor Schmidt (1870-1960). Basel/Kassel 1993 (Lebensbilder aus der Brüdergemeinde 3), 28 S.

Aufsätze, Artikel

Alte Brüderunität

70. *Beer, Jürgen*: Autobiographie und Zeitgeschichte in der Schutzschrift des J.A. Comenius. In: Comenius Jahrbuch 1 (1993), S. 38-50
71. *Blekastad, Milada*: Comenius und Europa. In: Acta Comeniana 34 (1993, H. 10, S. 65-74
72. *Capková, Dagmar*: J.A. Comenius' Concept of Humanity. In: [Lezingen uitgesproken bij de uitreiking van de] Scheidegger-Comenius-prijs 1992 voor pedagogiek van de Internationale Instituten Scheidegger. Venlo 1992, S. 32-40
73. *Carpay, J.A.M.*: In de leer bij Comenius. In: Scheidegger-Comenius-prijs 1992 (wie Nr. 72), S. 41-48
74. *Groenendijk, Leendert F.*: Comenius in historisch-pedagogisch perspectief. In: Scheidegger-Comenius-prijs 1992 (wie Nr. 72), S. 6-31
75. *Hecht, Hartmut*: Die Handschriften des Leibnizschen Gedichtes auf Johann Amos Comenius. In: Comenius Jahrbuch 1 (1993), S. 83-90
76. *Henkys, J.*: Pädagogik und Theologie in der 'Pampaedia' des Johann Amos Comenius. Miniaturen - Strukturen. In: Pastoraltheologie 82 (1993), S. 72-79
77. *Korthaase, Werner*: Comenius-Ausstellungen 1992 in Deutschland. In: Comenius Jahrbuch 1 (1993), S. 15-19
78. *Michel, Gerhard*: Die Pampaedia als Kern der Consultatio Catholica. In: Comenius Jahrbuch 1 (1993), S. 27-37
79. *Nipkow, Karl Ernst*: Johann Amos Comenius - Zeitkritiker, Visionär, Ökumeniker, Theologe. Eine Skizze zum theologisch-philosophischen Hintergrund seiner Pädagogik. In: Beiträge pädagogischer Arbeit 36 (1993), H. 2, S. 40-60
80. *Schaller, Klaus*: Die Didaktik des Johann Amos Comenius zwischen Unterrichtstechnologie und Pansophie. In: Comenius Jahrbuch 1 (1993), S. 51-63
81. *Rydl, Karel*: Komenskys Consultatio Catholica als Quelle der Inspiration für die Ikonognosie des Frantisek Tilser. In: Comenius Jahrbuch 1 (1993), S. 64-82

Neue Brüderunität

82. *Boynnton, Lindsay*: The Moravian Brotherhood and the Migration of Furniture Makers in the Eighteenth Century. In: Furniture History [the Journal of the Furniture History Society] 29 (1993), S. 45-58
83. *Cassese, M.*: »Religion del Cuore« e devozione al sangue del costato di Cristo nel pietista luterano Nikolaus L. von Zinzendorf. In: Rivista di Storia e letterature religiosa 30 (1994), S. 263-298
84. *Doerfel, Marianne*: Aristokratische und demokratische Erziehung im 18. Jahrhundert. Das »Adelspädagogium« in Uhyst/Spree. In: Staat und Erziehung in Aufklärungsphilosophie und Aufklärungszeit, hg. v. F.-P. Hager u. D. Jedan. Bochum 1993, S. 33-41
85. *Fiedler, Klaus*: Christentum und afrikanische Kultur. Konservative deutsche Missionare in Tanzania 1900 bis 1940. 3. Aufl. Bonn 1993 (Edition afem mission academics 2), 221 S.
Die praktisch textgleichen ersten beiden Aufl. erschienen 1983 und 1984 in Gütersloh. Aus d. Herrnhuter Mission behandelt das Buch Traugott Bachmann (S. 53-65) und die Volkstumstheologie in der Nyassa Mission 1933-1939 (S. 117-134)
86. *Finze-Michaelsen, Holger*: Die Herrnhuter in Graubünden - Streit um die kirchliche Erneuerung im 18. Jahrhundert. In: Unitas Fratrum 33 (1993), S. 5-34
87. *Gembicki, Dieter*: Vom kairos zum chronos. Zeitauffassung im pennsylvanischen Bethlehem. In: Unitas Fratrum 33 (1993), S. 80-99
88. *Gill, Theodor*: Die Brüdergemeinde als Freikirche. In: Freikirchenforschung 3 (1993), S. 1-12
89. *Heinz, Hans*: Nikolaus Ludwig Graf von Zinzendorf - Wertschätzung und Auseinandersetzung aus adventistischer Sicht. In: Freikirchenforschung 3 (1993), S. 65-75
90. *Holzhalb, Beat*: Brief des Beat Holzhalb von Zinzendorfs Heimreise aus der Schweiz im Dezember 1735. Hg. v. Hellmut Reichel. In: Unitas Fratrum 33 (1993), S. 35-57
91. *Knothe, Joachim*: Nieskyer Traditionen im Ansturm einer neuen Zeit. Das Pädagogium zu Niesky und der Anspruch des Nationalsozialismus. In: Unitas Fratrum 34 (1993), S. 65-102 u. 35 (1994), S. 7-55
92. *Köpf, Ulrich*: Das Blut Christi in Frömmigkeit und Theologie des Protestantismus. In: 900 Jahre Heilig-Blut-Verehrung in Weingarten 1094 bis 1994. Festschrift zum Heilig-Blut-Jubiläum am 12. März 1994. Sigmaringen 1994, S. 399-413
Köpf geht ausführlich auf Zinzendorf und Bengel ein, ausgehend von Luther und der luth. Orthodoxie
93. *Meerdink J.*: J.A. Wolff (1870-1954). Organist, Koorleider en muziekleraar te Zeist. In: Seijst. Bulletin uitgegeven door de Van de Poll-Stichting 23 (1993), S. 87-97

94. *Meyer, Dietrich*: Johann Gottfried Scheibel (1783-1843) und die Herrnhuter Brüdergemeine vor der Frage von Union und Agende. In: *Freikirchenforschung* 3 (1993), S. 76-103
95. *Peucker, P.M.*: Nach 224 Jahren. Die Unitätsdirektion wieder in Zeist. In: *Herrnhuter Bote. Mitteilungen aus der Brüdergemeine* (Mai 1993), S. 22-23
96. *Peucker, P.M.*: Godts Wonderen met Zyne Kerke. Isaac le Long (1683-1762) en de Herrnhutters. In: *De Achttiende Eeuw* 25 (1993), S. 151-185
97. *Peucker, P.M.*: Het Zeister Sendingsgenootschap 1793-1993. In: *Seijst Bulletin ter bevordering van de kennis van de geschiedenis van Zeist* 23 (März 1993), S. 11-20
98. *Poldmäe, Rudolf*: Der Herrnhuter Christoph Michael Königseer und sein Gerichtsprozeß im Jahr 1767, übers. v. Jaan Purga mit Einl. v. Guntram Philipp. In: *Unitas Fratrum* 33 (1993), S. 58-79
Estonisch erschienen in: *Religiooni ja Ateismi Ajaloost Eestis*. Tallinn 1987
99. *Rechcigl, Miloslav Jr.*: Moravian Brethren from Bohemia, Moravia and Silesia. Their Arrival and Settlement in America. In: *Bohemia* 32 (1991), S. 152-165
Rechcigl geht aus von Georg Neissers Liste, veröffentlicht in *TMHS* 1913
100. *Rechcigl, Miloslav Jr.*: The Renewal and Formation of the Moravian Church in America. In: *Czechoslovak and Central European Journal* 9 (1990), S. 12-26
101. *Sommer, Elisabeth*: A Different Kind of Freedom? Order and Discipline among the Moravian Brethren in Germany and Salem, North Carolina, 1771-1801. In: *Church History* 63 (1994), S. 221-234
102. *Sorg, Th[eo]*: Losungen. In: *ELThG* Bd. 2, S. 1271 f
103. *Tollefsen, Randall H.*: Tagebuch einer Reise von sechs Kindern von Zeist nach Herrnhut im Jahr 1755. In: *Unitas Fratrum* 34 (1993), S. 7-48
104. *Vogt, Peter*: The Shakers and the Moravians. A Comparison of the Structure and the Architecture of their Settlements. In: *The Shaker Quarterly* 21 (1993), S. 79-97
105. *Wessel, Carola*: »Messet die Seelen nicht mit der Herrnhuter Elle«. Die Herrnhuter Brüdergemeine und ihre Mission in Nordamerika. In: *Amerikastudien. American Studies* 38 (1993), S. 399-413
106. *Wolf-Dahm, Barbara*: Mirbt, Carl. In: *BBKL* Bd. 5, Sp. 1569-1573

Evangelisch-Freikirchliche Gemeinden / Baptisten

Selbständige Veröffentlichungen

107. *Ahrens, Hans-Herbert*: Unternehmen »Gomorra«. Der 50. Jahrestag der Luftangriffe auf Hamburg. Hamburg 1993 (Mosaiksteine zur Gemeindegeschichte [d. Evang.-Freikirchl. Gemeinde Hamburg Altona I] Zur Zerstörung der Christuskirche 1943 und ihren Folgen)
108. Hundert Jahre Baptistengemeinde *Basel*. Basel 1993, 20 S.
109. *Bresina, Christoph*: Von der Erweckungsbewegung zum 'Social Gospel'. Walter Rauschenbuschs Herkunft, Umfeld und Entwicklung bis 1891. Diss.theol. Marburg 1993 [masch.], 473 S.
110. *Buss, Johannes*: Chronik der Familie Bohlken aus Halsbek im Ammerland. o.O. [Oldenburg] o.J. [1993], 220 S.
111. *Carey, William*: Eine Untersuchung über die Verpflichtung der Christen, Mittel einzusetzen für die Bekehrung der Heiden. Übers. u. hg. v. Klaus Fiedler u. Thomas Schirrmacher. With an English list of geographical identifications. Bonn 1993 (Edition afem mission classics 1)
[An Enquiry into the Obligation of Christians to use Means for the Conversion of the Heathen. Leicester 1972]
Die erste deutsche Übersetzung der Programmschrift der klassischen Missionen. Careys Buch ist eine theologische Auseinandersetzung mit calvinistischen Anschauungen, daß Mission nicht erlaubt, nicht nötig oder nicht möglich sei. Es enthält aber auch eine Geschichte der Weltmission und die erste Religionsstatistik der ganzen Welt (S. 38-61). Die Fußnoten der Hg. bringen die heutigen Namen.
112. *Gieske, Uwe Albrecht (Hg.)*: Diabo & Lüllau. »Was sagt Ihr nun zum väterlichen Erbe« I. Briefe, Bilder, Berichte einer Predigerfamilie aus dem Kaiserreich. Oldenburg 1993, 324 S.
113. *Jelten, Margarete*: Der sächsische Kürschner zu Bremen anno 1843. Bremerhaven 1993, 52 S.
Über Christian Domsch, den ersten Baptisten in Bremen
114. *Klammt, Thomas*: »Ist die Heidenmission zu empfehlen?« Die deutschen Baptisten und die Mission in der Ferne (1848-1913). Bonn 1994 (Edition afem mission scripts 1), 101 S.
Stellt die Diskussion um die Frage nach dem Sinn der Mission in der Ferne im frühen deutschen Baptismus dar, die dann in der Gründung der Kamerunmission ihren Abschluß fand. Zugleich ist es die erste umfassende Darstellung früher baptistischer Missionsbemühungen vor der Gründung der Kamerunmission (China, Südafrika, Burma, Indien).
115. *Nittnaus, Lothar*: Blicke in die Geschichte der Baptistengemeinde Basel. Basel 1993, 82 S.
116. *Rust, Heinrich Christian (Hg.)*: Arbeiten und Arbeiten lassen. Prinzipien geistlicher Leitung. Wuppertal u. Kassel 1993 (Gemeinde und Charisma), 128 S.

117. *Vachek, Kerstin*: Diakonische Gemeinde. Aus biblischer, theologischer und aktueller Sicht. Diplomarbeit o.O. o.J., 101 S.
118. 100 Jahre Evangelisch-Freikirchliche Gemeinde *Wermelskirchen* 1893-1993. Wermelskirchen 1993, 60 S.
119. *Wilczek, Roland*: Brennpunkte baptistischer Ekklesiologie in ihrer Differenz zum katholischen Kirchenverständnis. Diplomarbeit Bonn 1993, 80 S.

Aufsätze, Artikel

120. *Balders, Günter*: Die deutschen Baptisten und der Herrnhuter Pietismus. In: Freikirchenforschung 3 (1993), S. 26-39
121. *Brachmann, Gerhard*: Die Brüder- und Baptistengemeinden in Ostdeutschland (DDR) nach 1945 und ihr Verhältnis zur Außenmission. In: Evangelikale Missiologie 1991, S. 18-22
122. Vorträge der Konferenz des Arbeitskreises '*Gemeinde und Charisma*'. Bremen, 13.-17. November 1992.
Über ev.-freikirchliche Ekklesiologie und Geistliche Gemeindeleitung von Siegfried Liebschner, Willi Bergemann, Volkmar Glöckner, Heinrich-Christian Rust, Horst Stricker, Manfred Beutel, Hartmut Bergfeld, Matthias Linke, Wilhelm Grotwinkel, Jürgen Lederich
123. *Knuchel, Marc*: Die Entstehungsgeschichte der Evangelisch-Freikirchlichen Gemeinden in der deutschen Schweiz. In: Saat und Ernte, 72 (Jan. 1992) - 73 (Sept. 1993).
124. *Lorenzen, Thorwald*: Die Glaubenstaufe - ein Erfordernis für die Kirchen? Baptistische Perspektiven. In: Una Sancta 48 (1993), S. 14-24
125. *Ross, H. Miriam*: Dunkel um Dorothy Carey? In: Evangelikale Missiologie (1993), S. 73-77
[Übers. von Friedhilde Stricker, Evangelical Missions Quarterly (1992), S. 360 ff]

Evangelisch-Freikirchliche Gemeinden / Brüdergemeinden

Siehe E. Verwandte Strömungen: *Brüderbewegung / Christliche Versammlung*

Evangelisch-methodistische Kirche

Selbständige Veröffentlichungen

126. *Klaiber, Walter u. Manfred Marquardt*: Gelebte Gnade. Grundriß einer Theologie der Evangelisch-methodistischen Kirche. Stuttgart 1993, 463 S.
127. *Weyer, Michel* (Hg): Gottes erklärter Wille. Festgabe zum 65. Geburtstag für Armin Härtel. Stuttgart 1993 (Beiträge zur Geschichte d. Evangelisch-methodistischen Kirche 43)
Enthält: *Weyer, Michel*: Zwischen den Klippen grundsätzlicher Akklamation und grundsätzlicher Opposition. Bischof Armin Härtel und das Selbstverständnis der EmK als

Aufsätze, Artikel

128. *Borgen, Peder*: Mission zur Zeit des Neuen Testaments und in der Evangelisch-methodistischen Kirche in Europa heute. In: *Theologie für die Praxis* 19 (1993), 2, S. 57-70
129. *Falk, Gotthard*: Die Wirkung der Heiligungsbewegung auf deutschsprachige Katechismen der methodistischen Kirchen. In: *Mitteilungen der Studiengemeinschaft für Geschichte der EmK NF* 14 (1993), 1, S. 29-37
130. *Hauzenberger, H[ans]*: Methodismus/Methodisten. In: *ELThG Bd. 2*, S. 1335-1337
131. *Hauzenberger, H[ans]*: Methodistische Missionsgesellschaften. In: *ELTh G Bd. 2*, 1337 f
132. *Mauch, Christof*: Mott, John Raleigh. In: *BBKL Bd. 6*, Sp. 204-207
133. *Ruhbach, G[erhard]*: Gebhardt, Ernst (1832-1889). In: *ELThG Bd. 2*, S. 667
134. *Schuler, Ulrike*: Der Einfluß der Heiligungsbewegung auf Frauen im deutschsprachigen Raum. In: *Mitteilungen der Studiengemeinschaft für Geschichte der EmK NF* 14 (1993), 1, S. 2-28
135. *Seeger, Burkhard*: Anstöße aus der methodistischen Tradition zum Thema »Gemeindeleitung«. In: *Mitteilungen der Studiengemeinschaft für Geschichte der EmK NF* 14 (1993), 2, S. 20-36
136. *Voigt, Karl Heinz*: Herrnhuter und Methodisten in Bremen. In: *Freikirchenforschung* 3 (1993), S. 40-64
137. *Voigt, Karl Heinz*: Hoch zu Roß durch Backnang - Christian Dieterle (erster methodistischer Prediger in Österreich). In: *Wort und Weg, Sonntagsblatt der EmK*, 1993, Nr. 22. Auch erschienen unter dem Titel: Christian Dieterle - erster methodistischer Prediger in Österreich. In: *Der Methodist* Nr. 4 (1993), S. 7 f u. Nr. 5 (1993), S. 6 f
138. *Voigt, Karl Heinz*: Die Vergangenheit ist nicht vergangen [EmK und Juden]. In: *Wort und Weg, Sonntagsblatt der EmK* (1993), Nr. 33
139. *Voigt, Karl Heinz*: Das Pietisten-Reskript und die Methodisten [zum Jubiläum 1743-1993]. In: *Wort und Weg, Sonntagsblatt der EmK* (1993), Nr. 47
140. *Voigt, Karl Heinz*: Über die Anfänge des Theologischen Seminars. In: *Mitteilungen der Studiengemeinschaft für Geschichte der EmK NF* 14 (1993), 2, S. 2-19
141. *Voigt, Karl Heinz*: Jacoby, Ludwig Sigismund. In: *ELTHG Bd. 2*, S. 978
142. *Voigt, Karl Heinz*: Link, Johann Conrad. In: *BBKL Bd. 5*, Sp. 92-94

143. *Voigt, Karl Heinz*: Lyth, Joh. In: BBKL Bd. 5, Sp. 501-504
144. *Voigt, Karl Heinz*: Lohmann, Ernst. In: BBKL Bd. 5, Sp. 397-399
145. *Voigt, Karl Heinz*: Lüring, Emil. In: BBKL Bd. 5, Sp. 397-399
146. *Voigt, Karl Heinz*: Mann, Ernst Gottfried. In: BBKL Bd. 5, Sp. 680-682
147. *Voigt, Karl Heinz*: Mann, Philipp Heinrich Friedrich. In: BBKL Bd. 5, Sp. 682-684
148. *Voigt, Karl Heinz*: Mann, Philipp Michael Theophil. In: BBKL Bd. 5, Sp. 684-688
149. *Voigt, Karl Heinz*: Melle, Friedrich Heinrich Otto. In: BBKL Bd. 5, Sp. 1226-1229
150. *Voigt, Karl Heinz*: Möbius, Karl. In: BBKL Bd. 5, Sp. 1578-1582
151. *Voigt, Karl Heinz*: Möller, Robert. In: BBKL Bd. 5, Sp. 1595-1596
152. *Voigt, Karl Heinz*: Müller Christoph Gottlob. In: BBKL Bd. 6, Sp. 234-237
153. *Voigt, Karl Heinz*: Mueller, Reuben Herbert. In: BBKL Bd. 6, Sp. 302-304
154. *Voigt, Karl Heinz*: Nast, Wilhelm. In: BBKL Bd. 5, Sp. 464-468
155. *Voigt, Karl Heinz*: Nausner, Ernst. In: BBKL Bd. 6, Sp. 513-515
156. *Voigt, Karl Heinz*: Neufville, Carl de. In: BBKL Bd. 6, Sp. 643 f
157. *Voigt, Karl Heinz*: Nicolai, Johannes. In: BBKL Bd. 6, Sp. 843 f
158. *Voigt, Karl Heinz*: Nippert, Ludwig. In: BBKL Bd. 6, Sp. 948-950
159. *Voigt, Karl Heinz*: Nuelsen, John Louis. In: BBKL Bd. 6, Sp. 1049-1052
160. *Voigt, Karl Heinz*: Nuelsen, Heinrich. In: BBKL Bd. 6, Sp. 1052 f
161. *Voigt, Karl Heinz*: Orwig, Wilhelm W.. In: BBKL Bd. 6, Sp. 1292-1294
162. *Voigt, Karl Heinz*: Otterbein, Philipp Wilhelm. In: BBKL Bd. 6, Sp. 1345-1348
163. *Voigt, Karl Heinz*: Oxnam, Garfield Bromley. In: BBKL Bd. 6, Sp. 1398-1401
164. *Watson, David L.*: Christus verkündigen als Priester, Prophet und Machthaber. In: Theologie für die Praxis 19 (1993), 2, S. 43-56

Freie evangelische Gemeinden

Selbständige Veröffentlichung

165. *Ritter, Heinz-Adolf*: Die Mitverantwortung des Christen in Politik und Gesellschaft. Witten o.J. [1993] (Christsein Heute - Forum Nr. 71/72)

Aufsätze, Artikel

166. *Betz, U[rich]*: Heitmülller, Friedrich (1888-1965). In: ELThG Bd. 2, S. 891

167. *Betz, Ulrich*: Leuchtfener und Oase. Aus 100 Jahren Geschichte der Freien evangelischen Gemeinde Hamburg und des Diakonissenmutterhauses »Elim«. Witten 1993
168. *Lenhard, H[artmut]*: Grafe, Hermann Heinrich (1818-1869). In: ELThG Bd. 2, S. 813
169. *Wiesemann, Ursula*: Die Kontextualisierung der biblischen Botschaft. In: Evangelikale Missiologie (1993), S. 68-73
Übers. u. überarb. von Friedhilde Stricker.

Gemeinde der Christen »Ecclesia«

Aufsätze, Artikel

170. *Geldbach, E[rich]*: Gemeinde der Christen »Ecclesia«. In: ELThG Bd. 2, S. 708

Kirche des Nazareners

Aufsätze, Artikel

171. *Schaar, A[lfred]*: Kirche des Nazareners. In: ELThG Bd. 2, S. 1088 f

Kongregationalisten

Aufsätze, Artikel

172. *Jaeschke, Wolf Christian*: Der Indianermissionar John Eliot (1604-1698). Sein Denken und Wirken nach den »Magnalia Christi Americana«. In: Evangelikale Missiologie (1993), S. 3-12

Mennoniten

siehe Täuferturn

Selbständige Evangelisch-Lutherische Kirche

Aufsätze, Artikel

173. *Hoekema, Alle*: H.C. Klinkert. Missionary, Journalist, Bible Translator, Linguist. In: Mennonite Quarterly Review 67 (1993), S. 225 ff
174. *Klän, Werner*: Kirche in der Krise. In: Lutherische Theologie und Kirche (1993), 17, 3, S. 90-123
Die Wende vom Kaiserreich zur Weimarer Republik am Beispiel der evangelischen Kirche in Pommern
175. *Klän, Werner*: Der vierte Mann. Auf den Spuren von Nikolaus Selnecker (1530-1592) In: Lutherische Theologie u. Kirche (1993), 17, 4, S. 145-174
Beitrag zur Entstehung und Verbreitung der Konkordienformel

Siebenten-Tags-Adventisten

Selbständige Veröffentlichungen

176. *Knight, George R.*: Anticipating the Advent. A Brief History of Seventh-Day Adventists. Boise 1993

Kurze handliche Übersicht über die geschichtliche Entwicklung der Adventisten bis zur Gegenwart

177. *Heinz, Daniel*: Church, State and Religious Dissent. A History of Seventh-Day Adventists in Austria 1890-1975. Frankfurt a.M. 1993
Revidierte und leicht verkürzte Version seiner Dissertation, die 1991 an der Andrews University unter dem Titel 'Church, Sect, and Government Control: A History of Seventh-Day Adventists in Austria 1890-1975' angenommen wurde.
178. *Steininger, Thomas R.*: Konfession und Sozialisation. Adventistische Identität zwischen Fundamentalismus und Postmoderne. Göttingen 1993
Veröffentlichung eines kritischen Adventisten über den derzeitigen Zustand des deutschen Adventismus. Leider ist weder seine statistische Erhebung repräsentativ noch die Darstellung sachlich ausgewogen; daher nur bedingt brauchbar.

Aufsätze, Artikel

179. *Blaich, Roland*: Religion under National Socialism: The Case of the German Adventist Church. In: Central European History 26, 3 (1993), S. 255-280
180. *Blaich, Roland*: Selling Nazi Germany Abroad: The Case of Hulda Jost. In: Journal of Church and State 35 (1993), S. 807-830
181. *Heinz, Daniel*: Miller, William. In: BBKL Bd. 5, Sp. 1532-1536
182. *Leutert, Dieter*: Kirche und Staat in Ostdeutschland 1945-1990. In: Gewissen und Freiheit 37 (1991), S. 52-59
183. *Maxwell, C. Mervyn*: A Brief History of Adventist Hermeneutics. In: Journal of the Adventist Theological Society 4/2 (1993), S. 115-136
184. *Noak, Winfried*: Die Pädagogik der Waldorfschulen - eine Herausforderung für die Adventgemeinde. In: Kaleidoskop. Zeitschrift der Gemeindeakademie 5 (1993), S. 1-8
185. *Oestreich, Bernhard*: Die Deutung der Fußwaschung in adventistischer Theologie. In: Bibl. Forschungskomitee der Gemeinschaft der S.T.A., Euro-Afrika-Division, Abendmahl und Fußwaschung. Studien zur adventistischen Ekklesiologie 1 (1991), S. 173-202
186. *Pöhler, Rolf*: Die theologische Bedeutung der Abendmahlsfeier. In: Bibl. Forschungskomitee (wie Nr. 185), S. 67-89
187. *Tuchtenhagen, Ralph*: Die Religionsfreiheit in Finnland. In: Gewissen und Freiheit 40 (1993), S. 8-20

Täuferium

Selbständige Veröffentlichungen

188. »Alt- und Neutäufer« - Gemeinsame Vergangenheit!? Gemeinsame Zukunft?! Referate der Tagung vom 19.-20. Juni 1993. Hg. v. der Europäischen Mennonitischen Bibelschule Bienenberg. Liestal 1993 (Bienenberg Studienheft 1, 1993)

- 188a. *Goertz, Hans-Jürgen*: Religiöse Bewegungen in der Frühen Neuzeit. München 1993 (Enzyklopädie deutscher Geschichte 20)
- 188b. *Hildebrand, Bodo*: Erziehung zur Gemeinschaft. Geschichte und Gegenwart des Erziehungswesens der Hutterer. Pfaffenweiler 1993 (Forum Sozialgeschichte 5)
189. *Kobelt-Groch, Marion*: Aufsässige Töchter Gottes. Frauen im Bauernkrieg und in den Täuferbewegungen. Frankfurt/Main 1993 (Reihe Geschichte und Geschlechter 4)
- 189a. *Rempel, John*: The Lord's Supper in Anabaptism. A Study in the Christology of Balthasar Hubmaier, Pilgram Marpeck and Dirk Philipp. Waterloo/Ont. u. Scottsdale/Pa. 1933 (Studies in Anabaptist and Mennonite History 33)

Aufsätze, Artikel

190. *Dipple, Geoffrey L.*: Johann Rot-Locher. Ein radikaler Reformator? In: Mennonitische Geschichtsblätter (1993), S. 47 ff
191. *Gerber, Johann*: Alt- und Neutäufer im Emmental. Gemeinsame Vergangenheit? Gemeinsame Zukunft?! Aus neutäuferischer Perspektive. In: Bienenberg Studienheft (1993), 1, S. 39-41
192. *Hege, Lydie*: Die Täufer im Elsaß vor 1712. Literaturbericht v. Robert Baecher (1987-1992). In: Mennonitische Geschichtsblätter (1993), S. 68-80
193. *Jecker, Hanspeter*: Das Dordrechter Bekenntnis und die Amische Spaltung. In: Mennonitische Geschichtsblätter (1993), S. 81-104
194. *Jecker, Hanspeter*: Die Militärfrage bei den Schweizer Täufern im 19. und 20. Jahrhundert. In: Bienenberg Studienheft (1993), 1, S. 57-75
195. *Kobelt-Groch, Marion*: »Von zweyen boesen Nachbauren«. Jörg Wickram und die Täufer. In: Mennonitische Geschichtsblätter (1993), S. 59-67
196. *Loosli, Theo*: Die Täufergemeinde Kleintal gestern und heute. In: Bulletin des Schweizerischen Vereins für Täufergeschichte 15/16 (1992/1993), S. 109-129
197. *Ott, Bernhard*: Die Täufer und ihre Theologie. In: Bienenberg Studienheft (1993), 1, S. 42-56
198. *Rindlisbacher, Jürg*: Die Täufer im Kleintal 1892-1992. Momentaufnahmen und Beobachtungen in Bild und Text. In: Bulletin d. Schweizerischen Vereins für Täufergeschichte 15/16 (1993), S. 137-169
199. *Rüegger, Heinz*: Die Bedeutung einer täuferischen Präsenz in der kirchlichen Landschaft. In: Bienenberg Studienheft (1993), 1, S. 76-87

200. *Rüfenacht, Johann*: Alt- und Neutäufer im Emmental. Gemeinsame Vergangenheit? Gemeinsame Zukunft?! Aus alttäuferischer Perspektive. In: Bienenberg Studienheft (1993), 1, S. 36-38
201. *Rüttgardt, J[an] O[laf]*: Hoffman, Melchior (ca. 1500-1543). In: ELThG Bd. 2, S. 921 f
202. *Schindler, Alfred*: Schriftprinzip und Altertumskunde bei Reformatoren und Täufern. Zum Rückgriff auf Kirchenväter und heidnische Klassiker. In: Theologische Zeitschrift 49 (1993), S. 229-247
203. *Scribner, Robert W.*: Konkrete Utopien. Die Täufer und der vormoderne Kommunismus. In: Mennonitische Geschichtsblätter (1993), S. 7-46
204. *Skala, Dieter*: Marbeck, Pilgram. In: BBKL Bd. 5, Sp. 753-755
205. *Stayer, James M.*: Saxon Radicalism and Swiss Anabaptism. The Return of the Repressed. In: Mennonite Quarterly Review 67 (1993), S. 5 ff
206. *Weber, Beat*: Über die Anfänge der Neutäufer. In: Bienenberg Studienheft (1993), S. 3-21
207. *Windhorst, Christoph*: Spiritualität und Menschenbild in Leben und Lehre des Täufertheologen Balthasar Hubmaier. In: Wort und Dienst 22, 21, S. 111 ff
208. *Windhorst, Chr[istoph]*: Hubmaier, Balthasar (ca. 1485-1528). In: ELThG Bd. 2, S. 933
209. *Windhorst, Chr[istoph]*: Menno Simons (ca. 1496-1561). In: ELThG Bd. 2, S. 1318
210. *Windhorst, Chr[istoph]*: Grebel, Conrad (ca. 1498-1526). In: ELThG Bd. 2, S. 816
211. *Yoder, Perry*: The Importance of Judaism for Contemporary Anabaptist Thought. In: Mennonite Quarterly Review 67 (1993), S. 49 ff
212. *Zürcher, Isaac*: Die Alt-täufer im Fürstbistum Basel 1700-1890. In: Bulletin des Schweizerischen Vereins für Täufergeschichte 15/16 (1992/1993), S. 7-107

Mennoniten

Selbständige Veröffentlichungen

213. *Klassen, Herbert*: Ambassador to his people. C.F. Klassen and the Russian Mennonite Refugees. Winnipeg 1990
214. *Mennonite Historical Atlas*. Maps by William Schroeder, text by Helmut T. Huebert. Winnipeg 1990
215. *Toews, Aaron A.*: Mennonite Martyrs. People who Suffered for their Faith 1920-1940. Winnipeg 1990 (Perspectives on Mennonite Life and Thought 6)

Aufsätze, Artikel

216. *Brandenburg, H[ans]*; Kroeker, Jakob (1872-1948). In: ELThG Bd. 2, S. 1187
217. *Kasdorf, Hans*: Bekehrung: Biblisches Kernwort oder theologisches Reizwort. In: Evangelikale Missiologie (1993), S. 42-50
218. *Windhorst, Christoph*: Mennoniten. In: ELThG Bd. 2, S. 1318 f
219. *Wisotzki, Elisabeth*: Elemente der Lebensorganisation bei den rußländischen Mennoniten. In: Mennonitische Geschichtsblätter (1993), S. 105-118
220. *Zürcher, Isaac*: Herausforderungen für die Schweizer Mennoniten durch die Erweckungsbewegung. In: Bienenberg Studienheft (1993), 1, S. 22-35

E. Verwandte Strömungen, Werke und Gruppen

Brüderbewegung / Christliche Versammlung

Selbständige Veröffentlichungen

221. *Boddenberg, Dieter u. W.J. Ouweneel*: Gladbecker Gespräche. Die Einheit des Geistes bewahren. Ist der Herr in unserer Mitte oder nicht? o.O. 1993. 55 S.
222. *Dürholt, Friedrich-Wilhelm u. Henk Medema*: Gladbecker Gespräche Heft 2: Was ist Gemeinschaft? Grenzen und Möglichkeiten der Gemeinschaft, Dillenburg 1993, 48 S.
223. *Noel, Napoleon*: The History of the Brethren, 2 Bde., ND London 1993.

Aufsätze, Artikel

224. *Krug, Burkard*: Müller, Georg. In: BBKL Bd. 6, Sp. 244 f
225. *Georg, Joachim*: Nee, Watchman. In: BBKL Bd. 6, Sp. 551-561
226. *Paul, M[anfred]*: Heukelbach, Werner (1898-1968) / Missionswerk W. Heukelbach e.V. In: ELThG Bd. 2, S. 903
227. *Raupp, W[erner]*: Müller, George(e) (1805-1898). In: ELThG Bd. 2, S. 1380 f

Heilsarmee

Selbständige Veröffentlichungen

228. *Gnewekow, Dirk u. Thomas Hermesen*: Die Geschichte der Heilsarmee. Das Abenteuer der Seelenrettung. Eine sozialgeschichtliche Darstellung. Leverkusen 1993, 228 S.

Aufsätze, Artikel

229. *Houdt, F[ernanda] van*: Die Heilsarmee (The Salvation Army). In: ELThG Bd. 2, S. 880 f

Evangelikalismus und protestantischer Fundamentalismus

Selbständige Veröffentlichungen

230. *Bendroth, Margaret Lamberts*: Fundamentalism and Gender, 1875 to the Present. New Haven 1993, 192 S.
231. *Carwardine, Richard*: Evangelicals and Politics in Antebellum America. New Haven 1993, 480 S.
232. *Fundamentalismus* in der verweltlichten Kultur. Hg. v. Hansjörg Hemminger. Stuttgart 1991, 253 S.
Enthält Beiträge von Hansjörg Hemminger, Reinhart Hummel, Alois Schifferle, Peter Zimmerling, Werner Thiede und Gottfried Küenzlen
233. *Christlicher Fundamentalismus* in Afrika und Amerika: Historische Wurzeln - Erfahrungen - Problemanzeigen, hg. v. Evangelischen Missionswerk. Hamburg 1993, 136 S.
234. *Fundamentalism* and Evangelicalism, hg. v. Martin E. Marty. München 1993 (Modern American Protestantism and its World 10), 342 S.
235. Handbook of Evangelical Theologians, hg. v. Walter A. Elwell. Grand Rapids 1993. 528 S.
236. *Hemminger, Hansjörg*: Religiöses Erlebnis - Religiöse Erfahrung - Religiöse Wahrheit: Überlegungen zur charismatischen Bewegung, zum Fundamentalismus und zur New Age-Religiosität. Stuttgart 1993 (EZW-Texte; Impulse Nr. 36), 31 S.
237. *Holthaus, Stephan*: Fundamentalismus in Deutschland. Der Kampf um die Bibel im Protestantismus des 19. und 20. Jahrhunderts. Bonn 1993 (Biblica et Symbiotica 1), 531 S.
238. *Junker, Reinhard*: Leben durch Sterben? Schöpfung, Heilsgeschichte und Evolution. Berlin 1993 (Studium Integrale), 284 S.
239. Pro Christ: Evangelisation an der Jahrtausendwende, hg. v. Wilfried Reuter u. Stephan Volke. Stuttgart 1993, 96 S.
240. *Russell, David Lee*: Coming to Grips with the Age of Reason. An Analysis of the New Evangelical Intellectual Agenda, 1942-1970. Diss. Michigan State University 1993
241. *Shurden, Walter B. (Hg.)*: The Struggle for the Soul of the SBC. Moderate Responses to the Fundamentalist Movement. Macon 1993, 318 S.
242. Southern Baptists and American Evangelicals, hg. v. David S. Dockery. Nashville 1993, 240 S.
243. *Stackhouse, John*: Canadian Evangelicalism in the Twentieth Century. An Introduction to Its Character. Toronto 1993, 328 S.

244. *Wells, David F.*: No Place for Truth or Whatever Happened to Evangelical Theology? Grand Rapids 1993, 318 S.
Wie christlich ist Deutschland? Eine Studie zur Situation des Christentums am Ende des zweiten Jahrtausends, hg. v. DAWN Europa. Weil 1993, 104 S.

Aufsätze, Artikel

245. *Coleman, Simon*: Conservative Protestantism and the World Order. The Faith Movement in the United States and Sweden. In: *Sociology of Religion* 54 (1993), S. 353-374
246. *Geldbach, Erich*: Der protestantische Fundamentalismus in den USA - Grundzüge seiner Entwicklung und Ausgestaltung. In: *Fundamentalismus in Afrika und Amerika, Weltmission heute* 13 (1993), S. 9-38
247. *Geldbach, Erich*: Rezension zu Stephan Holthaus: Fundamentalismus in Deutschland. Der Kampf um die Bibel im Protestantismus des 19. und 20. Jahrhunderts. Bonn, 1993. In: *Theologische Literaturzeitung* 119 (1994), S. 526-529
248. *Green, Roger Joseph*: Charles Grandison Finney. The Social Implications of His Ministry. In: *The Asbury Theological Journal* 48 (Herbst 1993), S. 5-26
249. *Guelzo, Allen C.*: Ritual, Romanism, and Rebellion. The Disappearance of the Evangelical Episcopalians 1853-1873. In: *Anglican and Episcopal History* 62 (Dezember 1993), S. 551-578
250. *Hamilton, Michael S.*: Women, Public Ministry, and American Fundamentalism, 1920-1950. In: *Religion and American Culture* 3 (1993), 2, S. 171-196
251. *Hart, D.G.*: Presbyterians and Fundamentalism. In: *Westminster Theological Journal* 55 (1993), S. 331-342
252. *Kirkpatrick, Lee A.*: Fundamentalism, Christian Orthodoxy, and Intrinsic Religious Orientation as Predictors of Discriminatory Attitudes. In: *Journal for the Scientific Study of Religion* 32 (1993), 2, S. 256-268
253. *Lawrence, Bruce*: Defenders of God. The Fundamentalist Revolt against the Modern Age. In: *Religious Studies Review* 19 (1993), 4, S. 287-298
254. *Petzold, Martin M.*: Sicherheit auf selbst gewähltem Fundament. In: *Materialien des Konfessionskundlichen Instituts Bensheim*, 44 (1993) S. 21-22
Zum Fundamentalismus in d. Kirchen
255. *Schmalzbauer, John*: Evangelicals in the New Class. Class Versus Sub-cultural Predictors of Ideology. In: *Journal for the Scientific Study of Religion* 32 (1993), 4, S. 330-342

256. *Stackhouse, John*: Perpetual Adolescence. The Emerging Culture of North American Evangelicalism. In: *Crux* 29 (Sept. 1993) S. 32-37
257. *Woolverton, John F.*: Aspects of Nineteenth-Century Evangelicalism Editorial. Toward an Overview of Episcopal Church History. In: *Anglican and Episcopal History* 62 (Dezember 1993), S. 493-498

Glaubensmissionen

Selbständige Veröffentlichungen

258. *Franz, Andreas*: Mission ohne Grenzen. Hudson Taylor und die deutschsprachigen Glaubensmissionen. Giessen, Basel, 1993, 357 S.
Dargestellt wird der Einfluß Hudson Taylors (und damit auch die Gründungsgeschichte) von acht deutschsprachigen Glaubensmissionen: Deutsche China-Allianz Mission, China-Zweig d. Pilgermission St. Chrischona, Kieler Mission, Liebenzeller Mission, Friedenshort-Mission, Deutscher Frauenmissionsbund, MBK-Mission, Yünnanmission.
259. *Spartalis, Peter James*: Karl Kumm. Last of the Livingstones. Pioneer, Missionary, Statesman. Hg. von Roy Conwell u. Christof Sauer. Epilogue by E. Troeger. Mit dt. Zusammenfassung. Bonn 1994 (Edition afem mission scripts, 2), 116 S.
Das Buch ist eine Biographie Karl Kums, des Gründers sowohl der deutschen Evangelischen Mission in Oberägypten (Sudan Pioneer Mission) als auch der internat. Sudan United Mission, eine der großen interdenominationellen Glaubensmissionen.

Aufsätze, Artikel

260. *Battles, Robert W.*: Die Christian and Missionary Alliance. In: *Evangelikale Missiologie* (1988), S. 38-44
Die Christian and Missionary Alliance ist eine der ältesten Glaubensmissionen. Sie geht auf die inzwischen zur Freikirche gewordene Gemeinschaftsbewegung Christian and Missionary Alliance zurück, in Deutschland seit einiger Zeit vertreten als Allianz Missionskirche.
261. *Brandl, Bernd*: Ludwig Doll. Der Gründer der ersten deutschsprachigen Glaubensmission. In: *Evangelikale Missiologie* (1988), S. 41-46
Der Artikel gibt e. ersten Überblick über das Leben d. Gründers der Neukirchener Mission und über d. vorhandene Literatur
262. *Fernandes, Jutta*: Das begrabene Pfund - oder: Was machen die Gemeinden mit ihren heimgekehrten Missionarinnen? In: *Evangelikale Missiologie* (1986), S. 8-11
263. *Fiedler, Klaus*: The Second, Third and Fourth Wave of Missions: Post-classical Missiology in Malawi. In: Joseph Chakanza, Kenneth Ross u. Klaus Fiedler (Hg.): *Missiology in Malawi*. Zomba 1993 (Sources for the Study of Religion in Malawi 16, Dep. of Theology and Religious Studies, University of Malawi)
Der Artikel beschäftigt sich mit den nachklassischen Missionen in Malawi, sowohl interdenominationelle Glaubensmissionen als auch freikirchliche Missionen, wobei ver-

schiedene baptistische Missionen und die Seventh Day Adventists eine besondere Rolle spielen. Schlüsselperson der frühen Missionen beider Richtungen ist der Baptist Joseph Booth.

264. *Heusser, Jürg*: Geistlicher Aufbruch unter den Türken in Bulgarien. In: *Evangelikale Missiologie* (1993), S. 106-109
Jürg Heusser ist Mitglied d. WEC International
265. *Kuhl, Renate*: Mission und Seelsorge. Ein überlebenswichtiges Thema für Mission, Gemeinde und Missionar. In: *Evangelikale Missiologie* (1993), S. 13-17
R. Kuhl ist mit ihrem Mann Dieter International Director von WEC International
266. *Schrupp, Ernst*: Die gemeindliche Sendung. In: *Evangelikale Missiologie* (1986), S. 10-14
267. *Torjesen, Edvard*: Fredrik Franson (1852-1908). In: *Evangelikale Missiologie* (1988), S. 55-57
Der Artikel führt in das Leben und Wirken des Gründers der Scandinavian Alliance Mission (TEAM) ein. In Deutschland beeinflusste Franson die Gründung der Marburger Mission und der Allianz Mission.
268. *Wetzel, Klaus*: Die Studenten des Bibelinstituts Batu - ihre kirchliche und geographische Herkunft. In: *Evangelikale Missiologie* (1988), S. 7-10
Klaus Wetzel ist Missionar des WEC International, an dessen Bibelinstitut er unterrichtet.
269. *Offener Brief evangelikaler Missionen in der GUS und im Baltikum*. In: *Evangelikale Missiologie* (1993), S. 111-113

Autoren

- Ahrens, Hans-Herbert 107
Alberts, J. 46
Augustijn, Cornelis 6
Augustin, Stephan 61
- B**
Balders, Günter 7, 16-18, 120
Battles, Robert W. 260
Bautz, Friedrich Wilhelm 3
Beer, Jürgen 56, 70
Bendroth, Margaret Lamberts 230
Bergemann, Willi 122
Bergfeld, Hartmut 122
Betz, Ulrich 166-167
Beuker, Gerrit Jan 45, 47-48
Beutel, Manfred 122
Blaich, Roland 179-180
Blekastad, Milada 71
Boddenberg, Dieter 221
Borgen, Peder 128
Boynton, Lindsay 82
Brachmann, Gerhard 121
Brandenburg, Hans 216
Brandl, Bernd 261
Brandt, Edwin 19-20
Bresina, Christoph 109
Burckhardt, Helmut 4
Buss, Johannes 110
- C**
Campenhausen, Axel von 21
Capková, Dagmar 72
Carey, William 111
Carpay, J.A.M. 73
Carwardine, Richard 231
Cassese, M. 83
Coleman, Simon 245
Comenius, Johann Amos 57
Cranz, David 64
- D**
Dipple, Geoffrey L. 190
Dockery, David S. 242
Doerfel, Marianne 84
- Dürholt Friedrich-Wilhelm 222
- E**
Elwell, Walter A. 235
- F**
Falk, Gotthard 129
Fernandes, Jutta 262
Fiedler Klaus 85, 111, 263
Fincke, Andreas 8
Finze-Michaelsen, Holger 86
Fischer, Hans-Georg 65
-, J.F. 49-50
Franz, Andreas 258
- G**
Gaeckle, Volker 9
Geldbach, Erich 10-11, 22-29, 170,
246-247
Gembicki, Dieter 87
Georg, Joachim 225
Gerber, Johann 191
Gieske, Uwe Albrecht 112
Gill, Theodor 58, 88
Glöckner, Volkmar 122
Gnewekow, Dirk 228
Goertz, Hans Jürgen 188 a
Goßmann, Klaus 59
Green, Roger Joseph 248
Groenendijk, Leendert F. 74
Grotwinkel, Wilhelm 122
Guderian, Hans 30-31
Guelzo, Allen C. 249
Gülker, Alfried 45
- H**
Hamilton, Michael S. 250
Hart, D.G. 251
Hauzenberger, Hans 130-131
Hecht, Hartmut 75
Hege, Lydie 192
Heikens, H. 51
Heinz, Daniel 177, 181
-, Hans 89
Hemminger, Hansjörg 232, 236

Henkys, J. 76
Hermsen, Thomas 228
Heusser, Jürg 264
Hildebrand, Bodo 188 b
Hitzemann, Günter 12
Hoekema, Alle 173
Holthaus, Stephan 237
Holzhalb, Beat 90
Houdt, Fernanda van 229
Hummel, Reinhart 232

Jaeschke, Wolf Christian 172
Jecker, Hanspeter 193-194
Jelten, Margarete 113
Junker, Reinhard 238

Kaegi-Studer, Hansjörg 32
Kasdorf, Hans 217
King, Elisabeth 66
Kirkpatrick, Lee A. 252
Klaiber, Walter 126
Klammt, Thomas 114
Klän, Werner 174-175
Klassen, Herbert 213
Klompaker, Arend 45
Knight, George R. 176
Knothe, Joachim 91
Knuchel, Marc 123

Kobelt-Groch, Marion 189, 195
Köpf, Ulrich 92
Korthaase, Werner 77
Krug, Burkard 224
Küenzlen, Gottfried 232
Kuhl, Renate 265

Langenbach, Hans Günter 33
Langerfeld, Karl Eugen 58
Lawrence, Bruce 253
Lederich, Jürgen 122
Lefringhausen, Klaus 13
Lenhard, Hartmut 168
Leutert, Dieter 182
Liebschner, Siegfried 122

Linke, Matthias 122
Loosli, Theo 196
Lorenzen, Thorwald 124
Margies, Wolfgang 2
Marquardt, Manfred 126
Marty, Martin E. 234
Mauch, Christof 132
Maxwell, C. Mervyn 183
McDonigle, H. 67
Medema, Henk 222
Meerdink J. 93
Meyer, Dietrich 94
Michel Gerhard 56, 78
-, Karl-Heinz 34
Modrow, Irina 68

Naber, Gerhard 45
Nipkow, Karl Ernst 79
Nittnaus, Lothar 115
Noak, Winfried 184
Noel, Napoleon 223

Oertel, Günter 134
Oestreich, Bernhard 185
Ohlemacher Jörg 35
Ott, Bernhard 197
Ouweneel, W.J. 221

Paul, Manfred 226
Petzold, Martin M. 254
Peucker, P.M. 54, 95-97
Pöhler, Rolf 186
Poldmäe, Rudolf 98

Raupp, Werner 227
Rechcigl, Miloslav Jr. 99-100
Rempel, John 189 a
Reuter, Wilfried 239
Rikhof, F. 55
Rindlisbacher, Jürg 198
Ritter, Heinz-Adolf 165
Ross, H. Miriam 125
Rott, Ludwig 36

- Rüegger, Heinz 199
 Rüfenacht, Johann 200
 Rüttgardt, Jan Olaf 201
 Rubbach, Gerhard 133
 Russell, David Lee 240
 Rust, Heinrich Christian 116, 122
 Rydel, Karel 81
- Schaar, Alfred 171
 Schaller, Klaus 60, 80
 Scheffbuch, Winrich 37
 Scheilke, Christoph Th. 59
 Schifferle, Alois 232
 Schindler, Alfred 202
 Schirmacher, Thomas 111
 Schmalzbauer, John 255
 Schnabel, Eckhard 15, 38
 Schöll, Paul Gerhard 40
 Schroeder, William 214
 Schrupp, Ernst 266
 Schuler, Ulrike 134
 Scribner, Robert W. 203
 Seeger, Burkhard 135
 Shurden, Walter B. 241
 Siebald, Manfred 39
 Skala, Dieter 204
 Sommer, Elisabeth 101
 Sorg, Theo 40, 102
 Spartalis, Peter James 259
 Stackhouse, John 243, 256
 Stayer, James M. 205
 Steininger, Thomas R. 178
 Stricker, Horst 122
 Strübind, Andrea 41-42
 Swarat, Uwe 4, 43
- Thiede, Werner 232
 Toews, Aaron A. 215
 Tollefsen, Randall H. 103
 Torjesen, Edvard 267
 Tuchtenhagen, Ralph 187
- Vachek, Kerstin 117
 Vennegeerts, W. 52
 Vogt, Peter 104
 Voigt, Karl Heinz 136-163
 Volke, Stephan 239
- Walton, Robert C. 14
 Watson, David L. 164
 Weber, Beat 206
 -, Gontrude 69
 Wells, David F. 244
 Wessel, Carola 105
 Wetzell, Klaus 268
 Weyer, Michel 127
 Wiesemann, Ursula 169
 Wieske, Günter 44
 Wilczek, Roland 119
 Windhorst, Christoph 207-210, 218
 Wisotzki, Elisabeth 219
 Wolf-Dahm, Barbara 106
 Woolverton, John F. 257
- Yoder, Perry 211
- Zehrer, Karl 127
 Zimmerling, Peter 232
 Zürcher, Isaac 212, 220

Vereinsmitteilungen

Der Verein zur Förderung der Erforschung freikirchlicher Geschichte und Theologie e.V. wurde 1990 von Fach- und Laienhistorikern mehrerer Freikirchen in Verbindung mit dem Seminar für neue Kirchen- und Theologiegeschichte an der Ev.-Theologischen Fakultät der Universität Münster gegründet. Zur Zeit sind im VefGT Mitglieder aus zwölf verschiedenen Gemeinschaften vereinigt.

Der Verein führt jährlich Symposien und historische Seminare durch. Die Jahrestagung 1994 fand vom 5. bis 7. Mai in Münster zu dem Thema 'Kleinere Religionsgemeinschaften im Rahmen der Religionspolitik der DDR' statt. Die Referate dieser Tagung sind in dieser Zeitschrift abgedruckt.

Das historische Seminar vom 4. bis 6. November 1994 in Erzhausen, der Ausbildungsstätte der Pfingstgemeinden, widmete sich der Auseinandersetzung mit der theologischen Tradition der Pfingstgemeinden. Auf dem Seminar wurde eine Arbeitsgruppe 'Freikirchen im SED-Staat' unter Leitung von Frau Dr. Andrea Strübind mit dem Ziel gegründet, die Veröffentlichungen und Arbeitsvorhaben zum Thema zu erfassen und an Hand von gezielten Einzelfragen eine Gesamtdarstellung zu erarbeiten.

Eine zweite Arbeitsgruppe beschäftigte sich mit dem Aufbau von freikirchlichen Archiven und der Auswertung der Archivalien durch Benutzer. Aufgabe für einzelne Freikirchen ist zunächst die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage der Archivarbeit durch ein Archivgesetz. Fernziel ist die Erstellung eines Handbuchs freikirchlicher Archive.

Das Symposium 1995 wird vom 30. März bis 1. April in Bremerhaven unter dem Thema 'Migration und Auswandererproblematik' durchgeführt. Vorgesehen sind Referate über die Emigration und Remigration der Mennoniten, der Adventisten, der Baptisten, der Methodisten und der Altlutheraner sowie ein Besuch der Ausstellung 'Aufbruch in die Fremde'. Der öffentliche Abendvortrag von Herrn Professor Dr. Erich Geldbach behandelt das Thema 'Deutschland als Ziel und Ausgangspunkt religiös bedingter Migration von der Reformation bis zum Ersten Weltkrieg'.

Herausgegeben im Auftrag des Vereins zur Förderung der Erforschung freikirchlicher Geschichte und Theologie an der Universität Münster e.V.

Mitgliedschaft: Jeder, der Interesse an den Zielen und Aufgaben des Vereins hat, kann Mitglied werden.

Der Jahresbeitrag beträgt zur Zeit für

Einzelpersonen in den alten Bundesländern:	45.- DM
Einzelpersonen in den neuen Bundesländern:	20.- DM
Studenten:	15.- DM
Körperschaften und Firmen:	100.- DM

Höhere Beiträge und Spenden für den Verein sind willkommen und steuerlich absetzbar. Mitgliedsbeiträge und Spenden werden erbeten auf das Konto 19901 bei der Stadtparkasse Münster (BLZ 400 501 50)

Anfragen und Beitrittserklärungen sind zu richten an den Verein zur Förderung der Erforschung freikirchlicher Geschichte und Theologie an der Universität Münster e.V.

Postfach 410 153, 48065 Münster, Tel.: 02534-5206

Beiträge, Tausch- und Besprechungsexemplare werden an die obige Adresse erbeten.

Auslieferung: Geschäftsführer Pastor Manfred Bärenfänger, Schelmenstiege 8, 48161 Münster

Für die einzelnen Beiträge sind nach Form und Inhalt die Verfasser selbst verantwortlich.

